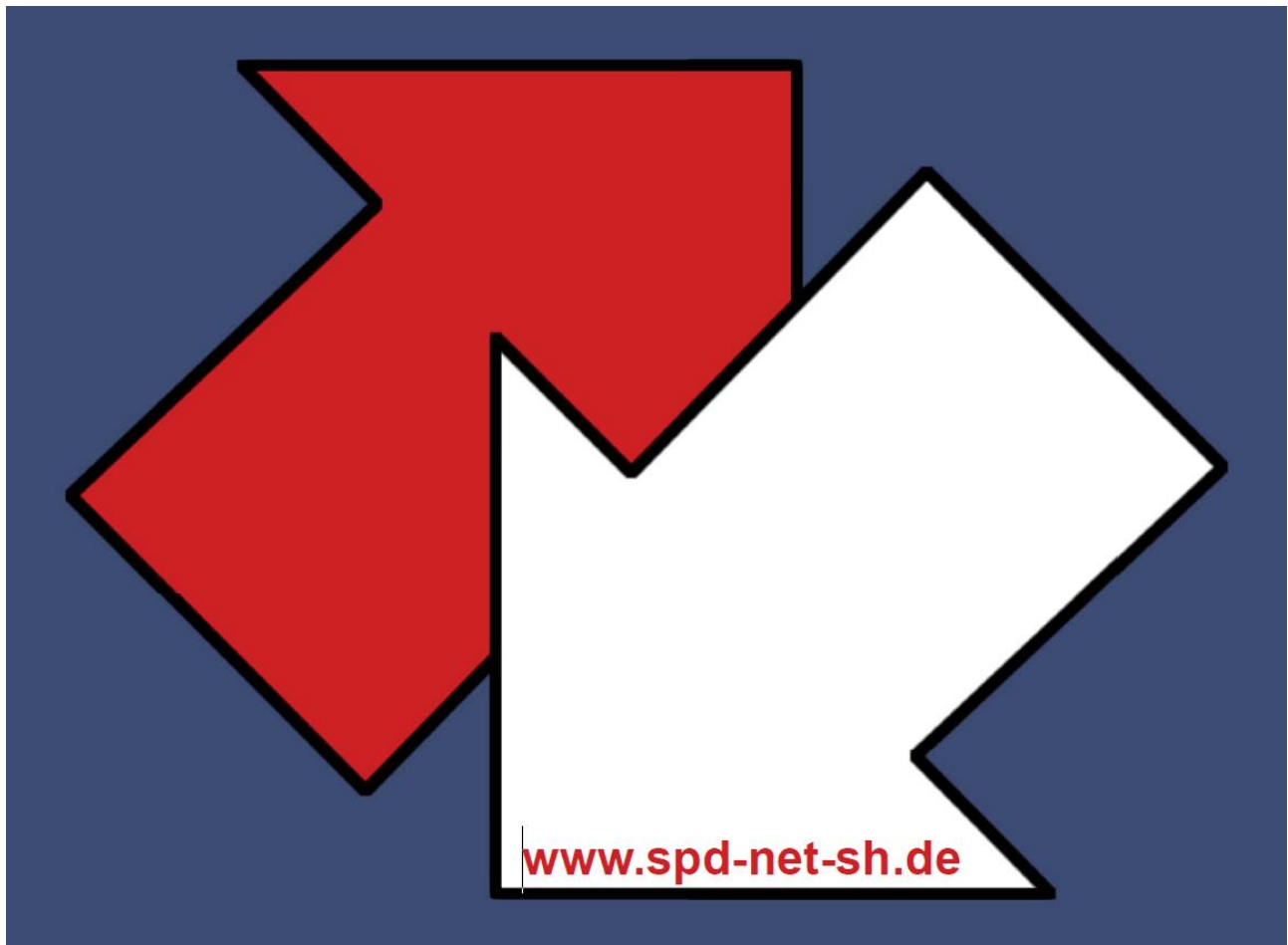


SPD-NET-SH

**Die Internetkooperative der
SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein**



Artikelarchiv 2013, 2. Halbjahr

Die Artikel sind auf der Webseite der Internetkooperative SPD-NET-SH und auf den Seiten der angeschlossenen Gliederungen der SPD erschienen. Insoweit liegt die Verantwortung wie auch das Copyright bei SPD-NET-SH und bei den jeweiligen Autoren der Beiträge.

Ein Nachdruck ist mit ausdrücklicher Angabe der Quelle zulässig.
Norderstedt, im Dezember 2020

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 01.07.2013, 22:16 Uhr - 7240 Clicks - Nr. 508

SPD und AWO Barmstedt fahren am 11.07 zu Karl May

Ferienprogramm der Stadt Barmstedt - Die SPD und die AWO machen mit!

Seit über einem Jahrzehnt beteiligen sich die SPD – und AWO Ortsvereine in Barmstedt bereits im Ferienprogramm der Stadt Barmstedt mit einer Ausfahrt zu den Karl-May Festspielen nach Bad –Segeberg. Auch in diesem Jahr ist wieder eine Busreise geplant.

Am Donnerstag, den 11. Juli sollen die Kalkberge besucht werden, um die Aufführung „ Winnetou I – Blutsbrüder „ anzuschauen. Dabei ist immer wieder Interessant, wie die Macher durch spektakuläre Effekte die Vorstellung fortwährend aufregender gestalten.

Die Kosten für diese Ausfahrt betragen für Kinder und Jugendliche 12, 50 Euro, Erwachsene bezahlen 15,50 Euro. Abfahrt ist am 11. Juli um 18.00 Uhr am Rondell am See, die Rückkehr ist nach der Vorführung und dem Feuerwerk gegen 23.45 Uhr geplant.

Anmeldungen mit Angabe der Teilnehmer bitte bei Hans-C. Hansen unter der Telefonnummer 04123 / 6366 bis zum 08. Juli.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 02.07.2013, 11:45 Uhr - 8215 Clicks - Nr. 509

SPD-Tangstedt: Fraktionsspitze gestärkt

Aufgrund der Wahl des **SPD-Gemeindevertreters** und bisherigen **SPD-Fraktionsvorsitzenden Holger Criwitz** am 19.06.2013 zum neuen Bürgermeister der Gemeinde Tangstedt hat die **SPD-Fraktion** am 01.07.2013 die Fraktionsspitze neu besetzt.

Einstimmig wurde **Christoph Haesler** (Wilstedt) zum neuen **SPD-Fraktionsvorsitzenden** gewählt. Ihm zur Seite steht der bisherige **1. stellv. Fraktionsvorsitzende Norman Hübener** (Wiemerskamp) sowie neu hinzugekommen die **2. stellv. Fraktionsvorsitzende Ingrid Sichau** (Wulksfelde).

Christoph Haesler sagt nach seiner Wahl: "Ich freue mich über das entgegengebrachte Vertrauen und setze voll auf die Zusammenarbeit mit allen Fraktionsmitgliedern. Gemeinsam werden wir die wichtigen Themen für Tangstedt anpacken."

Weiter gehören der **SPD-Fraktion** als **Gemeindevertreterin Petra Criwitz** (Wilstedt-Siedlung) und als **Gemeindevertreter Bürgermeister Holger Criwitz** an. Die SPD-Fraktion wird durch die bürgerlichen Mitglieder **Raymund Haesler** (Tangstedt), **Johannes Kahlke** (Tangstedt), **Michael Kannieß** (Wiemerskamp), **Rainer Porsch** (Wiemerskamp) und **Wolf Staack** (Wilstedt) komplettiert.

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!



Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 02.07.2013, 12:14 Uhr - 9073 Clicks - Nr. 510

Lebensmittelgesundheit - Dr. Karin Thissen im Gespräch

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER! In der Veranstaltungsreihe KARIN THISS-SEN IM GESPRÄCH lade ich zu einem Gedankenaustausch zum Thema

MACHEN UNS UNSERE LEBENSMITTEL KRANK? ein:

LIEBE MITBÜRGERINNEN UND MITBÜRGER! In der Veranstaltungsreihe **KARIN THISS-SEN IM GESPRÄCH** lade ich zu einem Gedankenaustausch zum Thema **MACHEN UNS UNSERE LEBENSMITTEL KRANK? ein: 6. JULI 2013 | 11.3**

MACHEN UNS UNSERE LEBENSMITTEL KRANK? ein:

6. JULI 2013 | 11.30 UHR „LANDHAUS“ | LANDWEG 6 IN BAD BRAMSTEDT Zum Gespräch eingeladen habe ich DR. MARGRIT HERBST, TIERÄRZTIN & PREISTRÄGERIN WHISTLEBLOWER PREIS. Gemeinsam mit ihr freue ich mich auf einen interessanten Austausch mit Ihnen als lebenserfahrene Experten. Über eine Anmeldung würde ich mich zwecks Planung sehr freuen, ist aber nicht zwingend erforderlich.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion SL-FL](#) - veröffentlicht am 04.07.2013, 14:50 Uhr - 16442 Clicks - Nr. 511

Pressemitteilung der Kreistagsfraktionen von SPD, SSW u. Bündnis 90/Die Grünen

„Wegen der Rechtsfehler bei der Durchführung der Wahlen in der letzten Sitzung des Kreistages des Kreises Schleswig-Flensburg und im letzten Hauptausschuss werden der Kreistag und der Hauptausschuss am 14. August jeweils Sondersitzungen durchführen, um diese Fehler durch Neuwahl zu beheben.“

Die Wiederholung zahlreicher Wahlen bietet nach Meinung der drei Kreistagsfraktionen von SPD, SSW und Grüne jetzt die große Chance, interfraktionell zu einem von allen Fraktionen getragenen „Neustart“ im Sinne einer „Friedensliste“ bei der Gremienbesetzung zu kommen.

Die drei Fraktionen von SPD, SSW und Grüne schlagen daher vor, Ehrenkreispräsident Johannes Petersen und das CDU-Ehrenmitglied Peter-Dieter Henningsen – beides ausgewiesene Kenner der Kreispolitik und der Gremienarbeit – zu bitten, gemeinsam mit allen Fraktionen einen Ausweg aus der gegenwärtig juristisch und politisch unbefriedigenden Situation zu finden. Wenn dieses gelingt, dann sehen Ingo Degner (SPD), Gudrun Lemke (SSW) und Manfred Wilner-Höfer (Bündnis 90/Die Grünen) doch noch die Chance, zur gewohnt sachlichen Arbeit in den Gremien des Kreises zurück zu finden, die dann auch eine Wahlperiode Bestand haben sollte.

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 11.07.2013, 12:43 Uhr - 5505 Clicks - Nr. 512

AfA Pinneberg läutet den Wahlkampf ein!

Jahreshauptversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD am 08.08.2013 – ab 19:00 Uhr im **Restaurant Roses (TSV-Heim)**

Zur Jahreshauptversammlung lädt die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD ein. Die Genossen treffen sich am 08.08.2013 – ab 19:00 Uhr im **Restaurant Roses (TSV-Heim)**, Alsenstraße 23, 25436 Uetersen, und laden dazu interessierte Öffentlichkeit und Presse herzlich ein.



Die AfA hat sich viel vorgenommen. So wird ein neuer Kreisvorstand gewählt. Die zukünftige Arbeitsplanung 2013/14 wird beraten und beschlossen.

Die AfA-Kreisorganisation wird sich aktiv am Bundestagswahlkampf 2013 beteiligen.

Der Arbeitnehmerflügel der SPD wird sich dabei u.a. mit den Themen: **Mindestlohn, Leiharbeit, Werkverträge, gesunde Arbeit und Bürgerversicherung** aktiv in die öffentliche Debatte einmischen.

„Hierbei wird die AfA von der Nähe zu den DGB-Gewerkschaften profitieren“, so Norbert Vahl, Kreisvorsitzender der AfA und selbst freigestellter Betriebsrat.

Weiter bemerkt Vahl: „Soziale und gesellschaftliche Veränderungen, im Sinne der Arbeitnehmer, können nur von der Politik, also vom Gesetzgeber, umgesetzt werden. Die SPD ist die einzige Partei, die aus der Tradition und ihrem Selbstverständnis heraus, in der Lage ist, diese notwendigen Schritte einzuleiten und gesetzgeberisch umzusetzen. Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Dieses hat sie 150 Jahre bewiesen.“

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 12.07.2013, 15:18 Uhr - 19242 Clicks - Nr. 513

KV Intern erschienen

Die Kreisinformation KV-Intern, das Info-Blatt der SPD-Kreistagsfraktion und des SPD Kreisvorstandes Schleswig-Flensburg, ist gerade erschienen und wir möchten es auch [hier](#) vorstellen.

Das Informationsblatt erscheint einmal im Quartal und berichtet über aktuelle Themen aus dem Kreis Schleswig-Flensburg und aktuelle politische Themen.

[KV Intern Juli 2013](#)

Keine Kommentare

Rezension: Franz Walter - Die SPD - Biografie einer Partei

Darf man Verhältnisse mögen, die man mitgestaltet hat - oder muss man sie bekämpfen, wenn sie zu weit vom Ideal entfernt liegen? Diese Frage ist für Franz Walter der „klassische Zwiespalt der Sozialdemokratie“. Er schildert die Geschichte der Partei von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis fast ins Heute, benennt historische Einflüsse, geht auf wesentliche Charaktere ein, findet immer wieder Parallelen zwischen einst und jetzt.

Und hält sich nicht mit launigen Urteilen zurück, etwa wenn er die Neigung der SPD zur Opposition thematisiert: „Im Laufe der Zeit stellte sich eine ganz spezifische sozialdemokratische Mentalität mürrischer Unzufriedenheit - nicht zuletzt mit sich selbst - heraus“ (S.262).

Allerdings sind bei weitem nicht alle Urteile über die SPD negativ. Franz Walter mag die Sozialdemokraten, ist ein kritischer Freund -und seit vielen Jahren SPD-Mitglied. Mit Recht, findet er, sei die SPD stolz auf ihre Geschichte, auf überstandene Zeiten der Verfolgung zur Zeit des Sozialistengesetzes und unter Hitler. Die Sozialdemokraten „widerstanden tapfer, gaben nicht klein bei, während das deutsche Bürgertum sich in beiden Fällen opportunistisch auf die Seite der Unterdrücker schlug“ (S.89).

Die Gewerkschaften waren 1914 schnell für den Krieg zu begeistern. Die SPD neigte oft zum Eskapismus, wenn sie zur Macht streben sollte. Willy Brandt kam vom rechten Flügel der SPD. Das „1970er-Establishment“ neigt zu „ästhetisch-nörgelnder Reserve“. Das sind einige der schmissigen Thesen oder für manche überraschenden Feststellungen Walters. Eine andere: 1964 sei die SPD der Macht näher gekommen, weil sie sich als bessere CDU gerierte. (MH: Vielleicht hat Angela Merkel ihre Taktik hier abgeguckt?).

Die SPD sei beinahe die einzige Partei gewesen, die die Weimarer Republik trug, dennoch konnte sie sie am Ende nicht retten. Warum? Klassische Walter-Antwort: Otto Braun war politisch zu erschöpft, Otto Wels nicht regierungsfreudig genug und Carl Severing zu unentschlossen. Walters Urteil über spätere Sozialdemokraten, das Führungstandem Björn Engholm und Hans-Ulrich Klose etwa: „Beiden fehlte die Härte und Brutalität, wohl auch das Intrigante und nicht zuletzt eine verlässliche Hausmacht, um ihrer Partei erfolgreich neues Terrain zu erschließen“ (S.217).

„Assoziation“ und „Bildung“ seien die beiden Zauberworte in der Frühphase der SPD gewesen, in der sich Aufstiegswillige trafen, um die alten Klassen zu durchbrechen. Die bürgerlichen Parteien seien damals wie heute stets in einer Abwehrhaltung gewesen, wollten Privilegien nicht teilen, versperrten den Arbeiterkindern bis in die 1960er-Jahre den Weg in die Universitäten. Anders sei dies erst geworden, als Sozialdemokraten die Bildungspolitik in Bund und Ländern vorantrieben und für „Bildungsexpansion“ sorgten. Grund genug für Walter, die „Mitte“ als Ort der Leistungswilligen und Aufgestiegenen zu definieren, um die die SPD sich heute kümmern sollte.

In der Rückschau macht vieles Sinn, ist logisch zu erklären. Dem kann ich -zuweilen mit gerunzelter Stirn -als Leser folgen, schon des Lesevergnügens wegen. Nicht aber dem abschließenden Rat Walters an die SPD, den Anspruch aufzugeben, Volkspartei zu sein. Aber gesunder Widerspruch ist ja üblich unter Genossen...



Link: <http://www.demokratie-goettingen.de/institut/prof-franz-walter>

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 14.07.2013, 18:51 Uhr - 14011 Clicks - Nr. 515

SPD Kreisverband Kiel - Wahlkampfkommission

Großartiger Einsatz bei der Aktion "Viele Hände schaffen schnell ein Ende!"

Dank einer großartigen Unterstützeraktion der Jusos und vieler weiterer Genossinnen und Genossen an den letzten Wochenenden sind Plakatträgern gereinigt worden. Dem Aufruf „Viele Hände schaffen schnell ein Ende“ war eine tolle Anzahl von freiwilligen Helfern gefolgt und ist nach Melsdorf in unser Lager gepilgert. Dort wurde dann tatkräftig zugefasst. Zwischendurch wurde bei Bratwurst und Brause kräftig gespaßt und gelacht.



Am Ende sind nur noch wenige A1 und ca. 200 A0 Plakate übrig geblieben. Die endlosen Plakatberge der letzten Wahl sind damit bezwungen.

In den nächsten Wochen gibt es aber trotzdem noch genügend zu tun! Unser Plakatmeister Paul wird an den kommenden Wochentagen öfter im Lager sein und freut sich über jede Beteiligung und Kommunikation. Neben der Reinigung der letzten Plakatstände werden dann mit der großen gemeinsamen Plakatierungsaktion am Wochenende 27. / 28. Juli die gerade gereinigten Plakate wieder beklebt. Alle Ortsvereine und AG´s sind aufgefordert sich an dieser Aktion zu beteiligen.

Eure Wahlkampfkommission

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 15.07.2013, 12:30 Uhr - 21473 Clicks - Nr. 516

Besuch der SPD-Kreistagsfraktion im Familienzentrum Aukrug

Am 02.07.2013 haben Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion das Familienzentrum in Aukrug besucht.

Begleitet von der Leiterin des Familienzentrums, Frau Staben-Söth, wurde ein Rundgang durch die Räumlichkeiten gemacht, auf dem allerhand Wissenswertes erfahren werden konnte. ...



Geboten wird dort Betreuung vom 1. bis zum 10. Lebensjahr durch 24 Mitarbeiter in der Zeit von 07.00 bis 16.00 Uhr. Derzeit besuchen rund 160 Kinder diese Einrichtung. Im Angebot steht hier unter anderem auch eine Waldkindergruppe.

Nach den Sommerferien wird die Betreuungszeit sogar bis 18.00 Uhr ausgebaut.

Der bereits seit 40 Jahren bestehende Kindergarten Aukrug hat sich im September 2011 zu einem Familienzentrum weiterentwickelt. Den ErzieherInnen und Entscheidungsträgern wurde immer deutlicher, dass Familien zunehmend Beratung und Unterstützung benötigen. Ein Familienzentrum kann dies im vertrauten Rahmen bieten.

Täglich wird ein „Elterncafé“ in der Zeit von 07.00 – 16.00 Uhr angeboten. Dies führte zu mehr Einblick in die erzieherische Arbeit mit den Kindern.

Außerdem finden immer wiederkehrende Veranstaltungen und Aktivitäten statt, an denen sich beteiligt werden kann. Unter anderem: Vater-Kind-Waldtage, Musiknachmittage, Frauenfrühstück, Alleinerziehenden-Treffen, Backen mit den Landfrauen, Ferienbetreuung und vieles mehr.

Für das Kindergartenjahr 2013/2014 ist geplant, ein Tagespflegenetz aufzubauen und in das Familienzentrum zu installieren. So wird dann auch die Betreuung der Kinder U1 sichergestellt.

Unterstützt wird das Familienzentrum unter anderem mit Kreismitteln. Otto Griefnow, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses des Kreises, lobt das besondere Engagement der Gemeinde Aukrug, die einen überdurchschnittlich großen finanziellen Beitrag leistet, um diese schöne und vorbildliche Einrichtung zu unterstützen und zu erhalten. Er hob aber auch das hohe persönliche Engagement und den besonderen Elan der Mitarbeiterinnen hervor, ohne die eine solch gute Betreuung nicht möglich wäre.

Die Eindrücke, die an diesem Nachmittag gewonnen wurden, waren sehr positiv, fasste Iris Ploog, zuständige SPD-Wahlkreisabgeordnete nach allen Rückmeldungen zusammen. Der jugendpolitische Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion, Herr Otto Griefnow, ergänzte: „Ein liebevoll ausgestaltetes, vorbildliches Familienzentrum hat seinem Namen alle Ehre gemacht. Hier hat man für die U3-Betreuung bestens vorgesorgt.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 16.07.2013, 13:26 Uhr - 13356 Clicks - Nr. 517

SPD-MdB Thönnies wirbt für Vorschläge aus den Kreisen Segeberg und Stormarn

Sonderpreis für Hochwasser-Helfer

„Ganze Städte und Gemeinden in Deutschland wurden in den vergangenen Wochen überflutet. Zehntausende kämpften gemeinsam gegen das Hochwasser an. Darunter viele Freiwillige – auch aus unserer Region“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.



Für diese Menschen, die mit ihrem selbstlosen Engagement helfen oder geholfen haben, wurde jetzt der Sonderpreis des Deutschen Bürgerpreises ausgelobt, den auch der SPD-Politiker unterstützt und sich deshalb über Vorschläge hierfür freuen würde.

Für den Sonderpreis können Einzelpersonen oder Gruppen vorgeschlagen werden, die während des Hochwassers ehrenamtlich vor Ort im Einsatz waren und mit außergewöhnlichem Engagement Existenzen gesichert, den sozialen Zusammenhalt gestärkt oder Gemeinschaft gestiftet haben und so den Betroffenen zur Seite standen.

Und so geht´s: Auf www.deutscher-buergerpreis.de haben Bürgerinnen und Bürger bis zum 31. Juli 2013 die Möglichkeit, ihre Geschichten zu erzählen, Fotos hochzuladen und den vielen, freiwilligen Helfern mit einer Nominierung die verdiente Anerkennung zukommen zu lassen.

Ab dem 1. August kann dann auf der genannten Homepage jeder die zehn beeindruckendsten Hochwasser-Helfer auswählen. Die Jury des Deutschen Bürgerpreises bestimmt daraus die Preisträger, die schließlich am 2. Dezember im ZDF-Zollernhof in Berlin stellvertretend für alle Engagierten in den Hochwassergebieten ausgezeichnet werden.

„Das beherzte Kämpfen gegen das Hochwasser hat einmal mehr deutlich gemacht, welche Kraft Solidarität hat. Der Mensch braucht den Menschen. Solche Katastrophen können nur gemeinsam, in einer Gesellschaft mit Zusammenhalt bewältigt werden. Es würde mich freuen, wenn auch aus unserer Region Helferinnen und Helfer nominiert werden“, so Thönnies.

Der Deutsche Bürgerpreis ist der größte, bundesweite Ehrenamtspreis. Er wird seit 2003 von den Partnern der Initiative „für mich. für uns. für alle.“, einem Bündnis aus engagierten Bundestagsabgeordneten, Sparkassen, Städten, Landkreisen und Gemeinden vergeben.

Bildquelle: Initiative „für mich. für uns. für alle.“

Keine Kommentare

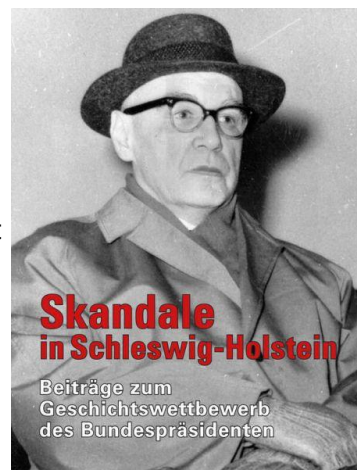
[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 16.07.2013, 17:16 Uhr - 9380 Clicks - Nr. 518

Rezension: Skandale in Schleswig-Holstein

„Schleswig-Holstein stellt fest, dass es in Deutschland nie einen Nationalsozialismus gegeben hat.“ Mit diesen Worten kritisierte der spätere SPD-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Käber 1951 das „Gesetz zur Beendigung der Entnazifizierung“. Damit wurde ein Schlussstrich unter die NS-Vergangenheit gezogen von einer Regierung des Ministerpräsidenten Walter Bartram (CDU),

in der mit Ausnahme von Innenminister Paul Pagel (ebenfalls CDU) alle Mitglieder auf eine Vergangenheit in der einen oder anderen NS-Organisation zurückblicken konnten.

Nachzulesen sind diese und andere Begebenheiten in dem Band „Skandale in Schleswig-Holstein. Beiträge zum Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten.“ Und offenbar hat Schleswig-Holstein in dieser Hinsicht einiges zu bieten. In dem Band finden sich fünf ausgewählte Beiträge des Wettbewerbs aus dem Jahr 2010. Vier davon befassen sich mit der eigentümlichen Art und Weise, in der Schleswig-Holstein mit Akteuren des Nationalsozialismus umging.



Da wird ein junger Schulsprecher namens Uwe Barschel von seinem Geschichtslehrer Heinrich Kock, seines Zeichens CDU-Landtagsabgeordneter a.D., dazu gebracht, den ehemaligen Regierungschef und Admiral des dritten deutschen Reiches Karl Dönitz in die Aula des Geesthachter Gymnasiums einzuladen. Da bejubelt die Bergedorfer Zeitung den unkritischen Umgang mit Dönitz als vorbildlichen Geschichtsunterricht. Da kann der „Euthanasie-Arzt“ Werner Heyde unter dem Namen Savade mit dem Wissen vieler in Flensburg als Gerichtsgutachter tätig sein. Da kann Savades Gehilfe Kurt Borm unter richtigem Namen in Uetersen praktizieren. Da stellt ein Gericht 1972 fest, Borm habe Beihilfe zur Tötung von mindestens 6652 Menschen geleistet, spricht ihn aber dennoch frei, weil ihm die Schuldhaftigkeit seines Tuns - schließlich war er überzeugter Nazi - nicht bewusst war. Und da ging so manches andere, was heute kaum noch vorstellbar ist. [Sogar ein Mann wie Hans-Adolf Asbach durfte in Schleswig-Holstein Sozialminister sein].

Aufbereitet wurde dies von Schülerinnen und Schülern, allein oder im Team. Lesenswert ist dieser Band allemal. Und er reizt zu weiterer Recherche.

[Link zum Spiegel-Artikel „Drei Kameraden“:](#)

[„Aus grauem Winterhimmel stieß Seeadler Dönitz auf die Kleinstadt Geesthacht bei Hamburg nieder. Sein Flügelschlag im Städtischen Gymnasium weckte die Erinnerung an das sündige Gestern...“](#)

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 18.07.2013, 22:50 Uhr - 8598 Clicks - Nr. 519

Susanne Borchert für den Kreistag gewählt

Susanne Borchert aus Wilstedt-Siedlung/Tangstedt verstärkt die SPD-Fraktion im Stromaner Kreistag. Sie arbeitet künftig als wählbare Bürgerin im Finanzausschuss sowie als Vertreterin im Schul-, Kultur- und Sportausschuss des Kreistags in Bad Oldesloe mit.

Außerdem wurde sie zur Kassenprüferin der Fraktionskasse gewählt. Damit ist Susanne Borchert die dritte Tangstedterin in der Kreistagsfraktion für die SPD. Reinhard Mendel bleibt SPD-Fraktionsvorsitzender. Jörn John setzt seine Arbeit als wählbarer Bürger im Wirtschafts-, Planungs- und Bauausschuss fort und ist zum Vertreter im Jugendhilfe-Ausschuss des neuen Kreistags bestimmt worden.

Keine Kommentare

Lebenshilfe Segeberg und Umland wird durch Programm „Lernort Praxis“ gefördert

Ab dem 1. August 2013 wird die Lebenshilfe Segeberg und Umland für die nächsten drei Jahren im Rahmen der Pilotphase des Bundesprogrammes „Lernort Praxis“ mit je 25.000 Euro gefördert.



Durch das Programm werden Erzieherinnen und Erzieher in den Einrichtungen qualifizierte Praxismentorinnen und Praxismentoren zur Seite gestellt. Ihre Aufgabe ist es die die Kita-Teams bei der Praxisanleitung angehender Fachkräfte zu beraten und zu qualifizieren. Ebenso sollen Kooperationen zwischen Kindertageseinrichtungen und Fach- bzw. Hochschulen gestärkt werden. Gleichzeitig sollen dem angehenden Fachpersonal auch Möglichkeiten der Reflektion und des fachlichen Austauschs geboten werden sowie die Zusammenarbeit zwischen dem Lernort Schule und Kita gefördert werden. An der Umsetzung der Pilotphase des Bundesprogramms sind neben Schleswig-Holstein sechs weitere Bundesländer beteiligt.

„Es freut mich sehr, dass die Lebenshilfe hier in unserem Kreis erfolgreich bei der Bewertung der einzuhaltenden Antragskriterien hervorgegangen ist und ihr nun dieses Programm zugutekommt. Leider ist das aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Allen Kindern von Anfang an Chancengleichheit und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, ist Voraussetzung für eine sozial gerechte Gesellschaft. Aus diesem Grund hat die SPD in der Großen Koalition den Rechtsanspruch für Kinderbetreuung ab Eins durchgesetzt. Für die Sozialdemokraten stand immer fest, dass es hierbei aber nicht nur darum geht Kinder „unterzubringen“, sondern den Kleinsten in der Gesellschaft durch frühe und individuelle Förderung bestmögliche Startbedingungen zu geben. Eine gute Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher ist dafür eine der wichtigsten Voraussetzungen.

„Auch hier handelt die Bundesregierung jedoch zu spät und halbherzig. Die für dieses Pilotprogramm vorgesehenen 8 Millionen Euro sind zwar ein ganz kleiner Schritt in die richtige Richtung, aber besser wäre es, das bildungs-, gleichstellungs- und integrationspolitisch unsinnige Betreuungsgeld zu stoppen und die dadurch freiwerdenden 2 Mrd. Euro in den Ausbau und die Qualität der Kinderbetreuung zu investieren“, so der SPD-Politiker.

Keine Kommentare

PRO-ATOMKURS DER EU-KOMMISSION STEHT ENERGIEWENDE ENTGEGEN, 21.07.13

Nina Scheer, SPD-Bundestagskandidatin Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd, bezeichnet die Vorhaben der Europäischen Kommission, neue Fördermöglichkeiten für Atomenergie zu schaffen, als unverantwortlich.

Die Europäische Kommission erwägt u.a. Rechtssicherheiten für staatliche Finanzhilfen zur Errichtung und den Betrieb von Atomkraftwerken zu schaffen.

„Wer Förderungen von Atomenergie ermöglicht, blockiert die Energiewende und verantwortet weitere Risiken. Dies ist sowohl vor dem Hintergrund wachsender regenerativer Energiegewinnung als auch mit Blick auf die Gefahren, die von Atomenergie und den ungelösten Endlagerfragen ausgehen, nicht zu rechtfertigen“, so Scheer und fügt an:



„Das Vorgehen der Europäischen Kommission sollte ein Appell und Anlass sein, den EURATOM-Vertrag aufzukündigen oder dafür einzutreten, dass der Vertragsgegenstand auf eine europaweite Förderung der Energiewende ausgerichtet wird“. Die Ziele des EURATOM-Vertrages widersprechen dem Atomausstiegsbeschluss Deutschlands und ließen das hiesige Bekenntnis zur Energiewende unglaubwürdig erscheinen.

Der 1957 geschlossene EURATOM-Vertrag unterstellt in seiner Präambel, „dass die Kernenergie eine unentbehrliche Hilfsquelle für die Entwicklung und Belebung der Wirtschaft und den friedlichen Fortschritt darstellt“. Es seien „die Voraussetzungen für die Entwicklung einer mächtigen Kernindustrie zu schaffen, welche die Energieerzeugung erweitert, die Technik modernisiert und auf zahlreichen anderen Gebieten zum Wohlstand ihrer Völker beiträgt (...).“

„Zudem sollte uns zu denken geben, welche Staaten die Vorhaben der Europäischen Kommission begrüßen. Möglicherweise liegen weiterreichende Motive in der Sicherung von Atomwaffenbeständen sowie in Exportinteressen“, erklärt Scheer. Frankreich und England hätten als Atomwaffenstaaten ein Interesse an fortgesetzter Atomenergienutzung, um so für Atomwaffen benötigte atomtechnische Industrie und entsprechendes Knowhow zu sichern. „Mit den neuen Förderansätzen der Europäischen Kommission wird somit zugleich der Fortbestand von Atomwaffen gesichert“, schlussfolgert Scheer. Mit Litauen und Tschechien handele es sich um Nationen der Gruppe nuklearer Lieferstaaten; Staaten, die Kernmaterialien und nukleare Techniken exportieren.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 23.07.2013, 12:52 Uhr - 8906 Clicks - Nr. 522

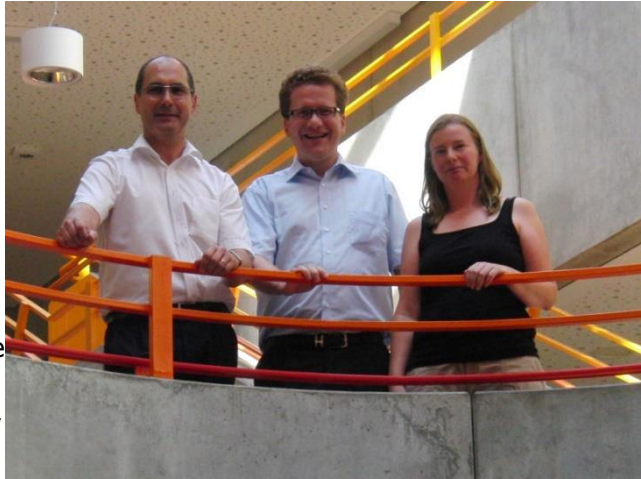
Martin Habersacht besucht Mattias Heidelberg

In jedem Sommer besucht Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd / Wentorf und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, die Bürgermeister in seinem Wahlkreis, um anstehende Projekte zu besprechen und sich über die Zusammenarbeit von Kommune und Land zu informieren. Den Auftakt bildete in diesem Jahr ein Besuch bei Wentorfs Bürgermeister Matthias Heidelberg.

Und es gab nicht nur viel zu besprechen, sondern auch zu sehen - bei einer Führung durch das neue Kinderzentrum. Wentorfer SPD-Fraktion. Mit von der Partie war Andrea Hollweg, die Vorsitzende der Wentorfer SPD-Fraktion.

„Grundschule, Kindergarten und U3-Bereich wurden großzügig gebaut, es gibt viele Gemeinschaftsflächen, viel Licht und kluge Planungen bis ins Detail“, kann sich Matthias Heidelberg als Bauherr freuen. Nach den Ferien soll es mit dem Betrieb in den neuen

Räumen losgehen. Martin Habersaat zeigte sich besonders beeindruckt von den Aula- und Mensa-Bereichen, die ein Treffen von Kita- bzw. Schulgemeinschaft auch bei schlechtem Wetter ermöglichen, auch für den offenen Ganztagsbetrieb sei die Grundschule mit diesen räumlichen Voraussetzungen gut gerüstet.



Ein wiederkehrendes Thema zwischen Abgeordnetem und Bürgermeister sind die weiterführenden Schulen. Heidelberg begrüßte die klare Regelung im Schulgesetz, alle Regionalschulen zu Gemeinschaftsschulen weiterzuentwickeln. Desweiteren sieht das neue Schulgesetz vor, dass in Schleswig-Holstein Gymnasien in der Regel nach acht und Gemeinschaftsschulen nach neun Jahren zum Abitur führen. Bestandsschutz gibt es für bestehende G9-Gymnasien. Beide Punkte waren Ergebnisse des breit geführten Bildungsdialogs der Landesregierung. Habersaat, bildungspolitischer Sprecher seiner Fraktion: „Nach den jüngsten Gerichtsurteilen müsste, sollte es G9 am Gymnasium Wentorf geben, im neuen Schulgesetz eine Extra-Regelung für Wentorf stehen. Das halte ich für unwahrscheinlich.“

Ein weiteres Thema war die enttäuschend niedrige Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen im Mai. Martin Habersaat erarbeitet gerade mit einem Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion Vorschläge zur Verbesserung der Situation. Hilfreich sei, waren sich Bürgermeister und Abgeordneter einig, eine gute Zusammenarbeit von Schulen und Politik. Heidelberg und Habersaat: „Also an dieser Stelle noch einmal der Hinweis: Wir stehen für Besuche in Kursen und Klassen zur Verfügung.“ Auch Gegenbesuche in Rathaus und Landtag seien möglich.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 23.07.2013, 21:48 Uhr
- 20844 Clicks - Nr. 523

SPD-Kreistagsfraktion besucht Kreishafen und Rendsburg Port

Rendsburg Port: Chancen für die Region nutzen!

Hoch hinaus ging es bei der Sommertour der SPD-Kreistagsfraktion am 16. Juli für die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Nur wenige wollten sich nicht in luftige Höhe begeben und den Kran im Rendsburg Port besteigen. 150 Tonnen kann der Kran heben, im Tandem mit dem zweiten etwas kleineren Kran sogar 250 Tonnen....

Der Zeitpunkt für den Besuch konnte nicht besser gewählt sein, wurde doch wenige Tage vorher bekannt, dass das bayrische Unternehmen Max Bögl jetzt mit den Vorbereitungsarbeiten zum Bau seiner Produktionshalle beginnt: Ein ganz wichtiger Schritt, wie Renate Duggen als Geschäftsführerin



der Rendsburg Port Authority und Kai Lass als Prokurist der Betreibergesellschaft verdeutlichten. Eindrucksvoll hoben sie die großen Chancen hervor, die mit dem einzigen Schwerlasthafen in Schleswig-Holstein verbunden sind: Durch die Lage als Logistikkreuzung zwischen Nord- und Ostsee, als Bindeglied zu Skandinavien und die baltischen Staaten und natürlich am Nord-Ostsee-Kanal gelegen mit schwerlastfähiger und kreuzungsfreier Straßenanbindung an die A 7. Ein Hafen sei sehr viel mehr als nur Güterumschlag, er könne eine gesamtwirtschaftliche Bedeutung entwickeln mit Industrie und Dienstleistungsangeboten und damit zum Jobmotor in einer eher strukturschwachen Region werden. 2,2 ha Terminalfläche und 1,5 ha Vorstauffläche bei einer Kailänge von 300 m sowie 80 ha Industrie- und Gewerbeflächen in direkter Nachbarschaft zum Hafen sind ein Pfund mit dem der Rendsburg Port wuchern kann. Viel spricht deshalb dafür, dass die Auslastung des Hafens sich weiter gut entwickelt und sich nach Max Bögl weitere Unternehmen ansiedeln. Dabei ist der Transport von Schwerlastteilen, z. B. Halbschalen für die Türme von Windenergieanlagen mit dem Binnenschiff nicht nur aus Umweltgründen sinnvoller als der LKW-Transport. Kai Lass wies darauf hin, dass Schwerlasttransporte in jedem Bundesland eigene Genehmigungen benötigen mit jeweils unterschiedlichen Bedingungen und zudem nur zu bestimmten Zeiten vor allem nachts fahren könnten. Da kann das Binnenschiff sogar schneller am Ort sein.

Die Voraussetzungen für eine gute Zukunft des Hafens sind also da, auch wenn derzeit der Ausbau der Offshore-Windenergie etwas in Stocken geraten ist. Aber der Rendsburg Port ist gerüstet für die Rolle als Knotenpunkt zwischen Schiff und LKW: Ausreichende und geeignete Flächen für die Zwischenlagerung und als Pufferung der Komponenten in direkter Hafennähe stehen im Gegensatz zu anderen Häfen zur Verfügung, ebenso eine leistungsstarke Infrastruktur.

Martin Tretbar-Endres, Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion im neuen Regionalentwicklungsausschuss verdeutlichte, dass die SPD-Fraktion den Rendsburg Port als große Chance für die Region sehe. Er sei ein Teil des Clusters Windenergie in der Region mit Firmen wie Repower und Denker & Co oder auch dem Gymnasium für erneuerbare Energien. Der Rendsburger Kreistagsabgeordnete wies auf das SPD-Kreiswahlprogramm hin, wonach die wichtigste Aufgabe der nächsten Jahre sei, die Entwicklung des Hafens Rendsburg Port weiter voranzutreiben und die Ansiedlung weiterer hafennaher Betriebe in dem angrenzenden Gewerbegebiet zu erreichen.

Die Betreiber und Mitarbeiter des Rendsburg Port könnten sich auf die Unterstützung der SPD verlassen.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 25.07.2013, 12:45 Uhr - 9171 Clicks - Nr. 524

Rot schmeckt uns!

„Rot schmeckt uns!“ - befinden Martin Habersaat, der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, sowie und Thomas und Wolf Harden, frisch gewählte Gemeindevertreter in Barsbüttel. Gemeinsam mit dem Barsbüttler SPD-Vorsitzenden Sebastian Bernt und anderen produzierten sie 500 Gläser Erdbeermarmelade, als süße Unterstützung für den Bundestagswahlkampf. Habersaat: „So praktisch und lecker kann politisches Engagement sein!“

Mit der Aktion unterstützen die Barsbüttler ihre Bundestagskandidatin Dr. Nina Scheer. Die hat sich vorgenommen, in den nächsten Wochen bei mindestens 3000 Hausbesuchen und bei Infoständen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn - Süd ins Gespräch zu kommen und sich vorzustellen. Und sie will nicht mit leeren Händen kommen - neben politischen Informationen soll es dann ein Töpfchen Erdbeermarmelade geben.



Foto: Ann-Christin Bernt, Thomas Harden, Martin Habersaat, Sebastian Bernt, Wolf Harden

Fotoalbum:

<http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/bundestagswahl-2013/rot-schmeckt-uns.html>

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 25.07.2013, 13:21 Uhr - 9295 Clicks - Nr. 525

Unterwegs mit Minister Meyer

International erfolgreicher Mittelstand in Stormarn

„Wir haben in Schleswig-Holstein viele mittelständische Firmen, die gut geführt, innovativ und international erfolgreich sind“, freut sich Wirtschaftsminister Reinhard Meyer. Möglichst viele dieser Firmen wolle er persönlich kennenlernen, um auf direktem Wege etwas über Zukunftsperspektiven und mögliche Hindernisse zu erfahren, bei deren Bewältigung er helfen könne.



Drei dieser Firmen besuchte Meyer nun in Stormarn - Arthur Krüger und ABU Fertigungstechnik / Modellbau Möbius in Barsbüttel sowie Getriebebau Nord in Bargteheide.

Die [Firma Krüger](#) arbeitet seit 1938 in der Kunststofftechnik, unter anderem gehört Airbus zu den Kunden der Barsbüttler. [ABU / Möbius](#) ist seit langem erfolgreich in Modellbau, Formenbau und Fertigungstechnik. [Getriebebau Nord](#) wiederum, auch in Glinde mit einem Werk präsent, zählt weltweit zu den Branchenführern der Antriebstechnik.

Martin Habersaat zeigte sich beeindruckt vom illustren Kundenkreis der besuchten Unternehmen, aber auch vom Unternehmergeist der Firmengründer und dem guten Betriebsklima, das bei Besichtigungen der Firmen und Gesprächen mit Betriebsräten

deutlich wurde. Solche Firmen bildeten das Rückgrat der Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Minister und Abgeordneter nahmen allerdings auch Arbeitsaufträge mit, beispielsweise wenn es um die weitere Ausgestaltung der Metropolregion und den drohenden Fachkräftemangel geht.

Foto: Reinhard Meyer und Wolfgang Uecker, Geschäftsführer bei Möbius.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 25.07.2013, 19:10 Uhr - 14099 Clicks - Nr. 526

SPD Kreisverband Kiel - Wahlkampfkommission

"nach der Wahl ist vor der Wahl": So steht jetzt zum fünften Mal innerhalb der letzten 15 Monate für die Kieler SPD ein Wahltag bevor! Diese "Serie" von Wahlkämpfen wurde mit einer großartigen Beteiligung der Genossinnen und Genossen absolviert. Und damit sind wir erfolgreich.

Nun geht es auf in den Bundestagswahlkampf. Ein Wahlkampfkonzept ist auf den Weg gebracht.

Viele haben in den vergangenen Wochen dazu beigetragen, dass auch unsere Plakatträger für die Plakatierung wieder bereit stehen - das war die am wenigsten attraktive Aufgabe ...



Unser Lager ist also aufgeräumt und die neuen Wahlplakate liegen bereit. Am kommenden Wochenende hat unser "Plakatmeister" Paul das Melsdorfer Lager Samstag und Sonntag geöffnet, und auch ich freue mich darüber, mit Euch gemeinsam bei Bratwurst, Kleister und kühlen Getränken über unsere politischen Aktionen und den super Sommer zu sprechen.

Alle Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften sind aufgerufen, an diesem Auftakt unserer zentralen Plakatierung für einige Stunden teilzunehmen.

Bitte lasst mich wissen, wer wann dabei ist. Wer den Weg zum Lager Melsdorf nicht kennt, kann diesen bei mir erfragen und auch Mitfahrgelegenheit kann ich anbieten!

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 26.07.2013, 15:52 Uhr - 9837 Clicks - Nr. 527

Neuer Notarztstandort in Stakendorf

Es gibt die Zusage, dass der Kreistagsbeschluss aus April umgesetzt werden kann und somit die Krankenkassen einen Standort in Stakendorf finanzieren werden.

Damit ist ein großer Erfolg für die Landrätin und der Verwaltung gelungen, der wir zu den Verhandlungen ausdrücklich gratulieren. Mit Beharrlichkeit, guten Argumenten aber auch den klaren Nachweisen der zum Teil zu langen Wartezeiten im Lütjenburger und Selenter Raum ist es gelungen, dass jetzt eine gute Versorgung

des Ländlichen Raumes gewährleistet wird.

Grundlage hierfür war auch das engagierte "Notarzbündnis" um Traudl Holst, Matthias Potrafky und Hermann Kühl, das sich massiv für die Belange eingesetzt hat. Vielen Dank an die Mitstreiter. Mit der Einrichtung des Runden Tisches auf Antrag der SPD Fraktion wurden gemeinsame Ziele verfolgt und gute Ergebnisse erzielt. Diese Einrichtung hat mit dazu beigetragen, dass zukunftsorientiert und sachlich verhandelt wurde.

Mit der Zusammenarbeit auch mit dem Bereich Oldenburg ist der gesamte Raum nun gut versorgt.

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD, Lutz Schlüsen, Bündnis 90/Die Grünen Axel Hilker und die stv. Fraktionsvorsitzende Beke Schöneich-Beyer zeigen sich sehr zufrieden: „Es ist ein großer Erfolg für die ärztliche Versorgung im Kreis Plön“!
Gez. Lutz Schlüsen gez. Axel Hilker gez. Beke Schöneich-Beyer

Keine Kommentare

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 29.07.2013, 21:17 Uhr - 6956 Clicks - Nr. 528

SPD Barmstedt begrüßt Beitragsfreiheit der ALG II Empfänger ab dem 1. August

Die SPD Barmstedt freut sich darüber, dass zum 1.08. nicht nur der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz in Kraft tritt, sondern ab August auch der Mindestbeitrag für den Kindertagesstättenbesuch entfällt. Bis jetzt war es in Barmstedt so, dass ALG 2 Empfänger, sowie Sozialhilfeempfänger einen Beitrag von 15,50 € für den Besuch ihres Kindes in der Kindertagesstätte zahlen mussten.

Auf Beschluss der SPD geführten Landesregierung und gegen die Stimmen der CDU/FDP wurde dieser Mindestbeitrag nunmehr abgeschafft.

In den meisten Kreisfreien Städten und einigen Kreisen gab es diesen Beitrag schon länger nicht mehr. Im Kreis Pinneberg haben nur wenige Städte die 15,50 € selbst übernommen. Barmstedt bisher nicht. Nach dem neuen Gesetz hat der Kreis die Kindertagesstätten auf die Gesetzesänderung hingewiesen und mitgeteilt, dass der Mindestbeitrag entfallen muss.

Annette-Bremer Wilms freut sich : "Dies ist ein kleiner erster, richtiger und überfälliger Schritt in Richtung Abschaffung der Kindergarten-gebühren!"

Wie notwendig die gebührenfreie frühkindliche Förderung in Krippe oder Kindertagesstätte ist, formuliert sehr treffend der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

Bundesweit werden zum 1.August, von der SPD rote Brotdosen verteilt.

In Barmstedt können die Brotdosen am Samstag den 3. August am SPD-Stand auf dem Marktplatz abgeholt werden

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 30.07.2013, 17:07 Uhr - 7151 Clicks - Nr. 529

Ganztagsschule: Bund muss mit anpacken!

Zu der von DGB und DIHK initiierten Debatte über Ganztagschulen erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Deutschlands Schulwesen macht noch immer die Bildungschancen junger Menschen weitgehend von ihrer sozialen Herkunft abhängig. Um diesen Zusammenhang aufzubrechen, brauchen wir Ganztagschulen. Diese sind wichtig, um allen Kindern und Jugendlichen die beste Bildung zu ermöglichen.

Bildung muss der Leitgedanke sein, nicht die bloße Frage der Betreuung. Insofern ist es aber gut, dass DGB und IHK den Ausbau von Ganztagschulen fordern und nicht etwa einen Ausbau gemeindlicher Hortangebote.

Schule soll ein aktiver Lehr- und Begegnungsort sein – mit bester Förderung aller Schülerinnen und Schüler, mit hervorragend qualifizierten Pädagogen, guten Freizeitangeboten und einer attraktiven Vernetzung mit Vereinen, Kulturträgern, Jugendhilfe und Jugendarbeit. Schleswig-Holstein hat auf diesem Weg mit einigen gebundenen und vielen offenen Ganztagschulen erste Schritte geschafft. Unser Nahziel ist es, bis 2020 jedem Kind einen Platz in einer Ganztagschule anzubieten; auch die berufsbildenden Schulen benötigen Ganztagsangebote. Das können wir aber nur erreichen, wenn der Bund mit anpackt. Die SPD hat sich dazu in ihrem Programm für die Bundestagswahl verpflichtet.

Das Kooperationsverbot, von Roland Koch (CDU) einst im Kampf gegen ein Bundesprogramm zum Ausbau von Ganztagschulen erfunden und von CDU-Ministerpräsidenten bis heute verteidigt, gehört abgeschafft. Der Bund muss Angebote von Schulen und Hochschulen mit finanzieren dürfen. Der Landtag in Schleswig-Holstein ist sich hier über Parteilinien hinweg bereits einig. Ob Ganztagschule, Inklusion oder individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern – es gibt genug zu tun.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 30.07.2013, 17:45 Uhr - 8576 Clicks - Nr. 530

Martin Habersaat besucht Thomas Schreitmüller

Barsbüttel hat 11850 Einwohner und damit 371 weniger als gedacht - das war eines der Ergebnisse des Zensus 2011. Während das Land Schleswig-Holstein und der Kreis Stormarn sich künftig auf mehr Einnahmen freuen können, drohen Barsbüttel Verluste. Der Widerspruch der Gemeinde gegen das Zensusergebnis war eines der Themen im Gespräch zwischen Bürgermeister Thomas Schreitmüller und dem Landtagsabgeordneten Martin Habersaat.

Der besucht in jedem Sommer „seine“ Bürgermeister, um sich über anstehende Themen und Projekte auszutauschen

Martin Habersaat: „Als Mitglied des Landtags darf ich bei Landesbehörden jede Menge Fragen stellen, wenn etwas mal nicht oder nicht rund läuft. Und ich bin dankbar für die Hinweise, die ich von den Bürgermeistern bekomme.“ Thomas Schreitmüller hat für

diese Gespräche dann immer ein kleines Mäppchen vorbereitet. „Ich erwarte keine Wunderdinge, es ist aber gut, sich der Themen von verschiedenen Seiten anzunehmen und einen konstruktiven Austausch zu pflegen.“ Am 8. August findet in Kiel eine Veranstaltung für die Kommunen statt, die Widerspruch gegen den Zensus eingelegt haben. Schreitmüller und Habersaat finden: „Wenn das Statistische Amt sich verrechnet hat, müssen die Zahlen korrigiert werden. Falls der Fehler auf Seiten der Gemeinde liegt, wäre es wichtig zu erfahren, wie er entstanden ist und was künftig besser gemacht werden kann.“

Ein wiederkehrendes Thema zwischen Bürgermeister und Abgeordnetem ist die Metropolregion Hamburg. Thomas Schreitmüller: „Der Wirtschaftsminister hat Barsbüttel bei seinem Besuch in der letzten Woche als ‚Metropolregion pur‘ bezeichnet. Das stimmt ja auch - aber was folgt daraus?“ Wünschenswert seien Projekte, die wirklich wahrnehmbar seien und über Partei- wie Landesgrenzen hinausgetragen werden, wie Habersaat ergänzt. Bessere Möglichkeiten für grenzüberschreitenden Schulbesuch nennt er als Beispiel, musste aber auch schon erkennen: „Das ist ein dickes Brett, das da gebohrt werden muss.“ Auch über Möglichkeiten der Gewerbeentwicklung in Stormarn habe er mit dem Wirtschaftsminister gesprochen.



Abschließend ging es um Fragen des politischen Engagements im ehrenamtlichen Bereich und die abnehmende Wahlbeteiligung. Den meisten Parteien und Wählergemeinschaften in Barsbüttel ist es in den vergangenen Jahren gelungen, junge Menschen an die Arbeit für die Gemeinde heranzuführen. Trotzdem sank die Wahlbeteiligung auch hier, auch wenn die Hoffnung natürlich ist, dass aktive junge Menschen, egal in welcher Partei, wieder andere für die Mitarbeit an der Demokratie begeistern. Das versuchen auch Thomas Schreitmüller und Martin Habersaat: „Wir stehen für Besuche in Vereinen, Kursen und Schulklassen zur Verfügung, berichten gerne über unsere Arbeit und politische Zusammenhänge.“ Auch Gegenbesuche in Rathaus und Landtag seien möglich.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 31.07.2013, 21:04 Uhr - 7865 Clicks - Nr. 531

Bildung ist keine Ware

Diskussionsabend der Reihe „Chancen ergreifen - Zukunft gestalten“ von Nina Scheer - mit Gesine Schwan, Wara Wende und Martin Habersaat

Mittwoch, 14. August 2013, 19.00 Uhr, Schloss Reinbek (Gartensaal), Schlossstraße 5, 21465 Reinbek

Bildung ist keine Ware, darf keine Ware sein. Aufklärung und Bildung sind elementare Rechte jedes Menschen. Bildung ist somit eine der wesentlichen staatlichen Aufgaben. Welche Bildung wollen wir?

Was muss das staatliche Schul- und Hochschulsystem leisten? Wie sind gesellschaftliche Ziele? In welchem Verhältnis stehen Wirtschaft, Wirtschaftsförderung zu Bildung und Hochschulforschung?

Darüber diskutiert Bundestagskandidatin Dr. Nina Scheer mit Prof. Dr. Gesine Schwan, Präsidentin der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance und Prof. Dr. Waltraud 'Wara' Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft des Landes Schleswig-Holstein.



Eine Einführung in das Thema gibt Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Habersaat, bis zu seinem Einzug in den Landtag Lehrer für Deutsch, Geschichte und Politik, sagt: „Meine Grundüberzeugung ist, dass jedes Kind unabhängig von seiner Herkunft gleiche Chancen für seine persönliche Entfaltung und berufliche Lebensperspektiven haben muss. Unser Bildungssystem soll junge Menschen hervorbringen, die mit Zuversicht Verantwortung für sich und andere übernehmen wollen und können.“

Nina Scheer: „Bildungsinstitutionen sind ein Garant für eine sich wertegetreu entwickelnde Gesellschaft. Die Ziele Nachhaltiger Entwicklung sind auf allseits zugängliche Bildungsangebote angewiesen. Bildung muss den Errungenschaften der Aufklärung fortwährend gerecht werden und ausschließlich den Interessen des Gemeinwohls dienen. Bildungsinhalte können und dürfen damit nicht nach ökonomischen Individualinteressen ausgerichtet werden.“

Foto: Gesine Schwan; Fotografin: Sarah Haupt

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 31.07.2013, 23:37 Uhr - 8589 Clicks - Nr. 532

Martin Habersaat trifft Axel Barendorf

Zu einem Informationsaustausch kamen am vergangenen Dienstag der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und Reinbeks Bürgermeister Axel Barendorf zusammen. Dabei standen nicht nur schulpolitische Themen, die zum Fachgebiet des Abgeordneten gehören, im Vordergrund. Neben der zurzeit im Mittelzentrum Glinde- Reinbek-Wentorf laufenden Schulentwicklungsanalyse ging es um die Krippen- und Kindergartensituation ebenso wie um die Überarbeitung des kommunalen Finanzausgleichs.

Die Gesprächsteilnehmer stimmten darin überein, dass die tatsächliche Wahrnehmung von Aufgaben bei der Zuweisung der Finanzmittel zukünftig stärker berücksichtigt werden müsse. Die Details blieben dem mit Spannung erwarteten Gutachten und dem weiteren Gesetzgebungsverfahren vorbehalten. Habersaat lobte die Anstrengungen der Stadt Reinbek beim Ausbau der Krippenangebote an. Eine Quote von über 50 Prozent bei den Ein- bis Dreijährigen könne sich sehen lassen. Diese Anstrengungen seien auch durch die Bereitstellung von über 800.000 Euro an Bundesmitteln honoriert worden.

Bezüglich der im Mittelzentrum aufzustellenden Schulentwicklungsplanung bot Habersaat seine Unterstützung bei Moderationen oder Gesprächen mit dem Bildungsministerium an.

An einer Kooperation werde man bei der Einrichtung einer weiteren Oberstufe im Bereich der Gemeinschaftsschulen nicht vorbeikommen, waren sich die Gesprächsteilnehmer einig. Habersaat: „Wenn alle an einem Strang ziehen, halte ich die Einrichtung einer zusätzlichen Oberstufe in der Region für ebenso möglich wie sinnvoll.“ Bärenndorf bedankte sich für das unterstützende Angebot und das ständige Kontakthalten des Abgeordneten zu den Kommunen seines Wahlkreises.



Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 01.08.2013, 22:13 Uhr - 27859 Clicks - Nr. 533

Kita-Ausbau ist ein familienpolitischer Meilenstein

Heute, am 1. August 2013 tritt der bundesweite Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für die Ein- bis Dreijährigen in Kraft, den die SPD im Jahr 2007 durchgesetzt hat. Das Land Schleswig-Holstein, die Kreise und Gemeinden haben enorme Anstrengungen unternommen, um das Betreuungsangebot auszuweiten.



"Der Kitausbau ist ein familienpolitischer Meilenstein. Denn er sorgt für bessere Bildungschancen für alle Kinder, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch für mehr Gleichstellung", erklärt dazu Kristin Alheit, Mitglied im SPD-Landesvorstand und Sprecherin des Forum Familie der SPD Schleswig-Holstein. "Ergänzend zum weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen werden wir auch für die Steigerung der Qualität in unseren Kitas sorgen müssen. Dafür brauchen wir auch jeden Cent, den der Bund für Familien ausgibt."

Zeitgleich mit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz wird es auch das von Schwarz-Gelb eingeführte Betreuungsgeld geben. "Dass bisher so wenige Anträge vorliegen, zeigt, dass das Betreuungsgeld vollständig an den Bedürfnissen der Familien vorbeigeht", so der Vorsitzende des SPD-Landesparteirats und Sprecher des Forum Familie, Sönke Rix. "Diese Maßnahme ist familienpolitisch kontraproduktiv und gleichstellungspolitisch reaktionär. Mit den zwei Milliarden Euro, die das Betreuungsgeld jährlich kostet, könnten auch in Schleswig-Holstein zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden. Dort würden sich die Investitionen lohnen! Bundesweit wollen wir 200.000 zusätzliche Plätze bis 2017 schaffen und den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz erweitern."

Um für eine moderne Familienpolitik zu werben, startet die SPD Schleswig-Holstein mit einer Aktionswoche in das Kita-Jahr. Landesweit werden von den örtlichen SPD-Gliederungen und Bundestagskandidaten vor zahlreichen Kindertagesstätten über 8000 Brotdosen verteilt.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 02.08.2013, 12:06 Uhr - 8846 Clicks - Nr. 534

Betriebe und Forschungseinrichtungen vernetzen

Martin Habersaat informiert sich über Angebote der IHK

Als Wirtschaftsminister Reinhard Meyer Barsbüttler Betriebe besuchte und sich über deren Projekte und Sorgen informierte, wurde der Wunsch von Unternehmern deutlich, sich innerhalb Schleswig-Holsteins zu vernetzen, untereinander, aber auch mit Hochschulen und Schulen.

Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, hatte Meyer bei dessen Besuchen begleitet und nahm die aufgetretenen Fragen jetzt zum Anlass, sich bei der IHK Ahrensburg über Angebote in dieser Richtung zu informieren.



IHK-Geschäftsbereichsleiter Nils Thoralf Jarck: „Da wäre zum Beispiel die Unternehmensdatenbank Norddeutschland, in der sich über 135.000 Unternehmensadressen aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen befinden.“ (www.fitnord.ihk.de) In der IHK-Kooperationsbörse kann entweder unternehmerisches Know-How für eine Kooperation angeboten werden, oder es können Kooperationspartner gesucht werden. Die Kooperationsbörse steht offen für Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Auch eine IHK-Recycling- und eine -Technologiebörse werden angeboten. Weitere Infos hierzu erhalten Sie unter www.ihk-schleswig-holstein.de oder bei der IHK in Ahrensburg unter 0451-6006-310. Habersaat: „Es gibt in Schleswig-Holstein viele Unternehmen und Hochschulen mit Potenzial, das wir für Schleswig-Holstein nutzen müssen. Wenn einem Land große Industrien fehlen, bildet der Mittelstand das Rückgrat für Innovationen und Wirtschaftskraft.“

Habersaat und Jarck nutzten das Treffen auch, um über Perspektiven der Metropolregion Hamburg zu sprechen. Der Kreis Stormarn sei ein starker Teil dieser Region, eine bessere Zusammenarbeit über Landesgrenzen hinweg könnte jedoch weitere Impulse auch für die Wirtschaft liefern, waren sich beide einig. „Die IHK zu Lübeck ist mit der gemeinsamen Geschäftsstelle der IHK zu Lübeck und der Handelskammer Hamburg in der Stadt Nordstedt einen wichtigen Schritt in diese Richtung gegangen. Diese Geschäftsstelle ist die deutschlandweit erste bundesländerübergreifende IHK-Geschäftsstelle und wird sowohl von Hamburger als auch von schleswig-holsteinischen Unternehmen sehr intensiv genutzt.“, berichtete Jarck.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 02.08.2013, 12:09 Uhr - 9150 Clicks - Nr. 535

SPD für moderne Familienpolitik

Nina Scheer wirbt in Barsbüttel für gute Betreuungsangebote

Am 1. August 2013 war es so weit: Eltern haben bundesweit einen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für ihre ein- bis dreijährigen Kinder. Durchgesetzt wurde

dieser familienpolitische Meilenstein von der SPD 2007. Seitdem haben Länder und Kommunen große Anstrengungen unternommen, um das Betreuungsangebot auszuweiten.

Zeitgleich mit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz wird es auch das von Schwarz-Gelb eingeführte Betreuungsgeld geben.

„Familien- und bildungspolitisch eine kontroproduktive Maßnahme“, findet Nina Scheer, Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn-Süd. Das dafür aufgewandte Geld könnte für Kinderbetreuungsplätze wesentlich sinnvoller ausgegeben werden.



Um für eine moderne Familienpolitik zu werben, startete die SPD Schleswig-Holstein mit einer Aktionswoche in das Kita-Jahr. Landesweit werden von den örtlichen SPD-Gliederungen und Bundestagskandidaten vor zahlreichen Kindertagesstätten über 8000 Brotdosen verteilt. Die SPD Barsbüttel machte mit und war vor allen Kitas in der Gemeinde präsent. Vor dem kirchlichen Kindergarten im Waldenburger Weg sprachen Nina Scheer, der örtliche Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und Gemeindevertreter Heinrich Dippel mit vielen Eltern.

Martin Habersaat: „Wenn der Bund neue Ausgaben beschließt, dann sollten es Investitionen in die Zukunft sein, beispielsweise in Bildungsinfrastruktur und Qualitätsverbesserungen.“ Die Landesregierung hat sich mit den Kommunen auf eine Übernahme der Betriebskosten durch das Land verständigt, insgesamt fördert das Land die Betreuung der Kleinsten bis 2017 mit über 400 Millionen Euro. Nina Scheer: „Land und Bund müssen sich ihrer Verantwortung stellen, damit es nicht von der Kassenlage vor Ort abhängt, ob angemessene Betreuungsangebote entstehen können, die die Bildungschancen für alle Kinder verbessern und Familie und Beruf gut vereinbar machen.“

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 03.08.2013, 12:28 Uhr - 29174 Clicks - Nr. 536

35 Grad - heiße Phase des Wahlkampfes beginnt

Mit dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, eröffnete [Franz Thönnies](#), Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Segeberg - Stormarn Mitte, am 2. August den Bundestagswahlkampf. Steinmeier appellierte an die Wählerinnen und Wähler: "Es ist nicht egal, wer diese Wahl gewinnt."



Trotz hochsommerlicher Temperaturen war der Markplatz am Schmuggelstieg in Norderstedt, direkt an der Landesgrenze zu Hamburg, mit Interessierten gefüllt. In guter Nachbarschaft war der Hamburger Bundestagskandidat [Christian Carstensen](#) mit auf dem Podium.

Frank-Walter Steinmeier ging mit dem "Schlafwagen-Kabinett Merkel" hart ins Gericht. Merkel scheue Entscheidungen, weil sie Konflikte scheue. Die versprochene Energiewende drohe zu scheitern. "Wir werden die Energiewende vom Kopf auf die Füße stellen",

versprach der Fraktions-Chef. "Energiepolitik oder Energie-Chaos, das ist eine Frage, über die am 22. September abgestimmt wird."

Die SPD stehe mit ihrer Tradition für Aufstieg durch Bildung, für faire Löhne und faire Renten, für ein gutes Gesundheitssystem ohne Zwei-Klassen-Medizin. "Wir kämpfen für ordentliche Tariflöhne und für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn", erklärte Steinmeier.

Foto: Frank Walter Steinmeier, Christian Carstensen, Franz Thönnnes.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 03.08.2013, 15:52 Uhr - 7990 Clicks - Nr. 537

SPD-Tangstedt: Klausurtagung der Fraktion

Bei großer Hitze zog sich die **Fraktion der SPD-Tangstedt** in die kühlen Räume des Tangstedter Rathauses zurück, um intensiv über kurz-, mittel- und langfristige Ziele und Herausforderungen in dieser Legislaturperiode zu debattieren.

Zu den Themen gehörte neben dem Flächennutzungsplan 2030 und angedachter Entwicklung von neuen Wohngebieten auch die gesamte Verkehrssituation samt des ÖPNV innerhalb der Gemeinde Tangstedt. Die aktuelle Auslastung der Kindertagesstätten wurde ebenso debattiert wie mögliche Entwicklungen zu einer Veränderung der Abwasserentsorgung. Weiter wurde auch die Entwicklung der Haushaltsplanung 2014 besprochen.



Fraktionsvorsitzender Christoph Haesler sagte am Ende der Tagung: "Unsere Klausurtagung zeigt, dass die **SPD-Fraktion** gut vorbereitet in diese Legislaturperiode startet. Die Mischung unserer Fraktion aus bewährten und neuen Mitgliedern ermöglicht es uns, die Informationen der vergangenen Jahre zu bewahren und gleichzeitig neue Impulse aufzunehmen."

Neueste Informationen der SPD-Tangstedt automatisch unter www.facebook.com/SPDTangstedt oder www.twitter.com/SPDTangstedt erhalten!

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 04.08.2013, 22:04 Uhr - 20295 Clicks - Nr. 538

SPD-Kreistagsfraktion: Mehr als 30 Anträge für ÖPNV

SPD-Kreistagsfraktion: Mehr als 30 Anträge für einen attraktiven und leistungsstarken ÖPNV im Kreis Rendsburg-Eckernförde

„Der vorgelegte Entwurf für einen Regionalen Nahverkehrsplan 2013 bis 2017 (RNVP) ist für die SPD-Kreistagsfraktion in dieser Form nicht akzeptabel. Er gibt keine Antworten

darauf, wie ein attraktiver und leistungsstarker ÖPNV in der Zukunft aussehen soll", sagte der Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion im fachlich zuständigen Regionalen Entwicklungsausschuss, Martin Tretbar-Endres in Rendsburg.

Die Aussagen im RNVP zur Weiterentwicklung des Angebotes, zur Qualitätsverbesserung und -sicherung, zur besseren Verknüpfung Bus/Bahn und Bus/Bus seien aus SPD-Sicht unzureichend.

Die SPD-Fraktion wolle daher, dass der RNVP in seiner grundsätzlichen Ausrichtung überarbeitet wird. Ziel müsse sein, dass der Kreis Rendsburg-Eckernförde den ÖPNV stärkt, kundenfreundlich ausrichtet und die Nutzerinnen und Nutzer stärker an der Qualitätskontrolle und der Weiterentwicklung beteiligt. Zudem müsse der RNVP die notwendige Flexibilität ermöglichen, um auf neue Entwicklungen und eine veränderte Nachfrage mit neuen Angeboten zu reagieren. „Wir wollen einen integrierten Taktverkehr im Kreisgebiet, d. h., eine bessere Vernetzung und Vertaktung der ÖPNV-Angebote Bus + Bahn, aber auch Individualverkehr und ÖPNV“, forderte Martin Tretbar-Endres. Der RNVP müsse Antworten auf die geänderten Mobilitätsanforderungen vor dem Hintergrund des demografischen Wandels geben. Dazu gehöre auch, dass der ÖPNV im Kreisgebiet sehr viel mehr Aufgaben habe als die Schülerbeförderung. Eine hohe Attraktivität des ÖPNV müsse dazu beitragen, die zukünftige Fahrgastnachfrage zu steigern.



Als eine zentrale Forderung der SPD hob der Rendsburger Kreistagabgeordnete die Einrichtung eines Mobilitätsbeirates hervor: „Dieser soll als Interessenvertreter und als Ansprechpartner für die Nutzer dienen und das Qualitätsmanagement unterstützen“, so Tretbar-Endres. Die SPD fordere darüber hinaus eine regionale Mobilitätszentrale RD-Eck, die u. a. die Gemeinden bei der Optimierung ihres ÖPNV-Angebots unterstützt und Ansprechpartner für alle ÖPNV-Fragen im Kreis ist. Die Mobilitätszentrale solle zudem die Arbeit des ÖPNV-Beirates koordinieren und unterstützen.

„Die Barrierefreiheit des ÖPNV ist ein weiteres zentrales Anliegen der SPD-Kreistagsfraktion. Wir unterstützen den Vorschlag, einen eigenen Maßnahmenplan zur Barrierefreiheit zu erarbeiten unter der Voraussetzung, dass dieser sehr zügig nach Verabschiedung des RNVPs in Angriff genommen wird und konkrete Umsetzungsschritte enthält“, verdeutlichte der SPD-Kreistagsabgeordnete.

Dabei seien die inhaltlichen Vorschläge der Selbsthilfe Körperbehinderter, Landesverband SH und des Fahrgastverbandes Pro Bahn, Regionalverband Schleswig/Mittelholstein eine wichtige inhaltliche Grundlage.

Insgesamt hat die SPD Fraktion mehr als 30 Einzelanträge zum RNVP-Entwurf eingebracht, die auf der Sitzung des Regionalen Entwicklungsausschusses am 6. August beraten werden sollen.

Martin Tretbar-Endres Regionalentwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion RD-ECK

Keine Kommentare

Beratungsstellen FRAU & BERUF brauchen Unterstützung

FRAU & BERUF: „Das ist leider ein gesellschaftlicher Bereich, in dem es noch immer viel zu tun gibt.“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies nach ihrem Treffen mit den Projektleiterinnen Regina Kolbeck und Anke Heinßen von der Elmshorner Beratungsstelle FRAU & BERUF am Alten Markt in Elmshorn.



Beim Gespräch kam unter anderem heraus, dass alle elf Einrichtungen in Schleswig-Holstein eine wichtige Anlaufstelle für Frauen sind. „Wir werden auch oft von Frauen aus Hamburg angerufen und um Hilfe gebeten“, berichtet Anke Heinßen. Da die Anlaufstellen allerdings nur für Frauen aus Schleswig-Holstein zuständig sind, müssen die beiden Projektleiterinnen auswärtige Frauen leider abweisen. Doch auch ohne diese Klientel ist genug zu tun. Denn im vergangenen Jahr wurden 694 Beratungsgespräche geführt. Dabei sind Kolbeck und Heinßen nicht nur im Elmshorner Büro präsent, sondern bieten regelmäßig auch Sprechstunden in Städten und Gemeinden im Kreisgebiet an. Auch die lokalen Beratungen werden gut angenommen. Heinßen: „Damit kann sich das nördlichste Bundesland schmücken, das ist ein Erfolgsprojekt.“

Die Elmshorner Abgeordnete stimmt zu: „Hier wird wichtige Arbeit geleistet, die von betroffenen Frauen akzeptiert und wahrgenommen wird.“

Laut Kolbeck und Heinßen kommen Frauen mit sehr unterschiedlichen Erwerbsbiografien zu den Terminen. Die Beratungsstelle zeichne aus, dass ebenfalls viele Akademikerinnen und andere hochqualifizierte Frauen darunter sind, die bei der Arbeitsagentur oftmals nicht gemeldet sind. Beweggrund für die Bitte um Unterstützung ist hauptsächlich die Suche der Frauen nach einem beruflichen Wiedereinstieg nach Erziehungspause, Scheidung oder einer Burnout-Behandlung.

„Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nach wie vor ein großes Thema. Das funktioniert nicht wirklich gut.“, so Kolbeck. Es gebe zurzeit weniger qualifizierte, sozialversicherungspflichtige Teilzeitstellen, dafür gefühlt aber jede Menge 450-Euro-Jobs. Außerdem müsse das Kinderbetreuungsangebot gerade an den Grundschulen ausgeweitet werden. Das aktuell eingeführte Betreuungsgeld halten die beiden Fachfrauen für keinen guten Weg, und auch Beate Raudies kritisiert die „Herdprämie“ als kontraproduktiv.

Die beiden Beraterinnen hoffen, dass sie ihr Angebot aufrechterhalten können, denn im kommenden Jahr fallen EU-Fördermittel weg. Sie würden nur ungern ihre strukturpolitische Arbeit aufgeben, denn dann könnten sie ihr Netzwerk zu den Unternehmen nicht mehr pflegen. „Darunter leidet dann die Beratungsqualität“, so Heinßen.

Schon jetzt geraten Kolbeck und Heinßen an ihre Grenzen. Manch Hilfesuchende wird gebeten, eine Wartezeit in Kauf zu nehmen, bevor sie einen Termin erhält. „Da wäre mehr Personal hilfreich“, sagt Kolbeck. Nichtsdestotrotz werden die beiden im kommenden Jahr Messen und Workshops organisieren. Ihr Ziel ist es, Unternehmen noch intensiver als bisher über weibliche Fachkräfte zu informieren. Kolbeck: „Im Umkehrschluss wollen wir qualifizierte Frauen dazu ermutigen, sich aus der Deckung zu trauen und ihre Kenntnisse mehr zu propagieren. Da schlummert enormes Potenzial.“

Beate Raudies sagte zu, für die Arbeit von FRAU & BERUF im Kieler Wirtschaftsministerium zu werben. „Die Beratungsstellen sind wichtig, denn jede Frau, die durch das Engagement von Frau und Beruf wieder zu einer qualifizierten Arbeitsstelle kommt, wird nicht von Altersarmut betroffen sein. Damit werden viel Elend und letztendlich auch hohe Folgekosten verhindert“, betont die

Elmshorner Politikerin.

Die Abgeordnete will sich regelmäßig über die Arbeit von Frau und Beruf in Elmshorn informieren.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 04.08.2013, 22:41 Uhr - 9175 Clicks - Nr. 540

Große Sprünge

Kinderfest der SPD Wentorf

Sommer, Sonne, Sonnenschein - in diesem Jahr kam alles zusammen beim Kinderfest der SPD Wentorf am Petersilienberg. Ein großes Team aus alten und jungen Helferinnen und Helfern hatte sich viel Mühe gegeben, und viele Kinder und Eltern hatten ihren Spaß. Große Sprünge, große Würfe - alles war dabei. Bei Kaffee und Kuchen nutzten auch Bundestagskandidatin Dr. Nina Scheer und der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat die Gelegenheit zu vielen Gesprächen.



Mehr Fotos gibt es hier:

<http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/wentorf-2013/kinderfest.html>

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 05.08.2013, 15:05 Uhr - 7718 Clicks - Nr. 541

SPD-Tangstedt: Eins bis drei - Wir sind dabei!

Am heutigen Montagmorgen überraschten die **Tangstedter Sozialdemokraten** viele Kleine und Große, die sich auf den Weg zu den verschiedenen Kindertagesstätten gemacht hatten.

Aus Anlass des Inkrafttretens des Rechtsanspruches auf einen Kita-Platz für Kinder im Alter von einem bis drei Jahren erhielten mehr als 200 Kinder bzw. deren Eltern der drei gemeindlichen Kindertagesstätten und des Waldkindergartens als Überraschung Brotdosen. Mit dem Start in das neue Schul- wie Kindergartenjahr setzte die **SPD** dieses symbolische Zeichen unter dem Motto „EINS BIS DREI – WIR SIND DABEI!“ und unterstrich damit eines der Hauptziele der **SPD**: Garantierte gute Betreuung und Bildung für alle Kinder!



Der **stellvertretende SPD-Vorsitzende Michael Kannieß** sagte am Rande: "Die SPD hat sich in den vergangenen Jahren maßgeblich dafür eingesetzt, dass es einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Ein- bis Dreijährige gibt. Als sichtbares Zeichen dafür wollen wir heute die Kinder unserer Kindertagesstätten mit dieser kleinen Überraschung begrüßen".

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 05.08.2013, 18:42 Uhr - 9610 Clicks - Nr. 542

Bienen brauchen Hilfe

Martin Habersaat besucht die Imkerei an der Lohe

Bienen sind für unser Ökosystem lebenswichtig, bringen der europäischen Landwirtschaft jährlich über 22 Mrd. Euro ein - und sind gefährdet. In den Fokus geraten sind in diesem Zusammenhang in den vergangenen Monaten vor allem auch die Neonicotinoide, systemisch wirkende, chemische Pflanzenschutzmittel in der Landwirtschaft.



Deshalb hat die Europäische Kommission beschlossen, den Einsatz dieser Nervengifte zunächst für zwei Jahre zu verbieten um zu prüfen, ob das Bienensterben mit dem Verbot eingedämmt werden konnte.

Auch der Landtag von Schleswig-Holstein hat sich mit dem Thema befasst. Grund genug für Martin Habersaat, sich bei der Imkerei an der Lohe über die Lage der Bienen zu informieren. Hier produziert Dr. Marcus Bradtke-Hellthaler Honigspezialitäten aus Reinbek, Wentorf und Umgebung.

Bis Ende 2013 soll die Landesregierung gemeinsam mit den Imkern in Schleswig-Holstein eine Bestandaufnahme erarbeiten und darlegen, wie viele Bienenzüchter und Bienenvölker es in Schleswig-Holstein gibt, wie sich die Anzahl der Bienenvölker in den letzten zehn Jahren entwickelt hat und durch welche Faktoren der Bestand an Bienenvölkern in Schleswig-Holstein nachweislich positiv und negativ beeinflusst wird. Auch die Effekte von Pflanzenschutzmitteln auf Bienen sollen untersucht werden, berichtete Habersaat, der stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion ist.

Bradtke-Hellthaler riet dem Abgeordneten, bei den spezifischen Bedingungen in Schleswig-Holstein auch auf die wichtige Rolle zu achten, die der Raps für die Honigproduktion im Land spielt. Wegen des umfangreichen Rapsanbaus im nördlichsten Bundesland gebe es einen richtigen Bientourismus, professionelle Imker wandern mit ihren Völkern zur Rapsblüte her. Außerdem wünsche er sich anstelle des umfangreichen Maisanbaus die Verwendung neuer Blüh-Mischungen bei Energiepflanzen, die grüne Energie liefern, ohne ganze Landstriche zu veröden. Erste Landwirte seien bereits auf dem Weg. Habersaat: „Deutlich wurde mir in dem Gespräch auch, dass ein zweijähriges Verbot von Neonicotinoiden eigentlich nicht ausreichend ist. Diese Substanzen sind bewusst so aufgebaut,

dass sie über Jahre im Boden wirken. Ein nur zweijähriges Moratorium erscheint vor diesem Hintergrund zu kurz, um belastbare Informationen sammeln zu können. Positive Effekte könnten sich möglicherweise erst nach einem längeren Verbot einstellen.“

Pflanzenschutzmittel sind ein zwar zentrales, jedoch nicht das einzige Problem für die Bienen: So gibt es inzwischen zwar wieder mehr Nachwuchsimker, doch halten diese oft weniger Völker als ihre Vorgänger, so dass nach wie vor viele Bestäuber fehlen. Zudem schädigt seit fast 40 Jahren die eingeschleppte Varroa-Milbe die Bienenvölker auch in Deutschland, was in Wechselwirkung mit den Pestiziden und einer immer mehr industrialisierten Landwirtschaft das Überleben der Bienen immer häufiger in Frage stellt. Diese in der Imkerpraxis sehr deutlich werdenden Wechselwirkungen gilt es, so Bradtke-Hellthaler, endlich systematischer als bislang zu untersuchen und bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln gezielt zu berücksichtigen. Nur so ließe sich feststellen, warum etwa Bienenvölker in den letzten Jahren bereits unter weit geringerer Milbenbelastung zusammenbrechen als in der Zeit vor der Einführung der aktuell diskutierten Pflanzenschutzmittel.

Aber nicht nur die Politik ist gefordert, die Bienen zu schützen, jeder kann etwas für die Bienen tun: Das geht etwa bei der Auswahl geeigneter Gartenpflanzen los und hört beim Aufstellen von Bienenkästen im eigenen Garten auf. Bradtke-Hellthaler: „Viele Imker suchen Standorte und freuen sich über ein ruhiges Plätzchen im Privatgarten oder auf dem Firmengelände. So kann man zudem auch als Laie Bienen beobachten, mehr Obst ernten und sich zudem über Honig vom Imker aus dem eigenen Garten freuen.“

[http://imkerei-an-der-lohe.de/Imkerei an der Lohe/](http://imkerei-an-der-lohe.de/Imkerei_an_der_Lohe/)

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 07.08.2013, 17:55 Uhr - 10366 Clicks - Nr. 543

Wahlkampfauftakt mit Nina Scheer am 10. August

Nina Scheer wird am 10. August an sieben Orten in ihrem Wahlkreis mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Gespräche führen, um mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl zu politischen Fragen und Herausforderungen Stellung beziehen. "Mit dem Wahlkampfauftakt möchte ich die Bürgerinnen und Bürger aufrufen, am 22. September wählen zu gehen", erklärt Nina Scheer und fügt an:



"Die Wochen vor der Wahl können und sollten von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden, um an politischem Diskurs verstärkt teilzunehmen. Ich werbe dafür, diese Zeit für einen konzentrierten politischen Meinungsaustausch zu nutzen."

Ihren Aufruf zu politischer Mitgestaltung artikuliert Nina Scheer auch durch ihre Veranstaltungsreihe unter der Überschrift "Chancen ergreifen - Zukunft gestalten". Allein im August stehen fünf Abendveranstaltungen dieser Reihe an, u.a. mit Jochen Flasbarth, Präsident des Umweltbundesamtes (8. August, Schwarzenbek), Andreas Breitner, Innenminister Schleswig-Holstein (12. August, Ahrensburg), Dr. Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender und Uwe Polkaehn, Vorsitzender DGB-Nord (13. August, Mölln), Prof. Gesine Schwan, Prof. Waltraud 'Wara' Wende, Bildungsministerin Schleswig-Holstein und Martin Habersaat, Bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion (14. August, Reinbek), Bärbel Dieckmann, Präsidentin Welthungerhilfe, Dr. Dirk Steglich, Vorsitzender Partnerschaft für Afrika und MdL Olaf Schulze (29. August in Geesthacht) sowie durch "Politische

Frühstücke", u.a. mit Andreas Breitner (am 14. August in Glinde). Am 5. September wird Ministerpräsident Torsten Albig bei Nina Scheer zum Thema 'Starke Metropolregion im Zuge Nachhaltiger Entwicklung' in Ratzeburg zu Gast sein.

Weitere Informationen zu den oben genannten Terminen befinden sich auf www.nina-scheer.de

Und auch in ihrem Flyer wirbt Scheer neben zahlreichen politischen Aussagen mit einer Aufforderung: "Demokratie lebt von Ihrer Mitwirkung: Machen Sie mit - Nutzen Sie Ihr Wahlrecht.", vgl. auch http://www.nina-scheer.de/images/PDF/Nina-Scheer_Bundestags-direktkandidatin_eBook.pdf.

Ergänzend positioniert sich Nina Scheer mit Themenkarten, etwa zu Umwelt- und Gesundheitsgefährdungen durch den Einsatz von Fracking zur Erdöl- und Erdgasförderung. Mit ihrer Forderung: "Energiewende statt Fracking" weist Scheer zudem auf die Dringlichkeit einer fortzusetzenden Energiewende hin - ihrem Schwerpunktthema. Mit einem forcierten Ausbau Erneuerbarer Energien, einem entsprechenden Netzmanagement und dem Einsatz von Speichern gelte es sowohl aus Klimaschutzgründen als auch aufgrund der Endlichkeit fossil-atomarer Energieressourcen die Abhängigkeit von letzteren schnellstmöglich zu beenden. "Die Energiewende steht für Zukunftstechnologien, auf solche die Exportnation Deutschland angewiesen ist. Insbesondere Metropolregionen können hiervon profitieren", so Scheer.

Ortsvereine ihres Wahlkreises kochten mit Nina Scheer während der Sommerferien ca. 3.000 Erdbeer-Fruchtaufstrich-Gläschen als Mitbringsel für Haustürgespräche. Mit diesen ausgerüstet wird Nina Scheer von Tür zu Tür gehen, um mit weiteren Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Die Wahlkampfauftakt-Gespräche am 10. August mit Nina Scheer werden an folgenden Orten stattfinden, vgl. auch unter: <http://www.nina-scheer.de/kalender/icalrepeat.detail/2013/08/10/87/-/nina-scheer-unterwegs-zum-wahlkampfauftakt.html>

- 8.00 - 09.00 Uhr, Ratzeburg, auf dem Marktplatz
- 9.30 - 10.30 Uhr, Mölln, auf dem Wochenmarkt
- 11.00 - 12.00 Uhr, Schwarzenbek, auf dem Ritter-Wulf-Platz
- 12.30 - 13.30 Uhr, Ahrensburg, Rundgang über das Stadtteilfest in der Siedlung am Hagen
- 14.00 - 15.00 Uhr, Barsbüttel, in der Thorkoppel
- 16.00 - 18.00 Uhr, Geesthacht, Gewerbeschau auf dem Menzer-Werft-Platz

Es folgt ein Konzertbesuch in Lauenburg, 19.00 Uhr, Lauenburger Hitzler-Werft.

Keine Kommentare

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 07.08.2013, 21:23 Uhr - 7572 Clicks - Nr. 544

Storchenfest in Langwedel

Unter dem Motto „Gemeinsam Leben- Wohnen- Feiern“ geht das diesjährige Storchfest an den Start. In 2013 jährt es sich zum bereits zum 10. Mal. Das Storchengremium und Festkomitee hat ein ganz besonderes Programm zum Jubiläum vorgesehen. Unter anderem erwarten die Besucher und Besucherinnen eine Feuershow und Live-Musik.

Los geht es am 17. August um 15 Uhr rund um das Langwedeler Storchennest an der Schule.

[Der Flyer mit dem Programm zum Herunterladen >>](#)



Keine Kommentare



Gemeinsam Leben - Wohnen - Feiern

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 08.08.2013, 12:37 Uhr - 15308 Clicks - Nr. 545

Thönnnes erkundigt sich bei Betriebsrat von Lufthansa Revenue Services

Nachdem SPD-MdB Franz Thönnnes die Beschäftigten von Lufthansa Revenue Services im Frühjahr dieses Jahres bei ihren Protesten gegen die beabsichtigte Standortschließung unterstützt hatte, besuchte er jetzt erneut den Betriebsrat, um sich über den aktuellen Stand der Entwicklung im Unternehmen informieren zu lassen.



Betriebsratsvorsitzender Klaus Kahlcke und die weiteren Arbeitnehmervertreter berichteten dem Bundestagsabgeordneten, dass inzwischen Beratungen mit der Geschäftsleitung über Rahmendaaten zu einem Interessenausgleich aufgenommen worden sind. Von der Entscheidung der Unternehmensführung von Lufthansa, bis 2017 den Sitz in Norderstedt aufzugeben, sind gut 360 Beschäftigte betroffen, von denen sehr viele auf Grund ihrer über 15-jährigen Betriebszugehörigkeit einen tarifvertraglichen Kündigungsschutz haben. Nach den Demonstrationen von Ver.di hatte der Betriebsrat ein eigenes Szenario entwickelt, um die Beschäftigungsinteressen über einen längeren Zeitpunkt zu wahren.

Klaus Kahlcke: „Zu unserer großen Freude und Überraschung hat die Geschäftsleitung wesentliche Elemente unseres Szenarios übernommen.“ Hiernach ist die Arbeitgeberseite bereit, durch neue Gesellschaftsformen wesentliche Tätigkeiten zunächst eher in Hamburg als an anderen Standorten in Deutschland zu lokalisieren. Damit könne ein erheblicher Teil der Beschäftigten im Rahmen einer Betriebsänderung zunächst mit befristeter Laufzeit am Standort Hamburg Arbeit finden. Der weit größere Teil der Arbeitnehmer könne mit bestimmten Aufgaben oder zum Beispiel auch Unterstützungen zur beruflichen Neuorientierung ebenfalls befristet am Standort Norderstedt oder auch in Hamburg beschäftigt werden. Vor diesem Hintergrund soll in den nächsten Wochen eine detaillierte Ausgestaltung des Interessenausgleiches erfolgen.

Thönnnes zeigte sich beeindruckt von dem Stand der bislang erfolgten Gespräche. „Der jetzige Verhandlungsstand macht deutlich, dass die gemeinsamen Proteste der Beschäftigten mit ihrer Gewerkschaft Ver.di sowie die Strategie des Betriebsrates erste, positive

Wirkungen zeigen. Es werde sich jedoch noch erweisen müssen, ob Lufthansa seiner sozialen Verantwortung letztendlich nachkomme.“

Bildunterschrift: Thönnies im Kreis der Betriebsräte, rechts neben Klaus Kahlcke (4. v.l.)

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 10.08.2013, 10:54 Uhr - 9746 Clicks - Nr. 546

Energiewende – Was steht an? Was steht im Weg? 8.August

Am Abend des 8. August startete Nina Scheer, Bundestagskandidatin Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd in Schwarzenbek ihre Veranstaltungsreihe „Chancen ergreifen – Zukunft gestalten“. Als Referenten hatte Scheer den Präsidenten des Umweltbundesamtes, Jochen Flasbarth, zu Gast.



Der frühere Präsident des NABU und ehemalige Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium erinnerte an die Entstehungsgeschichte des Umweltbundesamtes zur Umsetzung des ersten deutschen Umweltprogramms der von Bundeskanzler Willy Brandt geführten rot-gelben Bundesregierung. Nina Scheer unterstrich in ihrer Einführung die große Bedeutung des Umweltbundesamtes, die es auch für die Energiewende habe. Mit den Analysen und Daten von Seiten des Umweltbundesamtes lege es wertvolle Grundlagen, u.a. für den Ausbau Erneuerbarer Energien.

Jochen Flasbarth verwies auf die großen Chancen, die mit der Energiewende sowohl mit Blick auf knapper werdende fossile Energieressourcen als auch durch die klimatischen Auswirkungen ihres Verbrauchs gegeben seien. Die Energiewende sei in Deutschland keineswegs vor die Wand gefahren, wie es teilweise behauptet wird. „Der Ausbau regenerativer Energien auf heute bereits 25 Prozent Anteil am Bruttostromverbrauch ist ein großer Erfolg und weit mehr als prognostiziert“, so Flasbarth. Auch weiterhin rechne er mit einer Übertreibung der Ausbauziele. Kritisch äußerte sich Flasbarth gegenüber den Auswirkungen der derzeitigen Förderstrukturen für Biomasse. Diese führten zu Monokulturen. „Mit gesetzlich festgesetzten Fruchtfolgen könnte dies verhindert werden“, ist Flasbarth überzeugt. Zudem sprach er sich für andere Preisbildungssysteme aus. Es könne nicht sein, dass immer billiger werdende Stromgewinnung, bedingt durch einen wachsenden Anteil regenerativer Energien, nicht bei den Verbrauchern ankäme. Eine große Herausforderung liege im Ausbau der Netze. In den Planungsphasen bewährten sich Bürgerbeteiligungsprozesse, mit deren Hilfe auch Akzeptanz geschaffen werden könne.

Dem Vortrag von Flasbarth schloss sich eine rege Diskussion an. Über 40 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren der Einladung gefolgt. Hier wurde verstärkt auf Fracking eingegangen. Scheer und Flasbarth waren sich einig, dass der Einsatz dieser Technologie in Deutschland eher unwahrscheinlich sei, auch weil die Menschen dies nicht wollten und die dichte Besiedelung die diskutierten Risiken verschärfe. Das Berggesetz trage diesen Umständen allerdings nicht Rechnung und müsse dringend geändert werden. Scheer

bezweifelt zudem die Verfassungskonformität des Gesetzes: „Das Staatsziel Umweltschutz nach Art. 20a GG gibt uns den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen auf. Die Förderung weiterer fossiler Ressourcen, zumal unter Einsatz von Chemikalien mit unkalkulierbaren Folgen für Umwelt- und Gesundheit, ist schon vor dem Hintergrund ausreichend verfügbarer regenerativer Energien nicht zu rechtfertigen.“ Darauf verweist Scheer auch in einer ihrer Themenkarten zu Fracking, womit sie sich für „Energiewende statt Fracking“ ausspricht. Die Themenkarte war bereits im Frühjahr im Rahmen einer Unterschriftenaktion der SPD im Herzogtum Lauenburg verteilt worden. Mit über 700 Unterschriften gegen Fracking hatte sich der SPD-Kreisverband an Bundesumweltminister Altmaier gewandt.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 10.08.2013, 18:19 Uhr - 7691 Clicks - Nr. 547

Glinger Marktfest 2013

Das Fest der Glinger Vereine und Verbände hat Tradition. Auch 2013 sorgten zahlreiche ehrenamtlich engagierte Menschen wieder für ein buntes Angebot und viel Trubel auf dem Marktplatz. Martin Habersaat war dabei und freute sich wie in den vergangenen Jahren über viele nette Treffen und Gespräche. „Und über Waffeln bei den Pfadfindern, Baklava bei der Moschee und so manche Leckerei mehr“, wie der Abgeordnete verriet.



Mit einem eigenen Stand vor Ort war auch die SPD Glinde. Die Sozialdemokraten luden Kinder zum Würfelspiel ein und hatten ihre beliebte Tonne dabei, in der junge Künstler mit viel Farbe und Zentrifugalkraft spannende Werke produzierten.

Fotoalbum

<http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/glinde-2013/marktfest-2013.html>

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 10.08.2013, 18:38 Uhr - 9825 Clicks - Nr. 548

Wahlkampfauftakt - Tour mit Nina Scheer

Infostand und Hausbesuche in der Barsbüttler Thorkoppel

Sieben Orte ihres Wahlkreises hatte Dr. Nina Scheer ausgewählt, um die heiße Wahlkampfphase mit einer Tour zu eröffnen. Ziel war es, mit vielen Bürgerinnen und Bürgern

vor Ort ins Gespräch zu kommen, um mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl zu politischen Fragen und Herausforderungen Stellung beziehen.

„Mit solchen Aktionen möchte ich die Bürgerinnen und Bürger aufrufen, am 22. September wählen zu gehen“, erklärt Nina Scheer und fügt an: „Die Wochen vor der Wahl können und sollten von den Bürgerinnen und Bürgern genutzt werden, um an politischem Diskurs verstärkt teilzunehmen. Ich werbe dafür, diese Zeit für einen konzentrierten politischen Meinungsaustausch zu nutzen.“



In Barsbüttel standen ein Infostand und Hausbesuche in der Thorkoppel auf dem Programm. Unterstützt durch den örtlichen Landtagsabgeordneten Martin Habersaat und den direkt gewählten Gemeindevertreter für die Thorkoppel, Heinrich Dippel, machte die Kandidatin Hausbesuche und stellte sich zahlreichen Passanten vor. Weil die Aktion mit Flyern und Plakaten angekündigt war, kam mancher sogar gezielt an den Stand, um seine Fragen loszuwerden. Martin Habersaat: „Die Rückmeldungen waren in überwiegend positiv. Es kam gut an, mit solchen Aktionen nicht nur auf den Marktplätzen präsent zu sein, sondern auch einmal direkt in die Wohngebiete zu gehen.“

Weitere Stationen waren Ratzeburg, Mölln, Schwarzenbek, Ahrensburg und Geesthacht.

Foto: Sebastian Bernd (Vorsitzender der SPD Barsbüttel), Martin Habersaat, Dr. Nina Scheer, Heinrich Dippel

[Fotoalbum: Hier.](#)

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 10.08.2013, 19:09 Uhr - 4826 Clicks - Nr. 549

500 Töpfchen Marmelade

Gekocht hatten die Barsbüttler Sozialdemokraten schon Ende letzten Monats. Jetzt waren auch die Etiketten fertig und 500 Töpfchen mit Erdbeermarmelade konnten endgültig fertiggestellt werden. Grund genug für Gemeindevertreter Thomas Harden und den Landtagsabgeordneten Martin Habersaat, eines Teil ihres Werkes stolz zu präsentieren. Probiert hatten sie auch schon, das Fazit damals: „Rot schmeckt uns!“ Und nun sind die Töpfchen nicht nur mit leckerem Inhalt, sondern auch mit schicken Aufklebern versehen.



Mit der Aktion unterstützen die Barsbüttler ihre Bundestagskandidatin Dr. Nina Scheer. Die hat sich vorgenommen, in den nächsten Wochen bei mindestens 3000 Hausbesuchen und bei Infoständen mit vielen Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkreis Herzogtum Lauenburg / Stormarn - Süd ins Gespräch zu kommen und sich vorzustellen. Und sie will nicht mit leeren Händen kommen - neben politischen Informationen soll es dann ein Töpfchen Erdbeermarmelade geben.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 11.08.2013, 19:02 Uhr - 9331 Clicks - Nr. 550

Wahlkampfauftakt

„Singende Säge“ beim SPD-Wahlkampfauftakt

Ein voller Saal mit mehr als 120 Gästen im Restaurant „Sapore“ in Trensahl war die Kulisse für den Wahlkampfauftakt für die Veranstaltung der SPD-Bundestagskandidatin Dr. Birgit Malecha-Nissen.

Sie wies in ihrer Begrüßung auf ihre Schwerpunkte in ihrer politischen Arbeit hin, Energiewende, Schutz des Grundwassers, Breitbandversorgung, Mindestlohn und beste Ausbildung für alle. Durch viele Gespräche und Begegnungen in den vergangenen Wochen mit Bürgerinnen und Bürgern erfährt die Kandidatin, wo der Schuh drückt und bezieht viele Anregungen in ihre Arbeit ein.



Zu Gast beim Wahlkampfauftakt war die Gruppe Liederjan, die mit viel Humor, wechselnden Instrumenten, launigen Wortbeiträgen und eindrucksvollen Gesängen ein abwechslungsreiches Programm bot.

Lieder wie die Pleitepolka, Lumpensammler oder der Börsenblues hatten durchaus aktuellen Bezug, geradezu umwerfend gestalteten sich die Lieder mit der „singenden Säge“. Ironisch und scharfzüngig setzt sich Liederjan mit der Sprache auseinander und vergisst dabei auch nicht ihre sprachlichen Wurzeln: Synergien kommt aus dem Plattdeutschen und heißt Sonnenkraft.

Die Gruppe bedient den Zeitgeist, sie geht mit viel Ironie und Lebenslust an die kleinen menschlichen Schwächen heran. Insbesondere auch mit Ausschnitten aus dem Programm „Eins, zwei, drei im Sauseschritt“ mit Texten von Wilhelm Busch. Höhepunkt war sicher ein Rap mit Gedichten vom Dichter. Witzige Wortschöpfungen, ironische Kommentare, ein vortreffliches dreistimmiges Madrigal mit dazugehörigen Szenebildern, punktgenau präsentiert von Birgit Malecha-Nissen rundeten das Programm ab.

Der Funke war schnell aufs Publikum übersprungen: Das Zusammenspiel der Vollblutmusiker von Liederjan und dem Publikum mit gemeinsamem Gesang war motivierend fröhlich und charmant: es war Kleinkunst vom besten!

Keine Kommentare

Poetischer Schlosspark

Festwochenende - 775 Jahre Reinbek

Der Bürgermeister bittet im Schlosshof zum Tanz, hinter dem Schloss lauern die Waldgeister, am Mühlenteich ist der Froschkönig unterwegs und zwischen alledem bewegen sich hunderte Reinbekerinnen und Reinbeker, zahlreiche Gäste aus der näheren und ferneren Umgebung und ein Landtagsabgeordneter. Da muss schon etwas besonderes los sein - und es war auch besonders, was anlässlich des Festwochenendes zur 775-Jahrfeier auf die Beine gestellt wurde.

Martin Habersaat befand: „Die Kombination aus Musik, Poesie und Schauspiel war beeindruckend und passte gut in die Kulisse des Schlossparks.“

Das Scharniertheater inszenierte nicht nur den Froschkönig, auch „Der Fischer und seine Frau“ und eine Prozession märchenhafter Tiere waren unterwegs. Das VHS-Theaterensemble ließ die Waldgeister aus Shakespeares „Ein Sommernachtsraum“ los und wer wollte, konnte mit einer echten Gondel über den Mühlenteich fahren. Ein Münzpräger fertigte mit einem historischen Fallhammer Jubiläumsmünzen und, und, und...



Mal sehen, ob die Anregung von Bürgermeister Axel Barendorf aufgenommen wird, der launig feststellte, man könne ja auch 777 Jahre gut feiern. Es könnte ja etwas kleiner sein...

[Fotoalbum: hier.](#)

Keine Kommentare

Rezension: Mikael Niemi - Populärmusik aus Vittula

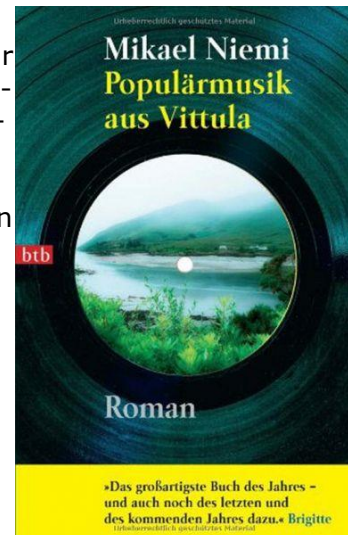
2002 erschien erstmals in deutscher Sprache dieser Roman von Mikael Niemi, Jahrgang 1959, der bis dahin Gedichte und Kinder- und Jugendliteratur veröffentlicht hatte. Insofern ist „Populärmusik aus Vittula“ ein guter Übergang, schließlich geht es um das Aufwachsen von Matti und seinem Freund Niila in einem Dorf in Nordschweden, nahe der finnischen Grenze.

Beide erleben alles, was man so in einem nordschwedischen Dorf zu erleben hat, und wo das nicht spannend genug ist, nehmen sie die Phantasie zur Hilfe.

Diese Ausflüge ins Phantastische passieren ganz unvermittelt, wenn etwa Matti in den Schuppen des Hausmeisters einbricht, sich im Ofen versteckt und dann Jahre in diesem

Ofen zubringt. An irgendeiner Stelle erfolgte der Sprung in die Phantasie des Ich-Erzählers. Mehr Lesevergnügen bereiteten mir die Passagen, in denen mit radikaler Sprache die Problematik einer an einer vereisten Steinplatte festgefrorenen Zunge geschildert wird oder der wissenschaftliche Test geschildert wird, anhand dessen die jungen Grundschüler in zwei Leistungsklassen geteilt wurden („Zuerst musste alle an die Tafel gehen und ihren Namen aufschreiben. Einige konnten es, andere nicht“).

Der Titel des Buches ergibt sich aus dem Umstand, dass Matti und Niila eine Band aufmachen, erst mit virtuellen Instrumenten, später mit echten und der Unterstützung eines Musiklehrers. („Anfangs diskutierte ich oft mit Niila, ob unsere Rockband als *knapsu* angesehen werden könnte. Das Wort ist tornedalfinnisch und bedeutet weibisch, also etwas, was nur Frauen machen. Man kann sagen, dass die männliche Rolle in Tornedalen in erster Linie einem Punkt beruhte. Nicht *knapsu* zu sein.“)



Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 11.08.2013, 22:08 Uhr - 9018 Clicks - Nr. 553

SPD-Tangstedt: Bauausschuss der GV Tangstedt

Am kommenden Dienstag, den 13.08.2013, finden ab 19:30 Uhr im Sitzungszimmer 1. OG des Tangstedter Rathauses eine öffentliche Sitzung des Bauausschusses der Gemeindevertretung Tangstedt statt. Zu den Themen gehören Umbauarbeiten im Rathaus, Sanierungsarbeiten an der Wulksfelder Schleuse, Sanierungsarbeiten im Wassermühlenweg und Anträge zur Verkehrssituation in der Gemeinde. Die **SPD-Fraktion** hat dabei den Antrag eingebracht, die Wulksfelder Dorfstraße in Wulksfelde anders einzustufen.



Hierdurch kann anschließend zum Schutz der Dorfbewohner und des dörflichen Charakter Einfluss auf den Verkehrsfluss genommen werden.

Die Sanierungsarbeiten im Wassermühlenweg, die in der Tagesordnung des Bauausschusses "Ausbau" benannt sind, beinhalten eine Renovierung auf der jetzigen Breite von 3,30 m und die Schaffung von Ausweichbuchten. Die Gemeinde Tangstedt kann dabei auf einen großen Anteil von Fördermitteln des Kernwegförderungsprogramms der Aktivregion Alstertal zurückgreifen. Vorteil für die Anlieger: Die Anlieger müssen sich an den Kosten nicht beteiligen.

Die Tagesordnung findet sich auf der Internetseite der Gemeinde Tangstedt:

http://tangstedt-stormarn.de/cpdf/Einladung_BA_130813.pdf

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Keine Kommentare

Zwei neue Katastrophenschutzfahrzeuge für den Kreis Segeberg

Norderstedt und Henstedt-Ulzburg kommen Bundes- und Landesmitteln zugute



Technische Verstärkung erhalten die Feuerwehren und Hilfstransporte in Norderstedt und Henstedt-Ulzburg. Laut SPD-MdB Franz Thönnies, werden von den 29 Katastrophenschutzfahrzeugen, die am kommenden Freitag von Landesinnenminister Andreas Breitner an der Landesfeuerweherschule in Harrislee feierlich übergeben werden, zwei Fahrzeuge in den Kreis Segeberg gehen.

In Norderstedt kommt in Zukunft ein aus Bundesmitteln finanzierter „Gerätewagen Sanität“ bei der Hilfsorganisation „Krankentransporte, Behinderten- und Altenhilfe“ (KBA) zum Einsatz. Und in Henstedt-Ulzburg wird mit Landes- und Kreismitteln ein Einsatzleitwagen stationiert, der die 9. Feuerwehrbereitschaft unterstützen soll.

„Dass jetzt im Kreis Segeberg gleich zwei moderne Rettungsfahrzeuge eingesetzt werden, freut mich sehr. Die SPD hat sich gegenüber dem Bund immer für mehr Mittel beim Erwerb von Fahrzeugen für Feuerwehr und Sanitätswesen eingesetzt. Nicht zuletzt auch bei den Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2013, wo die schwarz-gelbe Bundesregierung erneut empfindliche Kürzungen gerade in diesem Bereich beschlossen hat“, erklärt Thönnies.

So erfreulich einerseits diese Nachricht nun für die beiden Kommunen ist, so betrüblich ist jedoch andererseits die Wahrheit, dass die Merkel-Regierung seit Jahren bei der Ausstattung für Feuerwehren und Hilfsorganisationen kürzt. Auch die Finanzsituation der THW-Ortsverbände verschlechtert sich zunehmend. Und das vor dem Hintergrund des Wegfalls der Wehrpflicht und der daraus resultierenden Notwendigkeit zur verstärkten Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements.

„Die Regierungsmehrheit von CDU/CSU und FDP verstößt mit ihren Kürzungen klar gegen das Zivilschutzgesetz, wonach der Bund verpflichtet ist, Länder und Gemeinden beim Bevölkerungsschutz und der Katastrophenhilfe zusätzlich auszustatten“, kritisiert SPD-MdB Franz Thönnies.

Keine Kommentare

Demokratie erneuern - Demokratie leben

Die historisch niedrige Wahlbeteiligung bei der schleswig-holsteinischen Kommunalwahl hat die Debatte über Politikverdrossenheit wieder aufflammen lassen. Was sind die Gründe dafür und wie lässt sich die Demokratiedistanz überwinden? Die SPD-Bundestagsfraktion hat jüngst Anträge in den Bundestag eingebracht, nach denen das Grundgesetz ergänzt und geändert werden soll, um die Einführung der unmittelbaren Bürgerbeteiligung durch Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid und Referendum auch auf Bundesebene zu ermöglichen.

Über Politikverdrossenheit, Demokratieabstinenz und was man dagegen unternehmen kann, diskutieren Sönke Rix, MdB, und der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein, Andreas Breitner.

Donnerstag, 15.08.2013 19.30 Uhr Regionales Bürgerzentrum
Büdelndorf Am Markt 2

Einlass ab 19.30 Uhr

Keine Kommentare



[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 13.08.2013, 21:55 Uhr - 9047 Clicks - Nr. 556

SPD-Tangstedt: Bericht aus dem Bauausschuss vom 13.08.2013

Am heutigen Dienstag, den 13.08.2013, kamen die Mitglieder des Bauausschusses zu einer Sitzung im Rathaus zusammen, um sich Themen wie der Sanierung des Wassermühlenweges zuzuwenden.

Nach der Verpflichtung der bürgerlichen Mitglieder durch den Vorsitzenden des Bauausschusses berichtete **Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)** u.a. von dem erweiterten Parkplatzangebot an der Costa Kiesa. Im Rahmen der Fragen der Mandatsträger trug der **SPD-Fraktionsvorsitzende Christoph Haesler** u. a. die Frage vor, warum u. a. an der Einfahrt zur Eichholzkoppel keine Sackgassenschilder angebracht seien. Immer wieder würden LKW in das Wohngebiet einfahren, die möglicherweise eine Durchfahrt zum Wassermühlenweg suchen. Weiter wurde von den Mandatsträgern auf den desolaten Zustand des Fahrradweges am Dorfausgang von Tangstedt in Richtung Wilstedt berichtet und weiter der Antrag gestellt, auf den gemeindeeigenen Teilen des Dorfring in Wilstedt eine Beschränkung für Fahrzeuge auf 5,5 t einzuführen (Anlieger und HVV frei).



Während der beiden Bürgerfragestunden wurde nach dem Beginn der Sanierungsarbeiten im Rader Weg und der Installation der Schilder an der Einfahrt zum Dorfring (als Hinweis zu den Tonnagebeschränkungen im Kringel) gefragt. Hinsichtlich des Rader Weges sei man mit der Bürgerinitiative im Gespräch, um konstruktiv voran zu kommen. Die Schilder für den Beginn des Dorfringes seien im Mai 2013 schon bestellt worden und müssten da sein. Der Bürgermeister wolle sich nach ihnen beim Betriebshof erkundigen.

Der Tagungsordnungspunkt 5 zu den "erforderlichen Umbaumaßnahmen im 1. OG des Rathauses" wurde in den nicht öffentlichen Teil verschoben.

Beim Tagungsordnungspunkt 6 Sanierung "Wulksfelder Schleuse" wurde kein Beschluss gefasst. Die Verwaltung wurde aufgefordert, die Kosten zu ermitteln. Weiter wurde ein Vor-Ort-Termin im Vorfeld der nächsten Bauausschusssitzung für den 17.09. 18:30 Uhr an der Schleuse festgelegt.

Beim Tagungsordnungspunkt 7 "Wassermühlenweg" wurde die Sanierung auf der jetzigen Breite, die baurechtlich als Ausbau bezeichnet wird, und der Einbau von Ausweichbuchten beschlossen. Die Gemeinde erhält hierzu Zuschüsse des

Kernwegförderungsprogramms der Aktivregion Alstertal. Die Anwohner müssen sich nicht beteiligen. Die geplante Sanierungsbereich beginnt etwa am Ortsschild und endet an der Wassermühle.

Der Tagungsordnungspunkt 8 "Anträge zur Verkehrssituation" wurde in die nächste Sitzung verlegt, da die Verwaltung seit der letzten Sitzung vor der Sommerpause keine Kostenübersicht angefertigt hatte.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Keine Kommentare

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 14.08.2013, 12:16 Uhr - 6509 Clicks - Nr. 557

Barmstedter Kino sollte erhalten werden!

Das Kino in Barmstedt dient der Volksbildung und ist ein nicht unwichtiger Bestandteil des kulturellen Lebens in Barmstedt.

Darum wollen wir Sozialdemokraten das Barmstedter Kino auch erhalten und werden den Betreiber bei seinen Bemühungen, Fördermittel zum Erhalt des Kinos zu erhalten, unterstützen.

Aktuell ist der Fortbestand des Kinos allerdings gefährdet. Bundes – und Landesförder-töpfe haben eine Unterstützung abgelehnt, unsere regionale Wirtschaft – und Tourismus-förderung, das „ Auenland“ haben ihre Mittel für 2013 bereits vergeben und es gibt eine Warteliste für nicht beanspruchte Fördermittel im laufenden Jahr, so das eine baldige finanzielle Unterstützung ausgeschlossen werden kann.

Auch die enge Terminierung, nämlich eine Lösung bis zum 28. August, wie es der Betreiber auf der letzten Hauptausschuss Sitzung angab, machen ein Überleben nicht wahr-scheinlicher. Die Verwaltung ist zunächst aufgefordert, Finanzierungsmöglichkeiten bei der Stadtvertretersitzung am 20. August vorzustellen.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 14.08.2013, 12:28 Uhr - 14899 Clicks - Nr. 558

Thönnnes: Keine Gasförderung durch umweltgefährden-des Fracking im Kreis Segeberg

Am 12. August 2013 wurde bekannt, dass das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie dem kanadischen Unternehmen „PRD Energy“ eine Aufsuchungserlaubnis für die Suche nach Öl und Gas im sogenannten „Erlaubnisfeld Bramstedt“, das vom Süden bei Bad Bramstedt, an Kaltenkirchen vorbei bis in den Nordosten nach Bornhöved reicht, erteilt hat.



„Sie berechtigt zwar nicht zu Eingriffen in den Boden, ist aber ein weiterer Schritt in diese Richtung. Denn wer würde schon Geld für die Suche ausgeben, ohne ein Interesse an der Förderung zu haben?“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies.

Sowohl der Kreis- als auch der Landtag und die SPD-geführte Landesregierung haben jedoch ihre ablehnende Haltung gegenüber der Gasförderung mittels der sogenannten „Fracking-Methode“ deutlich gemacht. Bei dieser wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und chemischen Additiven unter hohem hydraulischen Druck in den Untergrund gepresst, um tief liegende Gesteinsformationen aufzubrechen und das Gas herausströmen zu lassen. Diese Art der Rohstoffgewinnung ist umstritten, da die Auswirkungen auf die Umwelt kaum erforscht sind.

„Jetzt zeigt sich einmal mehr das Versagen der Merkel-Regierung im Bund. Das Landesamt musste die Erlaubnis erteilen, weil es im Bergrecht keinerlei Grundlage für eine ablehnende Entscheidung gab. Dabei hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits Ende letzten Jahres Reformen der Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung bergbaulicher Vorhaben und des Bundesbergrechts sowie eine Aussetzung für diese Art der Förderung gefordert, solange bei dieser Methode gesundheitsgefährdende Substanzen mit in den Boden verpresst werden“, erläutert Thönnies.

Der dementsprechende Antrag „Ergebnisse der Gutachten zu Umweltauswirkungen von Fracking zügig umsetzen“ (Drs. 17/11829) wurde Ende 2012 in den Deutschen Bundestag eingebracht und zur Abstimmung gestellt.

„Bedauerlicherweise haben die Regierungsfractionen und mit ihnen auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Segebergs, Gero Storjohann, dagegen gestimmt und konnten sich selber nicht auf eine Position zu diesem Thema einigen. Wieder ein Beispiel für ein Problem, welches von CDU/CSU und FDP auf die lange Bank geschoben wurde“, zeigt sich der SPD-Politiker enttäuscht.

Bildquelle: Oliver Brunner /pixelio.de

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 14.08.2013, 12:38 Uhr - 9546 Clicks - Nr. 559

Nina Scheer zum Streit um die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Lauenburg, 14. August 2013 „Eine Zusicherung von Seiten des Bundesverkehrsministers, es werde keine Kündigungen geben, ist nicht ausreichend und Zeichen mangelnder Verantwortung gegenüber den Beschäftigten“, erklärt Dr. Nina Scheer, SPD-Bundestagskandidatin Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd,

und fügt an: „Gut fünf Wochen vor der Bundestagswahl mit einer anschließend neu zu bildenden Bundesregierung ist eine solche Zusicherung für die Beschäftigten keine belastbare Grundlage und eine Verkennung der dramatischen Folgen von Arbeitsplatzverlusten“.

Die vom Bundesverkehrsminister geplante Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung bedroht bis zu 3.000 der insgesamt 12.000 Arbeitsplätze. Streik sollte erst das letzte Mittel sein, wenn Verhandlungen zu keinem Ergebnis kommen, ist



Scheer überzeugt. Um die Folgen des nun ausgeweiteten Streiks auf alle Betroffenen und Unbeteiligten sowie die Verlässlichkeit des Nord-Ostsee-Kanals zu gewährleisten, sei eine Aufnahme von Verhandlungen über einen Sozialtarifvertrag dringend geboten.

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 14.08.2013, 16:48 Uhr - 10210 Clicks - Nr. 560

Armutsfalle Wohnraum? 12.08.13, Ahrensburg

Am Abend des 12. August diskutierte Dr. Nina Scheer, SPD-Bundestagskandidatin, in Ahrensburg mit Andreas Breitner, Innenminister Schleswig-Holstein, über die Voraussetzungen für bezahlbaren Wohnraum. Zu dem Diskussionsabend: ‚Armutsfalle Wohnraum?‘ hatte Nina Scheer im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe ‚Chancen ergreifen – Zukunft gestalten‘ eingeladen.



Als Handlungsbedarf benannte Scheer die steigenden Preise für Wohnraum, insbesondere in Ballungs- und städtischen Einzugsgebieten, zu denen auch Ahrensburg zählt. Für zunehmend mehr Menschen werde die Bezahlbarkeit ihres Heimes zu einem immer ernster werdenden Problem, insbesondere vor dem Hintergrund wachsender Erwerbs- und Altersarmut. Scheer sprach sich für eine Mieterhöhungsbremse aus: „Mieten dürften innerhalb von vier Jahren um maximal 15 Prozent erhöht werden. Bei Wiedervermietung gilt es eine Grenze bei maximal 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete zu ziehen“. Als weitere Herausforderungen nannte Scheer u.a. Grundstücksvergaben, die unter Einbeziehung von Gemeinwohlinteressen nicht immer nur an Meistbietende erfolgen dürften.

Andreas Breitner benannte als wirksamen Hebel gegen die „Armutsfalle Wohnraum“ den geförderten Wohnraumneubau, der an den wachsenden Bedarfsstrukturen auszurichten sei. Durch die Schaffung eines entsprechenden Angebots könnten steigende Mieten, wie sie etwa in Ahrensburg mit landesüberdurchschnittlichen 7 bis 9,50 Euro je Quadratmeter vorzufinden seien, begrenzt werden. „Schleswig-Holstein leistet mit zum Teil zinsfreien Darlehn bis zum sechsten Jahr im Gesamtumfang von 118 Mio. Euro eine wirksame Hilfe“, so Breitner. Insgesamt beträgt die Darlehenslaufzeit 20 Jahre, wobei der Zinssatz ab dem siebten Jahr um jährlich 0,25 Prozent steigt. Eine Schlüsselrolle komme den Kommunen zu. Im Rahmen der landesweiten ‚Offensive für bezahlbares Wohnen‘ stünden in Norderstedt etwa Flächen für 2.500 Wohnungen zur Verfügung, von denen rund ein Drittel öffentlich gefördert werden solle. „Mit der Anfang des Jahres gestarteten Offensive sorgt das schleswig-holsteinische Innenministerium gemeinsam mit Verbänden der Wohnungswirtschaft und dem Mieterbund in Regionen mit überdurchschnittlichen Mietsteigerungen und Miethöhen für mehr bezahlbaren und qualitativ guten Wohnraum“, erläutert Breitner.

Von Seiten der Teilnehmer wurde die Dringlichkeit des Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum betont. Zahlreiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, zumeist aus sozialen Berufen, etwa der Pflege und Erziehung, könnten heute aufgrund zu hoher Mieten nicht mehr am Ort ihrer Erwerbstätigkeit wohnen. Modelle wie Wohnungstauschringe und die Problematik länger werdender Wege bei Neuerschließungen ohne ausreichende Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr wurden ebenfalls thematisiert. Tobias von Pein, örtlicher SPD-Landtagsabgeordneter, sprach sich zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums für ausgeprägtere gesetzliche Leitlinien auf Landesebene aus.

Keine Kommentare

Integration durch Teilhabe, 14. August, Glinde

Auf Einladung von Dr. Nina Scheer, SPD-Bundestagskandidatin Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd war Andreas Breitner, Innenminister Schleswig-Holstein, zum ‚Integrationspolitischen Frühstück‘ nach Glinde gekommen.

Die Stadtkantine war mit über 25 Teilnehmern bis auf den letzten Platz besucht. Unter den interessierten Bürgerinnen und Bürgern waren auch Vertreter der ‚Bürgerinitiative Glinde gegen Rechts‘, Stadtvertreter und Mitglieder von Vereinen und Verbänden.



In ihren einleitenden Worten sprach sich Nina Scheer für Deutschland als Einbürgerungsland aus und erklärte, sich für die doppelte Staatsbürgerschaft einzusetzen zu wollen. „Integration kann nur über Teilhabe funktionieren“, ist Scheer überzeugt und fügt an: „Fremdenfeindlichkeit sucht sich Nährböden, wo die Voraussetzungen für Partizipation und Teilhabe versagen oder nicht gegeben sind. Hierzu zählen die Wahrnehmung von Bildungsangeboten und auch die Integration in den Arbeitsmarkt“.

„Schlüssel für Integration ist Sprache“, ergänzt Innenminister Andreas Breitner. In Bezugnahme auf den Umgang mit Asylsuchenden sprach er sich für die Überwindung der Abschiebehaft und eine humane Flüchtlingspolitik aus. Dies sei ein Gebot des Rechtsstaats. Als Beispiel für Handlungsbedarf in Fragen eines menschenwürdigen Umgangs mit Einwanderern und Asylsuchenden verwies er auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, wonach allen Menschen das gleiche Existenzminimum zu sichern sei. Integration verlange nach Einbeziehung in alle Bereiche der Gesellschaft.

In der Diskussion mit den Gästen ging es um den Umgang mit Flüchtlingen und Asylbewerbern, Wahlrecht für Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft und Handlungsmöglichkeiten von Städten und Gemeinden.

Nina Scheer verwies auf den kulturellen Gewinn, den eine Gesellschaft aus gelingender Teilhabe, auch als Wirtschaftsstandort ziehen könne.

Keine Kommentare

Neuer Kulturdialog

Kultur soll in Schleswig-Holstein wieder eine wichtigere Rolle einnehmen - auch das ist ein Anliegen der Regierung von Ministerpräsident Torsten Albig.

„Kultur ist nicht nur das Schleswig-Holstein-Musikfestival. Sie ist Teil der gesellschaftlichen Identität des Landes“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies.

Deshalb ist es wichtig, dass alle Bürger am Kulturleben teilhaben und sich einbringen können, so die Abgeordnete weiter. Wie das gehen soll, wird unter anderem während der ersten Tagung der Lenkungsgruppe Kulturdialog am Freitag, 16. August, im Kieler Landeshaus diskutiert.

Der Dialog, zu dem Kulturministerin Anke Spoorendonk (SSW) nicht nur Vertreter aus Politik und Künstlerszene, sondern auch aus Verlagen und in der Kulturszene Tätige aufgerufen hat, soll entscheidende Weichen für Angebot, Selbstverständnis und Zukunft des kulturellen Lebens stellen. Bereits über Facebook konnten sich Interessenten am ersten Schritt des Kulturdialogs beteiligen.

„Ich freue mich, Mitglied der Lenkungsgruppe zu sein.“, so Beate Raudies. „Zum ersten Mal können sich sowohl Profis, als auch engagierte Laien aus Musikschulen, Kulturvereinen, Chören, Orchestern und anderen kulturell tätigen Gruppen unmittelbar in die Kulturpolitik des Landes einbringen. Es wird spannend sein zu erfahren, welche Anregungen die Teilnehmenden – besonders außerhalb der Politik - mitbringen und welche Erwartungen an die Schleswig-Holsteinische Kulturpolitik gerichtet werden.“



Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.08.2013, 22:23 Uhr - 8835 Clicks - Nr. 563

Land in Sicht beim Landeshaushalt

Zusätzliche Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Kitas und Hochschulen möglich

Die rot-grün-blaue Landesregierung hat sich auf den Finanzplan 2013-2023 verständigt. In wenigen Jahren wird das Land erstmals seit 1962 Schulden zurückzahlen können. Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter für Stormarn-Süd: „Weil wir bei der Haushaltsaufstellung sehr vorsichtig gerechnet haben, haben sich im Haushaltsvollzug Spielräume für neue Investitionen ergeben.“



Die Steuereinnahmen sind höher als erwartet, die Zinsausgaben niedriger. Hinzu kommen Mehreinnahmen, die sich aus dem Zensus (neue Bevölkerungsschätzung) ergeben.

Zusätzlich zu den jährlichen Haushaltsmitteln werden weitere 26 Millionen Euro für die Sanierung von Landesstraßen zur Verfügung gestellt. Habersaat: „Über Jahrzehnte haben verschiedene Landesregierungen den Erhalt des Straßenbestands vernachlässigt. Wir können jetzt erste Schritte in eine andere Richtung übernehmen und hatten schon im Koalitionsvertrag vereinbart, dass Sanierung vor Neubau geht.“ Jetzt gehe es darum, die Mittel möglichst effektiv einzusetzen.

Zehn Millionen zusätzlich sollen für den Kita-Ausbau bereit gestellt werden, um die Kommunen bei der Erfüllung des Rechtsanspruchs für 2-3jährige auf einen Betreuungsplatz zu unterstützen. Das Sondervermögen Hochschulbau wird um 10 Millionen Euro aufgestockt. Habersaat, der auch hochschulpolitischer Sprecher seiner Fraktion ist: „Der Sanierungsstau bei unseren Hochschulen ist mindestens so groß wie der bei Landesstraßen.“

30 Millionen Euro werden zur Senkung der Neuverschuldung verwandt. Ob ein Land eine drohende Haushaltsnotlage hat, wird anhand von vier Kennziffern bewertet: Dem

Finanzierungssaldo, der Kreditfinanzierungsquote, der Zins-Steuer-Quote und dem Schuldenstand je Einwohner. Nach den ersten beiden Kriterien gilt Schleswig-Holstein inzwischen nicht mehr als Problemfall. Habersaat: „Trotzdem haben wir bis 2020 noch ein strukturelles Defizit, also das Einsparen jährlicher Ausgaben von 130 Millionen Euro zu bewältigen.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.08.2013, 23:26 Uhr - 7999 Clicks - Nr. 564

Parlament gestern und heute

Gemeinsame Veranstaltung der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft und der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

150 Jahre SPD sind ein Grund zu feiern, und das tut die Partei derzeit auch vielerorts. So ein Parteijubiläum ist aber auch für die Fraktionen eine Gelegenheit, innezuhalten, um zurück und nach vorne zu schauen.

Im Kaisersaal des Hamburger Rathauses trafen sich SPD-Abgeordnete aus Hamburg und Schleswig-Holstein und zahlreiche interessierte Gäste aus beiden Ländern, um genau das zu tun.

Franklin Kopitzsch, von 2003 bis zu seiner Emeritierung 2013 Professor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte am Historischen Seminar der Universität Hamburg mit dem Schwerpunkt Norddeutsche Regionalgeschichte, ging in einem Vortrag auf die gemeinsame Vergangenheit beider Länder und einige spannende Persönlichkeiten ein. Nächstes Jahr blickt Altona, einst größte Stadt Schleswig-Holsteins, auf 350 Jahre Stadtgeschichte zurück. Der Historiker ging auf den ersten Sozialdemokraten in der Hamburger Bürgerschaft ein, Otto Stolten 1901, ebenso auf den Lübecker Fritz Solmitz, der 1933 im KZ Fuhlsbüttel umkam und aus seiner Zeit im KZ Briefe und Aufzeichnungen auf Zigarettenpapier hinterließ. Interessant auch der Umstand, dass die SPD mit Annemarie Renger, die einst den Wahlkreis Pinneberg in Bonn vertrat, 1972 die erste Frau im Amt des Präsidenten des Deutschen Bundestages stellte. Die ersten Präsidentinnen von Landesparlamenten waren, beide 1987, Elisabeth Kiausch als Bürgerschaftspräsidentin in Hamburg und Lianne Paulina-Mürl als Landtagspräsidentin in Schleswig-Holstein.



Den Blick auf aktuelle Vorhaben und ihre Vorläufer der letzten Jahrzehnte richteten, moderiert von Rainer Burchardt, Elisabeth Kiausch und Eckart Kuhlwein als „parlamentarische Urgesteine“ beider Länder gemeinsam mit den jungen Abgeordneten Serpil Midyatli und Dorothee Martin. Auch Ralf Stegner und Andreas Dressel als Fraktionsvorsitzende waren im Rahmen ihrer Begrüßung auf gemeinsame Projekte wie das Korruptionsregister und den Ausbau der S4 eingegangen. Dressel wies auf die besondere Eignung des Kaisersaals für solche Anlässe hin, fand hier doch einst die Feier zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals statt, der in letzter Zeit wegen Versäumnissen der Bundesregierung zu trauriger Prominenz gelangte. Hamburg und Kiel zieren noch heute die Decke des Saals.

Martin Habersaat, als Landtagsabgeordneter aus der Metropolregion an einer guten Zusammenarbeit über die Landesgrenze hinweg interessiert, hatte die Veranstaltung angeregt und mit organisiert. Er freute sich über den erfolgreichen Verlauf und prognostizierte: „Das war nicht die letzte gemeinsame Aktion beider Fraktionen.“ Am 20. August feiert die SPD in Kiel weiter; um 19.00 Uhr im Plenarsaal des Kieler Landeshauses. „Die SPD und ihre Parlamentarier“ - Referent ist der Historiker Prof. Dr. Peter Brandt, ein ausgewiesener Kenner der Geschichte der Sozialdemokratie und Sohn eines bedeutenden Sozialdemokraten.

Foto: Martin Habersaat, Elisabeth Kiausch und Franklin Kopitzsch (Fotografin: Birgit Kasovic)

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 16.08.2013, 10:11 Uhr - 8707 Clicks - Nr. 565

SPD-Tangstedt: Franz Thönnnes kommt mit Jazz und Tucholsky

Viele kennen **Franz Thönnnes** als **SPD-Abgeordneten** im Deutschen Bundestag in Berlin für den Kreis Segeberg und Teile des Kreises Stormarn. Wenige jedoch wissen um sein Talent als begnadeten Rezitator von Tucholsky-Texten.

Am Freitag, den **30.08.2013**, gibt es um **19 Uhr** wieder die Möglichkeit, **Franz Thönnnes** live in der **Tangstedter Mühle**, Hauptstraße 96, in Tangstedt zu erleben. Zur Umrahmung der Veranstaltung wird **Thönnnes** das Bela Meinberg-Trio mit swingendem Jazz mitbringen. Natürlich steht unser Bundestagsabgeordneter auch für alle politischen Fragen rund um die Bundestagswahl zur Verfügung. **Franz Thönnnes** und der **SPD-Ortsverein Tangstedt** freuen sich auf Ihren Besuch.



Der Eintritt ist frei!

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter www.facebook.com/SPDTangstedt oder www.twitter.com/SPDTangstedt erhalten!

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 16.08.2013, 12:45 Uhr - 27654 Clicks - Nr. 566

Als Überraschung gab es rote Brotdosen - Sönke Rix zu Besuch in der AWO-KiTa

„Man kann am besten mitreden, wenn man mal vor Ort gewesen ist.“ Unter diesem Motto stand der Besuch des Bundestagsabgeordneten Sönke Rix, als er ein eintägiges Praktikum in der AWO-Kindertagesstätte in Schacht-Audorf absolvierte.

Der gelernte Erzieher, der sich auch politisch für die Belange von Familien einsetzt, erlebte einen Vormittag lang den Ablauf in der KiTa. Sei es beim Singkreis in der Halle, der Arbeit in der Regenbogen-Gruppe oder draußen im Freigelände. Auch wurde die Zeit genutzt, um sich mal etwas intensiver mit den Erziehern über deren Probleme und Anregungen auszutauschen. Erzieher kämpften oft mit Personal-mangel, während die Eltern immer mehr Flexibilität in einer ver-änderten Gesellschaft bräuchten, so das Fazit. Dies sei ein Span-nungsfeld in dem die Politik für genügend Ressourcen sorgen müsse. Deshalb lehne die SPD auch das Betreuungsgeld ab. Dieses Geld könne man bes-ser in die Qualität der Kindertagesstätten investieren.



Zum Abschluss gab es noch für jedes Kind und alle Erzieher eine rote Brotdose, zur Er-innerung an diesen schönen Tag.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 16.08.2013, 14:44 Uhr - 9658 Clicks - Nr. 567

An die Türen, fertig, los:

Pressemitteilung

16.8.2013

An die Türen, fertig, los:

Der Start zu den „Tür zu Tür“ Gesprächen der Bundestagskandidatin Dr. Birgit Malecha-Nissen in Lütjenburg war eine besondere Premiere im Kreis Plön.

Die Resonanz der Anwohner und Anwohne-rinnen war ausgezeichnet:



„Wir finden es prima, dass die SPD-Kandidatin direkt zu uns in die Straße kommt“, so wurde es ausgedrückt. Das Team aus Lütjenburg mit Christel Seick,

Jürgen Panitzki und der Kandidatin Dr. Birgit Malecha-Nissen machten in kur-zen persönlichen Gesprächen auf den Wahltermin am 22. September aufmerk-sam, hörten den Bürgern zu und informieren über die wichtigsten Positionen der SPD.

Das leibliche Wohl kam auch nicht zu kurz: Die Anwohnerinnen und Anwohner sind der Einladung mit Kaffee und Kuchen gern gefolgt. Diese Gemeinschaftsakt-ion hat auch dazu beigetragen, dass ein gutes nachbarschaftliches Miteinander gefördert wird. Viele kamen ins Gespräch.

Dr. Birgit Malecha-Nissen: „Das Wahlkampfmotto ist: Gemeinsam für uns. Des-halb will ich zu den Menschen in meinem Wahlkreis gehen, zuhören und das Bündel von Eindrücken mitnehmen, um eine Politik in Berlin umzusetzen, die gut für uns im Kreis Plön ist.

Das Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürger in Lütjenburg ermöglichte es, die Erfahrungen an der Tür in die politische Arbeit einzubringen. Es geht darum, zu erfahren, welche Themen die Menschen interessieren, wo drückt der Schuh in Lütjenburg. Mit vielen Anregungen und Notizen geht es weiter im Kreis Plön, wenn es heißt: Birgit Malecha-Nissen klopft an!

Foto: Christel Seick, Börnie Larsen, Jürgen Panitzki, Dr. Birgit Malecha-Nissen

Foto: Eckhard Voß

Keine Kommentare

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 16.08.2013, 15:29 Uhr - 8139 Clicks - Nr. 568

Mehr Geld für Ausbau der Kinderbetreuung

Das Land stellt weitere 10 Millionen Euro für den Krippenausbau zur Verfügung. „Davon profitiert auch der Kreis Pinneberg: Er erhält 1.112.000 Euro“, teilen die SPD-Landtagsabgeordneten aus dem Kreis Pinneberg, Beate Raudies und Kai Vogel mit.



Mit den zusätzlichen Mitteln sollen die Kommunen weiter beim Ausbau der Kinderbetreuung unterstützt werden. Hintergrund ist, dass die Anträge von Kitas und Tagespflegepersonen bereits um 2,2 Mio Euro über den von Land und Bund zur Verfügung gestellten Fördermitteln in Höhe von 150 Mio Euro (seit 2008) lagen. Nun können die bereits beantragten Förderungen bewilligt werden, wenn sie die Förderkriterien erfüllen. Landesweit können damit 645 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Damit erreicht das Land eine Betreuungsquote von 55 % bei Kindern unter drei Jahren, für die seit 1. August der Rechtsanspruch auf Betreuung gilt. Beate Raudies und Kai Vogel: „Das ist ein wichtiges Signal – das Land investiert in Bildung und Betreuung und damit in seine Zukunft.“

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 16.08.2013, 16:54 Uhr - 9995 Clicks - Nr. 569

Humboldt heute - Bildung im Gartensaal, 14.09.2013, Reinbek

Gesine Schwan, Wara Wende, Nina Scheer und Martin Habersaat im Schloss Reinbek- Am Ende waren sogar noch die letzten Stühle aus dem Keller geholt und der Saal neben dem Podium bestuhlt: Über 120 Gäste waren in den Gartensaal des Reinbeker Schlosses gekommen, um sich mit Gesine Schwan, Wara Wende und Nina Scheer Gedanken über Bildung zu machen.



Unter der Überschrift „Bildung ist keine Ware“ hatte Bundestagskandidatin Nina Scheer zu einer Veranstaltung ihrer Reihe ‚Chancen ergreifen - Zukunft gestalten‘ eingeladen.

Prof. Gesine Schwan präsentierte sich als mitreißende Rednerin. Als Präsidentin einer Hochschule habe sie sehr wohl die Erfahrung gemacht, dass Bildung zur Ware werde - wenn es etwa darum gehe, Produkt- und Leistungsbeschreibungen für Forschung und Lehre zu formulieren. Sie warb dafür, Bildung als das Entfalten von Potenzialen zu verstehen. Sie richtete sich gegen einen Bildungsbegriff, der auf Wettbewerb beruhe und auf kognitive Bildung begrenzt werde: „Bestenauslese ist nicht demokratisch. Demokratie ist darauf angewiesen, dass Menschen miteinander kooperieren.“ Die Entwicklung des Individuums müsse immer in Bezug auf die Gemeinschaft gesehen werden. Wesentlich für gelingende Bildung sei die Vermittlung von Fähigkeiten zur Überwindung von Enttäuschungen sowie zur Erlangung von Vertrauensbereitschaft, Selbstreflexion und Selbstvertrauen.

Auch Bildungsministerin Prof. Wara Wende warb für ein Bildungsideal, das „Humboldt ins Heute übersetzt“. Schule solle nicht nur kognitive, sondern auch kreative und soziale Potenziale entwickeln helfen, zur Stärkung von Wahrnehmungsfähigkeit, Differenzierungsvermögen und kritischem Reflexionspotenzial. Von diesen Überlegungen ausgehend entwickelte sie Leitlinien für Schulen, Hochschulen und die Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, etwa für mehr und frühere Praxisanteile und Sprachförderkompetenzen. Wende sprach sich für flächendeckende Gemeinschaftsschulen mit Oberstufen aus. „Wir brauchen Schulen, die auf die Kinder zugeschnitten sind und nicht umgekehrt“, so Wende.

Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Moderator des Abends, verwies auf die Bildungsbiografie von Nina Scheer, die ein gutes Beispiel für das Entfalten unterschiedlicher Potenziale sei. Erst studierte sie Musik und wurde Violinistin, dann folgten ein Jurastudium und eine politikwissenschaftliche Promotion. Scheer selbst warb für eine ausreichende Ausstattung staatlicher Bildungseinrichtungen, um die Unabhängigkeit von Bildung und Lehre zu gewährleisten. „Je mehr die Hochschulbildung auf nichtstaatliche Finanzierung bzw. Drittmittel angewiesen ist, desto eher besteht die Gefahr, dass sie ökonomisierten Interessen und nicht mehr gemeinwohlorientierten Zielen folgt“, sagte Scheer und fügte an: „Mit der SPD setze ich mich dafür ein, dass ab 2014 jährlich 20 Milliarden Euro mehr für Bildung bereitgestellt werden. Durch die Einrichtung eines Wissenschaftsforums unter Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Akteuren könnte sichergestellt werden, dass Bildung gemeinwohlorientiert und nicht ökonomisiert sowie lobbyistisch gelenkt finanziert wird“. Damit der Bund eine entsprechende Verantwortung wahrnehmen könne, gelte es aus dem Kooperationsverbot ein Kooperationsgebot werden zu lassen.

Aus den Reihen der Teilnehmer kamen sowohl kritische Stimmen zu ‚G8‘ als auch einem „Zuviel an Reformen“, die die Lehre für Lehrende und Schüler erschwerten. Wara Wende appellierte, den möglichen langfristigen Mehrwert von Reformen anzuerkennen, selbst wenn sie anfangs steinig seien. In Bezug auf G8 verwies sie auf sowohl gelungene Beispiele der Umstellung als auch hierbei unterlaufene Fehler. Wichtig sei, durch Rhythmisierung der Lernziele und Überarbeitung der Lehrpläne eine Überfrachtung der Stundenpläne und Lehrinhalte zu vermeiden.

Keine Kommentare

SPD-Tangstedt: Gartengespräche mit Franz Thönnnes

Am 16.08.2013 kamen rund 20 Tangstedterinnen und Tangstedter im Garten von dem **SPD-Fraktionsmitglied Johannes Kahlke** zusammen, um mit dem **SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes** über aktuelle politische Themen und persönliche Anliegen zu diskutieren. **Thönnnes**, der seit 19 Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages ist und die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Segeberg und aus Teilen des Kreises Stormarn in Berlin vertritt, gab rund zwei Stunden bei bestem Wetter nicht nur Einblicke in das Tagesgeschäft.



Kahlke hatte Tangstedterinnen und Tangstedter aus seinem Kommunalwahlkreis eingeladen, damit diese hautnah und direkt ihre Anliegen, Fragen und Denkanstöße **Thönnnes** mitteilen konnten und weiter Auskunft über politische Themen aus erster Hand erfahren konnten. Sehr schnell zeigte sich, dass man in Tangstedt sehr aufmerksam nicht nur landes- und bundespolitische Themen vor Augen hat. Selbst internationale Gesprächsthemen, wie die Situation der Europäischen Union hinsichtlich klammer Staaten wie Griechenland oder das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zur USA vor dem Hintergrund der aktuellen Datenschutzdebatte kamen auf den Tisch.

Am Beispiel der Kultuspolitik zeigte **Thönnnes** auf, welche Abstimmungshürden 16 Bundesländer und der Bund überwinden müssen, um einheitlicher vorgehen zu können und welche Barrieren trotzdem bestehen bleiben. Über die aktuelle Altersabsicherung wurde ebenso diskutiert wie über die Entwicklungen der letzten Jahre hinsichtlich Leiharbeit, Mindestlohn, 450-Euro-Job und die Aufstockung von geringen Verdiensten. Die Schwierigkeiten der Energiewende, wie z. B. der unzureichende Netzausbau und ein falsches Vorgehen der aktuellen Bundesregierung beim Verhandeln mit den vier großen Energieerzeugern hinsichtlich des Ausstiegs aus der Atomenergie, bewegte die Tangstedterinnen und Tangstedter.

SPD-Bundestagsabgeordneter Franz Thönnnes sagte nach der Gesprächsrunde: "Das war ein lebendiger Bürger-Dialog auf der Terrasse an einem Freitagnachmittag. Habe mich über das Interesse an sozialer Gerechtigkeit in der Arbeitswelt sehr gefreut. Breite Übereinstimmung bei Mindestlohn von 8,50 €, Begrenzung von Leiharbeit und gleichem Lohn bei gleicher Arbeit sowie besserem Schutz bei Praktika vor Ausbeutung. Wir teilen die kritische Einschätzung zu Mini-Jobs. Und ebenso nehme ich die Sorge mit, dass die Merkel-Regierung die Energie-Wende vermässelt. Auch die Ablehnung von Rüstungsexport in Krisenländern teile ich. Habe gerne gehört, dass die SPD-Forderung nach parlamentarischer Kontrolle große Unterstützung findet. Mir haben die über 90 Minuten Diskussion sehr gefallen. Das war echte Demokratie vor Ort. Danke an alle, die gekommen waren und ebenso Dank an Johannes Kahlke für die Idee und die tolle Umsetzung."

Begleitet wurden die Gartengespräche von **Bürgermeister Holger Criwitz**, der im Anschluss den Bürgerinnen und Bürgern aus aktuellen Entwicklungen in der Gemeinde und seinen ersten Wochen im Amt berichtete.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 18.08.2013, 12:19 Uhr - 24471 Clicks - Nr. 571

AG 60plus Vorstand zur Wahlkampfunterstützung von Sönke Rix

Der Vorstand der AG 60 plus traf sich zur monatlichen Sitzung in Eckernförde

und unterstützte Sönke Rix im Wahlkampf.

An der am Eckernförder Hafen aufgestellten Dialogbox unterstützten die Genossinnen und Genossen der AG 60 Plus Sönke Rix beim Straßenwahlkampf



Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 18.08.2013, 19:51 Uhr - 13562 Clicks - Nr. 572

Tür zu Tür Besuche in Kiel laufen an

Sophia Schiebe und Timm Wüstenberg sind sich sicher, dass der direkte Dialog mit den Bürgern der richtige Weg ist, um auf die Ziele der SPD und die Bedeutung des Wahlrechts in Deutschland hinzuweisen.

In Ihrem Seminar zum „Tür zu Tür Wahlkampf“ am Donnerstag haben sie den Genossinnen und Genossen das beste Rüstzeug mit auf den Weg gegeben. Als Multiplikatoren unterstützen sie interessierte Wahlhelfer bei der Durchführung dieser Haustürgespräche.

Der Vortrag zum „Best Practice “ zeigte den Teilnehmern die richtige Vorgehensweise bei der Auswahl der zeitlichen und örtlichen Gegebenheiten, genauso wie den richtigen Umgang mit den verschiedenen Reaktionen, welche die Wahlkämpfer erwarten können.

Im Anschluss konnten die Teilnehmer in einem Rollenspiel sich selbst testen und erste Erfahrungen gewinnen. Die beiden erfahrenen Haustürbesucher vertieften mit ihren Hilfestellungen dazu das Erlernte. Nach dem Seminar waren alle darin bestärkt, dass es bald auch losgehen muss!

Als Auftakttermin für die Besuche wurde der 26. August um 17:00 Uhr auf dem Vineta-platz in Gaarden festgelegt. Alle sind herzlich eingeladen mitzumachen. Dies ist eine gute Gelegenheit ins Gespräch zu kommen und hoffentlich die Wahlbeteiligung zu verbessern.

Über eine rege Unterstützung freuen wir uns.

Keine Kommentare

Neuwahl des AfA Kreisvorstandes in Pinneberg

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung der **Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)** in der SPD Kreisverband Pinneberg, wurde am **08.08.2013** im **Restaurant Roses (TSV-Heim)** in Uetersen, ein neuer Vorstand gewählt.

Die AfA hat sich wesentlich verstärkt. Waren bisher nur 4 Genossen im diesem Gremium vertreten, so bilden jetzt 8 Arbeitnehmervertreter ein starkes Führungsteam.

Die Genossen des AfA-Kreisvorstandes wurden jeweils einstimmig gewählt.

Hier das Ergebnis der Wahl

Geschäftsführung:

1. Vorsitzender: **Norbert Vahl - Uetersen** (im Amt bestätigt)
2. Stellv. Vorsitzender: **Kay-Uwe Dohrn - Uetersen** (im Amt bestätigt)
3. Schriftführer: **Jürgen Heesch- Elmshorn** (im Amt bestätigt)

Beisitzer:

4. **Christoph Schmidt - Elmshorn** (neu im Vorstand)
5. **Benjamin Wirth - Uetersen** (neu im Vorstand)
6. **Michael Schinkel - Elmshorn** (neu im Vorstand)
7. **Jonny Dames - Prisdorf** (neu im Vorstand)
8. **Jens Fechner - Schenefeld** (neu im Vorstand)

Der Stellenwert der Arbeitnehmerorganisation wurde auch durch Anwesenheit und der Grußworte der Gäste deutlich.

Die Gäste waren:

Beate Raudies MdL,

Ernst-Dieter Rossmann MdB,

Thomas Hölk SPD Kreis-Vorsitzender,

Wolfgang Mädler AfA Landesvorsitzender

Auf der Versammlung der Genossen des Arbeitnehmerflügels der SPD wurde viel und intensiv diskutiert.

Themen und Brennpunkte waren insbesondere:

Mindestlohn, Leiharbeit, Werkverträge, gesunde Arbeit und die Bürgerversicherung.

Es bestand Einigkeit unter allen Teilnehmern, dass der Missbrauch von **Werkverträgen** eine neue Form der „**modernen Sklaverei**“ ist. Dieser Zeiterscheinung muss aktiv und

öffentlichkeitswirksam etwas entgegengesetzt werden. Hier müssen Gewerkschaften und die SPD an einem Strang ziehen.

Der AfA-Kreisvorsitzende (selbst freigestellter Betriebsratsvorsitzender und ver.di-Funktionär):

„Die Arbeit muss ihre Würde wieder zurück erhalten“. Wir, die AfA, sind als soziales Gewissen der SPD besonders gefordert“

Für diese Äußerung erhielt er von allen Anwesenden sehr viel Beifall.

Und weiter bemerkt Vahl:

„Die AfA-Kreisorganisation wird sich aktiv am Bundestagswahlkampf 2013 beteiligen. Hierbei wird die AfA von der Nähe zu den DGB-Gewerkschaften profitieren. Soziale und gesellschaftliche Veränderungen, im Sinne der Arbeitnehmer, können nur von der Politik, also vom Gesetzgeber, umgesetzt werden. Die SPD ist die einzige Partei, die aus der Tradition und ihrem Selbstverständnis heraus, in der Lage ist, diese notwendigen Schritte einzuleiten und gesetzgeberisch umzusetzen. Die SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit. Dieses hat sie 150 Jahre bewiesen.“

Die AfA-Mitgliederversammlung in Uetersen endete am späten Abend mit sehr viel Zuvorsicht und Kampfesgeist, bezogen auf die Bundestagswahl im September 2013.

Personen auf dem Bild sind (Legende):

Vorne vor dem Bild (hockend - Roter Schlips):

Norbert Vahl – Vorsitzender

Von links nach rechts:

Jonny Dames – Beisitzer

Jürgen Heesch – Schriftführer

Kay-Uwe Dohrn – Stellv. Vorsitzender

Benjamin Wirth – Beisitzer

Christoph Schmidt – Beisitzer

Jens Fechner – Beisitzer

Michael Schinkel – Beisitzer

Keine Kommentare

Solidarität mit den Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

AfA unterstützt Beschäftigte der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung bei ihrem Kampf um einen Tarifvertrag

Versprechen ohne Rechtsbindung sind im öffentlichen Dienst genauso abzulehnen wie in der privaten Wirtschaft. Nur ein Tarifvertrag mit Unterschriften beider Seiten wirkt auch über den Zeitraum hinaus, in der Geschäftsführer oder Minister Erklärungen zu Arbeitsplätzen oder Umstrukturierungen gegeben haben, aber dann evtl. durch Abwahl nicht mehr persönlich zuständig sind," erklärte der AfA Landesvorsitzende Wolfgang Mädels.

Anlässlich des am Mittwoch erneuten Streiks der Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung bei den Kieler Schleusen des Nord-Ostseekanals spricht die AfA den Streikenden ihre Solidarität aus und verweist auf das grundgesetzliche Streikrecht in Deutschland.

Den Kritikern wirft Mädels vor sich bei der Bahn, Beispiel Mainz, anzuschauen was verkehrte Personalpolitik für gravierende Auswirkungen haben kann.

Mädels: *„So etwas darf beim Kanal nicht auch noch passieren, deshalb wäre es besser Ver.di und die Kolleginnen und Kollegen zu unterstützen, damit dies hin- und her Geschiebe von den Ministern Ramsauer und Friedrich über die Verhandlungszuständigkeit endlich beendet wird.“*

„Der NOK und alle davon Betroffenen brauchen Sicherheit für die Zukunft, die Reedereien wie die Wirtschaft. Ebenso der Festmacher oder Lotse und Schleuser, nur dieses verweigern in erster Linie die politische Riege in Berlin und nicht die Beschäftigten an den Schleusen“

Wir sind nicht mehr in einem Obrigkeitsstaat, wo von der Obrigkeit etwas erklärt wird, sondern in einem demokratischen Rechtsstaat in dem Situationen und Probleme durch Tarifverträge geregelt werden.

Und Arbeitnehmer haben auf Verweigerungen solcher Regeln – wenn Argumente nicht zählen oder ignoriert werden - die Möglichkeit durch Arbeitsniederlegungen Vernunft bei der anderen Seite einkehren zu lassen.

Zum Glück, denn ohne die Aktivitäten von Betriebsräten und Gewerkschaften wären in den vergangenen Jahren viel mehr Probleme durch Manager oder Spitzenbeamte entstanden.

Keine Kommentare

Ralf Stegner zu Gast bei der AG 60plus Dithmarschen

Ralf Stegner zu Gast beim Kreisverband der AG 60 plus

Anlässlich der Kreiswahlkonferenz der AG 60plus konnte die Vorsitzende, Aletta Thies den SPD Landesvorsitzenden Ralf Stegner als Hauptredner begrüßen. Unter Anwesenheit zahlreicher Mitglieder dieser größten Arbeitsgemeinschaft innerhalb der SPD sprach Stegner über die Problematik des demografischen Faktors, der Rentenentwicklung und erklärte politische Zusammenhänge, die als Ganzes gesehen werden müssen.



Er appellierte an die Solidargemeinschaft zwischen Alt und Jung und bekräftigte noch einmal die Forderung der SPD: Einführung des Mindestlohns für alle, dadurch werde sich das Rentenniveau um 2-3-% automatisch heben. Stegner warnte energisch davor, alt gegen jung auszuspielen. „Die Alten wissen sehr wohl, wie es ist jung zu sein, die Jungen können nicht wissen, wie es ist alt zu sein.“

Die Zuhörer/innen, die ihren Landesvorsitzenden hautnah erleben konnten, stellten ihm teilweise sehr kritische Fragen, die Stegner ausführlich beantwortete.

Anschliessend wurde der Kreisvorstand der AG 60plus Dithmarschen neu gewählt. **Aletta Thies wurde als Vorsitzende einstimmig in ihrem Amt bestätigt.**

Ausgeschieden aus dem Vorstand sind Manfred Michaelsen (Meldorf) Isolde Maaßen (Heide) und Gerhard Strufe (Burg).

Aletta Thies bedankte sich mit einem Buchgeschenk für die geleistete Arbeit.

Weiterhin wurden gewählt: Stellvertreter: Peter Bockwoldt und Bernd Wutkowski

BeisitzerInnen: Helga Siebels (Nordermeldorf), Heike Pausmer (Lohe-Rickelshof), Heinz Jürgen Templin (Wöhrden), und Rita Nissen (Diekhusen-Fahrstedt)

Außerdem wurden die Delegierten zum Kreisparteitag und der Landeswahlkonferenz der AG 60plus gewählt.

Keine Kommentare

Sonderausgabe KV-Intern zur Bundestagswahl erschienen

Die Sonderausgabe des KV-Intern zur Bundestagswahl, das Info-Blatt der SPD Kreistagsfraktion und des SPD Kreisvorstandes Schleswig-Flensburg, ist gerade erschienen und wir möchten es auch [hier](#) vorstellen.

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 20.08.2013, 13:20 Uhr - 5946 Clicks - Nr. 577

Klaus Wiesehügel auf der Betriebs- und Personalrätekonferenz

Betriebs- und Personalrätekonferenz im "Alten Stahlwerk" in Neumünster

Auf Einladung der AfA und des SPD Landesverbandes sowie des Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Bartels aus Kiel und der Kandidatin für den Wahlkreis Plön/Neumünster, Birgit Malecha-Nissen, war Klaus Wiesehügel einen ganzen Tag in Kiel und Neumünster. Vom DGB-Vorsitzenden Nord, Uwe Polkaehn aus Hamburg abgeholt ging es ersteinmal zur Kundgebung der Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung in Kiel. Danach "Mittagsgespräch" mit dem Bundestagsabgeordneten Hans Peter Bartels im Kieler Gewerkschaftshaus, Betriebsbesuch bei Vossloh Locomotive in Kiel Friedrichsort und dann abends im "Alten Stahlwerk" in Neumünster die Hauptrede auf der Betriebs- und Personalrätekonferenz. In der anschließenden Gesprächsrunde mit Ralf Stegner, Uwe Polkaehn und Birgit Malecha-Nissen ging es viel um den MIndestlohn, Leiharbeit, Werkverträge, Rente und vor allem - nichts wird sich ändern, wenn es keine neue Regierung unter Führung der SPD geben wird. Spannend hat unsere stellv. Landesvorsitzende Kirsten Jöhnck moderiert. Eine insgesamt gelungene Veranstaltung nach einem tollen Tag mit Klaus Wiesehügel in Schleswig-Holstein



[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 20.08.2013, 13:32 Uhr - 5821 Clicks - Nr. 578

Klaus Wiesehügel zum Mittagsgespräch

Klaus Wiesehügel und Hans-Peter Bartels im Gespräch mit Betriebs- und Personalräten

Auf Einladung des DGB, des Bundestagsabgeordneten Hans-Peter Bartels und der AfA war Klaus Wiesehügel im Kieler Gewerkschaftshaus. "Einen Politikwechsel wird es in Berlin nur mit der SPD geben", so Klaus zu den anwesenden Betriebs- und Personalräten. **Wer einen flächendeckenden Mindestlohn, die Begrenzung der Leiharbeit und den Mißbrauch von Werkverträgen verhindern will, darf nicht CDU oder FDP wählen, so seine zentrale Aussage.**

Es war eine gute Diskussion mit Klaus, einem gradlinigen Gewerkschafter und Sozialdemokraten, der persönlich überzeugend ist und allen Anwesenden Mut gemacht hat.

Klar wurde: der Wahlkreis Kiel muss erneut gewonnen werden und alle wollten daran mitwirken dass Hans-Peter Bartels für die SPD den Wahlkreis erneut in Berlin vertritt.

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 20.08.2013, 13:46 Uhr - 25647 Clicks - Nr. 579

Anstrengender Praxistag in der Pflege

Die SPD will zusätzlich 125.000 tariflich entlohnte Stellen für Pflege-Fachkräfte schaffen und damit Zeit für die Pflege gewinnen. Außerdem muss gute Arbeit in der Pflege mit leistungsgerechter Bezahlung und Pflegeberufe attraktiver gemacht werden.



Dies erklärte der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix in einem Gespräch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Hospiz „Haus Porsefeld“ in Rendsburg. Im Rahmen eines „Praxistages“ begleitete der Abgeordnete einen Vormittag lang die Pflegekräfte und erlebte, was sich hinter dem Konzept der Diakonie „Pflege LebensNah“ verbirgt und was die Arbeit in einem Hospiz den Pflegenden abverlangt.

„Ich bin den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr dankbar, dass sie mir den Einblick in ihren Arbeitsalltag gewährt haben. Für die Arbeit mit schwer kranken und sterbenden Menschen habe ich den allergrößten Respekt“, so Rix nach einer anstrengenden Schicht.

Mit den Auswirkungen des demografischen Wandels umzugehen, ist *die* große gesamtgesellschaftliche Aufgabe unserer Zeit. Infolgedessen gewinnt auch das Thema Pflege an Bedeutung. In den vergangenen vier Jahren hat sich hier so gut wie gar nichts getan. Mehr als den ungenügenden 5-Euro-Pflege-Bahr hat Schwarz-Gelb nicht zustande gebracht. Dabei brauchen wir einen großen Wurf.

Die Pflege von morgen muss Teil des Lebensumfeldes der Menschen werden. Sozial-räumliche Pflege hat somit nicht nur die zu pflegenden Menschen im Blick, sondern auch ihre Angehörigen, ihre Nachbarschaft – ihr Wohn- und Lebensquartier. Der Wohn- und Lebensraum der Menschen muss die Bedarfe älterer Menschen berücksichtigen, damit sie teilhaben können und nicht ausgegrenzt werden. Gute Pflege braucht altersgerechte Wohnungen und auch Einrichtungen, die Teil des Lebensumfeldes der Menschen sind.

Gute Pflege ist deshalb mehr als die Reform der Pflegeversicherung. Doch die ist wichtig als Grundlage für eine gute Pflege. Gute Pflege bedeutet auch mehr Gesundheitsförderung, Prävention und Rehabilitation, Kommunen, die in der Lage sind, Pflegestrukturen bedarfsgerecht zu entwickeln und gute und passgenaue Beratung für pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen.

„Wir müssen die notwendigen Pflegeleistungen durch die Zusammenführung von sozialer und privater Pflegeversicherung in eine Bürgerversicherung verlässlich, gerecht und bedarfsgerecht finanzieren“, so Rix abschließend.

Keine Kommentare

Der Tapeziertisch ist tot

Der Tapeziertisch ist tot. Zu diesem Schluss muss man kommen, könnte man alle SPD-Ortsvereine mit Dialogboxen ausstatten.



Es war schon ein bisschen spektakulär, als die Dialogbox angeliefert wurde. Kein kleiner Transporter, der etwa 20.907 Einzelteile anliefert, die dann von 36 Freiwilligen des Ortsvereins zusammengebastelt werden müssen. Ein LKW, ein Fahrer, eine Dialogbox - und einer, der alles in Empfang nimmt.

Mit dem Kran war das Aufstellen am Eckernförder Hafen dann schnell erledigt. Strom angeschlossen, Rolladen auf und schon könnte es eigentlich losgehen.

Tag 1 - No Fracking, no cry

So kann es losgehen. Strahlender Sonnenschein am Hafen. Die ersten Fischkutter sind von ihren Fahrten zurück und werden schon erwartet. Aber etwas ist anders an diesem Morgen. Vor die Fischkutter habe wir unsere SPD-Dialogbox gesetzt. Die Reaktionen reichen von freundlich bis interessiert. Der Eckernförder kennt seinen Hafen und achtet darum mehr auf Neues. "Moin, Sönke!" schallt es ein ums andere Mal zu uns herüber. Viele kommen auch schon vorbei, nachdem sie an "ihrem" Fischkutter frischen Fisch gekauft haben.

Einmal aufgebaut, hat man mit der Dialogbox immer wieder einen Anlaufpunkt, zu dem man sich mit einem interessierten Bürger zum Gespräch hinstellen, sich mit Material oder auch nur mit einem Kaffee versorgen kann.

Als besonderen Gesprächspartner konnten wir am ersten Tag den Bundestagsabgeordneten Frank Schwabe begrüßen. Sein Schwerpunkt ist die europäische und internationale Klimapolitik und damit auch und besonders das Thema „Fracking“, welches im Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde derzeit leider eine besondere Rolle spielt. Entsprechend groß war das Interesse, mit Frank Schwabe ins Gespräch zu kommen.

Tag 2 - „Wie ist das eigentlich mit ...“

Ein politisches Schwergewicht konnten wir am zweiten Tag an der Dialogbox begrüßen. Ralf Stegner hatte sich mehrere Stunden Zeit genommen, um uns zu unterstützen. Das gute Wetter ausnutzend, begannen wir mit einer Rosenverteil-Aktion in der Eckernförder Einkaufsstraße. Danach stand Ralf Stegner an der Dialogbox Rede und Antwort. Getreu dem Veranstaltungsmotto „Wie ist das eigentlich mit ...“ reichten die Themen von Rentenfragen über Straßenbau bis zum letzten „Tatort“.

Am Nachmittag stand der schleswig-holsteinische Verkehrsminister Reinhard Meyer zu Gesprächen zur Verfügung. Dabei lagen die Themen auf der Hand: Kanaltunnel, Rader Hochbrücke, A 7, Nord-Ostsee-Kanal. Viele Bürgerinnen und Bürger waren besorgt, dass der nördliche Landesteil mehr und mehr abgehängt wird. „Der Zustand unserer Straßen ist kein Ergebnis der letzten vier Monate, sondern mindestens der letzten vier Jahre,“ kritisierte Sönke Rix die Verkehrspolitik aus Bund und Land der vergangenen Jahre.

Dann Rolladen runter, Strom raus und bis morgen.

Tag 3 - Dialogbox in the sun

Routine kehrt ein. Strom anschließen, Rolladen hoch, Tische raus und schon stehen die ersten neugierigen Besucher an der Dialogbox. Wann denn die Frau Midyatli käme?

Da biegt die Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli auch schon um die Ecke. Bei strahlendem Sonnenschein entwickelten sich viele gute Gespräche. Inzwischen fanden sich auch schon viele Bekannte der vergangenen Tage ein. Die Dialogbox am Eckernförder Hafen entwickelt sich zu dem, was sie sein soll: Ein Treffpunkt, an dem man neben "Sozis" auch andere kompetente Gesprächspartner treffen kann. Oder auch nur einen Kaffee trinken und ein bisschen klönen.

Keine Kommentare

[Geschichte](#) - veröffentlicht am 20.08.2013, 22:45 Uhr - 4106 Clicks - Nr. 581

Erinnerung an eine bewegte Zeit – Rolf Fischer über "Kieler Köpfe"

Im Rahmen der Veranstaltungen zu 150 Jahre SPD stellte Rolf Fischer mit einem Vortrag im Kieler Gewerkschaftshaus herausragende Köpfe der Partei aus den Jahren 1900 bis 1920 vor. Der Übergang vom Kaiserreich durch 1. Weltkrieg und Revolution bis zur demokratischen Republik war eine sehr bewegte Zeit, in der die Kieler SPD zum ersten Mal politische Verantwortung in der Stadt übernahm.

Der Vortrag wurde illustriert durch eine von Regina Selke zusammengestellte Fotopräsentation.

Kiel als Großstadt zog immer mehr junge Arbeiter an, die oft auf den Werften und in der Zulieferindustrie Beschäftigung fanden. Da sie sich von den bürgerlichen Parteien nicht politisch vertreten sahen, organisierten sie sich in den drei Säulen der Arbeiterbewegung: Partei, Gewerkschaft und Konsum/Genossenschaft. Es entstand in Kiel das klassische proletarische "Milieu", in das sich die ausgegrenzten Arbeiter zurückzogen.



Eduard Adler, Wilhelm Poller, Wilhelm Brecour oder Edmund Söhnker gehörten zu den bekanntesten Sozialdemokraten der Stadt; Carl Legien errang erstmals das Reichstagsmandat für Kiel. Heute fast vergessen sind die sehr aktiven Sozialdemokratinnen wie Helene Grünig, Luise Andratschke oder Emma Sorgenfrei, die sich aktiv engagierten, obwohl Frauen politische Betätigung bis 1908 verboten blieb.

Sich den Alltagssorgen der Kieler Arbeiterinnen und Arbeiter zu widmen, die ganz konkrete Not z.B. in der Kriegszeit zu mildern, gleichzeitig politische Anerkennung zu erreichen (gleiches und freies Wahlrecht für alle, Pressefreiheit oder Arbeitnehmerrechte) - das waren die Ziele der Kieler SPD. Pragmatisch und bürgernah organisierten die Kieler Genossen ihre politische Arbeit, die bis 1920 auch bei Wahlen immer erfolgreicher wurde. Selbst die Spaltung in SPD und USPD konnte der traditionell agierenden Sozialdemokratie nichts anhaben. Die Abgespaltenen blieben immer eine Minderheit. Kiels

Sozialdemokraten führten in den schwierigen Jahren zwischen 1900 und 1920 die Stadt solidarisch und immer um Ausgleich bemüht.

Ca. 35 Interessierte waren gekommen, um sich für zwei Stunden mit einem interessanten Abschnitt der Geschichte der Kieler Sozialdemokratie zu beschäftigen. Der Vortrag wurde vom [Offenen Kanal Kiel](#) mitgeschnitten und wird dort demnächst gesendet.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 20.08.2013, 23:29 Uhr - 8168 Clicks - Nr. 582

SPD-Tangstedt: Bericht aus dem Planungs- und Umweltausschuss vom 20.08.2013

Am heutigen Dienstag, den 20.08.2013, trafen sich erstmals in dieser Legislaturperiode die Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses zur Sitzung im Rathaus.

Nach Begrüßung der anwesenden Einwohner und politischen Vertreter durch den Ausschussvorsitzenden **Immo Fork** verpflichtete dieser die bürgerlichen Ausschussmitglieder, zu denen seitens der **SPD-Fraktion Johannes Kahlke** (Tangstedt) gehört. Weitere Vertreterin der **SPD-Fraktion** ist **Petra Criwitz** aus Wilstedt-Siedlung.



Nach Genehmigung der Tagesordnung und der Niederschrift vom 16.04.2013 verlas der Ausschussvorsitzende neue Regelungen zum Knickschutz, die auch hier eingesehen werden können: http://www.schleswig-holstein.de/MELUR/DE/Ser-vice/Presse/PI/2013/0613/MELUR_130627_Bestimmungen_Knickschutz.html

Seitens des Bürgermeisters und der Verwaltung erfolgten keine Mitteilungen. Seitens der Mandatsträger wurde die Frage zum weiteren zeitlichen Ablauf des Bebauungsplan 31 gestellt.

Während der Bürgerfragestunde erzählte ein Anwohner von seinen aktuellen Eindrücken von der Costa Kiesa und schlug Maßnahmen zur Einnahmeverbesserung vor. **Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)** erklärte daraufhin, dass man nach dem Ende der Saison parteiübergreifend und in Übereinstimmung mit den Besitzern ein neues Nutzungskonzept erarbeiten müsste. **Criwitz**: "...so geht es nicht weiter ."

Hinsichtlich des Bebauungsplanes 9a (Wilstedt, Gewerbegebiet Bäckerberg) wurde nach einer Diskussion über den Wegfall eines Zaunes den Änderungen und Ergänzungen des P-Planes zugestimmt, der nun der Gemeindevertretung vorgelegt wird. Der zwischen dem alten und neuen Gewerbegebietsteil noch vorhandene Knick darf dabei mit Zustimmung der Unteren Naturschutzbehörde entfernt werden. Zum Ausgleich werden im Verhältnis 1:3 Knicks in der Nähe der Schulstraße in Tangstedt, in Wilstedt-Siedlung gegenüber vom Bolzplatz und dreiteilige Gehölzplantungen im Bürger-Natur-Park vorgenommen.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 21.08.2013, 00:35 Uhr - 26572 Clicks - Nr. 583

Keine Erdölförderung im Bereich des Ölfeldes Schweden-eck

Der SPD-Kreisvorstand Rendsburg-Eckernförde lehnt die Pläne der RWE DEA ab, im Bereich des Ölfeldes Schweden-eck die Ölförderung wieder aufzunehmen.

Das Land Schleswig-Holstein spielt eine führende Rolle im Vorantreiben der Energiewende. Derartige Pläne unterlaufen die Bemühungen, eine Energiewende herbeizuführen.

Auch Umweltschutz und der Erhalt natürlicher Lebensgrundlagen sind für die SPD von zentraler Bedeutung. Weder dürfen Landschaftsschutzgebiete beeinträchtigt werden, noch dürfen die Bemühungen um einen sanften, naturverträglichen Tourismus konterkariert werden.

Begünstigt werden die Absichten der RWE DEA durch ein antiquiertes Bergrecht, das den veränderten Anforderungen an Natur- und Landschaftsschutz keinerlei Rechnung trägt.

Sönke Rix, SPD-Kreisvorsitzender und Bundestagsabgeordneter erklärte hierzu: „Die SPD Bundestagsfraktion hat einen Antrag zur zeitgemäßen Anpassung des deutschen Bergrechts gestellt. Dieser wurde zu Jahresbeginn durch die schwarz-gelbe Bundestagsmehrheit abgelehnt. Wir sehen jetzt, wie wichtig und richtig dieser Vorstoß war“.

Der SPD-Kreisvorstand fordert die Landesregierung auf, alle Möglichkeiten zur Verhinderung der RWE-Pläne zu nutzen.

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 21.08.2013, 09:44 Uhr - 9931 Clicks - Nr. 584

Arbeit - gerecht und menschenwürdig, Diskussion in Mölln

Am Abend des 13. August 2013 empfing Dr. Nina Scheer, Bundestagskandidatin Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd Uwe Polkaehn, Vorsitzender DGB Nord und Dr. Ralf Stegner, SPD-Landesvorsitzender, in Mölln, um im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe 'Chancen ergreifen - Zukunft gestalten' über 'Arbeit - gerecht und menschenwürdig' zu diskutieren.

Die Veranstaltungsreihe umfasst im August und September sieben Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen, darunter auch Energiewende, bezahlbares Wohnen, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Bildung sowie Entwicklungshilfe.

Sowohl bei der Bezahlung von Arbeit, dem Zugang zu Arbeit als auch Arbeitsbedingungen betreffend ginge es des darum, gerechte und menschenwürdige Rahmenbedingungen zu schaffen, betonte Nina Scheer in ihrer Einführung. "Der Wert der Arbeit muss wiederhergestellt werden, so dass sowohl berufliche Identitätsbildung als auch gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung über entsprechend wertgeschätzte Arbeit gewährleistet sind", so Scheer. Insofern gelte es dringend einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8.50 Euro einzuführen und Normalarbeitsverhältnisse zu stärken.



Ralf Stegner verdeutlichte hieran anknüpfend, dass es für ein soziales Europa um eine Neuordnung am Arbeitsmarkt ginge: "Wir müssen die Mitbestimmung stärken, dem Niedriglohnsektor entgegenwirken, mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse schaffen, solche erhalten und Dumpinglöhne beenden". Mit 250.000 Minijobs erhielten in Schleswig-Holstein ein Viertel aller Beschäftigten nicht mehr als vier Euro Stundenlohn, zumeist Frauen. Von der SPD geführten Landesregierung seien mit dem Tariftreuegesetz und einem derzeit im Gesetzgebungsverfahren befindlichen Landesmindestlohngesetz bereits wichtige Schritte in Richtung 'Gute Arbeit' erfolgt. Mit einem Regierungs- und Politikwechsel nach der Bundestagswahl müssten weitere folgen. "Die SPD ist die eigentliche 'Marktwirtschaftspartei', denn mit uns und den durch uns nach der Bundestagswahl einzuführenden gesetzlichen Mindestlohn, beginnend bei 8,50 Euro, anschließend zu steigern, wird es Löhne geben, die zum Auskommen reichen", ist Stegner überzeugt. Mit 'Lebensleistungsrente' nach dem Modell der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werde hingegen gerade einmal eine Rente von 15 Eurocent je Arbeitsjahr erreicht, was den Namen nicht verdiene.

Uwe Polkaehn bewertete die Riester-Rente als nicht zielführend für eben jene Einkommensgruppen, die aber gerade auf sie angewiesen seien. Zuviel Geld flösse in die Bürokratie. Sein Fazit: "Die Riesterrente sollte abgeschafft bzw. in die gesetzliche Rente überführt werden." Auch Polkaehn, wie bereits Stener und Scheer, appellierte, Leiharbeit einzugrenzen, wobei er auch die Arbeitsvermittlung in der Pflicht sieht: Jede dritte Stellenvermittlung gehe in Leiharbeit, häufig ohne Angabe der Entlohnung. Angesprochen auf die Ausbildungsreife von Schulabsolventen verwies Polkaehn auf das drängendere Problem 5.000 fehlender Ausbildungsplätze, trotz teilweise frei bleibender Plätze.

In den Quellenhof in Mölln fanden rund 35 Teilnehmer, von denen sich viele rege und interessiert an einer mitunter detailreichen Diskussion beteiligten. Auch unter den Teilnehmern war die Bereitschaft für einen höheren Rentensatz, für den sich nach den Worten Stegners 80 % der Menschen aussprachen. An dieser und weiteren Aussagen war eine breite Zustimmung für eine Stärkung von Solidarsystemen erkennbar. Ein Stimmungsbild, das Scheer als politischen Appell übernahm: Mit der Bundestagswahl gelte es zur Politik für das Gemeinwohl zurückzukehren.

Kommentar von [Rainer Riemann](#) vom 21.08.2013, 12:17 Uhr:

RE: Arbeit - gerecht und menschenwürdig, Diskussion in Mölln

Der Idee des flächendeckenden Mindestlohns tut Herr Stegner mit seinen eigenartigen Argumenten keine Gefallen. Die Minijobber, die ich in Schleswig-Holstein kenne (unter anderem meine 15-jährige zeitungsaustragende Tochter) erhalten alle deutlich mehr als

4,- € in der Stunde. In vielen Fällen kann ein Minijob sehr sinnvoll sein und wird von den Minijobbern ausdrücklich gewünscht. Einen staatlich festgelegten Lohn als wahre Marktwirtschaft zu bezeichnen lässt starke Zweifel an den analytischen Fähigkeiten von Herrn Stegner aufkommen. Was sollen solche Argumente? Das gibt nur Munition für den politisch anders denkenden. Sachlich belastbare Argumente für den flächendeckenden Mindestlohn gibt es ausreichend, glaubwürdiger ist es diese auszutauschen. Rainer Riemann

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 21.08.2013, 12:24 Uhr - 7782 Clicks - Nr. 585

Storchenfest in Langwedel

Am 17. August fand das 10. Storchenfest in Langwedel mit einer Jubiläumsfeier statt. Vom Storchengremium geplant und mit vielen ehrenamtlichen Helfern umgesetzt, gab es ein buntes Programm für große und kleine Langwedeler und ihre Gäste.

Ein großer Kinderflohmarkt lockte Interessierte, es gab Kaffee und Kuchen und auch Herzhaftes und Kaltgetränke. Mit Lieza wurde eine neue Storchenkönigin gekrönt, die als Glücksfee die Tombola-Preise ausloste. Auch kulturell hatte das Storchenfest so Einiges zu bieten: eine Bauchtanzgruppe, das Balsorchester und der Chor traten auf. Dann folgten am Abend Livemusik und eine Feuerschluckershow. Nach dem 10. Storchenfest heißt es nun, das kommende 11. Storchenfest in 2014 zu planen. Wir freuen uns über diese lebendige Dorfkultur.



Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 21.08.2013, 13:32 Uhr - 14632 Clicks - Nr. 586

SPD-Politiker Breitner und Thönnnes: Wohnen muss bezahlbar sein!

Norderstedter Fachgespräch zu Wohnungsmangel und Mieten:

Über 20 Experten folgten der Einladung von SPD-MdB Franz Thönnnes Anfang der Woche zu einem Fachgespräch „Bezahlbares Wohnen in der sozialen Stadt“ mit dem schleswig-holsteinischen Landesminister für Städtebau Andreas Breitner. Darunter waren Vertreter von Wohnungsgesellschaften, Haus & Grund, Seniorenbeirat, Verbraucherzentrale, Mieterverein, Frauenhaus, Jobcenter und der Stadt Norderstedt. Anlass war die angespannte Situation vor Ort.



In Norderstedt ist, ausgehend von einem hohen Stand, das Mietniveau in den letzten fünf Jahren um mehr als 10 % gestiegen. Mit fast 9 Euro pro Quadratmeter gibt es die

höchsten Mieten des ganzen Landes. Durch die unterschiedlichen Blickwinkel konnte im Laufe des Gesprächs ein umfassendes Bild der problematischen Wohnsituation in Norderstedt gezeichnet werden. Es wurde deutlich, dass bereits erste Schritte unternommen wurden. So beschloss SPD und CDU auf Anregung der Sozialdemokraten in der Stadtvertretung, dass 30% bei Geschoßbauten auf Neubauf Flächen für Sozialwohnungen vorzusehen sind.

Wie dramatisch die Situation trotzdem noch ist, zeigten die Berichte der von Jobcenter und Frauenhaus. Menschen in schwierigen Lebenssituationen haben extreme Probleme bezahlbaren Wohnraum in Norderstedt zu finden. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies dazu: „Drei Dinge sind hier wichtig: Erstens schnell und zügig bauen, zweitens Reduzierung der Energiekosten durch Senkung der Stromsteuer um 25 % und drittens eine Mietpreisbremse, wonach bei Wiedervermietungen Mieterhöhungen nicht dazu führen dürfen, dass die Miete mehr als 10 % über der örtlichen Vergleichsmiete liegt und bei Bestandsmieten die möglichen Erhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete auf 15 % in vier begrenzt werden. Das was jetzt am Fasanenweg gerade mit bis zu 45 % Mieterhöhung verlangt wird geht gar nicht. Mieter können zu Recht eine faire Behandlung erwarten!“

Mittelfristig soll sich die Situation entspannen. Mit Hilfe der optimierten Förderung durch die SPD-geführte Landesregierung werden 100 neue Sozialwohnungen in Norderstedt-Mitte und weitere 60 im Garstedter Dreieck geschaffen. Innenminister Breitner erklärt: „Die Fördermittel für soziales Wohnen waren nicht marktgerecht, wir haben die Förderung angepasst und um 15 Millionen erhöht. Außerdem haben wir einen zweiten Förderweg eingerichtet von dem auch Menschen aus der unteren Mittelschicht profitieren. Es ist gut zu sehen, dass sich die vor Ort hier die Wohnungsgesellschaften wie Plambeck und Adlershorst zu ihrer sozialen Aufgabe bekennen. Wie hin Norderstedt alle Beteiligten an einem Strang ziehen, ist beispielhaft.“ Ein Lob, das bei den Fachgesprächsteilnehmern Zustimmung fand.

Die Vertreter des Seniorenbeirates wiesen zurecht darauf hin, dass auch der altersgerechte Umbau von Wohnungen wieder finanziell unterstützt werden sollte. „Die SPD will die von der Merkel-Regierung eingestellte Förderung mit günstigen Finanzierungen und Zuschüssen wieder aufnehmen“, so Franz Thönnies

SPD-Politiker Thönnies resümiert: „Dieses Treffen hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass die Situation zügig angepackt wird. Und es heißt bauen, bauen und nochmals bauen, um den Markt gerade für Alleinstehende und junge Familien zu entspannen. Wohnen ist ein Menschenrecht und es gehört zur sozialen Gerechtigkeit, dass es auch bezahlbar sein muss!“

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 21.08.2013, 17:07 Uhr - 6919 Clicks - Nr. 587

Betriebsbesuch bei Vossloh Locomotive in Kiel-Friedrichsort

Auf Einladung des AfA Landesverbandes war Klaus WieseHügel zum Betriebsbesuch beim Kieler Lok-Hersteller in Kiel-Friedrichsort

Gemeinsam mit dem AfA Landesvorsitzenden Wolfgang Mädler und dem Vorsitzenden des DGB Nord, Uwe Polkaehn, besuchte Klaus WieseHügel den Kieler Lok-Hersteller.

Das war ein konstruktives Gespräch, ein überzeugender Betriebsrundgang in Sachen Arbeitssicherheit und spannender Produkte und ein Beispiel für gelebte Mitbestimmung von Arbeitnehmern mit einer aufgeschlossenen Geschäftsführung. Über 400 Beschäftigte stellen jährlich mehr als 60 Industrie-Loks her, diesel-hydraulisch und diesel-elektrisch wie alle gelernt haben.

Und zum Abschluss, ganz in Manier eines Vorsitzenden fuhr Klaus eine G12 während einer Probefahrt auf den Gleisen. Überrascht dass es mit einem Joy-Stick passierte.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 21.08.2013, 17:28 Uhr - 7960 Clicks - Nr. 588

Das Universitätsklinikum kann Bauherr werden

Landtagsrede vom 21. August 2013 zur Änderung des Hochschulgesetzes

Heute geht es nur um eine kleine Novelle des Hochschulgesetzes, eine umfassendere ist angekündigt und in Vorbereitung. Zwei Punkte aber sind vorab zu lösen. Ministerin Wende und Staatssekretär Fischer sind im Dialog mit den Betroffenen, die Eilbedürftigkeit der beiden Punkte ist deutlich, die Zustimmung ist groß.



1. Der Universitätsrat soll abgeschafft werden, bevor er neu gewählt werden müsste.

2. Das UKSH soll mit Bauherreneigenschaft ausgestattet werden, um das ÖPP-Projekt erfolgreich durchführen zu können.

Die Hochschulreform von 2007 war nicht der große Wurf. Die Vorstellung des damaligen Wissenschaftsministers Austermann, dass Hochschulen so eine Art Landesunternehmen seien, die man am besten durch einen Aufsichtsrat steuern lässt, war wohl auch Resultat der Zusammenlegung des Wissenschafts- mit dem Wirtschaftsressort, die wir 2012 rückgängig gemacht haben. Es ist eine ziemlich einmalige Sache, dass einem so weitreichenden Vorschlag wie der Auflösung des damals mit so hohen Erwartungen gebildeten Universitätsrates ausnahmslos Zustimmung entgegen gebracht wird.

Der weitaus wichtigere Punkt an dieser Novelle ist die Frage, ob wir dem Universitätsklinikum mehr Selbstverantwortung im Bereich der Bautätigkeit zugestehen wollen oder nicht. Es gibt den Standpunkt, der von den nichtwissenschaftlichen Personalräten vorgebracht wurde, dass vor dem Hintergrund der derzeit extrem geringen Zinsen das Land von der Idee eines ÖPP-Projektes bei der Sanierung des UKSH Abstand nehmen und die Bauherreneigenschaft in der eigenen Hand behalten sollte. Der wissenschaftliche Personalrat dagegen unterstützt das Gesetzesvorhaben. Das UKSH wünschte sich, flankiert von den tragenden Universitäten, eine weitergehende Flexibilisierung in Form einer Verordnungslösung statt eines Vertragsmodells.

Wir haben uns die Entscheidung darüber nicht leicht gemacht, folgen aber dem Wunsch des UKSH-Vorstandes. Wir halten nach wie vor das ÖPP-Modell für richtig, das aber nur

gelingen kann, wenn das Universitätsklinikum mehr Eigenverantwortung erhält und nicht auf die Dauer an die GMSH angekoppelt bleibt.

Natürlich haben die Beschäftigten völlig Recht, dass jede Entscheidung über den Neubau oder den Umbau von klinischen Bereichen Auswirkungen auf die Arbeitssituation der Beschäftigten hat. Niemand muss politischen Kontrollverlust fürchten: Bei wesentlichen Entscheidungen liegt die Mehrheit der Stimmen im Aufsichtsrat ohnehin bei den Vertreterinnen der Landesregierung.

Vom Vorstand des UKSH erwarten wir, die Personalvertretungen in zufriedenstellendem Maße in seine Bauplanungen einzubinden. Wir wissen, welche großen Beiträge die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das UKSH geleistet haben und leisten. Auch dadurch konnte das UKSH erstens in öffentlicher Trägerschaft gehalten und zweitens ein Erneuerungsprozess begonnen werden, der noch nicht abgeschlossen ist. Zu beiden Punkten gibt es aus Sicht der SPD keine bessere Alternative.

Die Oppositionsfraktionen haben die Forderung eines Teils der Hochschulen aufgegriffen, diese Kompetenzerweiterung auch für die Hochschulen selbst zu schaffen. Dazu bedarf es einer längeren Diskussion. Das geht nicht auf Zuruf; dazu müssen zumindest alle Hochschulen, die GMSH und der LRH angehört werden. Auch ginge eine solche Rechtsänderung nur, wenn wir gleichzeitig das GMSH-Gesetz (§3) ändern. So etwas will sorgfältig abgewogen sein und würde in die große HSG-Novelle gehören, die nächstes Jahr ansteht.

Es hat in der Anhörung eine Reihe von weiteren Anregungen gegeben; zu diesen Themen wird es im nächsten Jahr bei der großen Novellierung des HSG eine sehr viel breitere Anhörung der Verbände und der Interessenvertretungen geben, wo Gelegenheit sein wird, auf diese Forderungen zurückzukommen.

Die im Koalitionsvertrag angekündigte Hochschulkonferenz und weitere Dialogveranstaltungen haben erfolgreich stattgefunden. In diesem Geiste wird es weitergehen.

Heute regeln wir solide zwei anstehende Punkte. Heute Morgen haben wir schon über zusätzliche Mittel für den Hochschulbau gesprochen. So geht solides Regieren mit vernünftigen Schwerpunkten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 21.08.2013, 18:12 Uhr - 8860 Clicks - Nr. 589

Martin Habersaat im Glinder Rathaus

Zu einem Gedanken- und Informationsaustausch besuchte Martin Habersaat, örtlicher Landtagsabgeordneter und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, den Glinder Bürgermeister Rainhard Zug im Rathaus. Besprochen wurden aktuelle Entwicklungen auf Landesebene und Projekte der Stadt, vor allem wirtschafts- und finanzpolitische Themen und Glindes Bauvorhaben.

„Es ist gut, sich hin und wieder Zeit für ein ausführliches Gespräch zu nehmen“, befanden beide. Zufällig hatte Rolf Budde gerade Sprechstunde, so dass Habersaat auch kurz beim neuen Bürgervorsteher vorbeischauchen konnte.

Die Landesregierung plant eine Reform des kommunalen Finanzausgleichs (FAG). Das Innenministerium hat das Gutachten, auf dessen Grundlage die Reform entwickelt werden soll, kürzlich im Internet veröffentlicht. „Ziel ist ein Finanzausgleich, der sich an den tatsächlichen Aufgaben orientiert“, berichtete Martin Habersaat. Aus dem Gutachten wird ein Gesetzesentwurf entwickelt, dann ist eine einjährige Phase der Abstimmung und der Diskussion eingeplant. Habersaat: „Eine FAG-Reform ist ein Großvorhaben. Und wenn es insgesamt nicht mehr Geld zu verteilen gibt, muss besonders sorgsam geschaut werden, wie die Verteilung erfolgt.“ Rainhard Zug begrüßte die Zielsetzung und erhofft sich in der Folge eine Stärkung des zentralörtlichen Systems, wovon auch das Mittelzentrum Reinbek-Glinde-Wentorf profitieren könnte. Gemeinsam mit den Gemeinden Barsbüttel und Oststeinbek plant man derzeit die Gründung einer eigenständigen Aktivregion, die die Entwicklung dieser Region ebenfalls stärken könnte.



Wie auch die Gemeinde Barsbüttel hat die Stadt Glinde gegen das Ergebnis des Zensus Widerspruch eingelegt. Glinde hat nach dem Zensus-Ergebnis etwa 300 Einwohner weniger als angenommen. „Uns geht es weniger um die entstehenden finanziellen Nachteile, sondern um Transparenz. Wir wollen wissen, wie das Statistikamt zu seinen Ergebnissen kam und wo die 300 Einwohner geblieben sind“, betonte Zug. Infolge der Entwicklung des Areals „An der alten Wache“ steige die Einwohnerzahl Glindes ohnehin, da habe man den kleinen Rückschlag bald aufgeholt.

Gut läuft es für Glinde bei den aktuellen Bauvorhaben. Der Anbau an die Gemeinschaftsschule Wiesenfeld konnte jüngst seiner Bestimmung übergeben werden, der Feuerwehr-Neubau wird im Mai 2014 eröffnet werden können. „Wir gehen die Bauprojekte kontinuierlich Stück für Stück an, erleben dank solider Planung keine Überraschungen und konnten zuletzt sogar beschlossene Kreditaufnahmen wegen der guten Finanzlage nach hinten verschieben“, zeigte sich Zug zufrieden.

Keine Kommentare

[Serpil Midyatli, MdL](#) - veröffentlicht am 22.08.2013, 21:55 Uhr - 11345 Clicks - Nr. 590

Regional angepasste Konzepte für bezahlbaren Wohnraum

Zu TOP 13 "Bezahlbaren Wohnraum durch Zweckentfremdungsverbot sichern" und TOP 34 "Mietanstieg bremsen, bezahlbaren Wohnraum sichern" (Drucksachen 18/899 und 18/1049) erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Serpil Midyatli, in einer Rede in der Landtagssitzung vom 22.08.2013:

Die Piraten sprechen ein Thema an, das wichtig ist: Menschen sollen, Menschen müssen bezahlbaren Wohnraum haben. Die Wohnung und das Wohnumfeld sind eine wichtige Voraussetzung für ein erfülltes und selbstbestimmtes Leben. Deswegen muss es uns alarmieren, wenn Wohnraum in immer mehr Städten knapp und für untere und mittlere Einkommensgruppen unerschwinglich wird. Wenn Familien, Studierende, Rentnerinnen und

Rentner in den Innenstädten keine bezahlbaren Wohnungen mehr finden und aus ihren Wohnungen verdrängt werden, dann droht die soziale Spaltung der Städte.

Von dieser Situation sind wir in Schleswig-Holstein weit entfernt. In Teilen Schleswig-Holsteins ist die Wohnlage angespannt, in anderen hingegen keineswegs. Daher müssen wir angepasste Konzepte haben. Die Vorschläge der Piraten helfen dabei nicht wirklich.

Die Entwicklungen in den Regionen unseres Landes werden sich zunehmend voneinander unterscheiden. Wer hier nicht mit planerischen Konzepten gegensteuert, wird in den strukturschwachen Regionen eine Abwärtsspirale bei der Wohnraumversorgung befördern, weil sich im freien Spiel der Kräfte in diesen Regionen der Wohnungsbau für Investoren nicht mehr lohnt.

Voraussetzung für eine Zweckentfremdungsverordnung ist eine Wohnraumnotlage. Wo diese vorliegt, darüber haben wir mit dem Mietengutachten jetzt eine Datengrundlage. Es geht um die Verhinderung der Umwandlung von Wohn- in Büroraum. Das findet heute nicht mehr statt. Was aber noch stattfindet ist die Umwandlung von Wohnraum in gewerbliche Zimmervermietung – jedenfalls soweit es Sylt betrifft.

Wie Sie wissen, wurden die Zweckentfremdungsverordnungen Ende der 90er in allen Bundesländern abgeschafft, in Schleswig-Holstein 1999. Der Grund: Es gibt weit wirksamere rechtliche Instrumente, von der Belegungsbindung aus dem Wohnraumförderungsgesetz über Satzungen bis hin zur Mietrechtsverordnung.

Wir wollen, dass unsere Städte und Gemeinden sozial und wirtschaftlich und kulturell lebendig bleiben und dass Junge wie Ältere guten und bezahlbaren Wohnraum finden. Ohne neue Wohnungen laufen alle Maßnahmen zur Begrenzung von Mieten ins Leere. Vorrang hat für uns daher der Neubau!

Dabei muss auch der Bund mitziehen. Auf Bundesebene wollen wir ein „Aktionsprogramm für eine solidarische Stadt und bezahlbares Wohnen“ initiieren – in einem Bündnis mit den Ländern, Kommunen, den Mieter- und Sozialverbänden, der Bau- und Wohnungswirtschaft und den Gewerkschaften.

Schleswig-Holstein wird seine Wohnraumförderung, orientiert an den Feststellungen des neuen Mieten-Gutachtens, ganz neu aufstellen. Dabei wird das Land auf die lokalen Akteure setzen und Fachkompetenz aktiv einbinden. Mit der „Offensive für bezahlbares Wohnen in Schleswig-Holstein“, die vom Innenministerium, den Verbänden der Wohnungswirtschaft und dem Mieterbund initiiert wurde, hat Innenminister Breitner schon deutlich gemacht, dass es ihm mit der Einbindung der Beteiligten sehr ernst ist.

Die „Offensive für bezahlbares Wohnen“ hat zum Ziel, gemeinsam gegen steigende Mieten vorzugehen und für mehr preiswerte und qualitativ gute Wohnungen zu sorgen. Wenn Sie dabei sind, das mit uns zusammen zu erreichen, freuen wir uns. Wir wollen aber Konzepte haben, die funktionieren. Pauschale Aussagen und Verallgemeinerungen helfen hier nicht weiter. Wir diskutieren dieses Thema gern mit Ihnen weiter und beantragen die Überweisung beider Anträge in den Innen- und Rechtsausschuss.

Keine Kommentare

MdB Sönke Rix: Kein Platz für Rassismus und Rechtsextremismus

Zum Einzelvotum der SPD-Bundestagsfraktion im Untersuchungsausschuss „Terrorgruppe NSU“ und dem Abschlussbericht erklärt das Mitglied des NSU-Untersuchungsausschusses und der Sprecher der Arbeitsgruppe „Strategien gegen Rechtsextremismus“ der SPD-Bundestagsfraktion Sönke Rix:



„Die rechtsextremistische Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) hat über viele Jahre hinweg eine Schneise des rassistischen Hasses und der brutalen Gewalt durch Deutschland gezogen, an deren Ende mindestens zehn Morde, ein Mordversuch, zwei Sprengstoffanschläge mit 22 zum Teil lebensgefährlich verletzten Menschen und 15 brutale Überfälle stehen. Fast 14 Jahre lang konnten die Mitglieder des NSU, mitten in Deutschland leben – unterstützt von einem Netzwerk Gleichgesinnter, aber unentdeckt von den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder.

Unsere Arbeit im Untersuchungsausschuss hat zur Aufdeckung der Gründe dafür beitragen können. Egoismen der einzelnen Bundesbehörden und eine fehlende Kooperation zwischen den einzelnen Landesbehörden haben die Täter so lange unentdeckt gelassen. Aber auch eine fehlende Sensibilisierung bei Polizei und Ermittlungsbehörden im Hinblick auf rechtsextreme Straftaten wird immer wieder bemängelt.

Deshalb muss neben unseren Vorschlägen zu einer Veränderung der Strukturen in den Sicherheitsbehörden die Sensibilisierung für rassistisch motivierte Straftaten von Polizei und Ermittlungsbehörden eine Konsequenz des Untersuchungsausschusses sein.

Wir müssen die Präventionsarbeit stärken. Die demokratische Kultur in unserem Gemeinwesen muss immer wieder erneuert und gefestigt werden. Die Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft muss im Zentrum unserer Bemühungen stehen. Ich bin überzeugt: Wenn wir die Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus engagieren, unterstützen, motivieren und ihnen den Rücken stärken, ist dies der beste Garant zum Schutz unserer freiheitlichen Grundordnung. Staat und Gesellschaft müssen ein klares Zeichen setzen: Rechtsextreme, Rassisten und verfassungsfreundliche Parteien haben in einem demokratischen Deutschland keinen Platz.

Dazu gehört, die dauerhafte und verlässliche Finanzierung der von der SPD begründeten Programme gegen Rechtsextremismus. Ohne die Opferberatungen, Mobilen Beratungsteams und die vielen Initiativen vor Ort stünde der Kampf gegen Rechtsextremismus in zahlreichen Regionen auf verlorenem Posten. Deshalb werden wir die notwendigen Anschlussförderungen sichern und gemeinsam mit der Zivilgesellschaft ein neues Förderkonzept erarbeiten und umsetzen.

Dazu gehört, den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen zu fördern, unsere Städte und Gemeinden finanziell gut auszustatten und Kultur, Sport, Jugendarbeit und Sozialarbeit zu ermöglichen.

Dazu gehört politische Bildung: Wir müssen die Kürzungen für die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) zurücknehmen. Sie ist eine der wichtigsten Institutionen zur Demokratieförderung und Präventionsarbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus in unserem Land.

Dazu gehört ein ehrlicher Umgang mit der Realität: Während die amtliche Statistik von 47 Todesopfern rechtsextremer Gewalt verzeichnet, gehen Opferberatungsstellen von mindestens 182 Todesopfern aus. Wir fordern deshalb, dass wissenschaftlich untersucht

wird, wie viele Menschen tatsächlich Opfer oder Zeugen von rechtsextremer Gewalt und Propaganda geworden sind.

Dazu gehört die Abschaffung der Extremismusklausel. Sie ist nicht nur widerrechtlich, sondern sie gefährdet und behindert zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 23.08.2013, 11:53 Uhr - 14808 Clicks - Nr. 592

Praxistag im DRK-Seniorenheim Kaltenkirchen

Thönnnes: Bedingungen für gute Pflege müssen verbessert werden

Gerne folgte SPD-MdB Franz Thönnnes der Einladung des DRK Landesverbandes, im Rahmen des „Bündnis für gute Pflege“ einen Praxistag in einer Pflegeeinrichtung zu absolvieren. Pünktlich um 6.00 Uhr morgens war er daher am 20. August im DRK-Seniorenheim am Krausen Baum in Kaltenkirchen zum Beginn der Frühschicht angetreten.



Der stellvertretende Pflegedienstleiter Mehmet Ucan nahm ihn freundlich in Empfang, wobei der Politiker gleich die Möglichkeit hatte, am Übergabegespräch von der Nachschicht zur Frühschicht teilzunehmen. Danach erläuterte er ihm die morgendlichen Aufgaben. Nach dem Wecken der Bewohner konnte Thönnnes den stellvertretenden Pflegedienstleiter bei den Pflegearbeiten begleiten. Und auch selbst bei kleineren Unterstützungsleistungen hilfreich zur Hand gehen. So gewann der Bundestagsabgeordnete einen Einblick in die umfassenden Bedürfnisse der zu Pflegenden sowie in die an die an das Personal gestellten Herausforderungen.

Schnell wurde dabei klar, dass angesichts der unterschiedlichen Pflegebedürftigkeit und des Alters der Heimbewohner sehr differenzierte Aufgaben und Erwartungen an das Pflegepersonal gestellt werden. Thönnnes: „Die physischen und psychischen Anforderungen sind enorm. Da kommt es nicht nur darauf an, von der Morgentoilette bis zur Hilfe beim Essen da zu sein, sondern auch ein Stück menschliche Nähe und Zeit zu geben.“ Dafür, so wurde der Bundestagsabgeordnete in seiner bereits bestehenden Auffassung bestätigt, fehlt aber häufig die Zeit, obwohl sich die Pflegekräfte die größte Mühe geben, dies zu leisten.

Thönnnes: „Wir brauchen eine Reform der Pflege, bei der ein neuer Pflegebegriff mit dazu beiträgt, dass die Leistungen den Bedürfnissen der Betroffenen im Gegensatz zur Minutenorientierung mehr gerecht werden und bei der eine verbesserte Versorgungsqualität auch „menschliche Nähe“ mehr einbezieht.“ Damit lag der SPD-Politiker genauso auf der Linie der Forderungen des „Bündnis für Pflege“. Dieses fordert ebenfalls bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen der professionellen Pflegekräfte, allein schon aus Gründen des erhöhten Fachkräftemangels.

„Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, dass wir den pflegebedürftigen Menschen eine hochwertige stationäre und auch ambulante Versorgung in der Pflege bieten. Das heißt auch, dass die Finanzierung gerechter, solidarischer und paritätisch erfolgen muss“,

meint Thönnies, womit er wieder einen Einklang mit den Forderungen der Bündnispartner sah. Die Vorstellung seiner Partei sei hier die Bürgerversicherung für Krankheit und Pflege, in der die Solidarität zwischen den hohen und niedrigen Einkommen gestärkt werde. Ziel müsse es ebenso sein, die Ausbildung der Pflegekräfte zu reformieren, sie für die Lernenden kostenlos zu gestalten und ihre Anzahl vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung zu erhöhen.

Keine Kommentare

[AG60plus - Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 23.08.2013, 13:58 Uhr - 7184 Clicks - Nr. 593

Deutschlandtreffen der AG60plus in der Uckermark

Mitglieder der AG60plus Dithmarschen nahmen am Deutschlandtreffen der AG60plus in der Uckermark teil. Am 14. August wurden die Teilnehmer in Lohe-Rickelshof abgeholt. Das war möglich, weil die meisten Teilnehmer aus Dithmarschen und nicht aus Kiel oder Hamburg kamen. In Hamburg stiegen dann die Kieler und Hamburger zu. Nach einigen Stunden Fahrt wurde Templin erreicht.

In Templin trafen nach und nach die Teilnehmer des 5. Sommertreffens aus ganz Deutschland ein. Das AHORN Seehotel, Brandenburgs größtes Familien-, Sport- und Tagungshotel, direkt am See gelegen und umgeben von malerischen Laubwäldern, war für die nächsten Tage unser zu Hause.

Am nächsten Tag begannen wir mit den Ausflügen. Zuerst ging es, bei herrlichem Wetter, zum Schiffshebewerk in Niederfinow, einem Industriedenkmal. Es war über viele Jahre das größte in Europa. Hier unternahmen wir eine Schifffahrt, konnten aber nicht gehoben werden, weil das Schiffshebewerk bestreikt wurde. Dafür hatten wir aber Verständnis. Bei einer Führung wurde uns der gewaltige Bau des Schiffshebewerks erklärt. Gleich nebenan wird schon ein neues Schiffshebewerk gebaut. Der Verkehr auf den Wasserstraßen wird immer größer und das alte Werk kann den Verkehr nicht mehr bewältigen. Weiter ging es in das Ökodorf Brodowin. Brodowin ist einer der größten landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands. Dieser Betrieb produziert ausschließlich bio-dynamisch nach den strengen Demeter-Richtlinien. Ein weiterer Besuch galt dem Kloster Chorin. Das Zisterzienserkloster entstand um 1270 bis 1300. Das Kloster bestand bis zur Reformation und wurde 1542 aufgelöst. Heute finden dort verschiedene Veranstaltungen, Konzerte usw., statt.

Am nächsten Tag ging die Fahrt nach Sachsenhausen. Das ehemalige Konzentrationslager war nach dem Krieg auch Sowjetisches Speziallager. Während der Gewaltherrschaft der Nazis sind auch viele Sozialdemokraten hierher verschleppt worden. Nach dem Krieg wurden neben den Tätern des Nazi-Terrors auch politisch Andersdenkende hier interniert. Der Vorsitzende der historischen Kommission der SPD, Prof. Bernd Faulenbach, hielt eine bewegenden Rede. An der Gedenk-Stele der AWO legten wir einen Kranz nieder. Die Leider gibt es für die im KZ umgekommenen Sozialdemokraten noch keine eigene Stele. Sie soll aber kommen.

Am 17. August ging es nach Berlin. Bei einer Stadtrundfahrt wurden uns die wichtigsten Orte in Berlin gezeigt, die für die Arbeiterbewegung stehen. Am Nachmittag haben wir dann im Rahmen der Feierlichkeiten zum 150ten Parteijubiläum, auf der „Fanmeile“ vor dem Brandenburger Tor am Deutschlandfest der SPD teilgenommen. Es war ein tolles Erlebnis. Eindrucksvoll die Rede unseres Kanzlerkandidaten. Hoffentlich schafft es Peer – es gibt in diesem Lande viel zu tun.

Am 18. August unternahmen wir noch eine Schifffahrt auf der Spree. Es ist sehr interessant Berlin einmal vom Wasser zu erleben. Danach ging es, mit vielen neuen Eindrücken versehen, wieder Richtung Heimat. Alle waren vom Deutschlandtreffen der AG 60plus begeistert. Im nächsten Jahr geht es Richtung Nürnberg. Vielleicht sind wir wieder dabei.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 24.08.2013, 11:10 Uhr - 4262 Clicks - Nr. 594

150 Jahre SPD

Barsbütteler beim Deutschlandfest

Als „das Rückgrat der Demokratie in Deutschland“ bezeichnete Sigmar Gabriel die Sozialdemokratie. Seit 150 Jahren gibt es sie nun schon, Grund genug für ein großes „Deutschlandfest“ in Berlin. Vor dem Brandenburger Tor trafen sich Hunderttausende, um zu feiern, zu debattieren und sich auf die Bundestagswahl am 22. September einzustimmen. Mit dabei war auch eine siebenköpfige Delegation der SPD Barsbüttel.



„Es ist schon beeindruckend, wie klar Peer Steinbrück belegen kann was in Deutschland besser werden muss und warum die SPD mit ihrer Geschichte die richtige Partei für die anstehenden Aufgaben ist“, befand Martin Habersaat, Landtagsabgeordneter aus Barsbüttel.

„Ich war als Jugendlicher mit meinem Vater bei der 100-Jahr-Feier der SPD in der Dortmunder Westfalenhalle“, berichtet Holger Gettschat, heute Gemeindevertreter in Barsbüttel. Umso mehr freue er sich, auch bei der 150-Jahr-Feier dabei sein zu können. Heinrich Dippel, ebenfalls Mitglied der Gemeindevertretung, war gespannt darauf, viele prominente Vertreter der SPD einmal „direkt und ungekürzt“ zu erleben. Alle gemeinsam freuten sich auch auf die musikalischen Teile des Programms, von Konstantin Wecker und Roland Kaiser über Nena bis zum Glasperlenspiel und Samy Deluxe als Herr Sorge.

Am Sonntag gab es dann eine besondere Stadtrundfahrt: Der Barsbütteler SPD Fraktionsvorsitzende Hermann Hanser, Geschäftsführer und Inhaber einer Kongressagentur mit Sitz in Barsbüttel und Berlin, hatte eine Tour durch die Bundeshauptstadt vorbereitet. „Das war ein eindrucksvolles Wochenende, das auch für die Arbeit vor Ort motiviert“, befanden Martina Sönnichsen und Maike Miethner, beide aktiv in der Barsbütteler Kommunalpolitik.

Bildinformation: Martin Habersaat, Heinrich Dippel, Holger Gettschat, Maike Miethner, Martina Sönnichsen, Hermann Hanser.

Fotoalbum: <http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/bundestagswahl-2013/deutschlandfest.html>

Keine Kommentare

[AG60plus - Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 24.08.2013, 12:52 Uhr - 7330 Clicks - Nr. 595

AG 60plus Dithmarschen fährt zum Landtag nach Kiel

Am 22. August machten sich Mitglieder der AG 60plus mit dem Bus auf nach Kiel um den Landtag zu besuchen und an einer Plenarsitzung teilzunehmen. Bei der Begrüßung der 40 Mitreisenden, die sich über die parlamentarische Arbeit informieren wollten, sagte die Kreisvorsitzende der AG60plus, Aletta Thies, „Ein Stück Staatsbürgerkunde hautnah erlebt, stößt immer wieder auf viel Interesse“



Im Landtag angekommen, wurden wir von Susanne Keller, der Beauftragten für die Öffentlichkeitsarbeit des Landtages, begrüßt. In einem Vortrag führte sie die Besucher in die Arbeit des Landtags ein. Unter anderem ging sie auf die Zusammensetzung des Parlaments ein. Sie erklärte den Gesetzgebungsprozess – Gesetzesinitiative – Plenum 1. Lesung – Ausschuss – Plenum 2. Lesung – Gesetz. Gesetzesinitiativen können von der Regierung, dem Parlament oder auch einer Volksinitiative ausgehen. Weiter führte sie in die Themen der laufenden Plenarsitzung ein.

Danach ging es in die Plenarsitzung. Unter dem Beifall der Abgeordneten wurden wir vom Landtagsvizepräsidenten, Bernd Heinemann, SPD, namentlich begrüßt. Im Parlament wurde zu dieser Zeit über den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft, Grünland und Knicks debattiert. Weiteres Thema war die Küstenfischereiordnung, hier die Stellnetzfischerei.. Die Abgeordneten diskutierten die Themen intensiv aber fair. Natürlich waren die Redner unterschiedlicher Meinung, ob es denn so richtig sei wie es in den Vorlagen beschrieben war. Regierungsfaktionen und Oppositionsparteien sind natürlich oft unterschiedlicher Meinung. Das ist Demokratie.

Anschließend stellten sich die Abgeordneten Birte Pauls, Patrick Breyer, Oliver Kumbartzky, Karsten Jasper und Detlef Matthiessen unseren Frage. Drei der fünf Abgeordneten kamen aus Dithmarschen, so war man fast unter sich. Es wurden verschiedene Themen angerissen. Die Seniorenbeauftragte der SPD, Birte Pauls aus Flensburg, nahm ausführlich Stellung zum Ausbau einer besseren und gezielten Qualifizierung in der Altenpflege. Leider war unsere Gesprächszeit mit den Abgeordneten viel zu schnell abgelaufen.

Mit neuen und interessanten Erkenntnissen und nach Stärkung mit einem kleinen Imbiss ging es zurück in 's heimische Dithmarschen.

Keine Kommentare

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 24.08.2013, 18:35 Uhr - 7888 Clicks - Nr. 596

Kurzes Gleis am Bahnhof Tornesch keine gute Lösung

Bahnhof Tornesch: Der Bahnsteig in Richtung Norden wird nicht verlängert. Das steht in dem Antwortschreiben, das die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies auf ihre Anfrage von der Landesweiten Verkehrsservicegesellschaft (LVS) erhalten hat.



Wie berichtet, hatte sich die Elmshorner Abgeordnete auf Grundlage einiger Presseberichte erkundigt, weshalb der Bahnsteig für Züge nach Hamburg verlängert wird, das Nachbargleis jedoch nicht. Weiterhin fragte sie, ob es richtig sei, dass künftig die Türen hinterer Waggons von Zügen in Richtung Norden in Tornesch verschlossen werden, weil die Länge des Zuges die des Bahnsteigs deutlich übertreffen wird. Die LVS dementiert diese Information. So heißt es, dass in den Medien geschilderte Verschießen einzelner Wagen entspreche nicht den Planungen der LVS. Doch werde der Bahnsteig in Richtung Norden nicht verlängert. Der Grund: Stadtauswärts verteile sich das Pendleraufkommen über einen längeren Zeitraum, sodass ein Ausbau nicht erforderlich sei. Weiterhin sei nicht geplant, dass die 285 Meter langen Marschbahnen mit Zugziel Westerland jemals in Tornesch halten werden. Die Errichtung eines kleineren Bahnsteigs hält die Abgeordnete für zu kurz gedacht, denn „vor dem Hintergrund der A7- Ausbauplanungen ist es wichtig, möglichst viele Pendler im öffentlichen Nahverkehr aufzufangen. Weiterhin zeigen Erhebungen, dass es künftig immer mehr Berufspendler auch in Richtung Norden geben wird. Daher ist es jetzt, während der Bauarbeiten am Bahnhof nicht nur geboten, sondern vorausschauend, den zweiten Bahnsteig ebenfalls zu verlängern.“ Laut LVS wird die Zahl der Zugfahrten von Tornesch nach Hamburg ab 2014 massiv gesteigert. Stündlich soll es eine Direktverbindung zum Hauptbahnhof geben. Einschließlich der verlängerten Züge morgens will die LVS damit eine Kapazitätserweiterung um 30 Prozent erreichen. In der Hauptverkehrszeit sei es leider nicht möglich, die Taktfrequenz zu steigern. Es bleibe daher bei drei Zügen pro Stunde und Richtung. Dazu Beate Raudies: „Das ist für Tornesch keine zufriedenstellende Lösung, da auch hier immer mehr Menschen aus der Region in die Bahn umsteigen. Da sollte jetzt entsprechend investiert werden. Und zwar schnell!“

Keine Kommentare

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 25.08.2013, 14:39 Uhr - 13438 Clicks - Nr. 597

Langwedel: Ausschüsse im Gemeinderat sind einstimmig besetzt worden

In der Gemeinderatssitzung am 21. August sind alle Ausschüsse in Langwedel einstimmig besetzt worden. Ralf Spilker (SPD) wurde als 1. stellvertretender Bürgermeister vereidigt. Behandelt wurden in der Gemeinderatssitzung der Verfahrensstand zum F-/B-Plan für das Baugebiet Olendiekskamp II, der Abschluss eines Wegenutzungsvertrages "Gas" für Langwedel, die Gründung der Jugendfeuerwehr über die Gemeindegrenzen hinweg sowie der Zuschuss für das Storchenfest.

Die Zusammensetzung der Ausschüsse sieht wie folgt aus:

Finanzausschuss: Ralf Spilker (Vorsitz, SPD), Sina Linnemann (BfL), Dieter Huck (UWL)

Ausschuss zur Prüfung der Jahresrechnung: Ulf Nissen (Vorsitz, BfL), Barbara Kipping (UWL), Susanne Schöttke (SPD)

Wege- und Bauausschuss: Markus Heerdegen (Vorsitz, BfL), Klaus Jürgensen (UWL), Stefan Wolgast (SPD), Ulf Nissen (BfL), Eckhard Schwarz (bürgerliches Mitglied)

Schul-, Sport-, Kultur- und Sozialausschuss: Rainer Ruge (Vorsitz, bürgerliches Mitglied), Ralf Mohr (BfL), Ines Schwartz (BfL), Ralf Spilker (SPD), Holger Lädke (bürgerliches Mitglied)

Landschaftspflege- und Umweltausschuss: Sven Ingwersen (Vorsitz, BfL), Sina Linnemann (BfL), Barbara Kipping (UWL), Kai Dethmann (bürgerliches Mitglied), Jens Loewer (bürgerliches Mitglied)



Kuratorium Bucherhaus: Sina Linnemann (BfL), Ralf Spilker (SPD) als Gast eingeladen wird Rainer Ruge (Vorsitzender Schulausschuss)

weiteres Amtsausschussmitglied: Ralf Spilker (SPD) und 1.Stellv. Susanne Schöttke (SPD), 2.Stellv. Stefan Wolgast (SPD) **Stellv. des Bgm im Amtsausschuss:** 1.Stellv. Sina Linnemann (BfL), 2. Stellv. Sven Ingwersen (BfL) **weiteres Mitglied im Schulverband:** Dieter Huck (UWL), Barbara Kipping (UWL) **Stellv. des Bgm im Schulverband:** Ralf Mohr (BfL) **Beirat des Kindergartens Langwedel:** Ines Schwartz (BfL), Barbara Kipping (UWL)

Zum Abschluss der Sitzung wurden die ehemaligen Gemeindevertreter und Gemeindevertreterinnen verabschiedet.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 25.08.2013, 17:35 Uhr - 9339 Clicks - Nr. 598

Peter Brandt im Landeshaus

Prof. Dr. Peter Brandt, der älteste Sohn des früheren Bundeskanzlers Willy Brandt, war Hauptredner einer Veranstaltung der SPD-Landtagsfraktion aus Anlass des 150jährigen Bestehens der Partei. Unter der Überschrift „Die SPD und ihre Parlamentarier“ beleuchtete der Historiker Brandt Parlamentsgeschichte in Deutschland und Schleswig-Holstein vor und nach den Weltkriegen.

Unter dem Dreiklang „erstreiten - bewahren - entwickeln“ hatte der Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner in seiner Begrüßung die Verdienste der SPD für Demokratie, Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit zusammengefasst. Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, befand in seinen Schlussworten: „Der Blick in die Geschichte lohnt sich!“

Unter dem Titel „Mehr Demokratie wagen“ veröffentlichte Brandt in diesem Jahr gemeinsam mit Detlef Lehnert eine Geschichte der Sozialdemokratie von 1830 bis 2010. Von den Anfängen bis zur Gegenwart reichte auch der Vortrag im Plenarsaal des Landtages von Schleswig-Holstein, bei dem Brandt auch auf die Geschichte der Nord-SPD einging, die zuweilen als „Stolz der Gesamtpartei“ wahrgenommen wurde. Die SPD sei in ihrer Geschichte stets gestärkt aus Krisen hervorgegangen, sei es Bismarcks „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ von 1878 gewesen, die Verfolgung der Sozialdemokraten zur Zeit des Nationalsozialismus oder die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Ostdeutschland 1946.



Brandt beschränkte sich in seinem Vortrag nicht nur auf einen Blick in die Vergangenheit, er zog aus der Geschichte der Partei auch Linien in die Zukunft. Der SPD könne es gelingen, durch mehr Demokratie die gegenwärtige Krise des Parlamentarismus, festzumachen an sinkender Wahlbeteiligung, zu überwinden. Auch sei es in der Geschichte oft die SPD gewesen, die neue Möglichkeiten der Teilhabe schaffte, weshalb sie es auch künftig schaffen könne.

Foto: Martin Habersaat, Ralf Stegner, Kurt Schulz (Landtagsabgeordneter von 1958 bis 1975), Peter Brandt

[Fotoalbum: hier](#)

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 26.08.2013, 14:09 Uhr - 5726 Clicks - Nr. 599

Erste Sitzung der AfA Landesvorstände SH + MV

Gemeinsame Sitzung der AfA Landesvorstände Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern am 23.08.2013 in Schwerin beschließt Erklärung zur Zusammenarbeit und einen Arbeitnehmeraufwurf zur Bundestagswahl

Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit der AfA an der Küste und zur Bundestagswahl



In einer gemeinsamen Sitzung der AfA Landesvorstände Schleswig-Holstein (SH) und Mecklenburg-Vorpommern (MV), am Freitag, 23.08.2013 in Schwerin, wurde ein Zukunftsbündnis der Zusammenarbeit für „Gute Arbeit“ in beiden Bundesländern vereinbart.

Es beinhaltet einen kontinuierlichen Arbeitsaustausch der politischen Arbeit für Arbeitnehmer durch jährliche Treffen zu aktuellen Themen der politischen Gestaltung in Wirtschaft und Verwaltung, sowie die Erarbeitung länderübergreifender Projekte

insbesondere in Themen: Mindestlohn, Tariftreue, Vergaberecht, Ausbildungs- und Arbeitsweltberichterstattung, Fachkräftesicherung & Nachwuchsgewinnung, Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten, einer verbesserten Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der Sicherung von Wertschöpfung und der Kernindustrien in beiden Ländern.

In der Bundestagswahl geht es den Arbeitnehmerorganisationen insbesondere darum die ArbeitnehmerInnen zu einer erhöhten Wahlbeteiligung aufzurufen.

„Gute Arbeit und ein gutes Leben mit auskömmlichen Renten“ ist nur mit einer SPD geführter Bundesregierung zu bekommen!

- **Wir werden einen flächendeckenden *gesetzlichen* Mindestlohn in den ersten 100 Tagen einführen.**
- **Wir werden die Leiharbeit begrenzen und eine Null-Toleranz beim Missbrauch von Werkverträgen durchsetzen.**
- **Wir werden uns nachhaltig für ein gleiches Entgelt für gleiche Arbeit einsetzen.**
- **Wir werden die Mitbestimmungsrechte für Betriebs- und Personalräte auf Mini-Jobs, Leiharbeit und Werkverträge ausweiten.**
- **Wir werden die abschlagsfreie Rente bei 45 Versicherungsjahren einführen, den Renteneintritt und das Rentenniveau wieder so regeln, dass Altersarmut verhindert wird.**

Die AfA will in Berlin eine Regierung, die über diese Themen nicht nur redet sondern mit klaren Entscheidungen auch Änderungen herbeiführt. Die ArbeitnehmerInnen wollen den konsequenten Politikwechsel. Hierzu zählen auch ein handlungsfähiger Staat, der umfassend in Bildung und Infrastruktur investieren kann und ein soziales Europa.

Dazu brauchen wir die Wahlbeteiligung der ArbeitnehmerInnen in unserem Land und viele Stimmen für die SPD.

Wahlenthaltung führt zu einer CDU/FDP Regierung und damit zu einem Stillstand in den dargestellten Themen.

Wolfgang Mädler

Elke Watzema

AfA-Landesvorsitzender SH

AfA Landesvorsitzende MV

Keine Kommentare

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 26.08.2013, 18:45 Uhr - 7781 Clicks - Nr. 600

HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH EDITH SINNHART

Am 19.8.2013 wurde Frau Edith Sinnhart aus Langwedel das Bundesverdienstkreuz am Bande durch Ministerpräsident Torsten Albig verliehen. Die SPD Langwedel gratuliert zu dieser besonderen Auszeichnung!

Edith Sinhart gründete 1981 den Verein "Schulpatenschaft Langwedel-Mwabungu Galu Primary School" und setzt sich seitdem für Kinder in Kenia ein. Alle zwei Jahre fliegt sie nach Afrika, um sich davon zu überzeugen, dass die Spendengelder in Kenia gut angelegt werden. Investiert wurde in neue Möbel, Unterrichtsmaterialie

Dank der Spendengelder konnten auch weitere Lehrer angestellt und bezahlt werden. Mehr als 70.000 Euro kamen seit der Vereinsgründung durch Altpapier- und Altkleidersammlungen sowie Weihnachts- und Adventsbasare zusammen. Auf den Veranstaltungen werden auch Schmuck, Gewürze und Bastelarbeiten angeboten, die Edith Sinhart von ihren Reisen mitbringt.

Der Bericht über die Verleihung ist unter diesem [Link](#) zu finden.

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 26.08.2013, 19:32 Uhr - 13496 Clicks - Nr. 601

SPD-Abgeordneter besuchte die DRK-Kita Märchenwald in Kaltenkirchen

Franz Thönnnes schenkte Zeit für kleine Forscher

Gerne folgte SPD-MdB Franz Thönnnes dem Ruf der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“, im Rahmen ihrer bundesweiten Aktion „Zeit für kleine Forscher“ die DRK-Kita Märchenwald in Kaltenkirchen zu besuchen. Seit 2006 setzt sich die Stiftung für frühkindliche Bildung im Bereich Naturwissenschaften, Mathematik und Technik ein. Inzwischen ist sie die größte Frühbildungsinitiative in Deutschland.



Thönnnes: „Gute Bildung im frühkindlichen Bereich ist unerlässlich für die Realisierung von Chancengleichheit und damit auch sozialer Gerechtigkeit. Kinder haben einen großen Wissensdurst und stecken voller Interesse, Neues zu erfahren.“

Angela Wolf von der Leitung des Kindergartens und Erzieherin Bettina Bossmann informierten den SPD-Politiker in einem Fachgespräch über den Hintergrund der besonderen Aktivität des Kindergartens als „Haus der kleinen Forscher“. Bettina Bossmann: „Ein wichtiger Bestandteil unseres Bildungsauftrages ist es, Nachhaltigkeit in unsere pädagogische Arbeit einfließen zu lassen. Die Kinder gehen dabei auf Entdeckungsreise und sollen spielerisch erlernen, sorgsam mit der Umwelt umzugehen. Eine wichtige Rolle spielen unsere Wissensdetektive, die sich vor allem mit den vier Elementen Wasser, Feuer, Erde und Luft auseinandersetzen.“ Angela Wolf ergänzt: „Dabei achten wir darauf, dass wir den Kindern Raum und Zeit geben, zu forschen und sich auf die Welt einzulassen. Uns ist wichtig, dass die Kinder eigenständig lernen, die Welt selbst mitgestalten zu können.“

Um auf der Höhe der Zeit zu bleiben und die einzelnen Einheiten für die Kinder lebendig und attraktiv zu gestalten, nehmen die Erzieherinnen an zahlreichen Fortbildungen zu Naturwissenschaften, Technik und Mathematik teil und sind ebenfalls in einem lokalen Netzwerk mit Kolleginnen und Kollegen verbunden.

Unter der Anleitung von Bettina Bossmann gingen die Nachwuchsforscher gemeinsam mit Franz Thönnnes im Themenkomplex Wasser der Frage nach, wie die Oberflächenspannung von Wasser entsteht.

Thönnnes resümiert: „So sollte frühkindliche Bildung aussehen. Die Verantwortlichen vor Ort leisten tolle Arbeit und den Kindern macht es unheimlich viel Spaß, forschend zu lernen. Ich war fasziniert von der Art und Weise, wie sich bei ihnen im Spiel Kreativität und der Drang etwas Neues zu erfahren und auszuprobieren entwickelte.“

Bildunterschrift: v.l.n.r. Franz, Max und Paul-Luca als „Wasserforscher“

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 27.08.2013, 10:58 Uhr - 13856 Clicks - Nr. 602

Thönnnes in der 22. Ostseeparlamentarier-Konferenz:

Forderung zum Ostsee-Jugendsekretariat von Bedeutung für Kiel und Mözen

Das ist eine gute Unterstützung für das Ostsee-Jugendsekretariat in Kiel und damit ebenso für das Haus Rothfos des Landesjugendrings in Mözen, in dem auch Seminare für Jugendliche aus der gesamten Ostseeregion stattfinden“, so MdB Franz Thönnnes aus Pärnu in Estland. Der SPD-Politiker leitete dort die Delegation des Deutschen Bundestages in der 22. Ostseeparlamentarier-Konferenz, die heute nach zwei Tagen zu Ende geht.

In ihrer Abschlussresolution fordern die knapp 100 Delegierten aus 27 Parlamenten die Regierungen der Ostseeanrainerstaaten auf, die Bedeutung des Ostseejugendsekretariates in Kiel für die Zusammenarbeit im Jugendbereich in der Ostseeregion anzuerkennen und dessen Arbeit sowie die Einsetzung eines jährlich stattfindenden Ostsee-Jugendforums zu unterstützen. Der SPD-Politiker geht davon aus, dass diese Entscheidung mit dazu beitragen wird, das Sekretariat auch für die Zukunft auf eine verlässliche finanzielle Basis zu stellen. Dafür hatte sich der Segeberger Bundestagsabgeordnete bereits in der Vergangenheit mehrfach stark gemacht.

Thönnnes: „Dieser Beschluss ist eine Bestätigung der guten Arbeit des Ostsee-Jugendsekretariates und unterstreicht gleichzeitig, dass den Parlamentariern der Jugendaustausch und die Einbeziehung junger Menschen in die gesellschaftliche und politische Arbeit sehr wichtig ist.“ Ein gutes Beispiel hierfür ist die vom 18.- 20. Oktober 2013 in Mözen stattfindende Regionalkonferenz „Take Five for Europe“. In verschiedenen Workshops werden Themen wie interkultureller Dialog, Bildungs- und Beschäftigungschancen im Ostseeraum, Medien und Jugendbeteiligung vorbereitet und anschließend mit Politik und Verwaltung diskutiert. Der strukturierte Dialog dieser Themen soll dem Austausch zwischen jungen Menschen und Entscheidern aus Politik und Verwaltung in ihrer Region dienen, damit letztlich alle an einem Strang ziehen können.

Anmeldungen und Nachfragen an: Ostseesekretariat für Jugendangelegenheiten Lars Kascha, Holtenauer Str. 99, 24105 Kiel, Tel.: 0431-800-9847, info@balticsea-youth.org.



Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 27.08.2013, 17:48 Uhr - 4834 Clicks - Nr. 603

Dirk Peddinghaus kommt nach Steinfeld

Am 31. August von 10 bis 13 informiert der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis vor dem MarktTreff in Steinfeld über die Bundestagswahl am 22. September. Der Direktkandidat im Wahlkreis 1 (Schleswig-Flensburg und Flensburg) Dirk Peddinghaus hat seinen Besuch am Informationsstand angekündigt.

Mit Dirk Peddinghaus haben wir einen erfahrenen und engagierten Direktkandidaten, der die Interessen unserer Region in Berlin vertreten wird. Dirk Peddinghaus hat in seinen vielen Gesprächen bei Haustürbesuchen, den vielen Firmenbesuchen und auf etlichen Veranstaltungen und Aktivitäten vor Ort erfahren, wo den Menschen im Wahlkreis 1 der Schuh drückt.

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis freut sich auf viele Besucherinnen und Besucher am Informationsstand und bietet neben den Materialien für die Bundestagswahl auch Grillwaren vor dem MarktTreff in Steinfeld an.

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 29.08.2013, 11:10 Uhr - 5539 Clicks - Nr. 604

Podiumsdiskussion „Prekäre Beschäftigung“ in Kropp

Der AfA-Kreisverband Schleswig-Flensburg unterstützt die Podiumsdiskussion des SPD- Ortsvereins Kropp zum Thema „Prekäre Beschäftigung – Sinn und Zweck von Tarifverträgen“, die am 3. September 2013 um 19.30 Uhr im „Rosengarten“, Rheider Weg, in Kropp stattfindet.



Arbeitsrechtliche Regelungen für Mitarbeiter der Kirchen und kirchennaher Organisationen unterscheiden sich in Deutschland erheblich von den für sonstige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geltenden Bestimmungen.

Auf der Podiumsdiskussion wird Dirk Peddinghaus, Direktkandidat im Wahlkreis 1 zur Bundestagswahl mit Achim Meerkamp vom ver.di Bundesvorstand, Ute Dirks Bezirksgeschäftsführerin des ver.di Bezirks SH Nordost und Wolfgang Hauschild, Kaufmännischer Vorstand der Stiftung Diakoniewerk Kropp dieses Thema behandeln und nach Lösungsmöglichkeiten für eine zentrale Regelung in diesen Bereichen suchen.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 29.08.2013, 20:47 Uhr - 8502 Clicks - Nr. 605

Franz Thönnies rezitiert Tucholsky - 30.08 um 19:00 Uhr in der Tangstedter Mühle!

Heute, den 30. August um 19:00 Uhr ist es soweit!

Franz Thönnies rezitiert live in der **Tangstedter Mühle** (Hauptstraße 96, 22889 Tangstedt) bei freiem Eintritt Kurt Tucholsky - sogar der NDR kommt zum Interview dazu!

Zur Umrahmung der Veranstaltung wird das Bela Meinberg-Trio mit swingendem Jazz mitbringen.

Natürlich steht unser Bundestagsabgeordneter auch für alle politischen Fragen rund um die Bundestagswahl zur Verfügung. Thönnies und der **SPD-Tangstedt** freuen sich auf Ihren Besuch.



Der Eintritt ist frei!

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Keine Kommentare

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 29.08.2013, 22:24 Uhr - 8334 Clicks - Nr. 606

Das Gutachten zum Kommunalen Finanzausgleich ist nicht die Reform

Aufgrund der Medienberichterstattung zur Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs stellt die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies klar: „Das Gutachten zum Kommunalen Finanzausgleichs ist nicht die Reform. Es bildet lediglich eine der Grundlagen zur Erstellung eines Gesetzentwurfs, der ausführlich beraten und allen beteiligten Kommunen vorgestellt werden wird. Eine Reform, die quasi von oben verordnet wird, gibt es nicht.“



Die Vorbereitungen für die Reform laufen seit fast einem Jahr und unter Mitwirkung der Kommunalen Spitzenverbände. Auch bei der Auswahl des Gutachters und der Formulierung des Gutachtenauftrags waren die Kommunen eingebunden.

Um hohe Transparenz zu gewährleisten, stellt Innenminister Andreas Breitner zurzeit allen Landräten und Kreispräsidenten den Inhalt des Gutachtens, das ein niedersächsisches Institut im Auftrag der Landesregierung erstellt hat, vor. Die Ergebnisse der Auswertung untermauern die Auffassung, dass die Verteilung der Finanzen eng an die Aufgabenfülle der Städte, Gemeinden und Kreise gekoppelt werden muss.

Beate Raudies: „Tatsächlich ist es so, dass viele Gemeinden sehr viel mehr Aufgaben wahrnehmen als bisher angenommen. Deshalb wird vorgeschlagen, die Schlüsselzuweisungen in Höhe von 960 Millionen Euro neu zu verteilen. Das Geld folgt den Aufgaben, es gibt demnach Töpfe für Kreise, Gemeinden und übergemeindliche Aufgaben.“ Die Zuweisungen für Kreisaufgaben sollen sinken, da der Bund die Kosten für Grundsicherung im Falle von Erwerbsminderung und Alter künftig voll übernimmt.

„Das Verfahren zur Reform des Finanzausgleichs ist offen und transparent.“, so die Landtagsabgeordnete.

Das Gutachten ist für alle diejenigen, die sich genauer über dieses Thema informieren und recherchieren wollen, auf der Internetseite des Innenministeriums abrufbar.

Keine Kommentare

SPD-Tangstedt: Franz Thönnnes lässt Tucholsky erleben

Am Freitag, den 30.08.2013, machte die **Franz Thönnnes – KulTour** Zwischenstopp in der Tangstedter Mühle. **Franz Thönnnes**, der sonst als **SPD-Bundestagsabgeordneter** die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Segeberg und Teilen des Kreises Stormarn im Deutschen Bundestag vertritt, überraschte drei Stunden interessierte Tangstedterinnen und Tangstedter mit Rezitationen Kurt Tucholskys und mit der Musik des Bela-Meinberg-Trio aus Bargteheide.



Tucholsky hatte seinerzeit viele Werke auch unter den Pseudonymen Kaspar Hauser, Peter Panter, Theobald Tiger und Ignaz Wrobel veröffentlicht und dabei vielfach gesellschaftliche Kritik geübt, die u. a. in der Aberkennung seiner Staatsangehörigkeit durch die Nationalsozialisten endete.

Nach einer Vorstellung Kurt Tucholskys (1890-1935) zeigte **Thönnnes** die Vielfältigkeit Tucholskys auf und beschrieb die damaligen gesellschaftlichen und politischen Zustände. **Thönnnes** gab den Anwesenden auszugsweise Nachrichten von Kaspar Hauser wieder, zeigte die „Definitionen des Lochs“ auf oder ließ die „Leibesfrucht sprechen“. Der „Verspielte Mann“, „Den Menschen den Menschen erklären“ wie auch der Abriss aus der „Nationalökonomie“ u. a. ließen die Gäste **Thönnnes** als einen lebhaften Rezitator erleben, der in pointierender Weise die Werke Tucholskys samt ihrer Intention fassbar machten. **Thönnnes** schloss die gut besuchte Runde passend zur anstehenden Bundestagswahl mit den Erläuterungen „Eines älteren, aber leicht besoffenen Herrn“.

Die **Franz Thönnnes – KulTour** machte weiter Station am 5.9. um 19 Uhr im Bürgerhaus in Kaltenkirchen (Friedenstraße 9), am 7.9. um 19 Uhr im Restaurant Aurora am Rathausplatz 1 in Henstedt-Ulzburg, am 10.9. um 20 Uhr im Bella-Donna-Haus in Bad Oldesloe, Bahnhofstraße 12, am 12.9. um 20 Uhr im Gemeindezentrum in Kayhude (Schulstraße 10) und am 19.9. um 19 Uhr im Haus am See in der Winklersgang 6 in Bad Segeberg.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter www.facebook.com/SPDTangstedt oder www.twitter.com/SPDTangstedt erhalten!

Keine Kommentare

35 Jahre Krabbenkamp

1978 begann die Bebauung des ersten Abschnittes des Krabbenkamps. Grund genug zu feiern für die Bewohnerinnen und Bewohner des Reinbeker Stadtteils. Früher trafen sich die Krabbenkammer sogar jährlich zu Sommerfesten, wie Angelika Lütjens berichtet, eine

„Ur-Krabbenkamperin“. Ihr Haus war das erste, das damals bezugsfertig war. Das 35jährige Jubiläum feierte man nun rund um das Holzhaus auf dem Bolzplatz. Mit dabei war auch Martin Habersaat, der örtliche Landtagsabgeordnete.



Kaffee, Kuchen und ein Grill durften ebenso wenig fehlen wie ein vom JuZ beigetragenes Showprogramm, ein Flohmarkt und frische Waffeln. Das wichtigste jedoch: Viele Begegnungen unter Nachbarn und nette Gespräche auch mit denen, die hier aufwuchsen und anlässlich des Sommerfestes wieder zurückkamen.

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 01.09.2013, 18:00 Uhr - 5440 Clicks - Nr. 609

Dirk Peddinghaus zu Besuch in Steinfeld

Unser Direktkandidat im Wahlkreis 1 zur Bundestagswahl Dirk Peddinghaus ließ es sich nicht nehmen, trotz seiner vielen Termine den Informationsstand vor dem MarktTreff in Steinfeld am 31. August zu besuchen.

Bei schönem Sonnenschein nutzten viele Bürgerinnen und Bürger die Chance, Gespräche mit Dirk Peddinghaus zu führen und bedienten sich den vielen ausgelegten Materialien zur Bundestagswahl.



Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis wünscht Dirk Peddinghaus erfolgreiche Wochen und viel Erfolg am 22. September zur Bundestagswahl.

Auf dem Foto von links nach rechts: Bürgermeister Heinrich Buch, OV-Vorsitzende Anne Marxen, Andreas Walther, Dirk Peddinghaus und Ehrenbürgermeister Karl-Heinz Klinker

Weitere Fotos unter "Aktuelles" auf der linken Seite!

Keine Kommentare

Global denken – lokal handeln, 29.08.2013, Geesthacht

Im Rahmen ihrer Veranstaltungsreihe ‚Chancen ergreifen – Zukunft gestalten‘ veranstaltete Dr. Nina Scheer, örtliche SPD-Bundestagskandidatin in Geesthacht einen Diskussionsabend zur Entwicklungshilfepolitik unter dem Titel ‚Global denken – lokal handeln‘. Zu Gast hatte sie Bärbel Dieckmann, Präsidentin der Welthungerhilfe sowie Dr. Dirk Steglich, Vorsitzender des in Geesthacht ansässigen Vereins Partnerschaft Afrika.



Der Ortsvereinsvorsitzende und Landtagsabgeordnete Olaf Schulze begrüßte am Abend des 29. August die ca. 40 Teilnehmer im Krügerschen Haus in Geesthacht und hob bereits die Bedeutung der Energieversorgung für die Frage von Entwicklung und weltweiter Bekämpfung von Armut hervor.

In ihrer Einführung erläuterte Nina Scheer, dass Armut weltweit wachse, allerdings auch Reichtum, womit es um eine Verteilungsfrage ginge. Die Weltgemeinschaft und Staaten ließen einerseits Überflüsse und die Vernichtung von Nahrungsmitteln zu, andererseits aber, dass jährlich Millionen Menschen Hunger leiden, an Hunger sterben und keinen Zugang zu Trinkwasser sowie medizinischer Versorgung haben. Wachstumseffekte zerstörten häufig natürliche Lebensgrundlagen. Scheer kritisierte die Vergabep Praxis von Krediten von Seiten der Weltbank, die häufig an Freihandelsbedingungen geknüpft seien und somit heimische Märkte in Entwicklungsländern erdrückten. Diese seien darüber hinaus durch Exportsubventionen in Industrienationen bedroht, die es abzuschaffen gelte: „Es kann nicht sein, dass wir Geflügel- und Fleischberge subventionieren und mit Überproduktion die Märkte anderer Länder überschwemmen, die es dann über die Entwicklungshilfe wieder aufzubauen gilt“. Ebenso klar sprach sich Scheer gegen den Einsatz von Gentechnik aus: „Die Agro-Gentechnik birgt unwiederbringliche Risiken für Gesundheit und Biodiversität. Hiervon profitieren allein Saatgutkonzerne.“ Die Patentierbarkeit von Organismen müsse abgeschafft werden. Als weitere politische Herausforderung benannte Nina Scheer Nahrungsmittelspekulationen, die mit unseren ethischen Prinzipien unvereinbar seien. Diese führten zu künstlichen Verteuerungen von überlebenswichtigen Grundnahrungsmitteln und damit zu mehr Hunger auf der Welt.

Ferner dürfe Entwicklungshilfepolitik nicht als ein Geben und Nehmen verstanden werden: „Unter der schwarz-gelben Bundesregierung wurde immer wieder der Rohstoffbedarf von Industrienationen deren Entwicklungshilfeleistung gegenüber gestellt“, so Scheer. Dies sei eine Pervertierung des Hilfeleistens.

Bärbel Dieckmann knüpfte an, dass durch falsche Verteilung und Überproduktion der Hunger auf der Welt verschärft werde: „Jeden Tag sterben 3.000 Kinder auf der Welt an Unterernährung“. Dies müsse nicht so sein, wenn die Weltgemeinschaft mehr Verantwortung übernehme. Überproduktion und weggeworfene Lebensmittel stünden häufig auch für verschwendete Futtermittel und ausgelaugte Böden. Entwicklungshilfe folge dem Ziel ‚Hilfe zur Selbsthilfe‘ zu leisten. Die wirksamsten Entwicklungsziele lägen dabei in der Bildung.

Dirk Steglich berichtete über die Arbeit des Vereins in Mali und die Herausforderungen, vor die sich der Verein vor den Hintergründen der jüngsten Unruhen gestellt sah. Die Aufgaben, mit denen der Verein für Afrika vor Ort direkte Hilfe leiste, verdeutlichte, wie

wichtig und stabilisierend die Summe an Einzelinitiativen und Mitwirkung durch Bürgerinnen und Bürger sein kann.

Foto v.l.n.r.: Olaf Schulze, Bärbel Dieckmann, Dr. Nina Scheer, Dr. Dirk Steglich

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 02.09.2013, 11:43 Uhr - 4696 Clicks - Nr. 611

Ratsherrnkolumne in "Der Suchsdorfer"

11 mal im Jahr erscheint für Suchsdorf und Klausbrook die unabhängige Stadtteilzeitung "Der Suchsdorfer", seit über 30 Jahren. Stets vertreten ist mit einer Kolumne im "Politischen Forum" auch SPD-Ratsherr Thomas Wehner. Pünktlich zum Erscheinen des Heftes Anfang des Monats veröffentlichen wir den Beitrag auch hier.



SPD WILL GESTALTUNG DES RUNGHOLTPLATZES DISKUTIEREN

Liebe Suchsdorferinnen,
liebe Suchsdorfer,

im Juni hat das Stadtplanungsamt neue Varianten einer Aufwertung des Rungholtplatzes vorgestellt und in einer Matrix die Vor- und Nachteile bewertet. Die Vorschläge reichen vom Status Quo (es bleibt alles wie es ist) über die schon abgelehnte Variante mit der Verlegung der Busendhaltestelle und verschiedene andere Möglichkeiten, die Busendhaltestelle zu positionieren (mal in der Eckernförder Straße, mal am Parkplatz Alte Chaussee/Fehmarnwinkel) verbunden mit verschiedenen „Laufwegen“ der Busse (mal über den Sylter Bogen, mal über die Alte Chaussee/Fehmarnwinkel). Die Verwaltung bevorzugt aber derzeit die Umwidmung des jetzigen Parkplatzes gegenüber der jetzigen Endhaltestelle zum neuen Endpunkt verbunden mit einem Umbau des Platzes und der Verlegung des Wochenmarktes. Die Präsentation der Verwaltung kann auf www.spd-suchsdorf.de eingesehen werden.

Der Ortsbeirat hat unter Beteiligung zahlreicher Anwohnerinnen und Anwohner über die Varianten diskutiert. Zum jetzigen Zeitpunkt hat er – auch auf Drängen der SPD - noch keine Empfehlung ausgesprochen. Allerdings hat er deutlich gemacht, dass aus seiner Sicht alle Varianten mit Ausnahme der Status Quo-Variante und der von der Verwaltung bevorzugten Version ausgeschlossen werden sollten. Das bedeutet: die Diskussion geht weiter. Die SPD will die Vorschläge auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung diskutieren. Der Termin und der Ort werden rechtzeitig bekanntgegeben.

BUNDESTAGSWAHL

Am 22. September wird entschieden, ob eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unter Peer Steinbrück (mit Kieler Wurzeln, für echten Mindestlohn, für gute Bildung statt Betreuungsgeld, für eine wirkliche Energiewende) die Untätigkeit von CDU/CSU und FDP ablösen kann. Dr. Hans-Peter Bartels kandidiert wieder in Kiel (und in Kronshagen sowie Altenholz) für den Bundestag. Der 52-Jährige ist Politikwissenschaftler und Journalist, ist verheiratet und hat eine Tochter. Seit 1998 ist er direkt gewählter Abgeordneter im Bundestag. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen bei der Familienpolitik, dem Ausbau der Demokratie sowie Bundeswehr- und Sicherheitspolitik. Er ist Mitglied im Verteidigungsausschuss.

Im Gespräch mit der Suchsdorfer SPD sagte er: „Für die nächsten Jahre ist es mir nicht egal, ob in der Finanzkrise der Reichtum unseres Landes noch ungleicher verteilt wird, ob Steuern gesenkt oder für Spitzenverdiener und Vermögende Steuern erhöht werden, um einen Ausgleich zu schaffen. Diesen Ausgleich will die SPD. Wir haben große öffentliche Aufgaben, für die gerade jetzt zu wenig getan wird. Ich nenne Hochschulen und Forschung, Infrastruktur von Straßen bis zum schnellen Internet und natürlich die Riesenthemen Kinderbetreuung und Pflege, wo die Beschäftigten, oft Frauen, immer noch viel zu schlecht bezahlt werden. All das hat auch mit dem Thema Arbeit schaffen und „gute Arbeit“ zu tun. Wir brauchen Programme für bezahlbaren Wohnraum und soziale Stadtentwicklung.“

Auf die Frage, ob das auch Themen für Kiel seien, hielt Hans-Peter Bartels fest: „Alle- samt, selbstverständlich! Der Bund sollte sich wieder an den Baukosten unserer Hoch- schulen beteiligen, hier haben wir einen erheblichen Sanierungsstau. Wir brauchen in Kiel neue Wohnungen zu sozial tragbaren Mieten, der Kita-Ausbau – Kiel ist da gut – bleibt weiter ein Thema. Und das endlose Aufschieben von Reparatur und Ausbau des Nord- Ostsee-Kanals wird langsam skandalös. Deshalb ist eine neue rot-grüne Mehrheit im Bundestag ganz bestimmt gut für Kiel.“

ORIENT TRIFFT OCCIDENT

„Musik verbindet die Kulturen: Orient trifft Occident – Alt trifft Jung“ Unter diesem Motto setzen der SPD-Ortsverein Suchsdorf und das Kulturforum der SPD ihre Reihe der Veran- staltungen bei Anemone Helbig, Ellerkrug 35, am Sonntag, 15. September um 11:00 Uhr fort. Alle Suchsdorferinnen und Suchsdorfer sind herzlich eingeladen. Es musizieren "Das leise Trio" und "Gizem und Gizem". Hier begegnen sich die unterschiedlichen musikali- schen Temperamente. Höhepunkt der Veranstaltung ist das gemeinsame Musizieren bei- der Stile und Stilrichtungen.

KOMMUNALWAHL

Die Kommunalwahl liegt schon mehr als drei Monate zurück. Dennoch seien ein paar kurze Anmerkungen erlaubt: die SPD wurde in Suchsdorf stärkste Partei (38,1 % = 1.365 Stimmen, CDU 36,7 = 1.316, Grüne 13,2 = 472). Gegenüber 2008 hat die SPD um 7,5 % hinzugelegt. Zum ersten Mal seit 1990 wird unser Stadtteil wieder mit Thomas Wehner durch einen direkt gewählten Sozialdemokraten in der Ratsversammlung vertre- ten. Auch im Ortsbeiratsbezirk, der auch Klausbrook mit umfasst, ist die SPD stärkste Partei (37,2 %, CDU 36,4, Grüne 13,7). Zukünftig werden Reinhard Warnecke, Anemone Helbig, Paul Stamp und Helge Riis für die SPD im Ortsbeirat mitarbeiten. Reinhard Warn- ecke soll nach dem Willen der SPD Ortsbeiratsvorsitzender werden. In dieses Amt bringt er viel Erfahrung ein, als stellvertretender Vorsitzender seit 2003 und als Vorsitzender 1994 bis 2003. Die SPD ist der Auffassung, dass parteipolitische Auseinandersetzungen in der Arbeit im Ortsbeirat nicht im Vordergrund stehen sollten, sondern die Interessen unseres Stadtteils. Daher bieten wir allen Ortsbeiratsfraktionen unsere Zusammenarbeit an. In vielen Fragen ist aber die Übereinstimmung zwischen SPD und Grünen groß, daher haben wir wie im Kieler Rathaus auch in Suchsdorf eine enge Kooperation mit Oliver Pohl (Kreisvorsitzender der Grünen) vereinbart.

In der SPD-Ratsfraktion ist Thomas Wehner (wieder) zum Sprecher für Menschen mit Be- hinderung gewählt worden. Ebenfalls wurde er (erneut) Vorsitzender des Ausschusses für Soziales, Wohnen und Gesundheit und Mitglied im Finanzausschuss. Anemone Helbig, die für die SPD in Düsternbrook kandidiert hatte, wurde stellvertretendes Mitglied im Kultur- ausschuss und im Bauausschuss.

Bei allen Wählerinnen und Wählern möchten wir uns herzlich bedanken. Wir werden uns anstrengen, unsere Politik für soziale Gerechtigkeit und Bürgernähe fortzusetzen.

Ihr SPD-Ortsverein Suchsdorf

Andreas Arend, Vorsitzender, Möllenholt 38,
Thomas Wehner, Ratsherr, Wolliner Weg 11, Telefon: 311836,
E-Mail: wehner.thomas.kiel@t-online.de
Internet: www.spd-suchsdorf.de
www.spd-fraktion-kiel

Keine Kommentare

[AG60plus - Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 03.09.2013, 18:16 Uhr - 7285 Clicks - Nr. 612

Vorstand der AG 60plus Dithmarschen konstituiert sich

Der neu gewählte Vorstand der AG 60plus Dithmarschen traf sich am 03. September zu seiner konstituierenden Sitzung im Versammlungsraum der AWO in Heide.

Die wiedergewählte Vorsitzende Aletta Thies begrüßte die gewählten Vorstandsmitglieder. Neu im Vorstand sind Bernd Wutkowski, OV Brunsbüttel, Rita Nissen, OV Marne und Heike Pausmer, OV Lohe-Rickelshof. Aus dem bisherigen Vorstand gehören Peter Bockwoldt, OV Meldorf Helga Siebels, OV Meldorf und Heinz Jürgen Templin, OV Wöhrden, weiterhin dem Vorstand an.

Die Mitglieder des Vorstandes stellten sich vor. Dabei war festzustellen, dass alle in die Parteiarbeit auf der Ortsebene, der Kreisebene oder als Abgeordnete in Orts- und Kreisparlamente eingebunden sind.

Zur Schriftführerin wurde Rita Nissen, zu ihrer Stellvertreterin Heike Pausmer gewählt.

Im weiteren Verlauf der Vorstandssitzung befasste man sich mit der Planung der Vorstandssitzungen und von Veranstaltungen. In diesem Jahr ist noch eine Veranstaltung mit dem „Weißen Ring“ geplant.

Weitere Themen der Vorstandssitzung waren der laufende Bundestagswahlkampf, das am 13. September stattfindende Altenparlament, die Landes- und die Bundeskonferenz 60plus.

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 04.09.2013, 19:20 Uhr - 55260 Clicks - Nr. 613

Die Vielfalt der Knicks in Schleswig-Holstein sichern

Zur Debatte um die Knickschutz-Verordnung erklären die umweltpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Sandra Redmann, und die agrarpolitische Sprecherin Kirsten Eickhoff-Weber:

Die Ankündigung des Ministers, in den kommenden Monaten die Alltagstauglichkeit der Knickschutzverordnung aufmerksam zu prüfen und mögliche Änderungen in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern aus Landwirtschaft und Naturschutz erarbeiten zu lassen, begrüßen wir ausdrücklich.

Knicks sind Bestandteil unserer Kulturlandschaft, sie sind unersetzlich für den Arten- und Biotopschutz. Deshalb wollen wir sie bewahren und sichern.

Doch das Erscheinungsbild und der Zustand der Knicks sind regional sehr unterschiedlich. Eine Verordnung für das ganze Land kann diese regionalen Unterschiede nicht differenziert regeln. Daher muss vor Ort die Möglichkeit zu Gestaltung und zur Entwicklung gegeben sein. Es kann nicht nur um die Beibehaltung des jetzigen Zustands, sondern es muss auch um zukünftige Entwicklungen gehen. Wir wollen keinesfalls, dass die Knickschutzverordnung einen Generalverdacht gegen die Landwirtschaft darstellt. Knickschutz, -erhalt und Weiterentwicklung geht nur mit den Landwirten und Grundeigentümern. Dafür setzt sich die SPD ein. Der Knickerlass muss der Realität angepasst sein, er muss in der Praxis handhabbar sein und gleichzeitig seinen Zweck erfüllen. Wir sehen darin keinen Widerspruch und gehen davon aus, dass praktikable Lösungen gefunden werden, so wie wir es seit Beginn der Diskussion gefordert haben.

Keine Kommentare

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 05.09.2013, 08:21 Uhr - 10711 Clicks - Nr. 614

Neue Jugendfeuerwehr in Langwedel

Am 4. September 2013 wurde die 38. Jugendfeuerwehr im Amt Nortorfer Land in Langwedel gegründet. Im Rahmen einer Kooperation sind an der Jugendfeuerwehr die Gemeinden Langwedel, Dätgen, Eisendorf und Borgdorf-Seedorf beteiligt. Im Rahmen der Gründungsfeier erhielten die Kinder und Jugendlichen eine Ehrenurkunde überreicht und präsentierten sich in ihren neuen Feuerwehruniformen.



Glückwünsche für die Neugründung wurden von Bürgermeister, Vertretern des Amtes Nortorfer Land und der Feuerwehr überbracht. Freuen durfte sich die neue Jugendfeuerwehr über einen Scheck über 1000 Euro, der vom Langwedeler Storchengremium überreicht wurde.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 05.09.2013, 16:35 Uhr - 9777 Clicks - Nr. 615

SPD-Tangstedt: Wanderung rund um die Costa Kiesa

Die **SPD-Tangstedt** lädt alle Interessierten am 15. September (Sonntag) zur **kommunalpolitischen Wanderung** rund um die **Costa Kiesa** herzlich ein. Treffen ist am Bolzplatz Ginsterweg in Wilstedt-Siedlung um 11 Uhr.

Ziel der Wanderung ist es u. a., sich einen aktuellen Eindruck von der Badestelle und dem umliegenden Bereich zu verschaffen. **Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)** wird dabei die Gelegenheit nutzen, auf historische Zusammenhänge aufzuweisen und bestehende Regeln zur jetzigen und weiteren Nutzung zu erklären. Ein weiteres Ziel werden die bereits renaturierten Flächen sein. Schließlich wird ein Vertreter der Firmengruppe Eggers Informationen zum Kiesabbau vor Ort geben.

Im Anschluss wird es am Bolzplatz Ginsterweg ein kleines Picknick geben. Seien Sie herzlich willkommen.

PS: Die September-Ausgabe des [Echo Tangstedt](#) ist erschienen.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!



Keine Kommentare

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 05.09.2013, 20:00 Uhr - 8210 Clicks - Nr. 616

Kommunaler Finanzausgleich: „Unser Land wird die Mittel gerechter verteilen“

SPD- und Grünen-Abgeordnete freuen sich auf konstruktiven Dialog über den neuen Finanzausgleich für die Kommunen.

Der überalterte Finanzausgleich wird in Schleswig-Holstein neu geordnet. Das haben sich Sozialdemokraten und Grüne gemeinsam mit ihrem Regierungspartner SSW vorgenommen. Der erste Entwurf liegt jetzt vor. Darüber wollen die Landtagsabgeordneten Beate Raudies (SPD) und Ines Strehlau (Grüne) jetzt mit Landrat, Bürgermeistern und anderen politischen Akteuren ins Gespräch kommen.



Die jetzige Berechnung könnte den meisten Kommunen im Kreis Pinneberg mehr Geld einbringen. Allein Elmshorn und Pinneberg wären mit einem Plus von 1,8, beziehungsweise fast 1,7 Millionen Euro dauerhaft besser gestellt. Dritter Gewinner wäre Uetersen mit 640.000 Euro plus.

Aber auch die meisten kleinen Kommunen würden profitieren: Zum Beispiel kämen für die drei Gemeinden in der Haseldorfer Marsch rund 100.000 Euro mehr in die Kasse. Doch wo genommen wird, muss auch jemand geben.

Wedel, Tornesch, Rellingen und Quickborn würden nach dieser Rechnung zwischen 165.000 und 400.000 Euro verlieren. Auch der Landkreis müsste mit acht Millionen Euro

weniger rechnen, bekäme aber die mehr als zehn Millionen Euro als Leistung für die soziale Grundsicherung vom Bund voll erstattet.

„Doch noch ist alles offen. Jetzt müssen wir einen konstruktiven Dialog führen“, sagt Beate Raudies (SPD).

„Für diese Gespräche und Verhandlungen haben wir genügend Zeit, da das Gesetz erst 2015 in Kraft treten soll“, sagt Ines Strehlau (Grüne).

„Im weiteren Verfahren wird es auch darum gehen, ob das dem Gesetzentwurf zugrunde gelegte Gutachten regionale Besonderheiten ausreichend berücksichtigt hat“, meint Sozialdemokratin Raudies.

Ihr ist wichtig: „Insgesamt wird der Finanzausgleich durchschaubarer, effizienter und besser nachvollziehbar.“ „Wir sind eine Reform angegangen, zu der der Vorgängerregierung der Mut fehlte, die aber überfällig war“, sagt die kommunalpolitische Sprecherin der Grünen, Ines Strehlau. „Das alte Gesetz enthält zum Teil pauschale Zahlungen an einzelne Kommunen, die keiner Aufgabe mehr entsprechen und sich zum Beispiel an der Fläche einer Gemeinde orientieren, egal ob bewohnt oder nicht. Der Gesetzentwurf orientiert sich erstmals an bestehenden Aufgaben.“ Die beiden Abgeordneten sind sich einig: Kommunen, die viele Leistungen für die Allgemeinheit tragen, sollen dafür auch finanziell ausreichend ausgestattet werden.

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 08.09.2013, 11:48 Uhr - 28032 Clicks - Nr. 617

SPD-Kreisparteitag Segeberg: Franz Thönnies bläst zum Endspurt

Sechzehn Tage vor der Bundestagswahl hielt der SPD-Kreisverband Segeberg im Bürgerhaus in Trappenkamp einen außerordentlichen Kreisparteitag ab. Da war es natürlich selbstverständlich, dass der Bundestagsabgeordnete und Kandidat für Segeberg-Stormarn- Mitte Franz Thönnies die Chance ergriff, die Parteibasis auf die letzte Etappe vor dem Wahltag einzustimmen.

Langen Beifall erhielt Thönnies für seine kämpferische Rede, in der er noch einmal auf die Schwerpunkte sozialdemokratischer Politik einging. So sprach er sich nicht nur für einen gesetzlichen Mindestlohn aus, er forderte auch eine klassenlose medizinische Versorgung, eine Bürgerversicherung, in der Krankheit und Pflege aufgenommen sind.

Er kritisierte die Mietsteigerung und die Energiekostensteigerung, die dazu führen, dass bezahlbarer Wohnraum besonders in Ballungsgebieten, wozu auch die Metropolregion Hamburg gehört, zunehmend knapper wird. Erst eine Mietpreisbremse, wie von den Sozialdemokraten zugesagt, werde hier eine Besserung bringen.

Der SPD-Politiker unterstrich die Bedeutung der Bildung für die zukünftige, gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands und ebenso auch als Wirtschaftsstandort.



"Unsere Kinder sind wie Juwelen und unsere Aufgabe ist es sie zu veredeln. Das fängt bei guter, frühkindlicher Bildung an. Denn sie werden in der Zukunft dafür sorgen müssen, dass wir wettbewerbsfähig sind und wir unseren Wohlstand halten können" , so Thönnnes."

Unter starkem Beifall erklärte Thönnnes, dass er für die Abschaffung des Betreuungsgeldes plädiere, um diese Gelder in den Ausbau der Kindertagesstätten zu investieren.

Neben dem politischen Schwerpunkt Bundestagswahlkampf hatte der Kreisverband auch personelle Veränderungen zu beschließen. Der langjährige Organisationsleiter Jürgen Sass-Olker aus Henstedt-Ulzburg wurde verabschiedet, zu seinem Nachfolger der Trappenkamper Hans-Joachim Zybell gewählt. Neue Beisitzer wurden Uwe Gade aus Norderstedt und Frerk von Schoen aus Bad Segeberg.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 08.09.2013, 13:33 Uhr - 21367 Clicks - Nr. 618

AfB-Gründung im Kreis Schleswig-Flensburg

Am 7. September 2013 wurde im Kreis Schleswig-Flensburg eine Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) im Landesförderzentrum HÖREN in Schleswig gegründet, wo Dr. Hans-Werner Johannsen einstimmig zum Vorsitzenden gewählt wurde. Ihm stehen als stellvertretende Vorsitzende Christine Pluhar und als Beisitzerinnen und Beisitzer Anja Bütow, Elke Krüger-Krapoth, Burkhard Luckow, Frank Lutze und Uwe Schröder zur Seite.



Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel eröffnet die Gründungsversammlung und begrüßte die Anwesenden. Ihm folgten Grußworte des Direktors der Schule Landesförderzentrums HÖREN, Ingo Degner, und von Hans-Werner Johannsen, der betonte, dass die jetzige Landesregierung endlich die Lehrerbildung auf den Weg gebracht habe.

Mit großem Interesse der anwesenden SPD Mitglieder, dem Landesvorsitzenden der AfB Ulf Daude, interessierten Lehrerinnen und Lehrern und Schulleitern aus dem Kreis SL-FL wurde die Rede der Ministerin für Bildung im Land Schleswig-Holstein, Waltraud Wara Wende, zum Thema „Welche Lehrerbildung braucht die Inklusive Schule?“ begleitet.

Wara Wende betonte die Wichtigkeit der Bildung: „Bildungsgerechtigkeit ist eine zentrale Aufgabe der Gesellschaft und Bildung ist für mich ein Menschenrecht. Dabei hängt die Messlatte bei der Inklusion sehr hoch“, so Wende weiter. „Eine Reform der Lehrerausbildung hätte eigentlich viel früher begonnen werden müssen“, war das Fazit der Ministerin.

Ulf Daude betonte in seinem Grußwort die Wichtigkeit der Gründung einer AfB. Mit der AfB im Kreis SL-FL sei die 6. Arbeitsgemeinschaft Bildung im Landesverband in SH gegründet worden. Weitere Kreise würden diesem Beispiel folgen.

Im Anschluss hatten die Anwesenden die Möglichkeit, Fragen und Anregungen aus der Praxis an die Ministerin Wende zu stellen, wovon viele der Anwesenden Gebrauch machten.

Dr. Hans-Werner Johannsen teilte in seinem Schlusswort mit, dass auf der ersten ordentlichen Sitzung des AfB, die in Steinfeld stattfinden soll, das Thema „Kleine Grundschulen“ behandelt wird.

Auf dem Foto von links nach rechts:

Burkhard Luckow, Dr. Hans-Werner Johannsen, Elke Krüger-Krapoth, Christine Pluhar, Frank Lutze und Uwe Schröder. Es fehlt auf dem Foto Anja Bütow.

Foto: Burkhard Luckow.

Keine Kommentare

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 08.09.2013, 20:08 Uhr - 8147 Clicks - Nr. 619

Auch denkmalgeschützte Anlagen müssen barrierefrei sein

Am Tag des offenen Denkmals haben im ganzen Land wieder viele Menschen Kulturdenkmale besichtigt.

„Aber Denkmale und denkmalgeschützte Anlagen sind häufig nicht barrierefrei gestaltet und werden zu Stolperfallen für Behinderte“, sagt die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies. Während vieler Gespräche mit behinderten Menschen sei sie immer wieder auf dieses Problem angesprochen worden, so die Abgeordnete.



Ob es sich nun um eine fehlende Kante an einem ebenerdigen Brunnen handelt, die unter anderem Sehbeeinträchtigte darauf hinweisen könnte, dass hier Gefahren lauern oder spezielle Markierungen, die anzeigen, dass der Aufstieg zu einem Denkmal mit einer hohen Stufe beginnt - es hapert an vielen kulturellen Stätten oder denkmalgeschützten Einrichtungen im Land an der Barrierefreiheit. Auch fehlende Fahrstühle oder unebene Wege erschweren vielen Menschen mit einer Gehbehinderung den Zugang zu Kulturdenkmalen.

„Das muss sich ändern, denn das ist eine unerträgliche Form der Diskriminierung.“, so Raudies.

Die Elmshorner Abgeordnete, die auch kulturpolitische Sprecherin ihrer Fraktion ist, will sich deshalb dafür einsetzen, dass im Zuge der Novellierung des Denkmalschutzgesetzes Barrierefreiheit einen höheren Stellenwert erhält.

„Es kann nicht sein, dass die Besichtigung von Kulturdenkmalen für behinderte Kinder und Erwachsene zu einem gefährlichen Abenteuer wird.“, sagt die Politikerin.

Keine Kommentare

Olaf Scholz beim Politiktalk in der Museumswerft Flensburg

Bei schönstem Spätsommerwetter nutzten am Sonntagmorgen des 8. September viele Besucherinnen und Besucher ihre Teilnahme am Politiktalk des Direktkandidaten im Wahlkreis 1 zur Bundestagswahl Dirk Peddinghaus und dem 1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Olaf Scholz auf dem Gelände der Museumswerft am Flensburger Hafen, das die Themen Wirtschaft und Arbeit zum Schwerpunkt hatte.

Dirk Peddinghaus stellte seine Ziele für die Region im nördlichen Schleswig-Holstein in wirtschaftlicher Hinsicht als auch besonders zur Sicherung und Ausbau der Arbeitsplätze vor, die von Olaf Scholz ergänzt wurden. Einig waren beide Gesprächspartner darüber, dass Menschen für ihre Arbeit gut bezahlt werden müssen.



Als dritter Gesprächspartner nahm der erste Bevollmächtigte der IGM Metall Michal Schmidt am Talk teil. An die Politik richtete Schmidt seine Wünsche zur Sicherung und gut bezahlte Arbeit, Eindämmung von Leiharbeit und Werkverträge, Abschaffung der Rente mit 67 sowie Ausbau der Mitbestimmung.

Dirk Peddinghaus versprach den Anwesenden, sich als Bundestagsabgeordneter für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einzusetzen und appellierte auf das demokratische Recht zur Teilnahme an der Bundestagswahl am 22. September.

Keine Kommentare

Endspurt im Bundestagswahlkampf

Die nächsten Wahlkampftermine im Wahlkreis 04 / Rendsburg-Eckernförde:

Freitag, 20.09.2013

- 10:00 - 13:00, Eckernförde, Fleischerei Holtorf, Infostand mit Sönke Rix, MdB
- 13:00 - 15:00, Eckernförde, vor der Fördesparkasse, Infostand mit Sönke Rix, MdB
- 15:00 - 17:00, Fleckeby, EDEKA, Infostand mit Sönke Rix, MdB
- 15:00 - 17:00, Fockbek, Rendsburger Straße, Infostand
- 16:00 - 19:00, Aukrug, Markant, Infostand



- ab 18:30, Eckernförde, Galerie 66, Endspurt-Auftakt mit Torsten Albig und Sönke Rix

Sonabend, 21.09.2013

- 7:00, Nübbel, Bäcker, Infostand
- 7:00 - 8:30, Neuwittenbek, Höker, Infostand mit Sönke Rix, MdB
- 7:00 - 11:00, Osterby, EDEKA, Infostand
- 7:30 - 13:00, Schacht-Audorf, EDEKA, Infostand
- 8:00 - 11:00, Alt Duvenstedt, EDEKA Pahl, Infostand
- 9:00 - 10:00, Bordesholm, Wochenmarkt, Rosen verteilen mit Ralf Stegner, MdL
- 9:00 - 11:00, Bordesholm, Infostand
- 10:00 - 13:00, Eckernförde, Innenstadt, Infostand
- 10:00, Rendsburg, Altstädter Markt, Infostand
- 10:00, Büdelsdorf, EDEKA Butkus, Infostand
- 10:00 - 15:00, Flintbek, EDEKA und familia, Infostände zeitweise mit Ralf Stegner, MdL
- 10:00 - 12:00, Nortorf, Wochenmarkt, Infostand
- 10:00 - 12:00, Rieseby, Alte Post, Infostand
- 10:00 - 12:00, Wattenbek, Infostand
- 11:00, Eckernförde, Innenstadt, Rosen verteilen mit Ralf Stegner, MdL, Serpil Midyatli, MdL und Ulrike Rodust, MdEP
- 11:30, Rendsburg, Innenstadt, Rosen verteilen mit Sönke Rix, MdB und Andreas Breitner
- ab 19:00, Eckernförde, Kneipentour mit Sönke Rix, MdB, Serpil Midyatli, MdL und Ralf Stegner, MdL

Sonntag, 22.09.2013

- ab 17:00, Eckernförde, Ottestraße, Wahlparty
- ab 17:00, Rendsburg, Café Anno, Wahlparty

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 09.09.2013, 18:29 Uhr - 9585 Clicks - Nr. 622

Metropolregion: stark und nachhaltig, 05. September 2013, Ratzeburg

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Chancen ergreifen – Zukunft gestalten“ hatte Dr. Nina Scheer, SPD-Bundestagskandidatin, nach Ratzeburg eingeladen, um mit Ministerpräsident Torsten Albig über das Thema „Metropolregion: stark und nachhaltig“ zu diskutieren.

Peter Eichstädt, SPD-Kreisvorsitzender und MdL vertrat mit der Moderation des Abends Eckart Kuhlwein, Staatssekretär a.D. und ehemaliger Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises, der wegen eines



Krankenhausaufenthaltes verhindert war. Der Einladung in den Seehof waren rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer gefolgt.

Nina Scheer skizzierte die Herausforderungen, die für starke und nachhaltige Metropolregionen darin lägen, dezentrale und regionalwirtschaftliche Strukturen zu stärken. Regionen in der Nähe zu Großstädten seien nicht auf Wohnstätten von Pendlern zu reduzieren. Es gelte vielmehr die Besonderheiten der jeweiligen Regionen als vorteilhafte Voraussetzungen zu nutzen und in Bezug zu Nachbarregionen zu setzen.

Unter Verweis auf das SPD-Regierungsprogramm unterstrich Scheer die Bedeutung nachhaltiger Landwirtschaft als Bedingung und Motor für lebenswerte auch wirtschaftlich langfristig attraktive Regionen. In der Energiewende liege die Chance, unter Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Stadtwerken in ländlichen Räumen zu regionaler Wertschöpfung zu gelangen. Mit der Energiewende unmittelbare zusammenhängende Technologien, sowohl den weiteren Ausbau regenerativer Energien, aber auch Netzmanagementsysteme und die Integration von Entwicklung von Speichern betreffend, gelte es in und für die Regionen im Kreis Herzogtum Lauenburg aufzugreifen und zu nutzen.

Scheer kritisierte in diesem Zusammenhang die Vorgehensweise von E.ON im Zusammenhang mit dem Rückkauf der Stromnetze durch die Gemeinden. „Solche Vorgänge sind rechtsmissbräuchlich und behindern das kommunale Engagement, die Energiewende dezentral voranzutreiben“, so Scheer. Sie werde sich dafür einsetzen, dass mit einer Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes künftig entsprechende Blockaden ausgeschlossen sind.

Ministerpräsident Torsten Albig benannte weitere Herausforderungen und Aufgaben zur Stärkung von Metropolregionen. Um zu gewährleisten, dass die Menschen am Ort ihrer Arbeit auch wohnen könnten, bedürfe es einer Mietpreiskontrolle, für die sich die SPD einsetze. Darüber hinaus Sorge die SPD mit der Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns von mindestens 8,50 Euro dafür, dass der Wert der Arbeit wiederhergestellt werde und bei Vollzeitbeschäftigung keine ergänzende staatliche Unterstützung benötigt wird. Auch der Ausbau des Kindertagesstätten- und Bildungsangebots sowie die Gleichberechtigung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere bei der Entlohnung, zählten zu den Aufgaben und Voraussetzungen starker Metropolregionen.

An die Vorträge von Nina Scheer und Ministerpräsident Albig wurden anschließend Fragen zur Infrastruktur und Arbeitsmarktpolitik diskutiert.

Foto: v.l.n.r.: Nina Scheer, Torsten Albig.

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 09.09.2013, 19:54 Uhr - 4135 Clicks - Nr. 623

Bildung zum Frühstück

Wie kann Barsbüttel die Qualität an den Kitas verbessern? Wie könnten gute Ganztagsangebote an den Grundschulen in Barsbüttel und Willinghusen aussehen? Wie steht es um die Inklusion an den Grundschulen und der Erich Kästner Gemeinschaftsschule? Vor solchen Fragen steht die Gemeinde Barsbüttel dieser Tage. Vieles hängt von Entscheidungen in Kiel und Berlin ab. Die SPD Barsbüttel möchte die Bundestagswahl am 22. September zum Anlass nehmen, um mit Interessierten ins Gespräch zu kommen.

Mit dabei sind Martin Habersaat, der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion und Hermann Hanser, der Vorsitzende der SPD-Fraktion der Gemeindevertretung Barsbüttel und Vorsitzende des SKS-Ausschusses in Barsbüttel. Los geht es am Samstag, dem 14. September 2013 von 10.00 bis 12.00 Uhr im Café toHus im Bürgerhaus Barsbüttel.

Folgende Themenblöcke schlagen Habersaat und Hanser vor:

2008 ist das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ der UNO-Generalversammlung in Kraft getreten, das die Rechte von Menschen mit Behinderung auf Inklusion beschreibt. **Inklusion** ist Menschenrecht, bedeutet aber auch große Herausforderungen für unsere Schulen. Das Land ist für die personelle Ausstattung der Schulen zuständig, die Städte und Gemeinden für deren räumliche und sächliche Ausstattung. Aber können die Herausforderungen ohne eine Beteiligung des Bundes bewältigt werden?



Seit dem 1. August 2013 gibt es einen **Rechtsanspruch** für Zwei- bis Dreijährige auf einen Betreuungsplatz. Für Drei- bis Sechsjährige gibt es diesen Anspruch schon länger. Städte und Gemeinden haben, mit Hilfe von Bund und Land, viel unternommen, um genügend Plätze zu schaffen. Auch in Barsbüttel hat sich viel getan. Aber werden die Kitas auch ihrem Bildungsauftrag gerecht? Kann der Bund auch die **Qualität** der Plätze fördern, nachdem die nötige Quantität sichergestellt ist?

Ganztagschule ist wichtig, um allen Kindern und Jugendlichen die beste Bildung zu ermöglichen. Schule soll ein aktiver Lehr- und Begegnungsort sein - mit bester Förderung aller Schülerinnen und Schüler, mit hervorragend qualifizierten Pädagogen, guten Freizeitangeboten und einer attraktiven Vernetzung mit Vereinen, Kulturträgern, Jugendhilfe und Jugendarbeit. Schleswig-Holstein hat auf diesem Weg mit einigen gebundenen und vielen offenen Ganztagschulen (nur) erste Schritte geschafft. Kann sich die Idee der SPD durchsetzen, im Rahmen eines zweiten Ganztagschulprogramms aber die Qualität der Angebote zu verbessern und schrittweise jedem, der möchte, einen Ganztagsplatz anzubieten?

Foto: Hermann Hanser und Martin Habersaat bei einem Kita-Besuch

Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 10.09.2013, 00:08 Uhr - 6961 Clicks - Nr. 624

SPD pflanzt Baum zum 150-jährigen Jubiläum

Bad Bramstedt. Am Samstag, dem 14. September um 12 Uhr wird die SPD in der Altonaer Straße eine Linde pflanzen. Anlass ist das Jubiläumsjahr der Partei. Am 23. Mai jährte sich zum 150. Mal die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV), der Vorläuferorganisation der SPD. Dieses Jubiläum nimmt die Bad Bramstedter SPD zum Anlass der Stadt Bad Bramstedt einen Baum zu spenden, der an diesen Jubiläumstag erinnern soll.



Im Frühjahr hatte die SPD mit dem Bürgermeister die Pflanzung und Spende vereinbaren können. Der ursprünglich gedachte Standort auf dem Kirchenbleeck erwies sich beim zweiten Hinsehen jedoch als schwierig aufgrund von diversen Leitungen im Wurzelbereich.

Nun wird die SPD die historische Altonaer Straße als Standort wählen, weil dort vor geraumer Zeit einer der alten Bäume fallen musste, ist Ersatz zur Schließung der Lücken in der Allee willkommen.

Die Pflanzung der jungen Linde wird am Samstag Mittag in der Altonaer Straße vor Hausnummer 9 erfolgen. Die SPD-Bundestagskandidatin Karin Thissen ist eingeladen, wie auch der Bürgermeister und die Bürgervorsteherin. Bad Bramstedter Bürgerinnen und Bürger dürfen ebenfalls gern dabei sein, teilt Ortsvereinsvorsitzender Klaus-Dieter Hinck mit.

Mit dem "Arbeiterprogramm" von 1862 und seinem "Offenen Antwortschreiben" (1863) an das Zentralkomitee in Leipzig, das die Berufung eines Arbeiterkongresses vorbereitete, schuf Ferdinand Lassalle die programmatische Grundlage des "**Allgemeinen deutschen Arbeitervereins**", der am 23. Mai 1863 ins Leben gerufen wurde - mit ihm als Präsidenten. Diese Gründung der ersten Arbeiterorganisation auf dem Gebiet des Deutschen Bundes gilt als erster großer Meilenstein in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie.

Die SPD Bad Bramstedt würde sich freuen, wenn diese Baumspende Startpunkt für viele weitere Spenden in der Stadt würde. Hinck „Wir haben herrliche Alleen entlang unserer Ortseingangsstraßen. Einige davon weisen Lücken auf, die durch Spenden gut ergänzt werden könnten. Es wäre doch schön, wenn bei Jubiläen oder ähnlichen Anlässen etwas für das Ortsbild getan werden könnte.“

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 10.09.2013, 10:50 Uhr - 5217 Clicks - Nr. 625

DGB und AfA demonstrieren gemeinsam in Hannover

GewerkschafterInnen auch für einen Politikwechsel in Berlin

Bei einer Großkundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und seiner acht Mitgliedsgewerkschaften demonstrierten am 07.09. 13.000 Menschen in Hannover für einen Politikwechsel.

Mit dabei sehr viele AfA-Mitglieder aus dem Landesvorstand und den Kreisvorständen.

Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske kritisierte in seiner Rede auf dem Opernplatz, dass die Arbeitsverhältnisse sich in den letzten Jahren für immer mehr Menschen drastisch verschlechtert hätten, und forderte bessere Spielregeln auf dem Arbeitsmarkt: "Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn von zunächst 8,50 Euro pro Stunde. Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen in den Branchen muss erleichtert werden. Und wir brauchen verlässliche und Existenz sichernde Beschäftigung, gleiche Bezahlung für Leiharbeit. Schluss mit den sachgrundlosen Befristungen und der Schutzlosigkeit von Mini-Jobs."

Helga Schwitzer, Vorstandsmitglied der IG Metall, warf der Bundesregierung vor, die falsche Rentenpolitik zu betreiben: "Nicht einmal jeder Dritte kann sich vorstellen, bis zum gesetzlichen Renteneintrittsalter zu arbeiten. 42 Prozent fürchten, dass ihre Rente später nicht reicht." Das Rentenniveau müsse wieder angehoben und solidarisch finanziert werden. Es ist doch ein Armutszeugnis und ein Verstoß gegen die Menschenwürde, wenn nach 30 oder 40 Jahren Arbeit nur noch der Gang zum Sozialamt bleibt".



Serena Sorrentino, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft CGIL in Italien, machte in ihrer Rede deutlich, dass bei den Wahlen am 22. September jene Kräfte gestärkt werden müssten, die auf sozialen Zusammenhalt in Europa setzten: "Kommt es anders, so wird der Weg hin zu einem demokratischen und sozialen Europa sehr viel mühevoller sein. Kein europäisches Land sollte denken, seine Probleme alleine lösen zu können – angesichts der drastischen Krise, die wir derzeit durchleben. Dies gilt auch für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften."

Der Hauptgeschäftsführer des PARITÄTISCHEN Gesamtverbandes, Dr. Ulrich Schneider, bezeichnete die Vermögensverteilung in Deutschland als "geradezu obszön" und forderte einen steuerpolitischen Kurswechsel: "Wenn die reichsten zehn Prozent mehr als die Hälfte des gesamten Vermögens für sich horten, dann ist Umverteilung nötig und möglich. Sehr hohe Einkommen und sehr hohe Vermögen müssen in die Pflicht für unser Gemeinwesen genommen werden – durch eine Vermögenssteuer, die stärkere Besteuerung großer Erbschaften und höherer Spitzensteuersätze in der Einkommenssteuer. Nur so gewinnt der Staat Handlungsspielraum, um wirtschaftlichen Erfolg bei gleichzeitiger Sicherung sozialer Standards zu ermöglichen."

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 10.09.2013, 22:24 Uhr - 7943 Clicks - Nr. 626

SPD-Tangstedt: Bericht aus dem Finanzausschuss

Am heutigen Dienstag, den 10.09.2013, trafen sich erstmals in dieser Wahlperiode die Mitglieder des Finanzausschusses zur Sitzung im Rathaus.

Zu Beginn der Sitzung verpflichtete **Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)** die bürgerlichen Mitglieder. Seitens der **SPD-Fraktion** gehören dem Ausschuss der **Vorsitzende Michael Kannieß** (Wiemerskamp) und die **Gemeindevertreterin Ingrid Sichau** (Wulksfelde) an.

Nach einer detaillierten Vorstellung des 1. Nachtragshaushalts für 2013 durch **Herrn Plöger (Amt Itzstedt)** wurde dieser um zwei aktuelle Anträge während der Sitzung erweitert. Insgesamt war der Nachtragshaushalt notwendig geworden, weil durch unvorhersehbare Ereignisse einige Ausgaben überhaupt nicht oder im nicht ausreichendem Maße geplant waren. So wurde durch die erfreulicherweise hohen Anmeldezahlen in den Kindertagesstätten der Gemeinde eine Aufstockung von Personal und Ausstattung notwendig. Weitere Mittel für die Erweiterung und Erhaltung der



Kindertagesstätten mussten für den Anbau und die Dachreparatur in Wilstedt (Regenwasserschaden) eingestellt werden. Die Erneuerung des Filterschlammbeckens am Dorfplatz in Wilstedt hat ebenfalls mehr Mittel in Anspruch genommen als ursprünglich vorhergesehen. Dagegen konnte die Sanierung von Verkehrswegen (Fahrenhorster und Ehlersberger Weg) im Saldo günstiger abgeschlossen werden, der Lensenweg wird in diesem Jahr ebenfalls saniert, weil hier noch verfügbare Fördermittel zugeteilt wurden. Auch unsere Feuerwehren können mit einem Zuschlag für Einsatzschutzkleidung sowie die Ersatzbeschaffung eines Stromaggregats sowie eines Steuergeräts für Hebekissen rechnen (FF Wilstedt). Insgesamt stellt sich der Haushalt etwas freundlicher dar, weil die Einnahmesituation gegenüber den Ausgaben sich etwas günstiger entwickelt hat und daher der Kreditrahmen nicht in vollem Umfang ausgeschöpft werden muss. Nach eingehender Beratung wurde der 1. Nachtragshaushalt einstimmig angenommen.

Mit den Stimmen von **SPD** und FDP bei Enthaltung der anderen Fraktionen wurde ein Erweiterungsantrag der **SPD-Fraktion** angenommen, in dem der Bürgermeister und die Verwaltung aufgefordert wird, einen tabellarischen Vergleich der Gebühren für Krippenplätze im Vergleich zu anderen Gemeinden zu erstellen und eine Neukalkulation der Gebührensätze einschließlich der Elementargruppen und der neuen betreuten Grundschule (NBGS) zu erstellen mit dem Ziel, sich gegebenenfalls ergebende Spielräume für eine Senkung der Gebühren auszunutzen.

PS:

Die September-Ausgabe des [Echo Tangstedt](#) ist erschienen.

Am Sonntag, 15.09.2013, findet ab 11 Uhr die [kommunalpolitische Wanderung](#) um die Costa Kiesa statt.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter www.facebook.com/SPDTangstedt oder www.twitter.com/SPDTangstedt erhalten!

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 11.09.2013, 13:58 Uhr - 155041 Clicks - Nr. 627

„Alarmierende Bestandsentwicklung beim Aal“

Europäisches Parlament will Erhaltungsmaßnahmen der EU-Mitgliedsstaaten strenger überwachen

Straßburg: Der europäische Aalbestand muss laut Fischerei-Experten dringend besser geschützt werden. Das hat das Europäische Parlament am Mittwoch in Straßburg klargestellt.



Die Europäische Kommission soll deshalb hierzu kurzfristig einen neuen Gesetzesvorschlag vorlegen. „Der Aal ist in seinem Bestand existenzgefährdet und wenn man die Fangzahlen für Glasaal, also die Jungtiere, im Atlantik betrachtet, sieht man, dass auch die Bestandsentwicklung alarmierend ist“, betont die fischereipolitische Koordinatorin der sozialdemokratischen Fraktion, **Ulrike RODUST**.

Der europäische Aalbestand sei in den vergangenen 30 Jahren um 95 Prozent zurückgegangen und bisherige Erhaltungsversuche hätten die dramatische Entwicklung nicht aufhalten können, so die SPD-Politikerin: „Die nationalen Pläne greifen erst allmählich und die Umsetzung der bestehenden EU-Aalverordnung hat viel zu lange gedauert. Deshalb läuft uns jetzt die Zeit davon.“ Um sicher zu gehen, dass die nationalen Aalbewirtschaftungspläne streng durchgesetzt und gegebenenfalls rechtzeitig modifiziert werden,

verlangt das Europäische Parlament unter anderem, dass die Mitgliedstaaten öfter Bericht erstatten. Zukünftig soll dies alle zwei statt wie bisher alle sechs Jahre geschehen.

Um den Aalbestand zu erhalten, hält **Ulrike RODUST** neben einer auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Fischerei ein dauerhaftes Exportverbot für Glasaale für notwendig. „Außerdem müssen wir uns klar machen, dass viele Aale den Aufstieg in Flüsse auf Grund von Hindernissen nicht überleben. Damit aus Schöpf- und Wasserkraftwerken keine Todesfallen für Aale werden, brauchen wir mehr Fischtreppen wie die, die ich in meiner Heimatregion in Geesthacht besichtigen konnte“, erläutert die schleswig-holsteinische Europapolitikerin: „Dort wurden für die schwimmschwachen Glasaale, die gegen die Strömung nicht ankommen, vier zusätzliche Aalleitern eingebaut.“

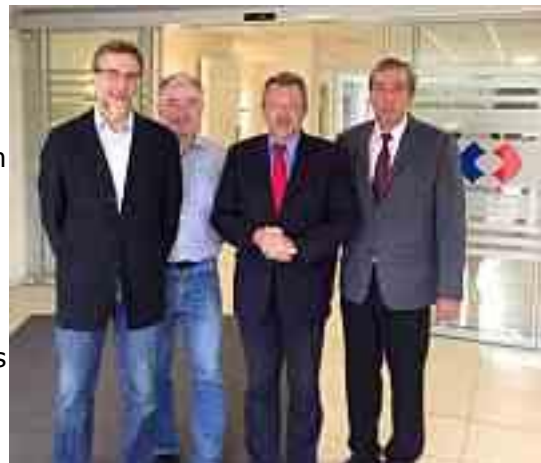
Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 11.09.2013, 14:11 Uhr - 13893 Clicks - Nr. 628

SPD-MdB Franz Thönnnes zu Besuch im Forschungszentrum Borstel

Wissenschaft und Politik im Dialog

Aktuelle Forschungsaktivitäten, der Klinikneubau und die Eröffnung des Betriebskindergartens - dies waren die Themenschwerpunkte, die bei dem Treffen des SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes mit dem Ärztlichen Direktor der Medizinischen Klinik Borstel Prof. Peter Zabel im Zentrum standen.



Beide hatten die sich bereits Anfang des Jahres im Rahmen der Initiative „Science meets Parliament“ in Berlin getroffen und sich auf einen weiteren Besuch im Kreis Segeberg verständigt. Gemeinsam mit Prof. Fehrenbach (Programmdirektor Asthma und Allergie am FZ Borstel) und Dr. Frey (Leiter der Forschungsgruppe Mukosale Immunologie u. Diagnostik) diskutierten sie über Ziele der zukünftigen Forschungspolitik und deren Auswirkungen auf die Gesundheitsregion Segeberg. Franz Thönnnes erläuterte dabei auch die Position der SPD-Bundestagsfraktion, dass kleine und mittlere Unternehmen ihre gesamtgesellschaftlich bedeutsamen und wünschenswerten Aufwendungen für Forschung und Entwicklung steuerlich geltend machen können sollten. „Eine steuerliche Forschungsförderung, so zeigen die Erfahrungen aus anderen Ländern, gebe zusätzliche Anreize und löse neue Impulse aus“, so der SPD-Politiker.

Prof. Zabel verdeutlichte während des Gespräches, dass das Forschungszentrum Borstel nicht nur in der Tuberkulose-Forschung und Patientenversorgung internationales Ansehen genießt, sondern auch der Programmbereich Asthma und Allergie ein wichtiges und wachsendes Forschungsgebiet ist. Das Forschungszentrum Borstel ist unter anderem Teil des Deutschen Zentrums für Lungenforschung (DZL), einer vom BMBF geförderten Initiative zur Erforschung und Verbesserung der Situation bei wichtigen Volkskrankheiten. „In Deutschland leiden etwa 10% der Kinder unter 15 Jahre unter Asthma. Kinder in städtischen Gebieten sind davon häufiger betroffen als in ländlichen. Wie kommt es dazu, dass sich Asthma bei einigen Kindern entwickelt und bei anderen nicht? Hier spielt die Auseinandersetzung des Immunsystems mit mikrobiellen

Bestandteilen eine wichtige Rolle. Welche Bestandteile sich besonders gut für einen therapeutischen Einsatz eignen, ist eine Frage, die wir hier in Borstel bearbeiten“ erläutert Prof. Fehrenbach, Programmdirektor des Programmbereichs Asthma und Allergie im Gespräch mit Herrn Thönnnes.

Aber auch die Herausforderung des demographischen Wandels, der vor allem die ländlichen Gebiete betrifft, wurde erörtert. Dort, wo die Anzahl der Einwohner ab- und die Alterung zunimmt, wird die Erhaltung der medizinischen Infrastruktur immer schwieriger. Telemedizin, also die Fernüberwachung von Patienten mittels moderner Übertragungstechnik, könnte hier in Zukunft ein wichtiges Thema werden. Dazu muss die patientennahe Diagnostik weiter optimiert werden – ein Forschungsgebiet, mit dem sich Dr. Frey aus dem FZ Borstel beschäftigt.

Als weitere wichtige Themen für die Zukunft wurde die Zusammenarbeit Borstels mit baltischen und nordischen Ländern und ein Kongress für Gesundheitswesen in der Region diskutiert. Der Ostsee-Experte Franz Thönnnes verwies auf in diesen Ländern vergleichbare Herausforderungen und bot gerne an, hier bei Kooperationskontakten behilflich zu sein. „Wir sind manchmal zu zurückhaltend und müssen selbstbewusster auftreten! Schleswig Holstein ist eine Gesundheitsregion! Wir haben hier alles vor Ort – von der Forschung, über die Hersteller, die Klinken und Ärzte bis hin zur gesunden Urlaubsregion“, resümierte Franz Thönnnes.

Bildunterschrift Foto 1: Franz Thönnnes zu Besuch im Forschungszentrum Borstel, von links nach rechts: Prof. Heinz Fehrenbach, Dr. Andreas Frey, SPD-Bundestagsabgeordneter Franz Thönnnes und Prof. Peter Zabel

Keine Kommentare

[AFA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 11.09.2013, 16:18 Uhr - 5997 Clicks - Nr. 629

Gemeinsamer Aufruf von Arbeitnehmer und Selbständigen zur Bundestagswahl

Auf einer gemeinsamen Sitzung der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) und der SPD-Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen (AGS) in Schleswig-Holstein wurde am Dienstag, 10.09.2013 der folgende Aufruf zur Bundestagswahl verabschiedet:



Die Landesvorstände der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmer und für Selbständige in der SPD SH rufen in einer gemeinsamen Erklärung die Arbeitnehmer und Selbständigen auf sich an der Bundestagswahl aktiv zu beteiligen.

„Wer nicht zur Wahl geht wird regiert, ohne darauf Einfluss genommen zu haben.“

Die Landesvorsitzenden Wolfgang Mädler (AfA) und Guenther Hansen (AGS) weisen in ihrer Erklärung auf wichtige Politikziele und Neuausrichtungen hin, die es nur mit der SPD

geben wird, wie einen gesetzlichen Mindestlohn, starke Mitbestimmung der Arbeitnehmer, Anerkennung von Lebensleistungen durch Brücken in den Ruhestand, eine echte Mittelstandsförderung und Unterstützung der Kreativwirtschaft und die Ausweitung von Schutzrechten der Soloselbständigen.

Wir fordern den Politikwechsel für eine „Neue Ordnung der Arbeit und der Wirtschaft“

- **Gerechte Löhne:** Einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 € in allen Branchen. Gleiche Arbeit muss auch gleich bezahlt werden. Die Lohndiskriminierung von Frauen muss gesetzlich unterbunden werden.
- **Sichere Arbeitsbedingungen:** Das Normalarbeitsverhältnis muss wieder gestärkt, sozial abgesichert, unbefristet und tariflich bezahlt werden. Befristungen ohne sachlichen Grund gehören abgeschafft. Leiharbeit muss gesetzlich begrenzt und der Missbrauch bei Werkverträgen verhindert werden.
- **Starke Mitbestimmung:** Die Mitbestimmung in den Betrieben, Unternehmen und Verwaltungen muss ausgeweitet werden. In den Aufsichtsräten ist ein zustimmungsbedürftiger Mindestkatalog einzuführen, damit wichtige Entscheidungen über Produktionsstandorte nicht gegen die Interessen der Beschäftigten gefällt werden können. Die Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten vor allem beim Einsatz von Leiharbeit und Werkverträgen sind gesetzlich aufzunehmen.
- **Brücken in den Ruhestand:** Die Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre muss ausgesetzt werden, solange nicht mindestens die Hälfte der erwerbstätigen Menschen über 60 Jahren sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Die abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren und die Erwerbsminderungsrente ohne Abschläge muss umgesetzt werden.
- **Wirtschaftsstruktur und Standortfaktoren:** Eine gezielte Investitions- und Modernisierungsstrategie für die Wirtschaft ist der Schlüssel für Wohlstand in der Zukunft und für gute Arbeit. Wir brauchen eine aktive Netzpolitik (Wasser, Energie und Daten), die gleichen Zugang für alle und eine zügige Modernisierung der bestehenden Infrastruktur gewährleistet.
- **Finanzen und Mittelstandsförderung:** Die Finanzierungsbedingungen gerade für kleine und mittelständische Unternehmen müssen verbessert werden, die Bankenregulierung Basel III darf die Kreditversorgung des Mittelstandes nicht einschränken. Wir brauchen eine Stärkung von alternativen Finanzierungsformen, um die Abhängigkeit der Unternehmen vom krisenanfälligen Bankensystem zu verringern.
- **Kreativwirtschaft:** Kreative und künstlerische Arbeit ist die Grundlage für gesellschaftliche Innovation. Die Kreativwirtschaft in Deutschland ist eine Zukunftsbranche und braucht daher die gleiche Förderung wie die klassischen Industrien. Vor allem die Existenzgründungsförderung muss die Bedürfnisse von Kreativen besser berücksichtigen.
- **Bildung und Fachkräfte:** Wir brauchen eine praxisorientierte Bildungspolitik mit Förderung und Unterstützung der Länder bei der Aufgabe, in allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen sowie in den Hochschulen effiziente öffentliche Bildungsleistungen zu erbringen, die zur Ausbildung qualifizierter Fachkräfte führen.
- **Soloselbständige:** 56 % aller Selbständigen in Deutschland sind Solo-Selbständige. Hier bedarf es einer Ausweitung von Schutzrechten und einer Reform des Gesundheitssystems für eine solidarische und faire Krankenversicherung der Selbständigen.

Kiel, 10.09.2013

Wolfgang Mädels

AfA Landesvorstand SH

Guenther Hansen

AGS Landesvorstand SH

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 13.09.2013, 13:35 Uhr - 10009 Clicks - Nr. 630

Energiepolitisches Frühstück, 6. September 2013, Schönningstedt

Am Vormittag des 6. September hatte Dr. Nina Scheer, Bundestagskandidatin Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd, gemeinsam mit dem Ortsverein Reinbek in den kleinen Rasthof nach Schönningstedt eingeladen, um über aktuelle Fragen zur Energiewende zu diskutieren. Der Einladung waren über 30 Bürgerinnen und Bürger gefolgt. Zu Gast hatte Nina Scheer zwei ausgewiesene Fachreferenten: Dr. Harry Lehmann, Fachbereichsleiter Nachhaltigkeitsstrategien beim Umweltbundesamt sowie Olaf Schulze, energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.



Nina Scheer ging auf die Herausforderungen der Energiewende ein. Es gelte Anreize für Netzmanagementsysteme und die Integration von Speichern zu schaffen. Wichtig sei, die bisherigen Erfolgsfaktoren beim Ausbau Erneuerbarer Energien wahrzunehmen. Diese lägen in dezentralen Strukturen, die vielen Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Stadtwerken eine Beteiligung an der Energiewende ermöglichten. Die Preisbildungsmechanismen müssten auf die spezifischen Anforderungen eines wachsenden Anteils fluktuierender Energien im Stromsektor angepasst werden. Hierfür biete das bewährte Erneuerbare-Energien-Gesetz eine gute Grundlage, das entsprechend fortzuentwickeln sei. „Nur auf Grundlage einer kontinuierlichen Versorgung durch Erneuerbare Energien lassen sich fossil-atomare Erzeugungskapazitäten ersetzen“, schlussfolgerte Scheer. Die Kostenlasten gelte es gerecht zu verteilen. Unter der schwarz-gelben Bundesregierung seien Ungleichheiten zulasten der einfachen Stromkunden eingeführt worden, so Scheer.

Harry Lehmann ging auf die Studien des Umweltbundesamtes ein, wonach es mehrere Optionen einer Versorgung durch Erneuerbare Energien gebe. Es sei keine Frage der hierigen Potenziale Erneuerbarer Energien, sondern eine politische, welche Wege und Strukturen gewählt würden. Denkbar sei ein zentralistisches System, aber auch ein regional ausgerichtetes oder dezentrales. In Regionalverbänden sah Lehmann Vorteile.

Olaf Schulze verwies auf die Erfolge der Energiewende, wie sie speziell in und durch Schleswig-Holstein zu verzeichnen seien. Dabei hob er den aufkommenden neuen Technologie-Einsatz und entsprechende Entwicklungen im Bereich Wasserstoff, aber auch Elektromobilität hervor.

Die angeregte Diskussion wurde begleitet durch belegte Brötchen und Kaffee.
Foto: v.l.n.r.: Olaf Schulze, Nina Scheer, Harry Lehmann

Keine Kommentare

Pressegespräch mit Matthias Machnig, Nina Scheer und Olaf Schulze, 12.09.13

Am 12. September besuchte Dr. Nina Scheer, SPD-Bundestagskandidatin Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd, gemeinsam mit Matthias Machnig, Wirtschaftsminister in Thüringen und Mitglied des SPD-Kompetenzteams von Peer Steinbrück für Energiefragen sowie Olaf Schulze, energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion die Verbände der Kommunalwirtschaft in Schleswig-Holstein: den VKU, Verband Kommunaler Unternehmen und den VSHEW, Verband der Energie- und Wasserwirtschaft Schleswig-Holstein, in Reinbek.



„Wir haben in Schleswig-Holstein einen anhaltenden Trend, Energie wieder in kommunale Hände zu nehmen. Die Übertragung von Netzen durch den bisherigen Versorger stockt allerdings an vielen Stellen“, erklärt Detlef Palm, Landesgeschäftsführer des VKU. Erörtert wurde in diesem Zusammenhang eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes. Rechtssicherheit bei der Preisfindung könne eine gesetzliche Verankerung des Ertragswertes für bieten, so Scheer.

Nina Scheer sprach sich zudem für den Erhalt des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) aus. „Das EEG gibt mit den bewährten Anreizen und Abnahmegarantien Investitionssicherheiten, die es für die anstehenden Netzmanagement- und Speicherbedarfe fortzuentwickeln gilt“, so Scheer.

In seiner Funktion als Beiratsvorsitzender des Bundesnetzagentur wurden an Matthias Machnig die Vorteile von Landesnetzagenturen herangetragen: „Die Situation in den örtlichen Verteilnetzen kann im Lande viel besser beurteilt werden“ erläuterte Dr. Dieter Perdelwitz, Geschäftsführer VSHEW, Verband der Schleswig-Holsteinischen Energie- und Wasserwirtschaft, in Bezugnahme auf die Situation der Stadtwerke.

Olaf Schulze teilte die Auffassung von Matthias Machnig, dass die Verteilung der Kompetenzen auf verschiedene Ministerien die Umsetzung der Energiewende behindere: „Ähnlich wie in Schleswig-Holstein brauchen wir auch auf Bundesebene ein starkes Energieministerium“, so Schulze.

Foto v.l.n.r.: Dieter Perdelwitz, Nina Scheer, Matthias Machnig, Olaf Schulze, Detlef Palm.

Keine Kommentare

Wer warum verlor

Und warum nicht allein das Landesverfassungsgericht entscheidend war

Es muss nicht schon wieder vorgezogene Neuwahlen geben. Die Rechtsauffassung der Landesregierung wurde bestätigt. SPD, Grüne und SSW bleiben Koalition mit einer Stimme Mehrheit. Torsten Albig bleibt Ministerpräsident. Der SSW ist anerkannte Minderheitspartei und zu Recht von der 5-Prozent-Hürde befreit. Grundsätzlich ist die 5-Prozent-Hürde zulässig. Die Kläger haben verloren und tragen die Kosten des Verfahrens.

Aus meiner Sicht haben manche Kläger aber noch mehr verloren, nämlich Integrität.

Junge Union gegen den SSW



Die Junge Union, immerhin Nachwuchsverband der momentan größten Regierungspartei auf Bundesebene, versuchte vor Gericht, den Sonderstatus des SSW, der Partei der dänischen und friesischen Minderheiten, in Frage zu stellen. In teils peinlichen Argumentationsversuchen wurde gar die Existenz einer dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein bestritten. Dabei ist der Schutz dieser Minderheiten, seit kurzem gehören auch Sinti und Roma dazu, sogar Bestandteil der Landesverfassung. Von einem „Ruhmesblatt in der Geschichte Schleswig-Holsteins“ sprach gar Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlamentes, im Rahmen einer Veranstaltung der SPD Landtagsfraktion. Will die CDU nun eine Richtungsänderung in der Minderheitenpolitik einleiten? Das fänden auch viele Menschen außerhalb Schleswig-Holsteins bedenklich. Die Existenz einer dänischen Minderheit zu bestreiten bedeutet, historische Zusammenhänge zu negieren und die Identität von Menschen in Frage zu stellen. Und den SSW auf dieser Ebene anzugreifen, um die Landesregierung zu treffen, wie es auch die FDP versuchte („blaues Auge für die Landesregierung“), wird der Verantwortung aller für das Land und für Europa nicht gerecht. Seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 sind wir eigentlich weiter. Minderheiten Stärken das Land, und das ist gut so.

NPD (unterstützt von den Piraten) gegen die 5-Prozent-Hürde

Man kann die Meinung vertreten, dass die 5-Prozent-Hürde nicht mehr zeitgemäß ist, weil parlamentarische Arbeit und eine stabile Regierung heute, im Gegensatz zur Zeit der Weimarer Republik, auch ohne diese Hürde möglich sind. Ich bin nicht dieser Meinung, die Piraten schon. Das ist natürlich in Ordnung. Zu kritisieren ist aus meiner Sicht, gemeinsame Sache mit einer demokratiefeindlichen Vereinigung wie der NPD zu machen und deren Wahlbeschwerden zu unterstützen. Die Piraten haben sich nicht an den dubiosen Klagen gegen den SSW beteiligt und gehören auch nicht in die Nähe der NPD. In ihrer Arbeit im Landtag seit 2012 zeigen sie sich nach meiner Wahrnehmung größtenteils als Partei des linken politischen Spektrums mit manchen Ideen und Ansätzen, die den parlamentarischen Betrieb bereichern. Trotzdem haben sie aus meiner Sicht etwas gemacht, was sich in der politischen Praxis verbietet: gemeinsame Sache mit Nazis, Auftritte Seit an Seit vor dem Landesverfassungsgericht inklusive. Ich finde, so etwas tut man nicht.

Martin Habersaat, 13.9.13

Links:

PM des Landesverfassungsgerichts: http://www.schleswig-holstein.de/LVG/DE/Presseerlaerungen/Pressemitteilungen/2013_09_Urteil.html

Wikipedia zu den Bonn-Kopenhagener Erklärungen: http://de.wikipedia.org/wiki/Bonn-Kopenhagener_Erkl%C3%A4rungen

SHZ zur Unterstützung der NPD-Wahlprüfungsbeschwerde durch die Piraten:
<http://www.shz.de/lokales/sylter-rundschau/piraten-stuetzen-wahlbeschwerde-der-npd-id263715.html>

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 13.09.2013, 20:59 Uhr - 7390 Clicks - Nr. 633

Lehrerausbildung auf der Höhe der Zeit

Zur Vorstellung der Reform der Lehrerbildung durch Bildungsministerin Prof. Wende erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Spät, aber nicht zu spät wird die Ausbildung der künftigen Lehrerinnen und Lehrer an die seit 2007 neu geordnete Schullandschaft und die veränderte Lebenswirklichkeit von Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein angepasst.

Die drei lehrerbildenden Hochschulen und das Bildungsministerium haben sich auf ein Modell verständigt, das bei den künftigen Lehrern an Grundschulen, an den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und an den Berufsschulen optimale fachliche Qualifikationen mit der nötigen pädagogischen Kompetenz verbindet, die sie für ihre Tätigkeit brauchen.

Der Umgang mit Heterogenität wird verbindlicher Teil der Ausbildung, mehr und frühere Praxisanteile bereiten die angehenden Lehrerinnen und Lehrer besser auf die Realität an den Schulen vor. Es war richtig, dieses Modell nicht am Schreibtisch zu entwickeln und den Hochschulen per Verordnung überzustülpen, sondern sie unter Wahrung ihrer jeweiligen Interessen an der Erarbeitung zu beteiligen. Wir freuen uns auf die parlamentarische Begleitung der Reform der Lehrerbildung.

So ist Politik: Eine Aufgabe wurde solide gelöst, aus der Lösung ergeben sich neue Aufgaben. Natürlich stehen als nächstes ein möglichst landesweites Semesterticket und eine faire Bezahlung der Lehrerinnen und Lehrer auf der Agenda.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 13.09.2013, 21:44 Uhr - 8373 Clicks - Nr. 634

SPD-Tangstedt: Bericht aus dem Planungs- und Umweltausschuss (11.09.2013)

Zu ihrer zweiten Sitzung kamen am Mittwoch, den 11. September, im Tangstedter Rathaus die Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses zusammen, um sich hauptsächlich dem Flächennutzungsplan 2030 zu widmen.

Nach der Begrüßung der anwesenden Bürgerinnen und Bürgern durch den **Ausschussvorsitzenden Immo Fork** verpflichtete dieser das stellv. bürgerliche Mitglied **Wolf Staack (SPD)**.

Im Anschluss bat das **SPD-Fraktionsmitglied Johannes Kahlke** die Verwaltung darum, eines der Geschwindigkeitsanzeigeschilder in den Wassermühlenweg installieren sowie die Straßenlaternen zwischen der Hausnummer 38 und der Feuerwehrschanke freischneiden zu lassen, was **Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)** sofort zusagte. Bei den Anzeigeschildern solle zudem geprüft werden, ob die Schilder auch ohne das Anzeigen der Geschwindigkeit diese zur späteren Auswertung aufzeichnen könnten. Schließlich bat **Kahlke** um Prüfung, ob das Ortsschild in der Hauptstraße aus Richtung B 432 kommend zugunsten der Verkehrssicherheit vor die Abbieger zur Eichholzkoppel bzw. zur Lindenallee verlegt werden könnte. Eine weitere Frage der Mandatsträger war die Nutzung der Daten der laufenden Verkehrszählung, die laut **Criwitz** im November zur Verfügung stehen sollen. Hintergrund sei die Anfertigung eines Lärmaktionsplanes. **Bürgermeister Criwitz** führte auf Nachfrage aus, dass hinsichtlich des Austauschs der Straßenlaternen bis jetzt 150-200 LED-Laternen in Betrieb wären, man aber einen Lieferengpass habe und man am Jahresende 300 getauschte Straßenbeleuchtungen erwarte. Insgesamt sollen 400 Straßenlaternen mit LED-Technik ausgerüstet werden. Der Bürgermeister sagte weiter zu, dass man die defekte Straßenbeleuchtung im Kringelweg überprüfen werde und die Frage kläre, ob während der ganzen Nacht der Querverkehr an der Kreuzung B432 mit gelbem Blinklicht gewarnt werde.

TANGSTEDT

SPD

In der Einwohnerfragtestunde erkundigte sich ein Bürger nach dem Stand hinsichtlich der in Wilstedt entfernten Blutbuche. **Ausschussvorsitzender Fork** äußerte, dass es sich um ein schwebendes Verfahren handle, bei dem die Rechtslage möglicherweise strittig sei. Der Kreis Stormarn habe die Fällung aus Sicherheitsgründen verfügt, da während der Bauarbeiten das Wurzelwerk massiv beschädigt wurde.

Fundierte einführende Ausführungen machte **Herr Czierlinski** eines beauftragten Bauleitplanungsbüro, als er mit Rückblick auf die Entwicklungen zum Flächennutzungsplan 2030 (FNP 2030) die aktuelle Situation beschrieb. **Czierlinski** zeigte nachvollziehbar auf, in wieweit des Landesentwicklungsplan 2010 und der Raumordnungsplan den Rahmen für den FNP 2030 geben. Auf der Grundlage der Zahlen von 2009 könne die Gemeinde Tangstedt bis zum Jahr 2025 rund 400 neue Wohneinheiten ausweisen. **Czierlinski** stellte den Anwesenden dar, in welchen Bereichen Wilstedts und Tangstedts Wohn- oder Mischgebiete entstehen könnten. Zudem habe man eine Erweiterung des Naheinkaufszentrum im Plan aufgenommen. Nach rund 90 Minuten detaillierter Informationen und Klärung unklarer Abwägungen wurde dem Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zum FNP 2030 bei einer Stimme Enthaltung zugestimmt. Ein Antrag der FDP zur Aufnahme einer weiteren Fläche zu diesem Zeitpunkt wurde von allen drei anderen Fraktion abgelehnt. Für die **SPD-Fraktion** waren die zügigen Beschlüsse zum FNP 2030 wichtig, um nicht unnötig weitere Zeit verrinnen zu lassen. Schließlich hätte dieser Schritt auch schon in der letzten Legislatur stattfinden können.

Nach dem nichtöffentlichen Teil, in dem es um einen Antrag auf Verlängerung einer Genehmigung zur Lagerung und Behandlung von Mineralstoffen wie Grünabfällen sowie einen Nachtrag zu einer Baugenehmigung bezüglich des Golfplatzes ging, endete die Sitzung früher als von manchem erwartet.

PS:

Am **Sonntag, 15.09.**, beginnt um **11 Uhr** die [kommunalpolitische Wanderung](#) um die Costa Kiesa. Seien Sie herzliche willkommen!

Die September-Ausgabe des [Echo Tangstedt](#) ist erschienen.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter www.facebook.com/SPDTangstedt oder www.twitter.com/SPDTangstedt erhalten!

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 14.09.2013, 15:07 Uhr - 10077 Clicks - Nr. 635

Nina Scheer besucht pflegebedürftige Bürgerinnen und Bürgern, 09.09.13, Reinbek

Am 9.9.13 besuchte Nina Scheer das Haus Altenfriede der Wichern-Gemeinschaft in Reinbek. Oft haben ältere, zumal pflegebedürftige Menschen, nur wenig Möglichkeiten, sich mit ihren Argumenten und Erwartungen in die politische Diskussion einzubringen. Es war daher für Nina Scheer ein besonderes Anliegen, mit ihren Vorstellungen des sozialen Ausgleichs auch auf diese älteren Bürgerinnen und Bürger zuzugehen und mit ihnen zu sprechen.

Das Interesse lag insbesondere im Bereich der Pflege. Wie viel Zeit wird den Pflegekräften eingeräumt, um sich um einen alten Menschen zu kümmern? Geht nicht die zwischenmenschliche Kommunikation verloren, wenn die Pflegekräfte zu enge zeitliche Rahmen haben, in denen die Kommunikation nicht vorgesehen ist? Werden genug junge Pflegekräfte ausgebildet und ist die Reform der Pflegeversicherung nicht längst überfällig? Selbst die seit langem geforderte Einrichtung des Mindestlohns und die Energiewende wurden diskutiert. In einem Altenheim stellen die Energiekosten einen zunehmenden und erheblichen Kostenanteil dar, wie der Pflegedienstleiter Herr Rickel mit Blick auf die unzureichende Wärmedämmung des älteren Gebäudes darlegte. Ein Grund mehr, nach dem es die Energiewende schnell umzusetzen gelte, so Scheer schlussfolgernd.

Die Vielfältigkeit der Diskussion machte die Notwendigkeit deutlich, auch zukünftig ältere Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Lebenserfahrung stärker in die gesamtgesellschaftliche Diskussion einzubeziehen.



Keine Kommentare

[SPD-Schuby](#) - veröffentlicht am 14.09.2013, 15:50 Uhr - 3907 Clicks - Nr. 636

Ortsvereinszeitung Nr. 111 der SPD-Schuby

Vor der Wahl haben wir unsere Dütt un Datt unter die Leute gebracht.

Auch Online ist sie zu erreichen: <http://www.spd-schuby.de/dud/dud-111.pdf>

Keine Kommentare

[SPD-Lutterbek](#) - veröffentlicht am 14.09.2013, 21:44 Uhr - 3052 Clicks - Nr. 637

Kommunalwahl in Lutterbek

SPD geht gestärkt aus der Kommunalwahl hervor

Mit einem komplett erneuerten Team konnte die **SPD in Lutterbek** ein deutlich verbessertes Ergebnis erreichen als bei der Wahl zuvor. Mit vier Sitzen sind wir gestärkt aus der Wahl hervorgegangen. Wir danken allen Wählerinnen und Wählern für das ausgesprochene Vertrauen. Hoffen wir, dass sich die vier gut und intensiv in die Gemeindepolitik einarbeiten, gute Argumente und Vorschläge einbringen und diese auch die Mehrheit überzeugen werden.

Wie von vielen erwartet, errang die als Wählergemeinschaft getarnte CDU-Liste die Mehrheit in der Gemeindevertretung, jedoch musste der konservative Block gegenüber der vergangenen Wahl einen Sitz an die runderneuerte SPD-Liste abgeben. Eine Überraschung war das Ergebnis nicht, wenn es eine Überraschung gab, dann dass der Bürgermeister Mönkemeier vor zwei Jahren noch starken Gegenwind gegen die von ihm geplante Biogasanlage spürte und nun das beste Einzelergebnis einfuhr. Und die Arbeit des Aktivsten der CDU - Gerald Gleue - wurde am wenigsten honoriert. Das ist schade, aber in seine Aufgabe als Vorsitzender des Hauptausschuss hat Gerald sich gut eingearbeitet und die Sitzungen und zuverlässig vorbereitet und souverän geleitet.

Die Betrachtung der langjährigen Ergebnisse zeigt, dass wir wohl die Talsohle der weniger guten Ergebnisse durchschritten haben.

	SPD	CDU	LWG
2003	49,35%	30,54%	20,10%
2008	36,30%	36,58%	27,11%
2013	41,58%	---	58,42%

Es wird deutlich: Für die SPD ist mehr drin als gute 40% wie bei dieser Wahl.

Die Ergebnisse zum Kreistag sahen schon viel differenzierter aus:

SPD:	35,75 %
GRÜNE:	16,91 %
LINKE:	3,38 %
CDU:	27,05 %
UWG:	6,76 %
FWG 1:	4,83 %
FWG 2:	2,90 %
FDP:	2,42 %

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 15.09.2013, 13:33 Uhr - 9597 Clicks - Nr. 638

Der Raum als zusätzlicher Pädagoge

Mit einem Festakt und einem Tag der offenen Tür wurde in Wentorf das neue Kinderzentrum eingeweiht. U3-Gruppe, Kita, Grundschule und Sporthalle finden in dem Neubau Platz. Bürgervorsteher Andreas Hein und Bürgermeister Matthias Heidelberg konnten zahlreiche Gäste begrüßen, darunter auch Martin Habersaat als örtlichen Landtagsabgeordneten. Schülerinnen und Schüler der Grundschule trugen ebenso zum Programm bei wie Kinder des Kindergartens. Für besonders viel Begeisterung sorgte die Schul-Hymne.



Viel Lob für den Bau gab es auch von Bildungsstaatssekretär Dirk Loßack (SPD), den Wentorfern sei der Bau eines Zentrums gelungen, bei dem „der Raum sicherlich ein zusätzlicher Pädagoge“ sein kann. Loßack, ehemaliger Sportlehrer, nahm sich nach dem Festakt viel Zeit für einen Rundgang durch die Schule und ließ es sich nicht nehmen, als ehemaliger Sportlehrer auch die Seile in der Sporthalle gleich selbst auszuprobieren.

Letztlich, so Bürgermeister Heidelberg, sei der Neubau auch ein Ergebnis von EVIT. „Ich bin ein Freund von EVIT“, bekannte er. EVIT, Evaluation im Team, war so etwas wie ein Schul-TÜV in Schleswig-Holstein, mit dem die Qualität und die Entwicklung der Schulen des Landes gesichert werden sollten. Martin Habersaat: „Die Landesregierung aus CDU und FDP hat EVIT in der letzten Legislaturperiode ersatzlos gestrichen. Ich freue mich, auch von EVIT-Freunden zu hören. Es gab sicherlich viel Gutes aus den EVIT-Prozessen, das wir künftig wieder beleben könnten.“

Keine Kommentare

Vorbildliche Errungenschaft

25 Jahre Grenzland- / Minderheitenbeauftragte in Schleswig-Holstein

Zu den bleibenden Errungenschaften der Regierung Engholm zählt auch die Schaffung des Amtes eines Grenzlandbeauftragten, heute die Minderheitenbeauftragte des Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein. Kurt Hamer (1988 – 1991), Kurt Schulz (1991 – 2000) und Renate Schnack (2000 – 2005 und erneut seit 2012) haben dieses Amt geprägt.



Zur Feier des 25jährigen Jubiläums hatte die SPD-Landtagsfraktion nun nach Kiel geladen, dabei war auch Martin Habersaat als stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Als Festredner war der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, nach Kiel gekommen. Er berichtete von der großen Aufmerksamkeit, mit der man in ganz Europa gerade den Umgang der Deutschen mit den Minderheiten im Lande beobachte. So mache man sich in Europa schon Sorgen, wenn mit der Jungen Union die Nachwuchsorganisation der CDU vor Gericht gegen Minderheiten vorgehe. Umso froher sei er, berichtete Schulz, dass das Landesverfassungsgericht den Status der Minderheiten in Schleswig-Holstein und des SSW bestätigt habe. Dieser sei eine „als vorbildlich geltende Errungenschaft aus Nachkriegsdeutschland“.

Die Junge Union habe gegen ein Ruhmesblatt der Geschichte Schleswig-Holsteins geklagt. Das Gericht habe diesem Ruhmesblatt nun ein Ausrufezeichen hinzugefügt. „Dieses sollten sich die Kläger hinter die Ohren schreiben“, befand Schulz, der in seiner beeindruckenden Rede auch die Bedeutung Europas für die Menschen und die besondere Verantwortung Deutschlands in Erinnerung rief. Dabei begründete er diese Verantwortung nicht nur aus der Historie heraus, sondern auch aus der geografischen, wirtschaftlichen und politischen Stellung Deutschlands. „Solange die Deutschen die Minderheiten achten, solange ist Europa sicher. Deutschland ist im Zentrum Europas und hat eine Verantwortung.“

„Die Akzeptanz der Unterschiede ist Voraussetzung für die Überraschung von Gemeinsamkeiten.“ Sir Peter Ustinov

Keine Kommentare

SPD-Tangstedt: Kommunalpolitische Wanderung rund um die Costa Kiesa

Rund 40 Interessierte folgten am heutigen Sonntag, den 15.09.2013, der Einladung der **Tangstedter Sozialdemokraten** zur kommunalpolitischen Wanderung rund um die Costa Kiesa.

Um 11 Uhr begrüßten **Holger Criwitz** (1. Vorsitzender) und **Michael Kannieß** (stellv. Vorsitzender) die Tangstedterinnen und Tangstedter am als Treffpunkt ausgesuchten Bolzplatz Ginsterweg in Wilstedt-Siedlung.



Ziel der Wanderung war es, sich während der Wanderung um den See herum vor Ort ein Bild vom aktuellen Zustand des Gebietes zu machen. Der **SPD-Tangstedt** ist es ein besonderes Anliegen, diese Badestelle einerseits zu erhalten, andererseits aber zur Schonung der Gemeindekasse, zur Vermeidung von Vandalismus und von Umweltverschmutzung sie in ein verändertes Nutzungskonzept zu überführen.



Bürgermeister Criwitz (SPD) informierte die Anwesenden am Parkplatz und an der Badestelle, dass die Gemeinde vor allem an den heißen Wochenenden im Sommer mit Sachbeschädigungen, Umweltverschmutzungen und Falschparkern zu kämpfen hat und diskutierte Möglichkeiten, wie dies zukünftig vermieden werden kann.



Während der rund zweistündigen Wanderung informierten auch **Wolf Staack** und **Raymund Haesler** (**Mitglieder der SPD-Gemeinderatsfraktion**) über Kiesabbau und Stand bisheriger Renaturierungsmaßnahmen.

Nach der Rückkehr zum Bolzplatz kam es während eines Picknicks zu vielen Gesprächen auch mit Vertretern anderer Tangstedter Interessengruppen, aus denen etliche Anregungen in die Arbeit der **Tangstedter SPD** einfließen werden. Schließlich schaute noch der für die Gemeinde Tangstedt zuständige **SPD-Bundestagskandidat Franz Thönes** auf seiner Wahlkampftour durch den Wahlkreis am Bolzplatz vorbei und informierte sich über die Anliegen der Tangstedter Bürger.

PS: Machen Sie auch am **22. September** zwischen 8 Uhr und 18 Uhr eine **kleine Wanderung**. Dieses Mal zu Ihrem Wahllokal. Drücken Sie durch Ihre Stimmenabgabe aus,

wie in den nächsten Jahren der Deutsche Bundestag zusammengesetzt sein soll. Nutzen und stärken Sie damit eines Ihrer **Grundrechte unserer Demokratie!**

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 16.09.2013, 09:48 Uhr - 10502 Clicks - Nr. 641

Gründung einer Wählerinitiative für Nina Scheer

Politische Unterstützerinnen und Unterstützer der SPD-Bundestagskandidatin im Wahlkreis Herzogtum Lauenburg – Stormarn-Süd, Nina Scheer, haben eine Wählerinitiative gegründet.

Die Unterzeichner der Initiative schalten in den Regionalzeitungen Anzeigen, in denen sie zur Wahl der Kandidatin mit der Erststimme aufrufen. Ihre Überzeugung: „Wir brauchen Nina Scheer im Bundestag.“

Mit ihrer Initiative erklären die Unterstützer:

Wir möchten an alle Wählerinnen und Wähler im Herzogtum Lauenburg und in Stormarn-Süd appellieren, ihr Erststimme Dr. Nina Scheer zu geben. Nina Scheer steht für eine zügige Energiewende, für eine sichere, bezahlbare Energieversorgung durch Erneuerbare Energien – zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen und für Importunabhängigkeit. Sie setzt sich für ein Verbot von Fracking und die schnellstmögliche Umsetzung des Atomausstiegs ein. Nur umwelt- und sozialverträgliches Wirtschaften hat nach ihrer Überzeugung eine Zukunft.

Nina Scheer setzt sich auch für eine Stärkung unserer Solidarsysteme ein: Eine gerechte Altersversorgung, die Abschaffung der Klassenmedizin und gute Pflege. Kinder und Jugendliche müssen gleiche Chancen in Bildung und Ausbildung erhalten. Bildung muss auch Integration und Weiterbildung gewährleisten.

Wir brauchen Nina Scheer im nächsten Bundestag. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht – wählen Sie am 22. September Nina Scheer!

Zu den Erstunterzeichnern gehören:

- Günter Grass, Grafiker und Schriftsteller
- Ernst Ulrich von Weizsäcker, Klimaforscher
- Gesine Schwan, Präsidentin der HUMBOLDT-VIADRINA School of Governance
- Erhard Eppler, Bundesminister a.D.
- Christoph Müller-Wirth, Verleger
- Johano Strasser, Schriftsteller
- Franz Alt, Journalist und Autor
- Peter Sloterdijk, Philosoph und Autor
- Franziska Sperr, Schriftstellerin, Vizepäsidentin des P.E.N.-Zentrums Deutschland
- Klaus Staeck, Präsident der Akademie der Künste
- Susanne Weber-Mosdorf, stellvertretende Generaldirektorin der Weltgesundheitsorganisation a.D.



- Michael Müller, Bundesvorsitzender der NaturFreunde
- Jürgen Eckert, Vorsitzender der Arbeiterwohlfahrt Ahrensburg
- Wolfgang Engelmann, Bürgermeister a.D. Mölln
- Detlef Palm, Bürgermeister a.D. Reinbek
- Ursula Pepper, Bürgermeisterin a.D. Ahrensburg
- Eckart Kuhlwein, Parl. Staatssekretär a.D.

[Zur Anzeige](#)

Keine Kommentare

[SPD-Barsbüttel](#) - veröffentlicht am 16.09.2013, 13:25 Uhr - 4099 Clicks - Nr. 642

Rührei, Brötchen, Bildungspolitik

Rührei, Brötchen und Bildungspolitik - so sah das Frühstücksbuffet für etwa 20 Barsbüttlerinnen und Barsbüttler aus, die einer Einladung der SPD Barsbüttel ins Bürgerhaus gefolgt waren. Hermann Hanser, Fraktionsvorsitzender der SPD Barsbüttel und Vorsitzender des SKS-Ausschusses der Gemeinde, und Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, sprachen mit Lehrern, Eltern und Großeltern über Wünsche und Wirklichkeit von Kitas, Grundschulen und Gemeinschaftsschule.



Hermann Hanser: „Angesichts der nahenden Bundestagswahl war es uns ein Anliegen zu zeigen, welche Weichenstellungen wir in Barsbüttel leisten können, was in Kiel entschieden wird und wo wir auf die Unterstützung des Bundes angewiesen sind.“ Beispiel Inklusion: 2008 ist das „Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ der UNO-Generalversammlung in Kraft getreten, das die Rechte von Menschen mit Behinderung auf Inklusion beschreibt. Inklusion ist Menschenrecht, bedeutet aber auch große Herausforderungen für unsere Schulen. Das Land ist für die personelle Ausstattung der Schulen zuständig, die Städte und Gemeinden für deren räumliche und sächliche Ausstattung. Aber können die Herausforderungen ohne eine Beteiligung des Bundes bewältigt werden?

Seit dem 1. August 2013 gibt es einen Rechtsanspruch für Zwei- bis Dreijährige auf einen Betreuungsplatz. Für Drei- bis Sechsjährige gibt es diesen Anspruch schon länger. Städte und Gemeinden haben, mit Hilfe von Bund und Land, viel unternommen, um genügend Plätze zu schaffen. Auch in Barsbüttel hat sich viel getan. Aber werden die Kitas auch ihrem Bildungsauftrag gerecht? Kann der Bund auch die Qualität der Plätze fördern, nachdem die nötige Quantität sichergestellt ist?

Ganztagschule ist wichtig, um allen Kindern und Jugendlichen die beste Bildung zu ermöglichen. Schule soll ein aktiver Lehr- und Begegnungsort sein - mit bester Förderung aller Schülerinnen und Schüler, mit hervorragend qualifizierten Pädagogen, guten Freizeitangeboten und einer attraktiven Vernetzung mit Vereinen, Kulturträgern, Jugendhilfe und Jugendarbeit. Schleswig-Holstein hat auf diesem Weg mit einigen gebundenen und vielen offenen Ganztagschulen (nur) erste Schritte geschafft. Kann sich die Idee der SPD durchsetzen, im Rahmen eines zweiten Ganztagschulprogramms die Qualität der

Angebote zu verbessern und schrittweise jedem, der möchte, einen Ganztagsplatz anzubieten?

Martin Habersaat: „Ich habe mich gefreut, vor allem mit Schulpraktikern und Eltern über anstehende Fragen ins Gespräch zu kommen. Vieles, was die Zukunft unserer Kinder betrifft, wird nun einmal von der Politik entschieden. Insofern lautet mein Aufruf immer: Mischt euch ein!“

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 17.09.2013, 12:09 Uhr - 27198 Clicks - Nr. 643

Rix trifft Albig

Mit prominenter Unterstützung startet die SPD Rendsburg-Eckernförde in den Wahlkampfendspurt! Ab 18:30 Uhr werden in der Galerie 66 in der Kieler Straße der Ministerpräsident von Schleswig Holstein, Torsten Albig und der Bundestagsabgeordnete Sönke Rix zu einem Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern erwartet.

Die musikalische Begleitung der Abendveranstaltung liegt in den Händen der „Borby Dixies“, die Moderation liegt bei Sabrina Jacob aus Schacht-Audorf. Zu dieser Veranstaltung sind alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.



Kommentar von [Rainer Grobe](#) vom 29.09.2013, 22:39 Uhr:

RE: Rix trifft Albig

Wir haben an der Veranstaltung als Urlauber /Genossen teilgenommen und fanden sie sehr gut. Grüße aus Hessen von Käthe und Rainer Grobe

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 17.09.2013, 17:05 Uhr - 15070 Clicks - Nr. 644

Diskussionsveranstaltung mit SPD-MdB Thönnies in Norderstedt

Zum Geburtstag kam Ministerpräsident Albig

Als der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies zur Veranstaltung „Deutschland besser regieren“ mit Ministerpräsident Torsten Albig einlud, konnte er sich prominenter Glückwünsche sicher sein. Am Tage seines Geburtstags kam der Regierungschef ins Gemeindehaus Schalom jedoch nicht nur, um ihm zu gratulieren, sondern auch, um über die Regierungspolitik in Land und Bund zu sprechen.



„Mein Anspruch an meine Regierung ist es, dass wir den Menschen zuhören und dann eine Entscheidung abwägen“, beschrieb Torsten Albig seinen Regierungsstil, bei dem der Dialog im Mittelpunkt steht.

Dem gegenüber steht die schwarz-gelbe Regierungsmehrheit im Bund, die der SPD-Bundestagsabgeordnete gemeinsam mit seiner Partei am 22. September ablösen will: „Die Bundesregierung tut, als wenn sie täte und betreibt folgenlose Gipfelstürmerei“, kritisiert Thönnnes die Abwarte-Taktik der Bundeskanzlerin und die vielen, ergebnislosen Gipfel zu verschiedensten Themen. Eine von Peer Steinbrück geführte Regierung hingegen würde sich auf die Bereiche konzentrieren, die unser Land zusammenhalten.

Scharf griff Albig die Arbeits- und Sozialpolitik im Bund an: „Ich will in keiner Gesellschaft leben, in der wir hinnehmen, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit nicht leben können.“ Insbesondere vor dem Hintergrund der Ausweitung prekärer Beschäftigung einerseits und dem Fachkräftemangel andererseits sei der Bund in der Pflicht, hier klare Grenzen gegen Missbrauch einzuziehen. Das Land habe dazu das Tariftreuegesetz beschlossen, das Mitbestimmungsrecht verbessert und wird die Gründung von Jugendberufsagenturen voranbringen.

Thönnnes unterstrich die Wichtigkeit von sozialer Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt insbesondere bei Leiharbeit: „Es darf nicht sein, dass Angestellte und Leiharbeiter gegeneinander ausgespielt werden. Diese muss geregelt und befristet werden.“ Zudem wolle die SPD das Prinzip ‚gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ bei Leiharbeit sowie bei Männern und Frauen. Die Bundesregierung hat hingegen die Arbeitsmarktförderung massiv zusammengestrichen, so dass einige Einrichtungen, die Menschen in Arbeit verhelfen, schließen müssen.

Mit Blick auf den angespannten Wohnungsmarkt in Norderstedt bewegte die Zuhörer insbesondere das Thema Wohnen. „Wir brauchen Vielfalt in den Städten! Deshalb hat die Landesregierung Mittel bereitgestellt, um einige tausend Wohnungen auf den Markt zu bringen“, konnte Albig berichten.

Thönnnes dazu: „Wir sind im Bund gefordert, das zu korrigieren, was die Merkel-Koalition zusammengestrichen hat. Wir brauchen eine verlässliche Städtebaupolitik. Dafür wollen wir mindestens 700 Mio. Euro zur Verfügung stellen.“ Eine von der SPD geforderte Mietpreisbremse sowie eine Senkung der Stromsteuer um 25 Prozent sollen weitere Entlastungen für die Verbraucher ermöglichen.

Abgeschlossen wurde der Abend mit dem Themenblock Bildung. Hier beschrieb der Ministerpräsident die Herausforderungen im Bildungssystem: „Auch Lehrer werden älter. Wir brauchen hier guten Nachwuchs, um den sich auch andere in der freien Wirtschaft bemühen.“ Und er bekräftigte: „Bei meiner Wertevorstellung ist es gar nicht zulässig zu sagen ‚Wir brauchen euch nicht‘. Wir müssen deshalb denen helfen, die eine zweite Chance benötigen, in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu kommen. Sonst wird es den Menschen nicht gerecht und schadet auch unserer Wirtschaft.“

Thönnnes verwies auf die Priorität Bildung im Programm der SPD: „Unser Ziel ist es, sie von der Kita bis zur Uni gebührenfrei zu gestalten. Deshalb wollen wir hierfür zusätzlich 20 Mrd. Euro in die Hand nehmen. Und wir müssen das Kooperationsverbot zwischen Bund und Ländern im Bildungsbereich dringend abschaffen, um die notwendigen Investitionen auf allen Ebenen tätigen zu können.“

Bildunterschrift: Zum Geburtstag gratulierten Franz Thönnnes (Mitte) die Landtagsabgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber, Rita Thönnnes, Landtagsabgeordnete Serpil Midyatli und Ministerpräsident Torsten Albig (v.l.n.r.)

Keine Kommentare

SPD-Tangstedt: Bericht aus dem Bauausschuss (17.09.2013)

Am heutigen Dienstag, den 17.09.2013, trafen sich die **Mitglieder des Bauausschusses** um 18:30 Uhr zu einem Ortstermin an der Wulksfelder Schleuse, die aufgrund ihres aktuellen Zustandes ersten Sanierungsbedarf aufweist.

Seitens des **Gewässerpflegeverbandes** erläuterte **Herr Möller** Details zum aktuellen Zustand der Schleuse. Im Ergebnis kamen die Ausschussmitglieder, die Vertreter des Gewässerpflegeverbandes und des **Amtes Itzstedt, Herr Ralf**, überein, dass man im Gespräch mit dem für den Wasserweg zuständigen Amt in Itzehoe Kontakt aufnehmen und Fördermittel und Ablaufaufdetails klären wird.



Während der später im Rathaus fortgesetzten Ausschusssitzung erklärte **Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)**, dass noch Bauteile für die Seilbahn auf dem Spielplatz Eichholzkoppel fehlen, um diese wieder in Betrieb zu setzen. Die Anwesenden wurden weiter in Kenntnis gesetzt, dass **Eckhard Harder (Wiemerskamp)** aus der CDU-Fraktion ausgetreten ist, aber sein Gemeindevertreteramt weiter wahrnehmen will. Es wurde weiter ein Straßenzustandskatalog angemahnt. Im Vorfeld der nächsten Bauausschusssitzung wird es einen Ortstermin an der Bedarfsampel Hauptstraße/Fasanenring geben, um die Installation eines Schutzgitters zwischen den wartenden Fußgängern und dem fließenden Verkehr zu klären. Weiter wurde der Antrag gestellt, im Bürgerpark eine Boccia-Sandfläche einzurichten und eine wöchentliche Anlieferungsmöglichkeit für Einwohner der Gemeinde Tangstedt am Kompostwerk Bützberg zu klären.

Während der Einwohnerfragestunde erläuterte ein Anwohner, dass man alle Fraktionen um Ihre Haltung zur Sanierung des Rader Weges befragt habe und gab hierüber Auskunft.

Ausschussvorsitzender Dr. Paasch erklärte zum Tagungsordnung Sanierung des Rader Weges, dass man bei „Null“ beginnen möchte und unter Bürgerbeteiligung das weitere mögliche Vorgehen klären will. Es ist einhelliger Wunsch aller Fraktionen, eine für die Anwohner wie die Gemeinde kostengünstige Sanierung des Rader Weges zu planen.

Die Auswahl der innerhalb der Schule und den Kindertagesstätten zu installierenden Beleuchtungskörper wurde auf einen späteren Termin verschoben, da **Norman Hübener (SPD)** zu Recht die Frage äußerte, warum bei der Auswahl der Schulleiter sowie die Leitungen der Kindertagesstätten nicht eingebunden wurden. Nur für die Sporthalle wurden die Beleuchtungskörper festgelegt.

Ein Antrag zur veränderten Beschilderung des Wassermühlenweges wie der Herabsetzung des zulässigen Gesamtgewichtes und der Beschränkung „Anlieger frei“ wurde vor dem Hintergrund abgelehnt, dass es einen gleichlautenden Antrag bereits gäbe und das Ordnungsamt sich hierzu noch abschließend äußern müsste.

PS: Machen Sie auch am **22. September** zwischen 8 Uhr und 18 Uhr auch einen **Orts-termin!** Dieses Mal in Ihrem Wahllokal. Drücken Sie durch Ihre Stimmenabgabe aus, wie in den nächsten Jahren der Deutsche Bundestag zusammengesetzt sein soll. Nutzen und stärken Sie damit eines Ihrer **Grundrechte unserer Demokratie!**

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Keine Kommentare

Sonntag ist Bundestagswahl!

Der Countdown läuft.

Ganz im Zeichen der in wenigen Tagen stattfindenden Bundestagswahl steht die aktuelle RUK - Rund um Kirchbarkau Ausgabe 205.

Einen Einblick erhalten Sie hier:

http://www.spd-net-sh.de/ploen/barkauer-land/images/user_pages/RuK_205_seite1%2B3%2B4.pdf



Keine Kommentare

647 Gehen Sie wählen!

Das Wahlrecht ist ein Grundpfeiler unserer Demokratie - nutzen Sie Ihre Möglichkeit, Einfluss auf die Zukunft unseres Landes zu nehmen!



Das Wahlrecht ist Grundpfeiler der Demokratie.

Deshalb machen Sie von ihrem Recht Gebrauch!

Wenn Sie sich nicht entscheiden können oder von der Politik enttäuscht sind, dann machen Sie den Stimmzettel ungültig und machen so auf ihren Unmut aufmerksam!

Bitte gehen Sie zur Wahl!

Wenn Sie können, unterstützen Sie ROT-GRÜN, Gründe dafür gibt es genug!

Wer da meint, es gäbe sowieso kaum Unterschiede zwischen ROT-GRÜN und SCHWARZ-GELB und Anderen, der irrt oder lässt sich von Wahlenthaltungsbefürwortern aufs falsche Gleis führen!

Keine Kommentare

Auch Kinder und Jugendliche in Segeberg haben ein Recht auf gute Bildung

SPD-MdB Thönnies zum Weltkindertag

Am 20. September findet der Weltkindertag unter dem Motto „Chancen für Kinder!“ statt. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies setzt sich für eine Stärkung der Kinderrechte und für den Ausbau guter Kitas und Ganztagschulen in Segeberg ein.



Noch immer hängen Bildungschancen in Deutschland stärker als in anderen Ländern von der sozialen Herkunft ab. Einkommen, Bildung und sozialer Status der Eltern entscheiden über den Bildungserfolg der Kinder. Auf diesen Missstand machen zahlreiche Organisationen am Weltkindertag zu Recht aufmerksam. „Wir brauchen die richtigen Weichenstellungen in der Bildungspolitik, denn wir dürfen niemanden zurücklassen. Wichtige Schritte sind der Ausbau einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung sowie ein neues Ganztagsschulprogramm. Nur so kann es gelingen, die Jüngsten in unserer Gesellschaft auch in Segeberg besser zu fördern“, erklärt Thönnies.

Er betont zudem, dass Kinder keine kleinen Erwachsenen seien und ein Recht auf Freiräume hätten. „Kinder und Jugendliche brauchen Zeit, sich selbst zu entdecken, Zeit mit Freunden zu verbringen oder in Vereinen mitzumachen. Grundlage hierfür ist ihre materielle Sicherheit. Deshalb wollen wir ein einkommensabhängiges, sozial gestaffeltes Kindergeld einführen, in das wir den bisherigen Kinderzuschlag integrieren. Dies kommt insbesondere Beziehern unterer und mittlerer Einkommen zugute.“, ergänzt der Abgeordnete. „Der flächendeckende Ausbau von Ganztagsangeboten in Kitas und Schulen, gekoppelt mit dem neuen Kindergeld ist unsere sozialdemokratische Kindergrundsicherung. Sie verbindet gute Bildungschancen mit einer gerechten materiellen Absicherung für Familien“, so Thönnies.

Es muss auch darum gehen, die Rechte von Kindern und Jugendlichen zu stärken. Ein wichtiger Schritt wäre die Verankerung von Kinderrechten in der Verfassung. „Deshalb trete ich im Bundestag für die Änderung des Grundgesetzes ein. Es ist bedauerlich, dass Schwarz-Gelb hier seit Jahren auf der Bremse steht,“ kritisiert der SPD-Politiker.

In der UN-Kinderrechtskonvention ist das Recht auf Bildung, Schule und Berufsausbildung in Art. 28 festgeschrieben. Die Konvention ist das weltweite Grundgesetz für Kinder. Sie enthält umfassende Rechte zum Schutz, zur Förderung und zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen bis 18 Jahre.

Keine Kommentare

„Schlei-GröÙte Werftendichte Deutschlands“

SPD-Bundestagskandidat Dirk Peddinghaus besucht Amt Südangeln

Amt Südangeln – In der Verkehrspolitik des Bundes werden in den nächsten Wochen und Monaten die Weichen neu gestellt. Ein besonderes Augenmerk legen die Menschen die an und von der „Schlei“ leben auf den Status des einzigen Ostseefjordes als Bundeswasserstraße. Was es aber bedeutet, wenn die „Schlei“ zwar den Status als Bundeswasserstraße weiterhin erhält, aber die notwendigen Ausbaggerungen der Fahrrinne nicht mehr durchgeführt werden und auch der Besatz mit Tonnen zur Fahrrinnenmarkierung herabgesetzt wird? Diese für die gesamte Schlei-Region wichtigen Fragen wurden auf einer Informationsveranstaltung des SPD-Amtsverbandes Südangeln durch den SPD-Bundestagskandidaten Dirk Peddinghaus beantwortet. Um die Fragen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen beantworten zu können, hatte sich der SPD-Bundestagskandidat Dirk Peddinghaus zu Gesprächen mit dem Fährmann Herrn Rüdiger Jöns von der Fähre „Missunde“ und dem Besitzer der Marina Brodersby Herrn Jens Hebel im Vorfeld einer Abendveranstaltung getroffen.

Der Fährmann Jöns, der ca. 100.000 Kraftfahrzeuge jährlich über die Schlei befördert, sah für sich einen möglichen Rückgang der Fahrgäste als eine Gefahr bei einer Herabstufung als Bundeswasserstraße an. „Gerade in der Vor- und Nachsaison werden viele Segler nicht mehr mit der Fähre fahren um zur Marina zu kommen, wenn sie ihre Schiffe in andere Häfen verbracht haben. Die Herabstufung ändert nichts an den Vorfahrtsregeln auf der Schlei. Ich muss allen Schiffen und Booten, die durch die Missunder Enge fahren, Vorfahrt gewähren“, so Jöns der zusammen mit 2 weiteren Angestellten den Fährbetrieb an 365 Tagen im Jahr aufrecht hält.

Der Besitzer des Yachtservices der Marina Brodersby, die 400 Winterliegeplätze und 50 Bootsliegeplätze im Sommer anbietet, Herr Jens Hebel brachte einen weithin unbekanntem Aspekt der wirtschaftlichen Situation in das Gespräch. „Es ist kaum bekannt, das es an der Schlei die größte Werftendichte Deutschlands gibt. Wenn die Fahrrinne nicht regelmäßig ausgebaggert wird und die Schiffe und Boote die Werften anfahren bzw. wieder verlassen können, werden auf Dauer viele Betriebe schließen. Heute ist es zum Beispiel noch kein Problem von Arnis nach Lindaunis zu fahren, aber von Missunde nach Schleswig gibt es heute schon 2 Nadelöhre. Jedes Jahr bleiben in der Stexwiger Enge 3 bis 4 Schiffe mit Schäden an den Antriebspropellern liegen“, so Hebel. In der Marina Brodersby sind 30 Mitarbeiter beschäftigt und es werden 8 junge Menschen zu Bootsbauern ausgebildet. Es sei für Hebel nicht nachvollziehbar, das am Stratus der Schlei erst etwas geändert werden soll, um dann später festzustellen, dass eine Ausbaggerung später so teuer ist, das diese dann nicht mehr ausgeführt wird.

Dirk Peddinghaus, selber begeisterter Segler, versprach auf einer Abendveranstaltung sich für die Belange der Schlei einsetzen zu wollen. „Die Überlegungen im Ministerium für Verkehr die Schlei als Bundeswasserstraße herabzusetzen würde großen Schaden in der Region anrichten. Wir haben hier sicher nicht die Tonnage wie auf der Elbe, und wir bauen hier auch keine Kreuzfahrtriesen wie in Pappenburg an der Ems, aber der touristische Aspekt mit vielen tausend Seglern und Ausflüglern pro Jahr wird völlig außer Acht gelassen. Ich werde mich in Berlin dafür einsetzen, dass es nicht zu einer Herabstufung der Schlei kommt“, so Peddinghaus. Es sei für ihn nicht hinnehmbar, dass der maritime Charakter der Schlei ohne Not aufs Spiel gesetzt wird.

Im Anschluss bestand noch die Gelegenheit einige andere politische Themen mit dem SPD-Kandidaten Peddinghaus zu besprechen. Auch hier waren sich alle Beteiligten einig, dass der Landesteil Schleswig dringend neue Verkehrsanbindungen nach Holstein erhalten muss. Die Landes- und Bundesregierung müssen schnell handeln und Pläne für neue Verkehrskreuzungen über den Nord-Ostsee-Kanal entwickeln und planen um ein ähnliches Verkehrschaos wie zurzeit in der Zukunft zu verhindern. Aber auch in den Ausbau des schnellen Internets sollte laut Peddinghaus schnell weiter investiert werden um die Standortnachteile des Landesteils Schleswig zu kompensieren.

Keine Kommentare

Lesung und Diskussionsabend mit Günter Grass, 17. September 2013, Lauenburg

Am Abend des 17. September hatte SPD-Bundestagskandidatin Dr. Nina Scheer den Nobelpreisträger für Literatur Günter Grass zu Gast. Die als Lesung mit Diskussionsabend in der lauenburgischen Heinrich-Osterwold-Halle ausgerichtete Veranstaltung besuchten über 170 - unter ihnen auch zahlreiche junge - Teilnehmerinnen und Teilnehmer.



Den Lese- und Diskussionsabend erklärte Günter Grass als Unterstützung der Kandidatur von Nina Scheer. Günter Grass zählt auch zu den Erstunterzeichnern der vor wenigen Tagen in Regionalzeitungen und online-Medien erschienenen Wählerinitiative für Nina Scheer. Er habe bereits ihren Vater, Hermann Scheer, als Visionär und Vorkämpfer für Erneuerbare Energien sehr geschätzt. Grass erinnerte dabei an die gemeinsame Ehrung in Stockholm, als im Jahr 1999 zeitgleich zur Verleihung des Nobelpreises für Literatur an ihn der Alternative Nobelpreis an Hermann Scheer verliehen wurde. Er, Grass, begrüße es sehr, dass Nina Scheer mit ihrer Expertise und ihrem Engagement für die Energiewende nun in die Fußstapfen ihres Vaters trete.

Für die Lesung hatte Günter Grass eine Passage aus seinem Werk „Der Butt“ gewählt. Der 1977 erschienene Roman geht auf die Rolle von Mann und Frau, aber auch menschliche Antriebe für politisches Wirkens ein. Nina Scheer gab einige gelesene Zitate wieder, verknüpft mit der Frage, inwiefern hierin die Aussage getroffen werde, erst die Not treibe Menschen zu politischem Agieren. Günter Grass ging hierauf mit Kritik insbesondere an den Medien ein, insofern sie sich auf unpolitische Häme konzentrierten, statt die drängenden Herausforderungen der Zeit und die sehr wohl unterscheidbaren Lösungsansätze der verschiedenen Parteien und politischen Akteure aufzugreifen.

Ein Teilnehmer erklärte als die größte Not der Gesellschaft den Werteverfall, wie er etwa in Bezug auf Drohnen offenbar werde, die Hinrichtungen ohne Urteil vollzögen. Scheer ermahnte, auch mit Blick auf Syrien die Verfassungswerte und Menschenrechte zur wahren. Jedwede Intervention müsse sich auf der Grundlage eines Mandats der Vereinten Nationen und über Friedensförderung definieren: „Vergeltungs- bzw. Strafaktionen, erfüllen keine Friedensmission“, so Scheer. Eine weitere Diskrepanz zwischen Verfassungswerten und Praxis sei vor unserer Haustür zu finden, ergänzte Scheer. Auf Grundlage des Bundesberggesetzes werde bis heute Kohleabbau und Fracking genehmigt bzw. seien Genehmigungen nicht auszuschließen. Hierbei werde der Verlust ganzer Dörfer trotz eines entgegengesetzten verfassungsrechtlich verankerten Staatsziels Umweltschutz in Kauf genommen. Scheer erklärte, sich im Bundestag für eine entsprechende Änderung des Berggesetzes und ein Verbot von Fracking einsetzen zu wollen.

Auf die ebenfalls in dem Roman ‚Der Butt‘ angelegte Frage, welche Bedeutung die Geschichte für Politik biete, unterstrich Grass die Unverzichtbarkeit historischer Zusammenhänge für politische Gestaltung. Insofern sei gute Bildung und chancengleicher Bildungszugang eine Grundvoraussetzung für Demokratien.

Keine Kommentare

Endspurt im Bundestagswahlkampf

Die nächsten Wahlkampftermine in Rendsburg-Eckernförde:

Freitag, 20.09.2013

- 10:00 - 13:00, Eckernförde, Fleischerei Holtorf, Infostand mit Sönke Rix, MdB
- 13:00 - 15:00, Eckernförde, vor der Förderparkasse, Infostand mit Sönke Rix, MdB
- 15:00 - 17:00, Fleckeby, EDEKA, Infostand mit Sönke Rix, MdB
- 15:00 - 17:00, Fockbek, Rendsburger Straße, Infostand
- 16:00 - 19:00, Aukrug, Markant, Infostand
- ab 18:30, Eckernförde, Galerie 66, Endspurt-Auftakt mit Torsten Albig und Sönke Rix



Sonnabend, 21.09.2013

- 7:00, Nübbel, Bäcker, Infostand
- 7:00 - 8:30, Neuwittenbek, Höker, Infostand mit Sönke Rix, MdB
- 7:00 - 11:00, Osterby, EDEKA, Infostand
- 7:30 - 13:00, Schacht-Audorf, EDEKA, Infostand
- 8:00 - 11:00, Alt Duvenstedt, EDEKA Pahl, Infostand
- 9:00 - 10:00, Bordsesholm, Wochenmarkt, Rosen verteilen mit Ralf Stegner, MdL
- 9:00 - 11:00, Bordsesholm, Infostand
- 10:00 - 13:00, Eckernförde, Innenstadt, Infostand
- 10:00, Rendsburg, Altstädter Markt, Infostand
- 10:00, Büdelsdorf, EDEKA Butkus, Infostand
- 10:00 - 15:00, Flintbek, EDEKA und familia, Infostände zeitweise mit Ralf Stegner, MdL
- 10:00 - 12:00, Nortorf, Wochenmarkt, Infostand
- 10:00 - 12:00, Rieseby, Alte Post, Infostand
- 10:00 - 12:00, Wattenbek, Infostand
- 11:00, Eckernförde, Innenstadt, Rosen verteilen mit Ralf Stegner, MdL, Serpil Midyatli, MdL und Ulrike Rodust, MdEP
- 11:30, Rendsburg, Innenstadt, Rosen verteilen mit Sönke Rix, MdB und Andreas Breitner
- ab 19:00, Eckernförde, Kneipentour mit Sönke Rix, MdB, Serpil Midyatli, MdL und Ralf Stegner, MdL

Sonntag, 22.09.2013

- ab 17:00, Eckernförde, Ottestraße, Wahlparty
- ab 17:00, Rendsburg, Café Anno, Wahlparty

Keine Kommentare

Auf die Sachebene zurückkehren!

"Das Spekulieren um die Steuerfrage muss nun ein Ende haben. Im Interesse unserer Stadt appelliere ich an alle in der Ratsversammlung vertretenen Parteien wieder auf die Sachebene zurück zu kehren, und sich nicht weiter an Spekulationen zum Schaden der Stadt zu beteiligen", so Kreisvorsitzender Jürgen Weber.

"Wir werden die Bewertung durch die kommunale Aufsichtsbehörde abwarten, um eine Endgültige Bewertung der Frage vorzunehmen und erwarten dies auch von allen anderen, die verantwortliche Politik für unsere Stadt machen wollen. "

Zu der von der Oberbürgermeisterin entschiedenen Lösung in der Steuerfrage selbst sagt Weber:

„Als SPD-Kreisverband haben wir sehr deutlich gemacht, dass wir hinter Susanne Gaschke stehen. Wir sind sicher, dass die Oberbürgermeisterin nach bestem Wissen und Gewissen im Interesse der Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger gehandelt hat. Susanne Gaschke zeigt seit einem Jahr, dass sie anpackt und unsere Stadt im Interesse der Kielerinnen und Kieler gestaltet.“

Keine Kommentare

SPD-Tangstedt: Franz Thönnnes, unser Kandidat für Tangstedt!

Bundestagswahl 2013

Aus Ehlersberg, Rade, Tangstedt, Wiemerskamp, Wilstedt, Wilstedt-Siedlung und Wulksfelde für Berlin! Wir sind dabei!

Liebe Wahlberechtigte der Gemeinde Tangstedt. Seit 8 Uhr sind die Wahllokale in den Ortsteilen geöffnet. Sie finden Ihr Wahllokal an den bekannten Orten in Rade (Bürgerhaus), Tangstedt (Rathaus bzw. Kirchliches Gemeindezentrum), in Wilstedt (Feuerwehrgerätehaus) und in Wilstedt-Siedlung (mobiles Wahllokal Ginsterweg/Wacholderweg).



Sie können mit Ihrer ersten Stimme einen Direktkandidaten und mit Ihrer zweiten Stimme eine Partei wählen. Innerhalb des Wahlkreises Segeberg – Stormarn-Mitte, zu dem die Gemeinde Tangstedt gehört, ist **Franz Thönnnes unser SPD-Direktkandidat**, der seit fast 20 Jahren auch uns Tangstedterinnen und Tangstedter in Berlin vertritt. Dabei kann **Franz Thönnnes** nicht nur seine politische Erfahrung als SPD-Bundestagsabgeordneter für Tangstedt und Stormarn wie Segeberg in der Waagschale werfen, sondern auch sein Wissen aus seiner Tätigkeit als Staatssekretär. Etliche von Ihnen haben **Franz Thönnnes** in den letzten Wochen hier in der Gemeinde erleben können. Z. B. bei seiner Veranstaltung „**Franz Thönnnes KulTour**“ in der Tangstedter Mühle oder gestern bei Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern vor unserem Naheinkaufszentrum.

Entsprechend lautet **Franz Thönnnes** Motto: **Da sein. Zuhören. Handeln.**

Auszug von dem Internetauftritt von [Franz Thönnnes](#):

Am 22. September wählen Sie einen neuen Bundestag. Als Ihr **SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Segeberg – Stormarn-Mitte**, werbe ich erneut um Vertrauen.

Stillstand und Streit prägen die Merkel-Regierung. Mit 46 ergebnislosen Gipfeln wird Politik simuliert und von der Substanz gelebt. Dies können wir uns nicht weiter leisten. Mit Ihren Stimmen für die SPD am 22. September kann wieder eine gute Perspektive für soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Stärke, nachhaltiges Wachstum und gesellschaftlichen Zusammenhalt geschaffen werden. [SPD-Regierungsprogramm](#)

Mein Leitmotiv lautet „**da sein – zuhören – handeln**“. Meine Schwerpunkte entnehmen Sie bitte meinem [Kandidatenflyer](#).

Eine realistische Aussicht, den Bundestagswahlkreis 8 direkt zu gewinnen, haben nur die Kandidaten von SPD und CDU. Sie entscheiden daher mit ihrer Erststimme, ob „Segeberg – Stormarn-Mitte“ in Berlin sozialdemokratisch-fortschrittlich oder konservativ vertreten wird.

[Das sind die beiden Alternativen.](#)

Deshalb bitte ich am 22. September um Ihr Vertrauen bei der Erststimme und bei der Zweitstimme für die SPD.

Ihr Franz Thönnnes

In Ihrem Wahllokal können Sie bis 18 Uhr Ihre zwei Stimmen abgeben. Wichtig ist es, vor 18 Uhr im Wahllokal angekommen zu sein, auch wenn sich dann innerhalb des Wahllokals eine Warteschlange bildet. Wenn um 18 Uhr die Tür geschlossen wird, dürfen alle innerhalb des Raumes befindlichen noch zur Wahlkabine schreiten. Neben Sie Ihre Wahlberechtigungskarte und ein Ausweispapier mit. Sollten Sie akut erkranken, muss sich ein Bevollmächtigter umgehend im Wahlbüro melden. Haben Sie keine Wahlberechtigungskarte erhalten? Dann gehen Sie möglichst bald in das wahrscheinlich für Sie zuständige Wahllokal.

Stärken Sie unsere **Demokratie**, um die etliche Menschen auf der ganzen Welt uns beneiden. Nehmen Sie Ihre **Grundrechte** wahr.

Geben Sie Ihre Stimmen **Franz Thönnnes** und unserer **SPD**, damit unsere Gesellschaft auch wieder sozialer und gerechter wird.

Herzlichen Dank.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter www.facebook.com/SPDTangstedt oder www.twitter.com/SPDTangstedt erhalten!

Keine Kommentare

Ausstellung über die Geschichte der SPD

Die SPD-Ortsvereine Wilster und Nortorf hatten gemeinsam im Rahmen des 150. Geburtstages der SPD eine Ausstellung im „Hotel Busch“ organisiert. An rund 20 Stellwänden wurde in Schrift- und Bildform die lange SPD-Geschichte dokumentiert. Die Wanderausstellung ist von der Parteizentrale in Berlin zusammengestellt und erarbeitet worden. Die beiden Ortsvereine müssen lediglich die Transportkosten von Berlin nach Wilster tragen. Holger Stamm und andere hatten die Ausstellung aufgebaut.

Die 2. Ortsvorsitzende des Wilsteraner Ortsvereins Kirsten Hillebrecht-Kahl begrüßte am letzten Freitag zur Eröffnung zahlreiche Mitglieder und Freunde der SPD voran die Bundestagskandidatin Dr. Karin Thissen, die Landtagsabgeordnete Birgit Herdejürgen aus Itzehoe und den Nortorfer Ortsvorsitzenden Jan Behrens. Ihre Eröffnungsrede begann Karin Thissen mit den Worten: „Wer die Vergangenheit nicht kennt, versteht die Gegenwart nicht und kann die Zukunft nicht gestalten.“ Die Sozialdemokraten hätten es in den vergangenen 150 Jahren nicht immer leicht gehabt. Sie seien zeitweise als „vaterlandslose Gesellen“ und „Volksverräter“ verspottet, eingesperrt oder auch umgebracht worden. Weil sie sich aber nicht beirren ließen, sei Deutschland heute ein demokratisches, rechtsstaatliches und weltoffenes Land geworden. Es sei hier lebenswert, aber man müsse noch vieles verbessern. In den letzten Jahren sei eine Schieflage eingetreten und die Schere zwischen arm und reich werde immer größer. Die SPD werde sich – wie seit 150 Jahren – dafür einsetzen, die Lebensbedingungen der meisten Menschen zu verbessern.

Helmut Jacobs hielt einen Vortrag über die Geschichte der SPD in Wilster und Nortorf. Das Gründungsdatum des Wilsteraner Ortsvereins sei nicht bekannt, weil am 8. Mai 1933 zwei SPD-Schränke und ein Aushangkasten aus dem SPD-Parteilokal von den Nazis beschlagnahmt worden und nie wieder aufgetaucht seien. Man sei aber stolz auf eine über 100 Jahre alte Ortsvereinsfahne, die vom Hausmeister der Mittelschule Hermann Führer während der Nazizeit auf einem Dachboden versteckt worden sei. Jacobs habe recherchiert, dass es viele Anhaltspunkte dafür gebe, die Gründung auf das Jahr 1895 zu datieren. In Chroniken benachbarter Ortsvereine gebe es Hinweise, dass es bereits vor 1897 in Wilster Sozialdemokraten gegeben haben müsse. Als 1899 in Wilster der im gesamten Deutschen Reich berühmte große Streik der Lederarbeiter stattfand, sei häufig davon die Rede gewesen, dass es in Wilster drei SPD-Stadtverordnete gebe. Im Dezember 1902 habe auf der Gründungsversammlung eines sozialdemokratischen Wahlvereins für Wilster und Umgebung ein Redner dazu aufgerufen, dass Wilster wieder das werden müsse, was es früher einmal gewesen sei, nämlich eine Hochburg der Sozialdemokratie. Der letzte SPD-Vorsitzende vor 1933 sei Hans Prox gewesen. Er wurde von den Nazis eingesperrt und verstarb 1945 im Konzentrationslager.

Nach 1945 habe es in der SPD in Wilster viele Ehrungen langjähriger Mitglieder gegeben. 1980 sei der frühere Maurer Paul Endorf für eine 75-jährige Mitgliedschaft geehrt worden. Jacobs nannte Namen von Parteigenossen wie Karl Goldmann, Franz Jonigk, Wilhelm Glindmeyer, Helene Albers, Karl Bruhn, Heinrich Schacht, Theodor von Holdt, Heinrich Jacobs, Nikolaus Nottelmann und Willi Reckmann, die in den 70er Jahren für 50-jährige Mitgliedschaft in der SPD geehrt worden seien. Nach dem 2. Weltkrieg habe es ein neues Kapitel der SPD in Wilster gegeben. Der Sozialdemokrat Heinrich Büttner sei von den Engländern zunächst als kommissarischer Bürgermeister ernannt worden. Obwohl die SPD bei fast allen Kommunalwahlen die meisten Stimmen erzielt habe, stellten die bürgerlichen Parteien den Bürgervorsteher.

1986 sei mit Lisa Martens erstmalig eine Sozialdemokratin Bürgervorsteherin geworden. Er selbst habe dieses Amt von 1990 bis 2003 bekleidet. In dieser Zeit habe die SPD mit ihrer Mehrheit die Stadt sehr positiv verändert. Jacobs erinnerte an Sozialdemokraten wie

Albert Tönsen, Hermann Horstmann, Gerhard Kendelbacher, Werner Wiekhorst, Wilhelm Schuldt, Albert Beckmann, Hubert v. Holdt, Helmut Wähling, Hanna Heutmann und Walter Jacobs, die die ersten 30 Jahre nach dem Kriege die Geschichte der SPD in Wilster geprägt hätten. Auch in der jüngeren SPD-Geschichte habe die Partei mit Otto Andresen, Hans und Helga Todt, Lisa Martens, Christa Pries, Gerhard Voss, Uwe Watzlaw, Richard Wiese, Peter Dunkel, Eike Starck, Reinhard Bunge, Uwe Martensen, Hauke Rehder, Bernd Schwutzke, Manfred Schmiade, Horst Langer, Traute Beimgraben, Hans-Peter Schober, Natascha Böhnisch, Heinke Gordon, Karin Lewandowski, Carsten Schröder und Hans Dieter Hilgers viele aktive Mitstreiter gehabt.

Helmut Jacobs sprach auch über die Geschichte des Nortorfer Ortsvereins. Diesen Ortsverein, der eng mit der Vereinsstraße verbunden sei, gebe es frühestens seit 1925. Vor dieser Zeit seien viele Leute aus der Vereinsstraße im Wilsteraner Ortsverein aktiv gewesen. Der Arbeiter Markus Mehrens aus der Vereinsstraße sei sogar viele Jahre Kassierer in Wilster gewesen. Emil Zamaitat aus der Vereinsstraße war Reichsbannerführer für Wilster und Umgebung und der erste Vorsitzende des Nortorfer SPD-Ortsvereins. Er sei wegen angeblich staatsfeindlicher Betätigung im Juli 1933 ins Glückstädter Konzentrationslager gebracht worden, wurde aber bald wieder frei gelassen.

Bekannte Sozialdemokraten in Nortorf seien nach dem Kriege Martin Stahl, Nikolaus Puck, Heinz Timmermann, Bruno Möller, Wilhelm Hintz, Rudolf Tiedemann und Johannes Stahl gewesen. Abschließend erinnerte er daran, dass man 1963 im Colosseum das „100-jährige Jubiläum“ der SPD mit der Festrednerin Annemarie Renger gefeiert habe.

Jacobs wünschte der SPD eine lange und erfolgreiche Zukunft und der Ausstellung viele interessierte Besucher.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 22.09.2013, 16:55 Uhr - 8947 Clicks - Nr. 655

Poesie und Politik 2

Nina Scheer und Martin Habersaat im Bürgerhaus Glinde

Zum zweiten Mal in diesem Jahr lud die SPD Glinde zu einem Abend unter dem Motto „Poesie und Politik“ ein. Der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und die Bundestagskandidatin Nina Scheer hatten verschiedene Texte mitgebracht, aus denen sie vorlasen und die reichlich Stoff für Gespräche beinhalteten.

Thematischer Schwerpunkt des vom Glinde SPD-Vorsitzenden Frank Lauterbach moderierten Abends waren dieses Mal das 150jährige Partei Jubiläum der SPD und das Wechselspiel von Politik und Öffentlichkeit. Kulinarisch standen Rotwein und Käse im Mittelpunkt.

Die 150jährige Geschichte der SPD ist in vielen Publikationen nachzulesen. Zwei gelungene stellte Martin Habersaat vor. Franz Walters „Die SPD. Biografie einer Partei“ und „Mehr Demokratie wagen. Geschichte der Sozialdemokratie 1830 - 2010“ von Peter Brandt, dem ältesten Sohn Willy Brandts, und Detlef Lehnert. „Besonders Franz Walter neigt zu launigen Formulierungen und fürchtet sich nicht vor knackigen Urteilen“, befand Habersaat, der Passagen über Herbert Wehner, Björn Engholm und die Bundestagswahl 2002 ebenso vorlas wie Empfehlungen der Autoren für die zukünftige Positionierung der ältesten Partei Deutschlands.

Nina Scheer hatte ein Buch ihres Vaters mitgebracht, das dieser ihr 2003 gewidmet hatte und in dem sich manche Erfahrung des Bundestagswahlkämpfers Hermann Scheer wiederfand, die seine Tochter 10 Jahre später nun selbst machen konnte. Wie sieht es mit dem gegenseitigen Respekt von Öffentlichkeit und Politikern aus? Nimmt man sich genug Zeit füreinander? Das waren zwei der Fragen, die in den ausgewählten Passagen thematisiert wurde. Auch um die Frage, ob nur noch Experten in der Politik aktiv sein sollten, ging es. Hermann Scheer formulierte: „Politik geht alle Menschen an. Politiker müssen deshalb aus der Breite der Bevölkerung kommen.“



Über manche Passage wurde lebhaft diskutiert, vieles wurde mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl neu interpretiert. Um den Titel der Veranstaltung, der neben Politik auch Poesie vorsah, gerecht zu werden, hatte Martin Habersaat als Einstieg in den Abend zudem einen Gedicht von Kurt Tucholsky mitgebracht: „Das Ideal“.

Fotoalbum: <http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/glinde-2013/oesie-und-politik-2.html>

Martin Habersaat über „Die SPD. Biografie einer Partei.“: <http://www.martinhabersaat.de/zurperson/literarisches/789-rezension-franz-walter-die-spd-biografie-einer-partei.html>

Hermann Scheer: Die Politiker <http://www.hermannscheer.de/>

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 22.09.2013, 16:58 Uhr - 7980 Clicks - Nr. 656

SPD belebt die Ortsmitte

"Endlich einmal etwas los auf dem Stiefenhoferplatz" - so lautete eine von vielen positiven Rückmeldungen, die die SPD Barsbüttel für ihr zweites großes Grillfest auf dem Marktplatz 2013 bekam. Mehrere hundert Menschen waren am Vortag der Bundestagswahl gekommen, um zu feiern, zu klönen und über Politik zu diskutieren. Für alle Programmpunkte standen Gemeindevertreter der SPD Barsbüttel zur Verfügung, dazu der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und die Bundestagskandidatin Nina Scheer.

Bis in den Abend hinein und länger als geplant saß man beisammen und stimmte sogar das eine oder andere Lied an. Martin Habersaat: „Es gehört zur politischen Arbeit, im Rathaus, in Kiel oder in Berlin Sacharbeit zu leisten, Vorlagen zu lesen und in Ausschüssen zu sitzen. Es gehört aber auch dazu, vor Ort für



Fragen zur Verfügung zu stehen und Politik zu erklären. Veranstaltungen wie diese sind dafür sehr gut geeignet.“

Sehr zufrieden mit dem Nachmittag waren auch die Gastgeber, Hermann Hanser als Fraktionsvorsitzender und Sebastian Bernt als Vorsitzender der SPD Barsbüttel. „Wir haben noch viele gute Ideen für unsere Gemeinde“, kündigen beide an.

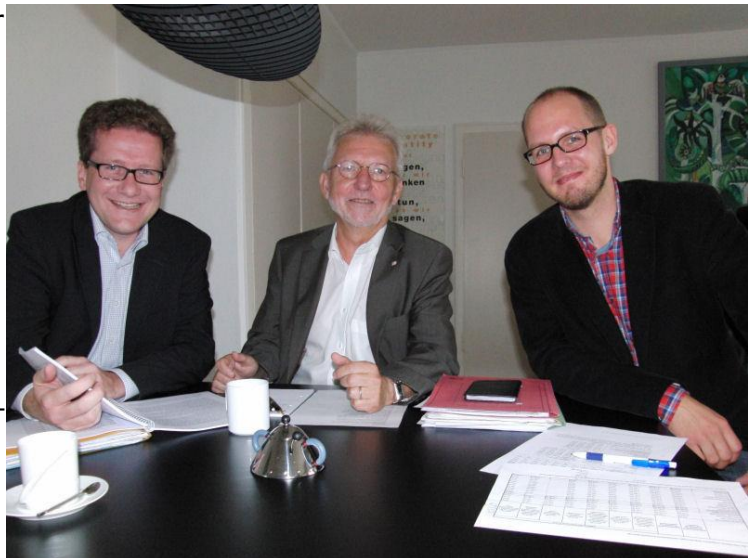
Fotoalbum: <http://www.martinhabersaat.de/zumangucken/bilder/barsbuettel-2013/grill-party.html>

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.09.2013, 07:37 Uhr - 9176 Clicks - Nr. 657

Kommunaler Finanzausgleich - Dialog hat begonnen

Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner hat einen Gesetzentwurf zur Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs (FAG) vorgelegt. In dieser Woche wird dieser vom Kabinett beraten, später folgt der Landtag. Verteilungsgerechtigkeit und Transparenz will der Innenminister erreichen, besonders der Kreis Stormarn und viele Städte und Gemeinden in Stormarn, die als wohlhabend gelten, fürchten künftig finanzielle Einbußen.



Die beiden Stormarner SPD-Landtagsabgeordneten, Martin Habersaat und Tobias von Pein, haben bereits Änderungen am Gesetzentwurf eingefordert und sind derzeit bei vielen Gesprächen dabei, offene Fragen zum FAG zu klären.

Besuche in Gemeinde- und Stadtverwaltungen, ein Termin bei der Kreisverwaltung mit Landrat Klaus Plöger und Kämmerin Christiane Maas, Teilnahme am Gemeindetag und ein Vormittag im Innenministerium zur Klärung des ersten Fragenstraußes - derzeit sind die beiden Abgeordneten viel unterwegs. Tobias von Pein: „Der erste Schritt ist, dass uns der aktuelle Entwurf plausibel gemacht und klar wird, welche Stellschrauben welche Auswirkungen für unsere Städte und Gemeinden haben. Dann wird es darum gehen, für alle tragbare Lösungen zu finden.“

„Stormarns Städte und Gemeinden sind besonders dadurch betroffen, dass die Sonderkreisumlage, die der Kreis Stormarn von finanzkräftigen Gemeinden erhebt, bisher vergleichsweise niedrig war, die neue Finanzausgleichsumlage uns daher im Vergleich zu Städten und Gemeinden in anderen Kreisen besonders hart trifft“, erläutert Habersaat, der stellvertretender Vorsitzender der SPD Landtagsfraktion ist, erste Erkenntnisse. Diese Finanzausgleichsumlage müsse man sich ebenso ansehen wie die Finanzen der Kreise, die nicht in eine Lage gebracht werden sollten, die sie zu einer Erhöhung der Kreisumlage zwingt. Übergangsfristen seien in der Diskussion, ebenso die alte Forderung, dass die

Reihenfolge der Finanzkraft nach dem Finanzausgleich nicht anders sein darf als vorher. Auch eine Aufstockung der FAG-Mittel könnte helfen.

Von Pein und Habersaat: „Die Grundproblematik ist, dass wir quasi die Position vertreten, die Bayern und Hessen beim Länderfinanzausgleich einnehmen. Aber wir sind zuversichtlich, dass der FAG-Entwurf im Laufe des Verfahrens noch Änderungen erfährt.“ Erst im Sommer 2014 werde der Landtag mit einer zweiten Lesung abschließend entscheiden. Die Zeit bis dahin gelte es zu nutzen. „Dabei setzen wir auf die konstruktive Unterstützung durch die Kommunalpolitiker und Verwaltungen aus Stormarn.“

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.09.2013, 07:40 Uhr - 7713 Clicks - Nr. 658

Neues Schulgesetz im Landtag

Zweigliedrige Schulstruktur mit Gemeinschaftsschulen und Gymnasien

Vom 25. - 27. September tagt der schleswig-holsteinische Landtag. Auf der Tagesordnung steht dann auch eine Schulgesetznovelle. Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, stellt die wichtigsten Änderungen vor. Vor allem lobt er das Verfahren, mit dem es zu diesem Entwurf kam:



„Die Landesregierung in Schleswig-Holstein hat den größten Bildungsdialog in der Geschichte des Landes gestartet. Nie war eine Schulgesetzänderung so gut vorbereitet wie diese. Umgesetzt werden in erster Linie Empfehlungen einer Bildungskonferenz vom Februar 2013, die bisheriger Höhepunkt des Bildungsdialogs war.“

Kernelement der Schulgesetz-Änderungen sei die Einführung einer zweigliedrigen Schulstruktur mit Gemeinschaftsschulen und Gymnasien in der Sekundarstufe I, später ergänzt durch starke berufliche Schulen. Vorrangiges Ziel der Schulgesetz-Änderung ist es, jedem Kind, unabhängig von seiner sozialen Herkunft, eine faire Chance auf einen bestmöglichen Schulabschluss zu ermöglichen. Auch der Landtag wird mit dem Gesetzentwurf noch in Anhörungen und ein Dialogverfahren gehen, Anfang 2014 soll der endgültige Beschluss fallen, zum Schuljahr 2014/15 das neue Gesetz in Kraft treten.

Gymnasien

An den Gymnasien wird in der Regel nach acht Jahren das Abitur erworben (G8); die im Schuljahr 2014/15 bereits bestehenden Gymnasien mit einem neunjährigen Bildungsgang oder einem acht- und neunjährigen Bildungsgang (das sogenannte Y-Modell) können fortgeführt werden. Das war ein Ergebnis der Bildungskonferenz, für das sich unter anderem die Landeselternvertretungen für Gymnasien und Gemeinschaftsschulen sowie alle Landesschülervertretungen ausgesprochen hatten.

Gemeinschaftsschulen

An den Gemeinschaftsschulen können drei Bildungsabschlüsse erworben werden: die 'Berufsbildungsreife' nach neun Jahren, der 'Mittlere Abschluss' nach zehn Jahren und das 'Abitur' nach 13 Jahren (G9).

Regionalschulen

Alle bestehenden Regionalschulen mit mindestens 240 Schülerinnen und Schülern werden zum 1. August 2014 in Gemeinschaftsschulen umgewandelt. Das hatte die Bildungskonferenz ohne Gegenstimme empfohlen.

Kooperationen

Da nicht alle Gemeinschaftsschulen eine eigene Oberstufe haben, können Schulen ohne eigene Oberstufe Kooperationen mit allgemein bildenden Schulen mit eigener Oberstufe und/ oder Beruflichen Gymnasien eingehen. Diese Kooperationen gewährleisten, dass die Schülerinnen und Schüler bereits mit dem Wechsel von der Grundschule in die weiterführende Schule 'ihre' Oberstufe kennen. Zudem haben die Schülerinnen und Schüler - wenn sie die schulischen Leistungsvoraussetzungen erfüllen - damit auch eine Rechtsgarantie für den Besuch dieser Oberstufen. „Das bedeutet: Wenn die Schulträger von dieser Kooperationsmöglichkeit stark Gebrauch machen -, können kurz- bis mittelfristig nahezu alle weiterführenden Schulen im Land ihren Schülerinnen und Schülern de facto eine Oberstufe anbieten“, sagte die Bildungsministerin.

Abschlussbezogenen Klassenverbände

Abschlussbezogene Klassenverbände gibt es zukünftig nur noch an den Gymnasien. An den Gemeinschaftsschulen wird es mit Ausnahme der 'flexiblen Übergangsphase' keine abschlussbezogenen Klassenverbände mehr geben. Der Unterricht findet hier in binnendifferenzierender Form statt. Das wurde von der Bildungskonferenz mit großer Mehrheit empfohlen. Ab der Jahrgangsstufe 7 ist es allerdings möglich, die Lerngruppen nach Leistungsfähigkeit und Neigung der Schülerinnen und Schüler zu differenzieren.

Abschlüsse

An die Stelle des 'Hauptschulabschlusses' tritt die Bezeichnung 'Berufsbildungsreife', an die Stelle des 'Realschulabschlusses' die Bezeichnung 'Mittlerer Schulabschluss'.

Aufregung gab es um eine sprachliche Regelung. Statt von Bildungs- und Erziehungszielen ist im Schulgesetzentwurf von „pädagogischen Zielen“ die Rede. Habersaat: In Paragraph 2 unter „Begriffsbestimmungen“ wird ausgeführt, dass mit „pädagogischen Zielen“ genau die bisherigen Bildungs- und Erziehungsziele gemeint sind. Aus meiner Sicht kein Grund zur Aufregung.“ Spannender seien andere Fragen, zu denen der Dialog noch läuft. So steht beispielsweise eine Einigung für die Zukunft der Schulartempfehlungen nach Klasse 4 noch aus.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 24.09.2013, 22:22 Uhr
- 20273 Clicks - Nr. 659

Kreistagssitzung am 23. September 2013

Redebeitrag zur Kreistagssitzung am 23. September 2013 TOP 7: Regionaler Nahverkehrsplan

von Martin Tretbar-Endres Sprecher der SPD-Kreistagsfraktion im Regionalen Entwicklungsausschuss

Zunächst vielen Dank dem Kollegen Tim Albrecht zur Einbringung und Begründung des Entwurfs zum Regionalen Nahverkehrsplan (RNVP). ...

Er hat zu Recht darauf hingewiesen: Es wird für uns alle eine große Herausforderung sein, in der Zukunft ein gutes ÖPNV-Angebot im Kreis sicherzustellen. Umso mehr freue ich mich, dass sich nach einer langen, intensiven und teilweise auch kontroversen Diskussion jetzt eine breite Mehrheit für den Regionalen Nahverkehrsplan im Kreistag abzeichnet.

Wir haben den RNVP lange diskutiert – zunächst im damaligen Umwelt-, Verkehrs- und Bauausschuss und nach der Kommunalwahl im neuen Regionalen Entwicklungsausschuss. Wenn ich mir die jetzige Fassung des RNVP ansehe, kann ich nur feststellen: Es hat sich gelohnt, dass wir uns die Zeit genommen haben. Und ich finde, der neue Regionale Entwicklungsausschuss hat seine erste Bewährungsprobe bestanden.

Ich möchte die zentrale Aussage aus dem RNVP noch einmal unterstreichen: „Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der steigenden Kosten des Individualverkehrs für den Einzelnen und die gesamte Gesellschaft kommt dem ÖPNV in der Zukunft eine wichtigere Rolle als bisher zu, um die Mobilität im Kreisgebiet sicherzustellen.“ (Ende des Zitats).



Derzeit beträgt der Anteil des ÖPNV/SPNV an der Gesamtmobilität bundesweit nur 7 %. Das ist ausbaufähig. Das wird nicht von selbst geschehen. Wir müssen den ÖPNV attraktiver machen, das Angebot verbessern, Busse und Bahnen müssen vernetzt und vertaktet werden, unsere Haltestellen müssen in einem guten Zustand sein, barrierefrei und an Knotenpunkten auch den Umstieg von und zum Individualverkehr ermöglichen mit: Park + Ride, Bike and Ride und besonders wichtig: Kiss and Ride. Der Service muss verbessert werden, Fahrpläne müssen verständlich und barrierefrei sein. Die Qualität ist permanent zu überprüfen und zu verbessern.

Es gibt also viele Stellschrauben, um den ÖPNV zu stärken und mehr Menschen dazu zu bringen, die Angebote auch zu nutzen.

Ich möchte für die SPD Fraktion drei Punkte aus dem RNVP besonders herausstellen:

Der Kreis bekennt sich dort zu dem Ziel, einen attraktiven und leistungsstarken ÖPNV zu schaffen. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist dieses eine besondere Herausforderung – besonders im ländlichen Raum. Der ÖPNV muss unserer Überzeugung nach auf die neuen Entwicklungen und die veränderte Nachfrage auch mit neuen Angeboten reagieren. Es kann dabei nicht darum gehen, mit einem fünfzig-Plätze Bus bis in jedes Dorf zu fahren und das dann auch noch im Halbstundentakt. Das wäre weder bezahlbar noch gut für die Umwelt. Aber es geht darum, intelligente und vernetzte Angebote zu schaffen, die auch Menschen die Mobilität ermöglichen, die nicht mehr Auto fahren wollen oder können. Denn: ÖPNV im Kreisgebiet ist sehr viel mehr als Schülerbeförderung.

Wir wollen ein konsequentes Qualitätsmanagement aller Bereiche des ÖPNV-Angebotes. Daran wollen wir die Nutzerinnen und Nutzer stärker als bisher beteiligen. Denn die wissen am besten, wo der Schuh drückt. Deshalb ist im RNVP als Ziel die Einrichtung eines ÖPNV-Beirates genannt. Dieser soll die Funktion der Interessenvertretung und des Ansprechpartners für die ÖPNV-Belange im Kreis übernehmen. Der Kreis wird eine regionale Mobilitätszentrale einrichten. Diese wird auch die Gemeinden bei der Optimierung ihres ÖPNV-Angebotes unterstützen.

Die Barrierefreiheit des ÖPNV ist ein weiteres zentrales Anliegen. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich dem Landesverband SH der Selbsthilfe Körperbehinderter, dem Kreis seniorenbeirat und dem Fahrgastverband Pro Bahn Schleswig-Mittelholstein für die Beteiligung und die zahlreichen Anregungen danken. Die Aussage, dass wir unverzüglich einen eigenen Maßnahmenplan zur Barrierefreiheit erarbeiten, ist keine Alibiabgabe, sondern wird nach unserem Willen unverzüglich und mit einer hohen Schlagzahl in Angriff genommen. Der Plan soll bis Ende dieses Jahres fertiggestellt sein – eine sehr ambitionierte Zeitvorgabe. Und die Mitarbeit der betroffenen Verbände und Institutionen ist dabei nicht nur erwünscht sondern unentbehrlich. Im übrigen gilt: „Ein barrierefrei durchdachtes System dient allen Beteiligten“ (Ende des Zitats).

Wir setzen uns mit dem RNVP ehrgeizige Ziele zur Bestandssicherung und zur Weiterentwicklung des ÖPNV im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Der RNVP gibt den Rahmen vor. Wie wir den gesetzten Rahmen praktisch ausfüllen, ist jetzt die vor uns liegende Aufgabe.

Ich hoffe, dass wir auch dabei die erzielte fraktionsübergreifende Einigkeit erreichen können. Auch wenn es um die notwendigen finanziellen Mittel geht.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 25.09.2013, 11:46 Uhr - 155448 Clicks - Nr. 660

Agrarreform als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet

Parlament und Rat einigen sich auf Agrarreform: „Schwacher Deal zur künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik“

Die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments und des Ministerrats haben sich am Dienstagabend in Brüssel auf eine gemeinsame Linie zur Reform der Europäischen Agrarpolitik geeinigt. Nach über 50 Verhandlungsrunden erzielten die Vertreter auch zu den letzten offenen Punkten eine Einigung, wie die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) nach 2013 aussehen soll.



Aus Sicht von **Ulrike RODUST**, Agrarexpertin der SPD-Europaabgeordneten, musste das Europäische Parlament dazu aber erhebliche Zugeständnisse machen: "Nach meinem Dafürhalten haben die Agrarminister immer wieder versucht, das Mitspracherecht des Parlamentes zu ignorieren", so die agrarpolitische Sprecherin der SPD im Europäischen Parlament.

Vor allem bei der umstrittenen Degression und Kappung der Direktzahlungen für Großbetriebe hatten die Europaabgeordneten deutlich mehr gefordert als der Rat. "Im Parlament haben wir uns dafür ausgesprochen, die Direktzahlungen für Großbetriebe bei 300.000 Euro zu deckeln. Der Ministerrat – allen voran die deutsche Bundesregierung – hat sich dagegen massiv gewehrt", erklärte die SPD-Agrarexpertin **Ulrike RODUST**.

Dienstagabend einigten sich die Verhandlungsführer beider Seiten auf eine Kürzung von fünf Prozent für Direktzahlungen, die über 150.000 Euro liegen. "Dies ist aus meiner Sicht viel zu wenig", erläuterte **Ulrike RODUST**.

"Nachdem der Rat erst den Kommissionsvorschlag ausgehöhlt hat, Direktzahlungen künftig umwelt- und klimafreundlich auszurichten, ist nun das zweite Herzstück der Reform,

die Kappung der Direktzahlungen, ebenfalls unter die Räder gekommen", so **Ulrike RODUST**: "Die Agrarreform ist als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet."

Bereits Ende Juni 2013 hatte es eine vorläufige Einigung zwischen Parlament und Rat zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013 gegeben. Einige Punkte, waren dabei aber noch offen geblieben. Hierzu gehörten neben Kappung und Degression unter anderem auch die Umverteilung zwischen den beiden Säulen der GAP. Nachdem sich der Rat zunächst geweigert hatte, der litauischen Ratspräsidentschaft ein neues Verhandlungsmandat zu erteilen, erklärten sich die Agrarminister am Montag auf Druck des Parlamentes bereit, erneut Verhandlungen aufzunehmen. Diese konnten Dienstagabend nun abgeschlossen werden. Allerdings ist noch die Zustimmung des Plenums erforderlich. Am Montag wird der Agrarausschuss über den Deal abstimmen.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 26.09.2013, 06:04 Uhr - 9299 Clicks - Nr. 661

SPD-Tangstedt gratuliert Franz Thönnnes zum Mandat.

Mit dem 22. September 2013 endete für die **SPD-Tangstedt** eine Phase arbeitsreicher, aber auch aufregender Monate, die mit den Vorbereitungen zur Kommunalwahl bereits Ende 2012 begonnen hatte und mit dem erneuten Einzug von unserem **SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes** in den 18. Deutschen Bundestag schloss.



Franz Thönnnes, unser **SPD-Bundestagsabgeordneter aus Ammersbek**, der selbst am Sonnabend vor der Wahl für Gespräche mit Tangstedterinnen und Tangstedter am Naheinkaufszentrum zur Verfügung stand, ist wieder Mitglied des 18. Deutschen Bundestages. www.thoennes.de

Herzlichen Glückwunsch Franz Thönnnes!

Von 5038 wahlberechtigten Tangstedterinnen und Tangstedtern gaben 4044 gültige Erststimmen und 4055 gültige Zweitstimmen ab. Damit liegt die **Wahlbeteiligung in der Gemeinde Tangstedt bei rund 80 %**.

Herzlichen Glückwunsch und Dank sagt die SPD-Tangstedt allen Wählerinnen und Wählern, die diese deutlich über dem Landes- und Bundesdurchschnitt liegende Wahlbeteiligung ermöglicht haben.

Vorläufiges Wahlergebnis des Wahlkreises Segeberg - Stormarn Mitte, zu dem auch die Gemeinde Tangstedt gehört:

	Erststimmen	Erststimmen	Zweitstimmen	Zweitstimmen
	2013	2009	2013	2009
SPD	35,3 %	30,6 %	30,1 %	25,1 %
CDU	45,4 %	39,8 %	40,8 %	32,9 %

Die Grünen	6,1 %	9,4 %	8,6 %	12,0 %
FDP	2,1 %	11,4 %	5,8 %	17,7 %
Die Linke	3,9 %	7,1 %	5,0 %	8,1 %
AfD	3,8 %		5,0 %	
Sonstige	3,4 %	1,7 %	4,7 %	4,2 %

Die landesweite Wahlbeteiligung lag bei 73,1 %. Danach entfielen in Schleswig-Holstein 31,6 % der Stimmen auf die SPD, 39,2 % auf die CDU, 5,6 % auf die FDP, 9,4 % auf die GRÜNEN, 5,2 % auf DIE LINKE, 4,6 % AfD sowie 4,4 % auf weitere Bewerber.

Beim Blick in den Bund ergeben sich nachstehende Zahlen: SPD 25,7 %, CDU 34,1 %, DIE Linke 8,6 %, GRÜNE 8,4 %, CSU 7,4 %, FDP 4,8 %, AfD 4,7 % sowie 6,2 % auf weitere Bewerber. Die Wahlbeteiligung lag im Bundesdurchschnitt bei 71,5 %.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Quellen (Abrufe vom 25.09.2013):

<https://www.statistik-nord.de/wahlen/wahlen-in-schleswig-holstein/bundestagswahlen/>

http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/presse/w13032_Vorlaeufiges_amtliches_Ergebnis.html

http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/BTW_BUND_13/ergebnisse/bundesergebnisse/

<http://www.bundestag.de/bundestag/wahlen/wahlkreise13/index.html?wknr=008>

<http://www.amt-itzstedt.eu/wahlergebnisse.php>

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 26.09.2013, 09:24 Uhr - 7820 Clicks - Nr. 662

Schriftspracherwerb braucht Methodenmix

Landtagsrede vom 25. September 2013

„Keine Experimente“ – das fordern CDU und FDP in ihren Anträgen, möglicherweise dem Bundestagswahlkampf geschuldet, wo dieser Slogan einst erfolgreich war. Wenn wir dazu übergangen, Anträge zu illustrieren, würde ich schon das streng dreinblickende Porträt von Adenauer neben der Unterschrift von Frau Franzen sehen. Reformpädagogik ist von Übel, will uns die CDU mit ihrem Antragstitel sagen.

Nicht nur für uns und unsere Kinder, auch bereits für unserer Väter Väter. Denn was hat die Reformpädagogik schon je für uns getan?

Na gut, wir haben ihr nicht-konfessionsgebundene Schulen und den Einzug der Kunsterziehung in den Unterricht zu verdanken, das ist wahr. Aber sonst? Ach ja, der Stellenwert gemeinsamer Arbeit wird Kindern heute vermittelt. Die Reformpädagogik brachte die Orientierung an den Bedürfnissen des Kindes und etablierte die Erziehungswissenschaft an den Hochschulen. Das hat die Reformpädagogik schon erreicht. Und das Spiel als positives Element der Pädagogik, das versteht sich wohl von selbst. Die Entdeckung des Praxisbezugs. Werkstattunterricht, Projektunterricht, Stationenlernen.

Ich höre damit mal auf, noch genauer brauchen wir es nicht. Alles sozialdemokratieverdächtiger Ideologiekram. Und früher war alles besser!? Die vielzitierte Level-One Studie kam 2011 zu dem Ergebnis, dass 7,5 Millionen Menschen in Deutschland als funktionelle Analphabeten gelten müssen, die nur sehr eingeschränkt schreiben und lesen können. Und diese Zahlen sind NICHT auf die Existenz der Anlauttabelle zurückzuführen.

Nun aber dennoch: Zurück auf die Schulbank, Hände auf den Tisch, Augen geradeaus und Lehrgang im Gleichschritt marsch? Da war die CDU schon einmal weiter. Es war hier eigentlich unstrittig, dass die pädagogische Eigenverantwortung der Schulen ein hohes Gut ist. Der Antrag der FDP ist demgegenüber schon etwas differenzierter, aber dennoch für uns nicht zustimmungsfähig. Ihre permanenten Misstrauenserklärungen an unsere Lehrerinnen und Lehrer können wir einfach nicht teilen. PISA und IGLU zeigen übrigens auch keinen Verfall der Leistungen.



Die Meta-Studie von John Hattie hat uns vor allem eins gezeigt: Es kommt auf die Lehrerin an. Im Zweifel mehr als auf die Methode. Ich bin mir sicher, dass es an unseren Schulen keine Lehrerin gibt, die sich darüber im Klaren ist, dass die von ihr angewendete Methode mangelhafte Resultate erbringt und die trotzdem unbeirrt an ihr festhält.

Es gibt in der Pädagogik keine einfachen Rezepte. Kein: „Drücke A, dann B“. Wir brauchen einen guten Methodenmix, angemessene Rückmeldungen für die Schülerinnen und Schüler und eine sinnvolle Mischung aus Selbständigkeit und Anleitung. Dazu kann auch eine Anlauttabelle gehören, deren Vorteile aufzuzählen mir hier die Zeit fehlt.

Das IQSH wird am 23. November einen Landesfachtag „Deutsch als Zweitsprache“ durchführen, in dem es um viele der Aspekte geht, die Ihnen –teilweise zu Recht – Sorgen bereiten. Im Bildungsausschuss kann uns die Regierung über die an unseren Grundschulen üblichen Methoden des Schrifterwerbs und Erfahrungen mit denselben berichten. Ein wenig schimmert im FDP-Antrag der Kummer darüber durch, dass man EVIT ersatzlos abgeschafft hat, weil man in der schwarz-gelben Koalition keine externe Evaluation von Schulen mehr wollte. Betrüblich. Denn was hätte externe Evaluation schon je für uns getan?

Wenn an den Schulen Fehler gemacht werden, gibt es dafür die im Schulgesetz vorgesehenen Institutionen. Zunächst einmal sind der Schulleiter, die Fach- und Schulkonferenzen gefragt, dann kommen die verschiedenen Ebenen der Schulaufsicht bis hin zum Ministerium. Im Schulgesetz ist nirgends die Rede davon, dass der Schleswig-Holsteinische Landtag die oberste Instanz der Schulaufsicht darstellt. Wir haben auch nicht vor, ihm bei der anstehenden Schulgesetznovelle diese Rolle zu übertragen.

Wolfgang Eichler und Hans Brügelmann kommen anlässlich der aktuellen Debatte, die ja nicht nur hier geführt wird, zu dem Schluss: „Medienwirksame Schnellschüsse sind unangebracht.“ Lassen Sie uns die Debatte also bitte im Bildungsausschuss fortsetzen.

Einen letzten liebevollen Hinweis zum CDU-Antrag kann ich mir nicht verkneifen: Wenn Sie für eine „korrekte Ausdrucks- und Schreibweise“ plädieren, sollten Sie das Wort „Voraussetzung“ nicht mit Doppel-R schreiben.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 26.09.2013, 15:22 Uhr - 7700 Clicks - Nr. 663

Das Ergebnis eines umfangreichen Dialogprozesses

Landtagsrede vom 25. September 2013 zur Änderung des Schulgesetzes

Warum tun wir das?

„Die Schule soll jungen Menschen kulturelle und gesellschaftliche Orientierung vermitteln. Sie soll dazu ermuntern, eigenständig zu denken und vermeintliche Gewissheiten und gesellschaftliche Strukturen auch kritisch zu überdenken.

Die Schule soll die Bereitschaft zur Empathie und die Fähigkeit fördern, das eigene Weltbild in Frage zu stellen und Unsicherheiten selbstvertrauend auszuhalten.“ Was für eine Aufgabe! Und wie wichtig. Festgehalten übrigens im neuen Schulgesetz



Deshalb machen wir Schulpolitik. Um die jungen Menschen in diesem Land zu selbständigen Geistern zu erziehen, die Verantwortung für sich und andere übernehmen können und wollen. Und um jedem von ihnen die Möglichkeit zum bestmöglichen Schulabschluss und zu einem selbstbestimmten Leben zu eröffnen.

Deshalb war die Bildungspolitik ein Schwerpunkt des SPD-Programms zur Landtagswahl 2012. Deshalb sind Bildung und Aufklärung übrigens auch Schwerpunkte der Arbeit der SPD seit 150 Jahren. Und weil wir Koalitionspartner haben, denen die Bildung ebenso am Herzen liegt, nimmt die Bildung auch im Koalitionsvertrag die erste Position ein.

Wir haben klare Ziele für unser Land, und wir haben klare Ziele für die Bildungspolitik in unserem Land. Die SPD hat vor der Landtagswahl 2012 in aller Deutlichkeit klar gemacht, dass wir einige zentrale Veränderungen des Schulgesetzes von 2010 wieder rückgängig machen wollen, dass aber auch Bedarf besteht, einiges am Schulgesetz, wie es die Große Koalition 2007 beschlossen hat, geradezuziehen.

Wir müssen im Rahmen des Föderalismus auf der Länderebene die Gratwanderung schaffen zwischen unserem Anspruch, in der Bildungspolitik Vorreiter zu sein, und der Notwendigkeit, die Schulsysteme der 16 Bundesländer nicht nur in ihrem Output vergleichbar, sondern auch gegenseitig durchlässig zu machen.

Das künftige Schulgesetz macht unser Schulsystem einfacher, durchlässiger und damit auch kompatibler mit dem Schulwesen im Rest der Republik.

Wie sah der Weg aus?

Weil wir wissen, dass der Satz „Es gibt ein neues Schulgesetz“ nicht überall und nicht automatisch Begeisterung auslöst, haben wir vor die Schulgesetznovelle, die bei der Erreichung dieser Ziele helfen soll, den größten Bildungsdiallog gesetzt, den es in Schleswig-Holstein jemals gegeben hat. Wir sind nach der Landtagswahl 2012 einen neuen Weg gegangen. Wir haben die Maxime der SPD aus den späten achtziger Jahren: „Stell Dir vor, es gibt eine Regierung, die hört Dir zu“ weiterentwickelt zu einem „Wir haben eine Regierung, die hört Dir nicht nur zu, die redet auch mit Dir“.

Frau Ministerin Wende hat den Dialogprozess, den sie mit großem Erfolg und maximalem Einsatz organisiert und geführt hat, in ihrer Rede gewürdigt und all denen gedankt, die sich daran beteiligt haben. Es gab drei große Bildungskonferenzen. Zum Auftakt in der Toni Jensen Gemeinschaftsschule in Kiel im September 2012 waren 130 Teilnehmerinnen und Teilnehmer eingeladen – aus Politik, Schule und Wissenschaft. In den einzelnen Foren ging es um die Schulen und die Lehrerausbildung der Zukunft, um den Erhalt von Schulstandorten bei schrumpfender Bevölkerung und um Übergänge von Kita und Schule. Das Ministerium hatte Themen vorgeschlagen, die Teilnehmer konnten weitere ergänzen.

Viele Akteure, die sonst nur über Pressemitteilungen miteinander kommunizieren, sind miteinander ins Gespräch gekommen. Der Umgang miteinander war wertschätzend, das Klima konstruktiv. Positiv wurde von vielen Teilnehmern aufgenommen, dass die Ministerin, die Staatssekretäre und viele Mitarbeiterinnen aus dem Bildungsministerium den ganzen Tag lang zuhörten, bei Sachfragen zur Klärung beitrugen und den Dialog sehr ernst nahmen.

Es folgten im Dezember 2012 Werkstattgespräche im Gymnasium Kronshorst. Eingeladen waren alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer der ersten Bildungskonferenz, mehr als 100 von ihnen kamen – darunter Schüler, Eltern, Lehrer, Schulträger und Beteiligte am Ganztagsunterricht. Sie alle informierten sich über die Zwischenergebnisse der seit der ersten Konferenz eingerichteten Arbeitsgruppen und brachten eigene Anregungen und Fragen ein.

Im Februar 2013 folgte die dritte große Veranstaltung am Regionalen Bildungszentrum Technik in Kiel. Eine wichtige Etappe war geschafft, es wurden Empfehlungen für das neue Schulgesetz verabschiedet.

Es war eine anstrengende Zeit für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiterinnen des Ministeriums, aber auch für viele, die sich an den Arbeitsgruppen beteiligten, von denen einige auch weiter bestehen. An dieser Stelle auch im Namen der SPD: Vielen Dank dafür. Bildungsministerin Wara Wende sagte zu, sich zur Anwältin der Empfehlungen dieser Bildungskonferenz zu machen. Und sie hielt diese Zusage ein, wie der heutige Entwurf zeigt.

Was die Landesregierung angeht, ist mit der Vorlage des Gesetzentwurfes dieser Dialog zunächst beendet. Für uns als Parlament beginnt jetzt eine neue Phase des Dialogs, die nicht so innovativ, aber nicht weniger wichtig ist, nämlich die der schriftlichen und mündlichen Anhörung.

Wir werden natürlich nicht jede Anregung aus der Anhörung aufnehmen können, schon deswegen nicht, weil diese in vielen Bereichen völlig widersprüchlich sein werden, aber ich bin absolut sicher, dass es – wie bei früheren Schulgesetznovellen – auch aus den Reihen der Koalitionsfraktionen noch Änderungsanträge geben wird.

Was wird sich ändern?

Wir haben 2007 die damals bestehenden vier Schularten in der Sekundarstufe durch drei ersetzt. Das war als Zwischenschritt wahrscheinlich notwendig, aber es konnte keine langfristige Lösung sein, weil der Wille der Eltern und die Entscheidungen der Schulträger

gezeigt haben, dass nicht die Regionalschule, sondern die Gemeinschaftsschule die wesentliche Alternative zum Gymnasium sein würde. Dem tragen wir jetzt Rechnung und werden bald in der Sekundarstufe I nur noch die beiden Schularten Gymnasium und Gemeinschaftsschule haben. Das wurde von der Bildungskonferenz ohne Gegenstimme so empfohlen.

Neue Wege, zum Beispiel über organisatorische Verbindungen mit anderen Schulen, müssen wir für die Regionalschulen finden, die weniger als 240 Schülerinnen und Schüler haben. Das ist allerdings keine Folge der Schulgesetzänderung, sondern der bisher auch schon geltenden Mindestgrößenverordnung.

Deutschland und Schleswig-Holstein brauchen mehr junge Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung und mehr Hochschulabsolventen. Das heißt, dass es für jeden Schüler mit einem vertretbaren Fahrtaufwand möglich sein muss, eine Oberstufe zu besuchen, sei es an einem Gymnasium, an einer Gemeinschaftsschule oder an einem Beruflichen Gymnasium.

Für die Einrichtung von gymnasialen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen gilt das, was wir auch im Dialogprozess immer wieder unterstrichen haben: Sie werden da eingerichtet, wo der Bedarf durch eine ausreichende Schülerzahl gesichert ist und wo eine neue Oberstufe keine bereits bestehenden in ihrem Bestand gefährdet. Warum tun wir das? Weil die Abiturquote nachweislich dort höher ist, wo die Dichte der Oberstufen höher ist. Kostet das mehr? Ja, wenn mehr Schülerinnen und Schüler als bisher eine Oberstufe besuchen. Aber mit Ausnahme der FDP habe ich bisher niemanden gehört, der dieses Ziel nicht teilt.

Wo keine neuen Oberstufen eingerichtet werden können, sollen Kooperationen von Gemeinschaftsschulen, Beruflichen Schulen und Gymnasien ermöglicht werden. Das wurde von der Bildungskonferenz mit großer Mehrheit empfohlen. Gute Initiativen hierzu gibt es beispielsweise auf dem Kieler Ostufer, in Mölln oder in Rendsburg.

Bei der Frage G8 und G9 konnte die Koalition beweisen, dass sie zwar nicht ohne Haltung, aber offen in den Dialog ging. Die Bildungskonferenz empfahl mehrheitlich den Grundsatz „G8 an Gymnasien, G9 an Gemeinschaftsschulen“, sie empfahl aber auch den Bestandsschutz für bestehende G9-Gymnasien. Daran halten wir uns, auch die GY-Gymnasien betreffend. Die Landeselternbeiräte der Gemeinschaftsschulen und Gymnasien, letztere gestützt durch jährliche Umfragen unter den Eltern, und die Landeschülervertretungen unterstützten den gerade genannten Grundsatz übrigens ausdrücklich.

Wir machen Schluss mit der Entkernung von Gemeinschaftsschulen, indem wir das gemeinsame Lernen mit Binnendifferenzierung wieder zum Leitprinzip machen. Die Abschaffung der abschlussbezogenen Klassen wurde von der Bildungskonferenz mit großer Mehrheit empfohlen, das Vorschaltgesetz der Koalition bestätigt. Ausgenommen bleiben natürlich die Flex-Klassen, in denen der Hauptschulabschluss angestrebt wird. Weiterhin bleibt es möglich, ab Klasse 7 in einzelnen Fächern nach Leistungsfähigkeit und Neigung zu differenzieren.

Wir werden uns in der Anhörung mit den Forderungen nach einer Flexibilisierung des Einschulungsalters auseinandersetzen, wobei wir aber darauf bestehen, dass das, was bereits bisher im Schulgesetz zur flexiblen Eingangsstufe steht, auch tatsächlich umgesetzt werden muss. Ein Zurück zur Rolle als bundesweiter Spitzenreiter bei der Rückstellung gibt es mit uns nicht. Im Übrigen halten wir das Vorgehen der Landesregierung für richtig, durch einen Erlass klarzustellen, dass nach der jetzigen gesetzlichen Regelung eine große Zahl von Begründungen für eine Beurlaubung vom Schulgesetz gegeben ist, keineswegs nur medizinische Probleme.

Manchmal wundert man sich, wie die öffentliche Debatte auf nachrangige Nebenschauplätze gerät. Ich habe mal herumprobiert und bei Wikipedia den Begriff „Erziehungswissenschaft“ eingegeben. Angezeigt wurde ein Artikel unter dem Stichwort „Pädagogik“ mit der Bemerkung „weitergeleitet von Erziehungswissenschaft“. Der Vorschlag, die althergebrachten Begrifflichkeiten zu entstauben, trägt der Tatsache Rechnung, dass Schule heute sehr viel mehr ist als die Vermittlung von Kenntnissen. Die Arbeitsteilung zwischen Elternhaus und Schule funktioniert heute anders als früher, und sie hat der Schule wesentlich mehr Verantwortung zugewiesen.

Mich überzeugt der Vorschlag der Ministerin, in Paragraph 3 Absatz 2 den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule als pädagogischen Auftrag zusammenzufassen und letzteren Begriff im Rest des Schulgesetzes zu verwenden. Das ist allerdings echt nicht meine größte Sorge, wenn es um die Schulen in Schleswig-Holstein geht.

Wer Kritikpunkte sucht, wird sie finden. Wer sich aber über diesen Dialogprozess und das heute vorliegende Ergebnis ausschließlich negativ äußert, kann außer der Schmoll-Ecke nichts gesehen haben. Und geht nicht wertschätzend mit den konstruktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Bildungskonferenzen um.

Ich bleibe dabei: Noch nie war eine Schulgesetzänderung so gut vorbereitet wie diese.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 26.09.2013, 17:42 Uhr - 9152 Clicks - Nr. 664

SPD-Tangstedt: Bericht aus der Gemeindevertretung (25.09.2013)

Zu Beginn der zweiten Sitzung der Gemeindevertretung in dieser Legislaturperiode begrüßte **Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)** die Anwesenden, unter ihnen war auch der **Amtsvorsteher des Amtes Itzstedt, Volker Buhmann** aus Sülfeld, und **der Leitende Verwaltungsbeamte des Amtes Itzstedt, Reiner Lietsch**.



Nach einer Änderung der Tagesordnung, der alle anwesenden Gemeindevertreter zustimmten (zwei Gemeindevertreter ließen sich entschuldigen) berichtete **Bürgermeister Criwitz (SPD)** vom laufenden Austausch der Straßenlaternen. Bis Ende des Jahres werden es rund 450 LED-Lampen sein. In der nächsten Woche sollen auch im Kringelweg die Lampen getauscht und ein Kabelschaden repariert werden. Zu der seit langer Zeit gesperrten Mühlenholzbrücke in Rade gäbe es keine Neuigkeiten, da man seitens der Hamburger Verwaltung, die für diese Brücke zuständig ist, keine Informationen bekommen habe. Die Seilbahn auf dem Spielplatz an dem Wohngebiet Eichholzkoppel wird in den nächsten 2-3 Wochen komplett getauscht. Der entsprechende Auftrag sei vergeben. Die Verkehrszählung ist abgeschlossen und man erwarte im November/Dezember die Ergebnisse. Entsprechend der Anregung von Bewohnern des Wassermühlenweges und seitens der SPD-Fraktion wird eines der Geschwindigkeitsanzeigeschilder im Wassermühlenweg installiert werden.

Ohne eine Debatte wurde die Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 19.06.2013 mit 16 Ja-Stimmen angenommen.

Bei den sich anschließenden Fragen der Mandatsträger wurde kritisiert, dass bis heute eine an den Kreis Stormarn gerichtete Anfrage zum Kernwegesanierungsprogramm nicht beantwortet wurde.

Während der Einwohnerfragestunde Teil 1 erkundigte sich ein Anwohner, ob bei der angedachten Sanierung des Wassermühlenweges eine maximale Breite von 3,5 m gewährleistet sei. **Bürgermeister Criwitz (SPD)** erklärte, dass man entsprechend der Möglichkeiten eine Sanierung auf der Breite von 3 - 3,5 m mit Ausweichbuchten durchführen könne. Ein Anwohner aus dem Wassermühlenweg zitierte aus dem Kernwegesanierungsprogramm und stellte die Frage in den Raum, ob man nicht anschließend mit mehr Verkehr rechnen müsste und ob nicht eine Tonnagebeschränkung möglich sei. Aus den Reihen der Zuschauer erfolgte noch der Hinweis, dass man ohne Antworten aus Kiel kaum eine sinnvolle Beratung stattfinden lassen könnte.

Als **Vorsitzender des Wahlprüfungsausschusses** erklärte **Dr. Paasch**, dass man bei der Überprüfung der Gemeindewahl vom 26.05.2013 keine Unregelmäßigkeiten festgestellt habe. Entsprechend wurde mit 16 Ja-Stimmen die Gemeindewahl für gültig erklärt.

Stellvertretend für den erkrankten Vorsitzenden des Zentralausschusses, Norman Hübener (SPD), erläuterte der **SPD-Fraktionsvorsitzende Christoph Haesler** die im Fachausschuss erarbeiteten Beschlussvorlagen für die Veränderungen in den Kindertagesstätten Tangstedt und Wilstedt. Einstimmig wurde die 1. Nachtragssatzung zur Satzung der Gemeinde Tangstedt über die Benutzung der Kindertagesstätten wie auch die 1. Änderung der Geschäftsordnung für die Beiräte der Kindertagesstätten der Gemeinde Tangstedt beschlossen. Die Kindertagesstätte Tangstedt betreffend wurde rückwirkend zum 01.08.2013 der Wegfall einer altersgemischten Gruppe, die Einrichtung einer Frühgruppe ab 07:30 Uhr bei Bedarf und die Einrichtung einer neuen 15 Uhr-Gruppe (in den Räumen der Neuen Betreuten Grundschule) beschlossen. Für die Kindertagesstätte Wilstedt wurde die Einrichtung einer Krippengruppe 8-15 Uhr ab Dezember 2013, die Einrichtung einer altersgemischten Spätgruppe 15-17 Uhr bei Bedarf und die Einrichtung eines Frühdienstes ab 07:30 Uhr bei Bedarf beschlossen. Praktisch kann nun der Bürgermeister aufgrund dieser Beschlüsse entsprechend den Bedürfnissen kurzfristig und ohne weiteres Votum auf die Nachfrage von Eltern reagieren.

Nach der Behebung eines Fehlers in einem Beschlussvorschlag über die Planungskosten zur Sanierung des Wassermühlenweges stimmte die Gemeindevertretung auch mit den Stimmen der **SPD** mehrheitlich für die Auftragsvergabe einer Entwurfsplanung. Dieser Beschluss enthält nicht das Startsignal zum Beginn der Sanierungsarbeiten. Die Fraktion der BGT stimmte gegen diese Entwurfsplanung, da nach ihrer Ansicht es u. a. reiche, den Wassermühlenweg zu reparieren, es kein Bedarf bestehe und man mit einer Zunahme des Verkehrs rechne.

Nach den erklärenden Ausführungen des **Finanzausschussvorsitzenden, Michael Kannieß (SPD)**, nach denen es zu Abweichungen von den gemachten Planungen sowie zu zusätzlichen Ausgaben für unvorhersehbare Maßnahmen und steigende Personalausgaben kam, wurde die 1. Nachtragshaushaltssatzung 2013 einstimmig beschlossen. **Kannieß** verwies abschließend darauf, dass es dabei gelungen sei, die angedachte Kreditaufnahme um 300.000 Euro zu senken.

Nachdem der **Vorsitzende des Planungs- und Umweltausschusses, Immo Fork**, die Gründe für die 1. Änderung und Ergänzung des Bebauungsplanes aufgezeigt hatte, wurden sowohl der Satzungsbeschluss als auch die Abwägung über die Stellungnahmen aus der Behördenbeteiligung einstimmig angenommen. **Haesler (SPD)** erklärte dabei in nachvollziehbarer Art, dass der hinterfragte Knickschutz die Auflage des Kreises Stormarn sei, damit die aktuellen Grundeigentümer größere Baufenster erhielten als anfänglich geplant gewesen sei. Anschließend wurde die Straße „Bäckerbarg“ dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Zukünftig wird **Wolf Staack aus Wilstedt (SPD)** die Gemeinde Tangstedt in der Aktiv-Region Alsterland vertreten. Dabei setzte sich **Staack**, der auch **bürgerliches Mitglied der SPD-Fraktion** ist, gegen den von der FDP vorgeschlagenen **Günther Borchering** und den von der CDU ins Rennen geschickte **Reinhard Ahrens** durch.

In der Einwohnerfragestunde stellte ein Bürger die Frage, was denn geschehe, wenn der Kreis einer Beschränkung des Verkehrs in der Straße Rethfurt (zwischen Wassermühlenweg und B432) nicht zustimmen würde. Dies gilt es nun zu prüfen. Das **SPD-Fraktionsmitglied Johannes Kahlke (Tangstedt)** forderte mehr Transparenz hinsichtlich der in nichtöffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse und verwies auf andere Stormarner Kommunen und die Anwendung des § 35 Gemeindeordnung. Häufig geht es um die Herstellung oder Ablehnung des Gemeindlichen Einvernehmens und mindestens das Ergebnis sei den Bürgerinnen und Bürgern der Gemeinde Tangstedt bekannt zu machen. **Bürgermeister Criwitz (SPD)** erklärte diesen Vorschlag prüfen zu lassen.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 27.09.2013, 19:19 Uhr - 7677 Clicks - Nr. 665

Mehr Transparenz bei der Finanzierung von Privatschulen

Landtagsrede vom 26. September 2013

Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und SSW heißt es (Z. 391 ff.): „Im Herbst 2012 wird die Landesregierung einen Entwurf für das Haushaltsjahr 2013 vorlegen. Dieser wird gemäß unserer Leitlinien Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung an den öffentlichen Schulen enthalten, die Gleichstellung der Schulen der dänischen Minderheit, eine verbesserte Förderung der Schulen in freier Trägerschaft,

eine verbesserte Unterstützung der Kommunen bei der Finanzierung der Krippenversorgung sowie eine Nachjustierung zu Gunsten der sozialen Gerechtigkeit und des Klimaschutzes.“

Und weiter (Z. 720ff.): „Auch Schulen in freier Trägerschaft sind für uns ein wichtiger Bestandteil der Schullandschaft. Von ihnen gehen viele wertvolle Impulse für das Bildungswesen aus. Das Land fühlt sich zusammen mit den Schulträgern verantwortlich für eine verbesserte Förderung, die Einhaltung des Sondierungsverbotes und transparente Finanzierungssysteme.“

Damit war die Auftragslage dieser Legislaturperiode klar. Es soll mehr Geld an die Ersatzschulen gehen und es soll nach transparenteren Gesichtspunkten verteilt werden. Im August 2012 haben wir hier im Landtag beschlossen (Drucksache 18/116):

- Die Landesregierung soll spätestens zur 14. Tagung einen entsprechenden Gesetzesentwurf vorlegen.
- Die Berechnungsgrundlagen für diesen Entwurf sollen im Dialog mit Vertreterinnen der Ersatzschulen erarbeitet werden.

Und es war ja auch Zeit, dass endlich etwas passierte. Zum Beispiel bekamen die Waldorfschulen immer einen Extra-Zuschuss, um die anfangs sehr geringen Schülerkostensätze der öffentlichen Gesamtschulen auszugleichen, die, weil neu, nur geringe Pensionskosten hatten. Und es wurde jahrelang mit auf das Jahr 2001 festgeschriebenen Schülerkostensätzen operiert.

Gesagt, getan: Das Bildungsministerium hat sich mit den Verbänden der Schulen in freier Trägerschaft an einen Tisch gesetzt und über ein neues, bei weitem transparenteres System verhandelt. Dafür an dieser Stelle meinen herzlichen Dank an alle Beteiligten für manchen Sitzungsmarathon! Und für eine konstruktive Lösung, die wieder einmal zeigt: Dialog wirkt.



Nun ist die Berechnungsgrundlage künftig die Schülerzahl, die mit dem Schülerkostensatz der entsprechenden Schulart multipliziert wird. 100% für die Schulen der dänischen Minderheit, 80% für die deutschen Ersatzschulen, der Fördersatz für die berufsbildenden Privatschulen wird von 50 auf 65 Prozent angehoben. Für die beruflichen Gymnasien gibt es wiederum 80 Prozent der entsprechenden Schülerkostensätze. Alle nach demselben Prinzip errechnet. Das entlastet die Träger von zahlreichen Nachweisverpflichtungen. Übrigens ein gewaltiger Beitrag zur Entbürokratisierung.

Wer hier von einem Einsparmodell spricht, sollte einmal einen Blick in den Haushalt werfen. Das Land wird im kommenden Jahr rund 5,1 Millionen Euro mehr für die deutschen Privatschulen ausgeben als 2013. Und dieser Zuwachs beim Gesamtzuschuss für die deutschen Privatschulen für 2014 wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen.

Trotzdem erhalten wir Protestpostkarten, die dramatische Folgen für die Waldorfschulen schildern. Ich glaube, die Schreiber dieser Karten schätzen die Lage falsch ein. Vielleicht liegt es daran, dass sie diese neue Regelung noch nicht durchschauen. Vielleicht liegt es aber auch daran, dass sie erst acht Jahre alt sind. Ich finde es grundsätzlich schwierig, Kinder für solche Zwecke einzuspannen. Soll ich mit denen diskutieren, warum sie mit ihren Befürchtungen meines Erachtens falsch liegen?

Offenbar gibt es die Sorge bei den Ersatzschulen, dass die Schülerkostensätze in den kommenden Jahren nicht so steigen, wie es das Bildungsministerium, und in der Folge auch wir, annehmen. Deshalb unsere Zusage: Sollten diese Prognosen nicht eintreffen, setzen wir uns in drei Jahren zusammen und sprechen über die Frage, ob wir die 80% anheben müssen.

Damit haben wir ein landespolitisches Dauerthema solide abgearbeitet und können ein weiteres Häkchen hinter einen wichtigen Punkt des Koalitionsvertrages setzen. Wir werden auf dieses Thema zurückkommen, wenn die Landesregierung den von der FDP geforderten Bericht vorgelegt hat.

Keine Kommentare

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 28.09.2013, 09:57 Uhr - 8473 Clicks - Nr. 666

Bericht aus dem Gemeinderat Langwedel

Mit regem Interesse verfolgten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger die Sitzung des Gemeinderats am 25.09.2013. In der Einwohnerfragestunde wurde über einen

Motorradclub, der Mittwochs Clubabende im Scheidekrug durchführt sowie die Frage eines Einwohners, wie man Einladungen zu den Sitzungen des Gemeinderates erhält, gesprochen. Außerdem schilderte ein Einwohner Probleme an seinem Haus, die er auf den Verkehr auf der Landesstraße zurückführte.

In den Mitteilungen des Bürgermeisters wies dieser auf die Übung der Blocksdorfer Feuerwehr am 19.10.2013 hin, in der sie den „Roten Hahn Stufe 2“ erringen möchte. Der Schlammfang des Feuerlöschteiches in Blocksdorf wurde auch im Hinblick auf diese Prüfung geleert. Das Land Schleswig-Holstein wird ein Baublockkataster zu Planungszwecken erstellen. Am 03.10.2013 bietet die Gemeinde eine Fahrt zum Heidepark Soltau an. Familie Bertow stiftete ihr Outdoor Spielgerät dem Uhu-Kindergarten.

Unter „Anfragen der Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter“ wurde angeregt, die Besetzung der Ausschüsse noch einmal durch Aushang im Schaukasten zu veröffentlichen. Bei der alten Raiffeisenbank drückt ein Baum die Umfassungsmauer zur Seite. Da es sich hier um einen Ortsbild prägenden Baum handelt, kann er nicht weggenommen werden. Das Protokoll der letzten Sitzung der alten Gemeindevertretung vom 24.04.2013 wurde erneut besprochen.

Wichtige weitere Themen waren die 7. Flächenplanänderung zusammen mit dem Bebauungsplan 10 (zwischen Olendiekskamp und Friedhof). Folgende Punkte wurden festgehalten: eine Bebauung mit Einzel- oder Doppelhäusern mit einer Firsthöhe von 9 m ist vorgegeben. Bei den geneigten Dächern sind nur die Farben weiß und gelb zu meiden. Es gibt keine Vorschrift, auf den Grundstücken Bäume zu pflanzen. Die zu allen Grundstücken gehörigen Knickflächen wurden als ausreichende gestalterische Vorschrift angesehen. Erneut besprochen wurden die Verkehrsanbindung und ein möglicher Wanderweg in Richtung Au.

Für den Bereich Ziegelei als Sondergebiet Biogasanlage wurde ein sogenannter „Vorhabenbezogenen Bebauungsplan“ beschlossen. Bei einem „Vorhabenbezogenen Bebauungsplan“ muss die Gemeindevertretung bei jedem einzelnen Vorhaben zwingend einbezogen werden.

Außerdem wurde für den Bebauungsplan Nr. 2 „Heidkoppel II“ ein Neuaufstellungsbeschluss einstimmig gefasst bevor in nichtöffentlicher Sitzung Personalangelegenheiten beraten wurden.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 28.09.2013, 14:50 Uhr - 10226 Clicks - Nr.

667 **SPD-Tangstedt: Eilmeldung zum Wassermühlenweg**

Eilmeldung zum Wassermühlenweg

Zu Recht erstaunte Anwohner des Wassermühlenwegs erblickten beim heutigen Spaziergang (28.09.2013) Baustellenschilder, Markierungen, eingeschaltete Bäume und Baucontainer jenseits des Ortsschildes bzw. auf Höhe eines landwirtschaftlichen Betriebs. Dabei wurde auf der letzten Gemeindevertretung nicht der Beginn der Sanierung beschlossen.





Kurzfristig informierte das von einem Anwohner angesprochene **SPD-Fraktionsmitglied Johannes Kahlke Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)**, der eine umgehende Klärung mit der Amtsleitung des Amtes Itzstedt zusagte. **Criwitz** bestätigte, dass die Entwicklungen vor Ort durch eine Straßenbaufirma aus Ostholstein ohne einen Auftrag der Gemeinde Tangstedt stattgefunden haben.



Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Bericht aus der Gemeindevertretung \(25.09.2013\)](#).

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 30.09.2013, 17:57 Uhr - 24183 Clicks - Nr. 668

SPD-Kreisvorstand begrüßt Mitgliederentscheid

Bei einer Klausurtagung im Rendsburger Martinshaus diskutierte der SPD-Kreisvorstand u.a. die Folgen der Bundestagswahl und die Reform des kommunalen Finanzausgleichsgesetz.

„Der Mut und die Sachlichkeit mit der auf Bundesebene die weiteren Schritte nach der Bundestagswahl diskutiert und vorgenommen werden, ist sehr erfreulich“, lobte der SPD-Kreisvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Sönke Rix.

„Für die SPD stehen die Inhalte im Vordergrund. Wir sind für einen Politikwechsel angetreten. Dieses Versprechen müssen wir halten.“ Am Freitagabend hatte der Parteikonvent in Berlin beschlossen, Sondierungsgespräche mit der Union zu führen. Anschließend soll von den Gesprächen in einer weiteren Sitzung des Konvents berichtet werden. Dieser entscheide dann über eine mögliche Aufnahme von Koalitionsgesprächen. Am Ende werden in jedem Fall die Mitglieder befragt. „Wir betreten Neuland und beteiligen erstmals die Partei bei einer möglichen Koalitionsbildung - und das mehr als je zuvor. Das Ergebnis ist damit offen.“,



so Rix. „Wir stellen aber fest, dass die Genossinnen und Genossen im Kreis Rendsburg-Eckernförde einer möglichen Großen Koalition sehr skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen.“ Der SPD-Kreisverband wird die Debatte im Kreis begleiten, der Vorstand werde regelmäßig berichten und ermunterte die Ortsvereine diese Diskussion vor Ort ebenfalls zu führen.

Kritisch diskutierte der Kreisvorstand den Vorschlag für eine Reform des kommunalen Finanzausgleichsgesetz (FAG). Nach einem ersten Entwurf würde der Kreis Rendsburg-Eckernförde demnach mit über 11 Mio. Euro weniger auskommen müssen. Nahezu alle Gemeinden und Städte im Kreis würden besser dastehen. Der Kreisvorstand hat zur Begleitung der Reform, die 2015 in Kraft treten soll und im Jahr 2014 noch durch den Landtag muss, eine Arbeitsgruppe unter Leitung des Schriftführers und Kreistagsabgeordneten aus Eckernförde, Martin Klimach-Dreger, eingesetzt. „Die Reform des FAG ist dringend notwendig. Es ist gut, dass Innenminister Andreas Breitner diesen Schritt unternommen hat. Der Kreis Rendsburg-Eckernförde kann mit dem ersten Entwurf jedoch nicht zufrieden sein. Wir stehen zu dem Prinzip eines solidarischen Ausgleichssystems auf kommunaler Ebene. Gut ist auch, dass wir über Aufgaben diskutieren. Diejenigen, die Aufgaben erfüllen müssen, sollen auch die Finanzmittel hierfür haben. Noch bestehen aber eine Reihe von Fragen“, erklärt Martin Klimach-Dreger. „Die Diskussion über die Aufgabenverteilung wollen wir im Kreisverband offen führen. Wichtig ist uns, zu einer gemeinsamen Position der Gemeinden, Städte und des Kreises zu kommen.“

Auch weitere Aufgaben wurde im Kreisvorstand neu verteilt. Die Landtagsabgeordnete und stellvertretende Kreisvorsitzende Serpil Midyatli werde eine Arbeitsgruppe zur Stärkung der Kampagnenfähigkeit der Partei leiten. Der stellvertretende Kreisvorsitzende Götz Borchert hat gemeinsam mit dem Rendsburger Kreisvorstandsmitglied und Kreistagsabgeordneten Martin Tretbar-Endres die Leitung des Europawahlkampfes 2014 übernommen. Erste Vorbereitungen hierfür wird die Kreis-SPD auf ihrem Parteitag am 25. Oktober ab 18:00 Uhr in Schacht-Audorf vornehmen.

Keine Kommentare

[Jusos Dithmarschen](#) - veröffentlicht am 30.09.2013, 21:43 Uhr - 9771 Clicks - Nr. 669

Chance für Politikwechsel ergreifen!

Der Kreisvorstand der Jusos Dithmarschen spricht sich gegen eine große Koalition und für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit auf Bundesebene aus.

Der Juso-Kreisvorsitzende Patrick Lange (23) erklärt hierzu: „Das Ergebnis der SPD kann uns nicht zufriedenstellen, auch wenn es uns glücklicherweise gelungen ist, dass (Nord-)Dithmarschen mit Matthias Ilgen einen SPD-Bundestagsabgeordneten nach Berlin entsenden kann.“ Die stellvertretende Kreisvorsitzende Hanna Pöschel (19) führt aus, dass ein rot-grünes Bündnis für viele Menschen keine realistische Alternative zu Angela Merkel darstellte.

Auch eine Große Koalition findet unter den jungen Genossinnen und Genossen keinen Anklang. „Der Mangel an politischen Gemeinsamkeiten mit CDU und CSU, vor allem in der Gesellschafts-, Wirtschafts- und Europapolitik, und die nicht vorhandene Mehrheit im Bundesrat sprechen gegen diese Variante“ so Lange.

Die Jusos Dithmarschen sprechen sich für eine Erneuerung der SPD, einen Mitgliederentscheid über die Koalitionsfrage, sowie für eine rot-rot-grüne Zusammenarbeit aus. Die parlamentarische linke Mehrheit im Bundestag wie im Bundesrat soll für einen progressiven Politikwechsel genutzt werden.

Schließlich begrüßen die Jusos Dithmarschen, dass ein Einzug in den Bundestag für die AfD nicht geklappt hat und sind darüber hinaus froh über das Ausscheiden der FDP aus dem Deutschen Bundestag.

Eine Petition mit der selben Stoßrichtung der Jusos Mecklenburg-Vorpommern braucht noch mehr Unterstützung und wartet darauf auch von euch unterzeichnet zu werden!

rotrotgrün.

Die **soziale**
Alternative für
Deutschland!

Kommentar von [Dirk Diedrich](#) vom 21.10.2013, 22:04 Uhr:

RE: Chance für Politikwechsel ergreifen!

RRG wird nicht machbar sein, aber die SPD sollte Merkel in eine Minderheitsregierung zwingen.

[SPD Forum Familie SH](#) - veröffentlicht am 01.10.2013, 13:39 Uhr - 16966 Clicks - Nr. 670

Ein Meilenstein in der Familienpolitik

Seit dem 1. August gilt der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz. In Schleswig-Holstein haben Land und Kommunen kräftig in die Kindergärten investiert. Den Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz für die Ein- bis Dreijährigen hat die SPD im Jahr 2007 durchgesetzt. Das Land Schleswig-Holstein und die Kommunen haben enorme Anstrengungen unternommen, um das Betreuungsangebot auszuweiten. Davon werden die jungen Familien profitieren.



„Der Kita-Ausbau ist ein familienpolitischer Meilenstein. Denn er sorgt für bessere Bildungschancen für alle Kinder, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch für mehr Gleichstellung“, erklärt dazu Kristin Alheit, Sozialministerin und Mitglied des SPD-Landesvorstands. „Ergänzend zum weiteren Ausbau von Betreuungsplätzen werden wir für die Steigerung der Qualität in unseren Kitas sorgen müssen. Dafür brauchen wir auch jeden Cent, den der Bund für Familien ausgibt.“

Zeitgleich mit dem Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz wurde auch das von Schwarz-Gelb propagierte Betreuungsgeld eingeführt. „Dass bisher so wenige Anträge vorliegen, zeigt, dass das Betreuungsgeld vollständig an den Bedürfnissen der Familien vorbeigeht“, so der Vorsitzende des SPD-Landesparteirats und Sprecher des Forum Familie, Sönke Rix. „Diese Maßnahme ist familienpolitisch kontraproduktiv SPD und gleichstellungspolitisch reaktionär.“

Mit den zwei Milliarden Euro, die das Betreuungsgeld jährlich kostete, könnten zusätzliche Kita-Plätze geschaffen werden. Der Bundestagsabgeordnete: „Bundesweit wollen wir 200.000 zusätzliche Plätze bis 2017 schaffen und den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz erweitern.“ Um für eine moderne Familienpolitik zu werben, hat die SPD Schleswig-Holstein eine Aktionswoche durchgeführt. Landesweit wurden von den Ortsvereinen

und Bundestagskandidaten vor zahlreichen Kindertagesstätten über 8000 Brotdosen verteilt.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 01.10.2013, 17:05 Uhr - 10596 Clicks - Nr. 671

SPD-Tangstedt: CDU-Gemeindevertreter Harder aus Ausschüssen abberufen

Unruhe in der CDU-Tangstedt hält an

Bereits am 17.09.2013 konnten die an der Sitzung des Bauausschuss Anwesenden vernehmen, dass der **CDU-Gemeindevertreter Eckard Harder** (Wiemerskamp) aus eigenem Wunsch nicht mehr Mitglied der CDU-Fraktion in der Tangstedter Gemeindevertretung sein wolle. Dabei blieb es nicht ...

Anscheinend hat die CDU-Fraktion heute ihre Konsequenzen gezogen und **Harder** als Mitglied aus dem Planungs- und Umweltausschuss sowie als stellv. Mitglied aus dem Bauausschuss abgezogen.

Diese Entwicklung geht in jüngster Zeit mit einem wiederholten Wechsel an der Spitze der CDU-Tangstedt einher. **Dr. Klaus Paasch**, bisheriger Vorsitzender, war nach Worten der CDU "aufgrund seiner Vorstandspolitik und seines Führungsstils" in Kritik geraten und am 3. September 2013 von seinem Vorgänger **Günter Borchering** abgelöst worden. Dieser hatte sich in einer Kampfabstimmung!!! gegen **Jürgen Lamp** durchsetzen müssen. **Dr. Paasch** bleibt aber weiterhin Fraktionsvorsitzender.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter www.facebook.com/SPDTangstedt oder www.twitter.com/SPDTangstedt erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Eilmeldung aus dem Wassermühlenweg](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 02.10.2013, 22:33 Uhr - 13936 Clicks - Nr. 672

Zur Lage

Zur aktuellen Lage erklären der Vorsitzende der SPD-Ratsfraktion, Dr. Hans-Friedrich Traulsen, und der Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Kiel, Jürgen Weber:

"Die SPD-Ratsfraktion hat am Montag in einer sehr ernsten Aussprache mit Susanne Gaschke intern deutlich gemacht, dass sie ihre Kritik am Ministerpräsidenten nicht teilt



und deren öffentliche Rücknahme erwartet. Wir verstehen nicht, dass Susanne Gaschke diese Hinweise der SPD-Ratsfraktion nicht aufgegriffen hat.

Zu den bei Kommunalaufsicht und Staatsanwaltschaft anhängigen Verfahren nehmen wir nicht Stellung. Die SPD-Ratsfraktion beteiligt sich auch nicht an dem Versuch der FDP, jetzt in dieser verfahrenen Situation ihr parteipolitisches Süsschen zu kochen."

Kommentar von [Harald Hoffmann](#) vom 08.10.2013, 15:38 Uhr:

RE: Zur Lage

KN v. 8.10.2013: "SPD hält an Gaschke fest" Bei dieser unwürdigen Posse wird sich der Bürger noch mehr von der Politik entfernen. Der SPD Kiel wird dies bei der nächsten Wahl "auf die Füße fallen".

Kommentar von [Hans Kroll](#) vom 08.10.2013, 08:41 Uhr:

RE: Zur Lage

Frau Gaschke ist ja wohl auch nach der gestrigen von Herrn Stegen initiierten Gesprächsrunde als OB nicht mehr tragbar. Respekt kann ich Ihr jedenfalls nicht mehr entgegen bringen.

Kommentar von [Rolf Selzer](#) vom 07.10.2013, 11:57 Uhr:

RE: Zur Lage - NACHTRAG

^Wir brauchen in der Landeshauptstadt Kiel keinen Oberbürgerlehrling sondern eine Oberbürgermeisterin!

Kommentar von [Rolf Selzer](#) vom 03.10.2013, 16:53 Uhr:

RE: Zur Lage

. . . da fehlen einem die Worte.

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 04.10.2013, 18:22 Uhr - 7476 Clicks - Nr. 673

Inklusion braucht Stufenprogramm

Zur Pressekonferenz der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zur schulischen Inklusion erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Die GEW hat Recht: Inklusion ist nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung von Kommunen, Land und Bund umzusetzen. Die Vorstellung, die noch von der früheren Landesregierung gepflegt wurde, sie sei zum Nulltarif zu haben, erweist sich tagtäglich als Irrglaube.



Modellrechnungen, nach denen das Land zwischen 1.000 und 4.000 Stellen für diesen Zweck zusätzlich bereitstellen müsste, mögen ihre methodische Berechtigung haben, sind aber nicht umsetzbar, wenn wir nicht das Ziel der Haushaltskonsolidierung gänzlich aufgeben wollen.

Die Küstenkoalition wird deshalb vorschlagen, Zwischenschritte zu entwickeln. Wir werden, wie auch von der GEW gefordert, die Regierung zunächst bitten, einen realistischen Bericht über den in Schleswig-Holstein erreichten Stand der Inklusion und die nächsten nötigen Schritte vorzulegen.

Wir danken der GEW für ihr Bekenntnis zur Inklusion und für die Würdigung des bisher Erreichten und werden mit ihr und allen weiteren an der schulischen Inklusion Interessierten im Gespräch bleiben.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 04.10.2013, 18:26 Uhr - 7158 Clicks - Nr. 674

Ohne Zeitverträge keine Unterrichtsversorgung

Zur Berichterstattung des NDR über die Arbeitssituation von Lehrkräften mit Zeitverträgen erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Zeitverträge von Lehrkräften sind ein notwendiges Übel. Da Lehrkräfte wie alle anderen Beschäftigten auch wegen Krankheit, Elternzeit oder aus anderen Gründen mehr als nur ein paar Tage ausfallen können, brauchen wir Lehrkräfte, die mit Kurzzeitverträgen die Unterrichtsversorgung sichern.

Doppelbesetzungen vorhandener Stellen sind nicht möglich; wenn sich also ein Lehrer genau zu Beginn der Sommerferien zurückmeldet, kann sein Vertreter nicht weiter bezahlt werden.

Der Bildungsausschuss hat in den letzten Wochen intensiv über diese Frage beraten und das Bildungsministerium gebeten, einen Masterplan vorzulegen, durch den besonders Zeitverträge vermieden werden, die zum Beginn der Sommerferien auslaufen.

Ich begrüße es sehr, dass Ministerin Wende in ihrem Interview deutlich gemacht hat, dass sie willkürliche Heruntergruppierungen bei der Besoldung abstellen will. Dieses Problem ist ein weiteres Argument dafür, mittelfristig die Besoldung der Lehrkräfte einander anzugleichen.

Die merkwürdigen Unterstellungen, als gäbe es einen Maulkorblass gegen Schulleitungen und Lehrkräfte, sind an den Haaren herbeigezogen. Es gibt einen Dienstweg, es gibt eine Personalvertretung, und es gibt den Weg, an die Öffentlichkeit zu gehen – ohne dass irgendwem mit Sanktionen gedroht würde. Ministerin Wende hat den Dialog mit allen Beteiligten zu ihrem persönlichen Markenzeichen gemacht, und dabei hat sie unsere volle Unterstützung.

Keine Kommentare

[SPD Barkauer Land](#) - veröffentlicht am 06.10.2013, 13:15 Uhr - 2712 Clicks - Nr. 675

Bundestagswahl 2013 - Nachlese im Barkauer Land

Das Gesamtergebnis ist für die SPD ein wenig enttäuschend, obwohl Zuwächse bei Erst- und Zweitstimmen zu verzeichnen sind. Dennoch bleibt das Ergebnis hinter den Erwartungen zurück.

Im Wahlkreis 6 (Plön - Neumünster) sieht das Gesamtergebnis, das immerhin erheblich über dem Gesamtergebnis auf Bundesebene liegt, wie folgt aus:

SPD Ergebnisse in %	2013	2009
Erststimmen	37,5%	33,4 %
Zweitstimmen	32,7%	26,5 %

Im Barkauer Land wurde folgendermaßen gewählt (ohne Briefwähler):

	Erststimme (in %)	Zweitstimme (in %)	Wahlbeteiligung (in %)
Barmissen	25,8	18,5	65,0
Boksee	37,4	33,2	77,0
Bothkamp	28,0	23,1	77,3
Großbarkau	43,3	39,6	59,3
Honigsee	32,8	27,0	70,8
Kirchbarkau	35,0	27,8	71,4
Klein Barkau	27,8	22,2	78,8
Löptin	26,4	24,7	68,8
Nettelsee	33,9	30,4	66,9
Postfeld	39,0	30,6	74,0
Warnau	39,1	31,9	89,8

Werden die Briefwähler hinzugezählt, liegt die Wahlbeteiligung in der Gemeinde Warnau mit insgesamt 48 Briefwählern bei 91,5% (283 Wahlberechtigte, 259 Wähler)

Mit Dr. Birgit Malecha-Nissen hat der Wahlkreis Plön-Neumünster und damit auch das Barkauer Land nach vier Jahren (nach Dr. Michael Bürsch und Horst Jungmann) endlich wieder eine SPD-Bundestagsabgeordnete im Deutschen Bundestag.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 07.10.2013, 11:13 Uhr - 7708 Clicks - Nr. 676

Sprechen wir über unser Land!

World-Café der SPD-Landtagsfraktion in Bad Segeberg

Zum zweiten Mal in diesem Jahr stellt sich die komplette SPD-Landtagsfraktion in einem World-Café der Diskussion über die Zukunft Schleswig-Holsteins. Nach dem ersten Termin in Heide folgt am 29. Oktober ein Abend in Bad Segeberg (VITALIA Seehotel, Am Kurpark 3). Ab 19.00 Uhr gibt es an unterschiedlichen Thementischen die Möglichkeit, mit den Mitgliedern der SPD-Landtagsfraktion ins Gespräch zu kommen.

An den Tischen werden die Arbeitskreisvorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion und die Mitglieder der jeweiligen Arbeitskreise für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen. Am Tisch „Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur“ beispielsweise ist das Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der Fraktion und Abgeordneter aus Barsbüttel. Den

Tisch „Wirtschaft, Technologie, Tourismus und Verkehr“ leitet der wirtschaftspolitische Sprecher, Olaf Schulze aus Geesthacht.

Martin Habersaat: „Der Dialog ist ein wesentliches Kennzeichen dieser Landesregierung, aber natürlich auch der sie tragenden Fraktionen. Wir wollen gemeinsam mit den Menschen in Schleswig-Holstein Ideen und Lösungen für die anstehenden Herausforderungen entwickeln.“ Die Eröffnung des Abends übernimmt Dr. Ralf Stegner, der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion. Auch er steht für Gespräche zur Verfügung.



Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 07.10.2013, 12:27 Uhr - 7327 Clicks - Nr. 677

Es geht voran an den Flensburger Hochschulen

Zu den aktuellen Entwicklungen an den Flensburger Hochschulen erklärt Martin Habersaat, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion: Neue Grundschullehrerausbildung, neue Sekundarlehrerausbildung, große Schritte in Richtung Europa-Universität und ein neues Studierendenhaus für den gemeinsamen Campus von Fachhochschule und Universität Flensburg – es geht voran.



Die eigenständige, zehensemestrigere Ausbildung für Grundschullehrkräfte sichert eine Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern auf der Höhe der Zeit.

Wesentliche Elemente der Ausbildung sind Diagnostik, individuelle Förderung, Deutsch als Zweitsprache und der Umgang mit Medien. Alle Grundschullehrkräfte erwerben, wie in anderen Ländern üblich, Basisqualifikationen in den Unterrichtsfächern Deutsch und Mathematik. Endlich werden auch die Übergänge zwischen Kita und Grundschule bzw. Grundschule und Sekundarschule in den Blick genommen.

Zusammen mit der künftigen Ausbildung von Sekundarlehrern, die ab dem Wintersemester 2014/15 beginnen soll, wird die Flensburger Lehrerausbildung eine der fortschrittlichsten der Bundesrepublik sein. Der Wunsch der Universität Flensburg, eine Schwerpunktsetzung auf die Lehrtätigkeit an Gemeinschaftsschulen zu legen, zeigt, dass die Debatten um die überwundene Dreigliedrigkeit des Schulsystems der Vergangenheit angehören. Stattdessen wird der Blick auf das gerichtet, was unsere Grundschulen, Gemeinschaftsschulen mit und ohne Oberstufe, Gymnasien, beruflichen Schulen und Förderzentren wirklich brauchen.

Fachhochschule und Universität arbeiten seit geraumer Zeit konstruktiv zusammen. Steigerungsmöglichkeiten gibt es noch und es ist schön, dass beide Hochschulen nach diesen Möglichkeiten suchen. Besonders der Studiengang „Energie- und Umweltmanagement“ ist hier ein leuchtendes Beispiel, sowohl für eine erfolgreiche Zusammenarbeit als auch für die Erschließung von Zukunftsfeldern für Schleswig-Holstein. Die angestrebte Umbenennung in „Europa-Universität Flensburg“ ist ein konsequenter nächster Schritt, den wir

von Seiten der Landespolitik so gut es geht unterstützen wollen. Ein „Europäisches Zentrum für Medienforschung und Medienpädagogik“ steht Schleswig-Holstein gut zu Gesicht.

Da passt es gut ins Bild, dass die Küstenkoalition mit einer halben Million Euro aus den Zensusmitteln zusätzliche Arbeitsplätze für Studierende auf dem Campus schaffen kann. Die Flensburger Hochschulen sind damit für die kommenden Herausforderungen gut aufgestellt und die Landesregierung hat bewiesen, was mit einem konstruktiven Dialog alles zu erreichen ist.

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 08.10.2013, 13:05 Uhr - 153445 Clicks - Nr. 678

"Vorbildliches Fischereiabkommen mit Mauretanien"

Europäisches Parlament schützt lokale Kleinfischer und verhindert regionale Überfischung

Vor dem westafrikanischen Mauretanien soll künftig nachhaltiger gefischt werden. Das Europäische Parlament hat am Mittwoch gegen die Stimmen der konservativen Europäischen Volkspartei ein neues Fischereiabkommen zwischen der EU und Mauretanien ratifiziert.



Das Abkommen mit einer Laufzeit von zwei Jahren erlaubt europäischen Fischern in mauretanischen Gewässern rund 320.000 Tonnen Fisch zu fangen. Im Gegenzug erhält Mauretanien 70 Millionen Euro jährlich aus dem EU-Haushalt sowie 123 Euro pro Tonne Fang von den Fischern.

"Dieses Geld ist gut angelegt, denn endlich gibt es ein ausgewogenes und entwicklungs- politisch sinnvolles Fischereiabkommen", kommentiert die fischereipolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, **Ulrike RODUST**: „Die EU wird ihrer internationalen Verantwortung gerecht, indem sie unter strengen Auflagen in mauretanischen Gewässern fischt und dafür gesorgt hat, dass diese strengen Regeln auch für chinesische und russische Fischer gelten.“

Ulrike RODUST unterstreicht, dass die Fischereiabkommen der EU in der Vergangenheit zu Recht auf Kritik gestoßen seien. Das Prinzip der Nachhaltigkeit und die Interessen der lokalen Bevölkerung seien zuvor häufig zu kurz gekommen. Das neue Abkommen schütze hingegen das Prinzip des Vorrangs für lokale Kleinfischer und helfe, die Überfischung zu verhindern. Europäische Fischereiverbände hatten dagegen im Vorfeld kritisiert, dass sie durch das neue Abkommen aus den unmittelbaren Küstengewässern Mauretaniens, in denen insbesondere lokale Fischer aktiv sind, verbannt würden.

"Ich bin sehr froh, dass in der EU mehrheitlich ein Umdenken stattgefunden hat", so Fischereiexpertin **Ulrike RODUST**. „Heute haben wir mit gutem Gewissen ein nachhaltiges Abkommen verabschiedet, das die Interessen der lokalen Bevölkerung berücksichtigt. Schade, dass die EVP diesem nicht zustimmen konnte. Ich hoffe trotzdem sehr, dass dieses Abkommen Standards setzt und die EU auch andere Fischereiabkommen entsprechend überarbeitet.“

Keine Kommentare

Auf die Weiterentwicklung der bestehenden Systeme konzentrieren

Zur G8/G9-Umfrage von Landesschülervertretung und Landeselternvertretung der Gymnasien in Schleswig-Holstein erklärt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:



Die Bildungskonferenz empfahl mehrheitlich den Grundsatz „G8 an Gymnasien, G9 an Gemeinschaftsschulen“, sie empfahl aber auch den Bestandsschutz für bestehende G9-Gymnasien. Daran hält sich die Koalition mit dem aktuellen Schulgesetzentwurf.

Die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 wird in Schleswig-Holstein durch die vorhandenen Angebote von Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen sichergestellt.

Die Landeselternbeiträge der Gemeinschaftsschulen und Gymnasien und die Landesschülervertretungen unterstützten diesen Grundsatz ausdrücklich. Die jetzt vorgestellten Umfrageergebnisse zeigen erneut: Das Ergebnis des Dialogprozesses ist tragfähig. Landesschülervertretung und Landeselternvertretung ist dafür zu danken, dass sie durch ihre Umfrage zur Versachlichung der Debatte beitragen.

Die Strukturdebatte sollte mit den Bildungskonferenzen beendet sein. Genau deshalb hatten wir vor die Schulgesetznovelle den größten Bildungsdialog gesetzt, den es in Schleswig-Holstein jemals gegeben hat. Landesschülervertretung und Landeselternvertretung mahnen zu Recht an, sich nun auf die Weiterentwicklung der bestehenden Systeme zu konzentrieren. Auch das wird im Dialog mit den Beteiligten passieren.

Keine Kommentare

Asbest - die tödliche Gefahr - Veranstaltung am 02.11.2013 in Bad Oldesloe

Der AfA Kreis Stormarn führt am 02.11.2013 von 11:00 bis 15:00 Uhr im Kreissitzungssaal in Bad Oldesloe eine Themenveranstaltung durch: Asbest-die tödliche Gefahr!

Die AfA diskutiert mit Experten das Thema Asbest und will das Thema wieder in den Focus der Öffentlichkeit rücken.



Die Experten sind: **Harald Niemann** von der Selbsthilfegruppe Asbestose, **Prof. Xaver Baur** von der Charite Berlin, **Edmund Zielke**, Vorsitzender des

Verbandes der Asbestsanierung und **Gerhard Citrich**, vom Europäischen Gewerkschaftsbund.

Einladungen werden auf Anfrage bei Uwe Teut, uwe-teut@web.de übersandt.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 09.10.2013, 17:16 Uhr - 7236 Clicks - Nr. 681

Im Rahmen des geltenden Rechts kulante Lösungen suchen

Zur Berichterstattung über die Besoldungsabstufung für Schulleiter und andere Funktionsstelleninhaber bei sinkenden Schülerzahlen erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Dass sich die Eingruppierung von Schulleitern und Inhabern von Funktionsstellen nach der Schülerzahl richtet, ist weder neu noch ungewöhnlich.

Entsprechende Regelungen finden sich in sämtlichen Landesbesoldungsgesetzen, weil der Verwaltungsaufwand an einer Schule mit 1.000 Schülern selbstverständlich höher ist als an einer mit 100.



Sinkende Schülerzahlen stellen die Betroffenen vor die unerfreuliche Wahl, entweder geringere Bezüge oder eine Versetzung an eine größere Schule zu akzeptieren. Die finanzielle Lage des Landes gestattet es nicht, eine generelle Besitzstandswahrung unabhängig von der Entwicklung der Schülerzahlen an der jeweiligen Schule zu garantieren.

Die SPD unterstützt die Landesregierung darin, bei Vorliegen besonderer persönlicher oder sozialer Gründe von einer Versetzung abzusehen, wenn die Entfernungen unzumutbar sind oder der oder die Betreffende in wenigen Jahren ohnehin in den Ruhestand geht. Auch das Argument, bergab dürfe es nicht schneller gehen als bergauf, muss berücksichtigt werden. Dies kann durch kulantere Übergangsfristen erreicht werden.

Die Lehrerinnen und Lehrer sollten nicht zusätzlich demotiviert werden, sich auf Funktionsstellen und Schulleiterstellen zu bewerben. Es ist jedoch auch klar, dass sich jede Lösung im Rahmen des geltenden Beamtenrechts bewegen muss. Sollte es zu dessen Änderung konstruktive Vorschläge geben, sind wir zum Dialog bereit.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 10.10.2013, 16:42 Uhr - 7845 Clicks - Nr. 682

Ende einer Gespensterjagd

Zu den heute vom Landeselternbeirat und der Landesschülervertretung der Gymnasien vorgelegten Ergebnissen einer Umfrage zu den Belastungen der Schüler an Gymnasien,

die nach acht bzw. neun Jahren zum Abitur führen, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Es wird allmählich Zeit, die Jagd auf das vermeintliche G8-Gespenst zu beenden.

Die Untersuchung hat ein weiteres Mal belegt, dass der Weg zum Abitur anstrengend ist, und zwar weitgehend unabhängig davon, ob man – wie international üblich – acht Jahre oder neun Jahre am Gymnasium verbringt. Die Zufriedenheit mit der Schule liegt bei beiden Gruppen im oberen Bereich. Bei den Noten schneiden die G8-Schüler etwas besser ab. Es war zu erwarten und ist zugleich bedauerlich, dass es in den ersten G8-Jahrgängen Anlaufschwierigkeiten gab. Wir haben immer gesagt,

dass der Erfolg von G8 von der Umsetzung abhängt. Das Untersuchungsergebnis weist auf eine Reihe bestehender Probleme hin: Zu viele Schüler nehmen Nachhilfeunterricht in Anspruch oder würden ihn grundsätzlich brauchen. Der Hausaufgabenaufwand ist insgesamt gesehen hoch, und hier sind die G8-Schüler offensichtlich wirklich stärker belastet als die G9-Gymnasiasten. Dass viele Schüler über Kopfschmerzen oder Schlafbeschwerden klagt, gibt Anlass zur Sorge, aber der so oft behauptete Freizeitmangel spielt offensichtlich so gut wie keine Rolle.

Die Bildungskonferenz empfahl mehrheitlich den Grundsatz „G8 an Gymnasien, G9 an Gemeinschaftsschulen“, sie empfahl aber auch den Bestandsschutz für bestehende G9-Gymnasien. Daran hält sich die Koalition mit dem aktuellen Schulgesetzentwurf. Die Wahlmöglichkeit zwischen G8 und G9 wird in Schleswig-Holstein durch die vorhandenen Angebote von Gymnasien, Gemeinschaftsschulen und beruflichen Schulen sichergestellt. Die jetzt vorgestellten Umfrageergebnisse zeigen erneut: Das Ergebnis des Dialogprozesses ist tragfähig.

Landesschülervertretung und Landeselternvertretung ist dafür zu danken, dass sie durch ihre Umfrage zur Versachlichung der Debatte beitragen. Jetzt gilt es, sich auf die Weiterentwicklung der bestehenden Systeme zu konzentrieren. Auch das wird im Dialog mit den Beteiligten passieren

Link zu den Umfrageergebnissen: <http://gymnasien.schuelervertretung.de/files/umfrage.pdf>

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 11.10.2013, 14:27 Uhr - 7725 Clicks - Nr. 683

Schleswig-Holstein auf richtigem bildungspolitischem Kurs

Zu den heute vorgestellten Ergebnissen des IQB-Ländervergleichs 2012 über die mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler am Ende der Sekundarstufe I erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Die von der KMK zu Beginn des Jahrtausends eingeführten Bildungsstandards erweisen sich als gutes Instrument für die Qualitätsentwicklung und -sicherung im deutschen Bildungswesen.

Es werden Leistungserwartungen in Form von Kompetenzanforderungen beschrieben, die über Ländergrenzen hinweg überprüf- und vergleichbar sind.

Schleswig-Holstein liegt bildungspolitisch auf solidem Kurs. Die Studie (<http://www.iqb.hu-berlin.de/laendervergleich/lv2012/Bericht>), bei der sich die Schülerinnen und Schüler Schleswig-Holsteins im guten Mittelfeld befinden, zeigt allerdings erneut, dass der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufgebrochen werden muss.



Wir sehen uns ebenfalls darin bestärkt, dass der Reform der Lehrerbildung höchste Priorität zukommen muss, weil nur fachlich wie pädagogisch hoch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer in der Lage sein können, ihre Schüler für die MINT-Fächer zu begeistern.

Wir sind aber auch der Überzeugung, vordergründige statistische Erfolge nicht durch Verzicht auf Inklusion zu erkaufen. Wenn Testsieger Sachsen fast 80 % der Schüler mit Förderbedarf in die Förderschulen aussondert, Sachsen-Anhalt 84 %, Thüringen 70 %, Mecklenburg-Vorpommern 68 % (Schleswig-Holstein im Untersuchungszeitraum 60 %, etwa wie Brandenburg), dann sind die Spitzenplätze in der Tabelle zu teuer erkaufte. An diesen Beispielen wird sich Schleswig-Holstein nicht orientieren, sondern den Weg der Inklusion weiter gehen.

Allerdings sind für die Inklusion und die optimale Förderung aller Schülerinnen und Schüler zusätzliche Mittel erforderlich. Ob schwarz-grün oder schwarz-rot, die nächste Bundesregierung muss die sein, die aus dem Kooperationsverbot ein Kooperationsgebot macht.

Keine Kommentare

[SPD Barkauer Land](#) - veröffentlicht am 13.10.2013, 12:38 Uhr - 2705 Clicks - Nr. 684

Windkraft in Barmissen

Aktuell beschäftigt uns auch die Errichtung von Windkraftanlagen in Barmissen.

Wir unterstützen Windkraft als regenerative Energie, aber nicht um jeden Preis, vor allen Dingen dann, wenn es um grundsätzliche Prinzipien bei Rahmen- und Ordnungsplanungen mit ihren Voraussetzungen, Vorschriften und Kriterien geht. Diese sind bindend und dürfen in der Regel nicht aus wirtschaftlichen Gründen passend gemacht werden!

10 „RUND UM KIRCHBARKAU“

205 / September 2013

Windkraft in Barmissen - Sachstand und Fragen -

Mehr dazu in der aktuellen Ausgabe der RUK Nr. 205
[Windkraft in Barmissen](#)

Keine Kommentare

Nina Scheer zur Energiewende: alleiniger Fokus auf EEG springt zu kurz

11.10.2013. Mit der erneut steigenden EEG-Umlage werden abermals Forderungen laut, das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu reformieren oder es gar abzuschaffen. Richtig ist, dass EEG-Umlage-Befreiungen für Unternehmen die Stromkosten für Normalverbraucher unnötig in die Höhe treiben.



Entsprechende Fehlsteuerungen gilt es zurückzunehmen. Ferner ist es nicht zielführend, dass sich Erneuerbare Energien im jetzigen System an der Börse nicht refinanzieren können. Somit bedarf es einer Reform, die sich insbesondere den Preisbildungsmechanismen widmet. Die Strompreise müssen die realen Erzeugungs-, Umwelt- und Folgekosten wiedergeben. Zudem müssen Anreize für Speicherkapazitäten und Flexibilitätsoptionen für eine bedarfsgerechte Bereitstellung regenerativer Energien geschaffen werden. Die Reduktion des Reformbedarfs auf das EEG wird den umfassenden Anforderungen der Energiewende und dem hiermit vorzunehmenden Strukturwandel nicht gerecht.

So wichtig es ist, Fehlsteuerungen zu beseitigen und eine stetige Anpassung von Fördermaßnahmen an die Entwicklung der Energiewende vorzunehmen: der hiermit bestehende Handlungsbedarf darf im Interesse auch zukünftig bezahlbarer Energie nicht zum Ausbaustopp oder zur Ausbaubremse für Erneuerbarer Energien führen. Es gibt keine Preisgarantie für den nach wie vor von fossil-atomaren Kapazitäten dominierten Energiemix. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Energiepreise des heutigen Energiemixes aufgrund der Verknappung fossiler Ressourcen – ganz zu schweigen von externen Effekten und Folgekosten – massiv ansteigen werden.

Eine EEG-Reform, die den Ausbau Erneuerbarer Energien bremst oder nach Mengen begrenzt, verzögert die beschleunigte Ablösung fossil-atomarer Kapazitäten. Eine Ausbaubegrenzung hemmt zudem die Entwicklung und den Einsatz von Technologien für intelligente Netznutzung und Speicher, die bei einem wachsenden Anteil fluktuierender Kapazitäten – aber auch nur dann – gebraucht werden. Entsprechende Technologien bieten für die Exportnation Deutschland in ihrer Vorreiterfunktion große wirtschaftliche Chancen.

Spekulationen, wie etwa von Energiekommissar Oettinger, wonach mit der SPD in einer großen Koalition der Ausbau von Wind- und Solarenergie gebremst werden könne, sind nicht sachdienlich und lenken von den notwendigen Weichenstellungen ab.

Kommentar von [Wolfgang Menner](#) vom 25.10.2013, 16:24 Uhr:

RE: Nina Scheer zur Energiewende: alleiniger Fokus auf EEG s

Um die Geringverdiener wirklich zu entlasten, sollte die Stromsteuer komplett abgeschafft werden. Das würde auch eine Entlastung der KMU bewirken, die von den Möglichkeiten einer Befreiung von der EEG-Umlage ausgenommen sind. Das müsste mit der CDU doch verhandelbar sein. Finanziert werden müsste dies durch die SPD-Vorschläge für eine geänderte Einkommen- und Vermögenssteuer.

Kommentar von [Kelemen](#) vom 17.10.2013, 02:41 Uhr:

RE: Nina Scheer zur Energiewende: alleiniger Fokus auf EEG s

"die Stromkosten für Normalverbraucher unnötig in die Höhe treiben" Diese Aussage wird der tatsächlichen Dramatik der Auswirkungen leider nicht gerecht, angesichts der

eklatant großen Zahl der Menschen in Deutschland, die zu den Geringverdienern, Hilfeempfängern und Kleinstrentnern zählen. Da wird den Ärmsten der Strom abgedreht, weil sie die ständig steigenden Preise nicht mehr zahlen können. Die Fachwelt hat dafür auch schon eine passende Bezeichnung: Energiearmut! Trotz sinkender Energiepreise an der Börse. Es ist höchste Zeit, die Rahmenbedingungen grundlegend zu ändern und sozialverträglich zu gestalten!

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 14.10.2013, 19:38 Uhr - 58703 Clicks - Nr. 686

Europa soll Fracking verbieten!

Die NaturFreunde Deutschlands sind ein sozial-ökologischer und gesellschaftspolitisch aktiver Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport & Kultur. Als solcher setzen sie sich im Sinne des Brundtland-Report von 1987 für eine Nachhaltige Entwicklung, die den Bedürfnissen heutiger Generationen Rechnung trägt, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihren eigenen Bedürfnissen nachzukommen, ein.

1895 in Wien von österreichischen Sozialisten gegründet, gehören heute etwa 500.000 Mitglieder in 21 Ländern zur internationalen NaturFreunde-Bewegung. Der Dachverband [NaturFreunde Internationale \(NFI\)](#) hat rund 40 Mitgliedsorganisationen.

Auf einer gemeinsamen Tagung mit NaturFreunden aus Frankreich am 28. September 2013 in Le Hohwald (Frankreich) haben sie folgende Resolution zum Thema "Fracking" verabschiedet:

Die NaturFreunde in Frankreich und in Deutschland setzen sich für ein europaweites Verbot des „Fracking“ (Hydraulic Fracturing zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Gas und Ölvorkommen) ein. Sie fordern alle europäischen Institutionen (Europäisches Parlament, Europäischer Rat, EU-Kommission) auf, eine entsprechende Richtlinie zu erarbeiten und zu beschließen.

Die NaturFreunde fordern einen nachhaltigen Umgang mit Energie, dies beinhaltet einen geringeren Energieverbrauch für jeden. Begründung: Die Anwendung des Fracking zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Gas- und Ölvorkommen stellt einen erheblichen Eingriff in die natürliche Umgebung dar, dessen Auswirkungen nur unzureichend abzusehen sind.

Fracking ist auch energiepolitisch keine Lösung und wirkt der Energiewende entgegen. Bisher vorliegende Gutachten machen deutlich, dass schwerste Umwelt- und Gesundheitsschäden nicht auszuschließen sind. Dazu gehören

- ein hohes Risiko der Grundwasserverschmutzung (Hydrofracturing-Flüssigkeiten enthalten viele gefährliche Stoffe) und Rückfluss von Methan;
- ein enormer Flächenverbrauch;
- die möglichen erheblichen Luftschadstoff-Emissionen durch Methan-Freisetzung;
- der Rückfluss der mit Schwermetallen und radioaktivem Material angereicherten Frackingflüssigkeiten aus der Lagerstätte, deren Behandlung problematisch ist;
- der Verbrauch von etwa 15 bis 20 Millionen Liter Frischwasser pro Fracking;
- Erdstöße in Folge des Auslösens bereits bestehender Spannungen oder in Folge zusammensackender, durch Risse geschwächter Gesteine;
- Gasemission nach Beendigung der Förderung.

Diese Auswirkungen summieren sich, da Schieferformationen mit einer hohen Bohrungsdichte erschlossen werden sollen. Die NaturFreunde wollen künftigen Generationen neben

der Bewachung unserer abgebrannten atomaren Brennelemente (Atommüll) und dem durch unsere Lebensweise erzeugten Klimawandel nicht noch weitere dauerhafte Probleme hinterlassen.

Die NaturFreunde wenden sich gegen jeden Versuch, das Zeitalter der fossilen Energieversorgung fortzusetzen und dabei gleichzeitig erhebliche Risiken einzugehen. Sie fordern die Verantwortlichen auf, endlich den Übergang von atomarer und fossiler Energiegewinnung zu befristen und alle Bemühungen auf den Ausbau erneuerbarer Energien zu richten.

Die NaturFreunde begrüßen, dass Frankreich auf Druck von Bürgerinitiativen die Zulassung von Fracking verweigert hat. In Deutschland ist zwar die Entscheidung über eine Zulassung von Fracking noch vertagt worden, internationalen Konzernen werden jedoch bereits Aufsuchungserlaubnisse erteilt. In der Europäischen Union ist bis heute noch keine Entscheidung gefallen, es gibt allerdings starken Druck aus Polen und der Erdöl verarbeitenden Industrie, zu einer positiven Entscheidung zu kommen und Erleichterungen bei der Umweltverträglichkeitsprüfungs-Richtlinie zu erreichen.

Die deutschen und französischen NaturFreunde fordern die EU auf, die Aufsuchung und Gewinnung von Schiefergas und Schieferöl zu untersagen und die Gesetzgebung im Bereich des Natur- und Umweltschutzes zu stärken. Diese Position verteidigen wir auf allen Ebenen, insbesondere bei der Europawahl.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 16.10.2013, 22:04 Uhr - 7944 Clicks - Nr. 687

SPD-Tangstedt: Laternelaufen in Wilstedt-Siedlung am 25.10.2013

Am Freitag, den 25.10.2013, sind Groß und Klein beim Laternelaufen der **SPD-Tangstedt** wieder herzlich willkommen. Um 19 Uhr geht es wie gewohnt am Kinderspielplatz in der Heidestraße los.

Das Laternelaufen endet auch wieder am Spielplatz Heidestraße und anschließend gibt es Würstchen und Getränke.

Die **SPD-Tangstedt** freut sich auf Ihr Erscheinen!

Nicht vergessen:

Am 8. November treffen sich um 20 Uhr die **Mitglieder der SPD-Tangstedt** zur Mitgliederversammlung in der Tangstedter Mühle.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [CDU-Gemeindevertreter Harder aus Ausschüssen abberufen](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke



Keine Kommentare

SPD-Parteikonvent entscheidet über Koalitionsverhandlungen

Auch die SPD Stormarn ist vertreten

Wenn am Sonntag ab 12.00 Uhr der Parteikonvent der SPD im Berliner Willy Brandt Haus über die Position der Partei zur Aufnahme von Koalitionsverhandlungen entscheidet, ist auch die SPD Stormarn dabei: Bettina Hagedorn als Bundesabgeordnete für Ostholstein und Stormarn-Nord gehört ebenso zur Delegation aus Schleswig-Holstein wie der Barsbüttler Landtagsabgeordnete Martin Habersaat. Etwa 200 Delegierte werden dann die Empfehlung der Verhandlungsgruppe zu bewerten haben.



Diese Verhandlungsgruppe (Parteivorsitzender Sigmar Gabriel, Generalsekretärin Andrea Nahles, die stellvertretenden Parteivorsitzenden Hannelore Kraft, Olaf Scholz und Manuela Schwesig sowie Kanzlerkandidat Peer Steinbrück und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Frank-Walter Steinmeier) hatte am Donnerstag im Anschluss an das dritte Sondierungsgespräch mit der CDU/CSU einstimmig befunden, dass es eine gute Chance gebe, in Koalitionsverhandlungen zu tragfähigen Ergebnissen zu kommen. So teilten es Gabriel und Nahles allen SPD-Mitgliedern per E-Mail mit. Dies gelte insbesondere für zentrale Forderungen der SPD nach einer gerechteren Ordnung des Arbeitsmarktes, einem flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €, der Neuregelung der Leih- und Zeitarbeit sowie der Werkverträge, den Kampf gegen die Altersarmut, flexiblen Zugänge zur Rente, der nachhaltigen Verbesserung der kommunalen Finanzsituation, Investitionen in Bildung und Infrastruktur, deutliche Verbesserung in der Pflege, der gleichberechtigten Teilhabe von Migrantinnen und Migranten und eine Reihe anderer Positionen.

Martin Habersaat: „Wir sind in der Situation, dass die Mehrheit der SPD-Mitglieder einer großen Koalition eher skeptisch gegenübersteht, die Mehrheit der SPD-Wähler allerdings eher positiv. Für mich gelten da zwei Leitlinien. Erstens: Ein Koalitionsvertrag muss sich an den Inhalten messen lassen, es muss sozialdemokratische Handschrift erkennbar sein. Für mich sind mehr Investitionen im Bildungsbereich und handlungsfähige Kommunen zum Beispiel besonders wichtig. Zweitens: Wer die Politik der SPD mit gestalten möchte, ist herzlich eingeladen, in diese großartige Partei einzutreten.“ Generell gelte: „Wer zu Wahlen antritt, muss damit rechnen, dass die Übernahme von Verantwortung erforderlich wird, auch wenn das Wunschergebnis verfehlt wird.“ Ein Blick nach Amerika zeige, dass diese Grundhaltung durchaus Vorteile für das Land habe.

Sonntag soll ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch liegen, mit welchen Zielsetzungen die SPD in diese Koalitionsverhandlungen gehen würde. Dazu gehöre auch, die Minderheitenrechte der Opposition im Bundestag zu gewährleisten. Sollten die Koalitionsverhandlungen erfolgreich verlaufen, hätten die 470.000 Mitglieder der SPD das letzte Wort. Die SPD wird über die Annahme eines Koalitionsvertrages ein Mitgliedervotum durchführen, dessen Ergebnis verbindlich ist. Habersaat: „Ich glaube, dieses Maß an Mitgliederbeteiligung wird stilbildend für ähnliche Entscheidungen in den kommenden Jahren sein.“ Die SPD Schleswig-Holstein habe mit der Mitgliederbeteiligung bei der Kür von Torsten Albig zum Spitzenkandidaten bereits gute Erfahrungen gemacht.

Schleswig-Holstein Delegierte auf dem Parteikonvent: Stefan Bolln (Steinburg), Sabine Gilleßen (Nordfriesland), Martin Habersaat (MdL, Stormarn), Bettina Hagedorn (MdB,

Ostholstein), Melanie Klein (Kiel), Bettina Koch (Schleswig-Flensburg), Sönke Rix (MdB, Rendsburg-Eckernförde), Mathias Stein (Kiel).

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 19.10.2013, 14:47 Uhr - 9526 Clicks - Nr. 689

SPD-Tangstedt: Ingrid Sichau neue Vorsitzende des Kuratoriums

Am 17.10.2013 wurde **Ingrid Sichau** aus Wulksfelde, langjähriges **SPD-Mitglied** und erfahrene **SPD-Gemeindevertreterin**, einstimmig zur neuen Vorsitzenden des Kuratoriums der kommunalen und kirchlichen Gemeinden in Tangstedt gewählt.

Sichau wird von **Gabi Grün** aus Tangstedt vertreten.

Neben den Vorstandswahlen waren der Jahresabschluss 2012, der Haushalt 2013 sowie der Haushaltsplan 2014 Gegenstand der Sitzung.

Ingrid Sichau sagte nach Ihrer Wahl: "Ich freue mich auf diese neue Aufgabe und hier speziell auf die Zusammenarbeit mit **Gaby Grün**. Durch meine Wahl wurde wieder ein politischer Vertreter an die Spitze des Gremiums gewählt. Ich werde in den nächsten zwei Jahren als Vorsitzende entsprechend für alle Beteiligten sprechen. Unsere Hauptaufgabe wird dabei der Betrieb des Gemeindezentrums sein."

Mehr Informationen zu **Ingrid Sichau** auch unter spd-tangstedt.de

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter www.facebook.com/SPDTangstedt oder www.twitter.com/SPDTangstedt erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Laternelaufen in Wilstedt-Siedlung am 25.10.2013](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke



Keine Kommentare

[SPD-Silberstedt](#) - veröffentlicht am 22.10.2013, 22:16 Uhr - 4591 Clicks - Nr. 690

Bürgerwindpark 2.0

– Mehr Geld und Mitspracherecht für den beteiligten Bürger –

von Birger Heidtmann

Der Plan in Silberstedt einen Bürgerwindpark zu bauen ist nicht neu. Bereits in der letzten Legislaturperiode sprach sich der Gemeinderat für die Umsetzung dieses Projekts aus. Auch die SPD stimmte dem Plan zu. Jetzt nach einer weiteren Vergleichsbetrachtung und in Erkenntnis neuer Fakten spricht sich die SPD-Fraktion zwar immer noch für die Errichtung eines Bürgerwindparks aus, allerdings unter veränderten Voraussetzungen. "Es

ist kein Fehler einen bisherigen Standpunkt zu verändern, wenn neue Fakten ein Umdenken nahelegen. Es wäre in diesem Fall ein riesiger Fehler es nicht zu tun!“ ließ der Fraktionsvorsitzende Joachim Förster verlauten.

„Die ursprüngliche Planung die einzelnen Windräder auf eine Höhe von 100 m zu limitieren wäre heute wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll“ meint Richard Clausen-Hansen, der energiepolitische Sprecher der SPD-Fraktion. „Anlagen dieser Kategorie sind bereits veraltet und werden heute schon gar nicht mehr aufgestellt. Es wäre politisch verantwortungslos jetzt neue Erkenntnisse über wirtschaftlich deutlich rentablere Windräder nicht in die bisherigen Planungen einfließen zu lassen!“

In der Tat ist der finanzielle Aspekt nicht von der Hand zu weisen. Die zu erwartende Rendite liegt deutlich über der, die eine kleinere Anlage abwerfen würde. In der letzten Woche traf sich daher die SPD-Fraktion um Kosten und Nutzen, Verluste und Gewinne eines Bürgerwindparks nochmals kritisch zu durchleuchten. Als Gast war der ehemalige Bürgermeister und Initiators des Bürgerwindparks XXX anwesend. In seinem Vortrag machte er keinen Hehl daraus, dass ein Bürgerwindpark mit kleineren, veralteten 100 m-Anlagen für Bürger und Gemeinde ohne Frage ein Verlustgeschäft darstellen wird. Der eigene Bürgerwindpark besteht aus höheren und modernen Windrädern, die schon nach sehr kurzer Zeit angefangen haben entsprechende Gewinne abzuwerfen. „Bei uns verdienen die Bürger mit und nicht nur irgendwelche Investoren!“ ließ er die aufmerksam Zuhörer der SPD-Fraktion wissen. „Überhaupt spielt die Bürgerbeteiligung bei uns eine sehr sehr große Rolle und Gewinne macht hier wirklich auch der einfache Bürger! Mit 100 m Windrädern wird das heute allerdings nichts mehr. Schaut Euch doch mal um!“

Am Ende dieser gut zwei Stunden andauernden Diskussion stand für die SPD-Fraktion dann auch fest, dass das Konzept eines lukrativen Bürgerwindpark in Silberstedt nochmals überdacht werden müsste. Gemeinsam beschlossen die sozialdemokratischen Gemeindevertreter dann auch ihre neu gewonnen Erkenntnisse an die anderen Fraktionen weitergeben zu wollen und baten zunächst den Bürgermeister und die CDU-Fraktion zu einem gemeinsamen Gespräch. Leider bisher ohne jede Resonanz. Die CDU-Fraktion schweigt beharrlich und sieht bisher offenbar keinen Grund sich auf ein Informationsgespräch mit den ungeliebten „Sozis“ einzulassen. Hier wird dem geneigten Betrachter ein politisches Selbstverständnis demonstriert, dass von beachtlicher Direktheit ist. Ohne Frage, der ein oder andere altgediente Gemeinderatsvertreter zeigt recht deutlich, dass er die neu gewählte SPD-Fraktion eher mit Intellektueller Milde zurück ins Körbchen schicken möchte, als mit ihr ins Gespräch zu kommen. Sei es drum, die CDU straft in diesem Fall nicht den politischen Gegner ab, sondern eher die Bürger/Bürgerinnen und damit auch die eigenen Wähler ihrer Gemeinde. Ein Bürgerwindpark mit einem deutlich höheren Gewinn für den kleinen Bürger, kommt für die CDU also offenbar nicht in Frage.

„Ich tue immer das was dem Dorf wirtschaftlich nützt!“ hatte der Bürgermeister Peter J. auf der ersten Gemeinderatsversammlung öffentlich gesprochen. Wir würden ihn ja gern beim Wort nehmen, aber mit uns redet bisher ja keiner!

Kommentar von [Hans-Christian Koch](#) vom 14.11.2013, 18:19 Uhr:

RE: Bürgerwindpark 2.0

vor der Kommunalwahl hatten ALLE Parteien bzw. Gruppen damit geworben, FÜR die Bürger der Gemeinde tätig werden zu wollen. Heute scheint mir, ist nur die SPD dazu bereit. Leider sind die nächsten Wahlen erst in 4 1/2 Jahren.

SPD-MdB Thönnies trifft Kati Schenk von der Lebenshilfe Segeberg in Berlin

Auftaktkonferenz: Programm „Lernort Praxis“

Am 21. Oktober 2013 fand in Berlin die Auftaktkonferenz des Bundesprogramms „Lernort Praxis“ statt. Wie der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies bereits informierte, wird hieraus in den nächsten drei Jahren mit je 25.000 Euro auch eine Praxismentorin bei der Lebenshilfe Segeberg und Umland gefördert.



Diese Aufgabe übernimmt seit dem 1. August 2013 Kati Schenk. Sie leitet schon jetzt die Kita der Lebenshilfe in Trappenkamp sowie den U3-Bereich in Wahlstedt. Künftig wird sie auch den Erzieherinnen und Erziehern zur Seite stehen, um die Kita-Teams bei der Praxisanleitung angehender Fachkräfte zu beraten und zu qualifizieren.

„Allen Kindern von Anfang an Chancengleichheit zu geben sowie Eltern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, ist Voraussetzung für eine sozial gerechte Gesellschaft. Das gilt insbesondere für die gemeinsame Förderung von Kindern mit und ohne Behinderungen. Hier kann das Programm einen guten Beitrag leisten“, so Thönnies.

Da aber gerade im Bereich der inklusiven Bildung noch große Vorbehalte bestehen, sieht Kati Schenk auch einen Schwerpunkt in der Vernetzung mit den Bildungsträgern Schule, Hochschule und Universität. „Wir brauchen mehr gut ausgebildete Fachkräfte in den Kitas. Durch einen engen Kontakt und Austausch würde ich gerne für ein größeres Interesse an einer Ausbildung in diesem Bereich werben“, so die Praxismentorin.

„Die praktische Qualifizierung mit zusätzlichen Mitteln zu verbessern, ist ein richtiger Schritt und es freut mich, dass dies der Lebenshilfe vor Ort zugutekommt. Denn auch wenn wir in Schleswig-Holstein bei der inklusiven Bildung schon ganz gut aufgestellt sind, gibt es noch großen Handlungsbedarf. Ein verstärktes Engagement zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention wird deshalb eine wichtige Aufgabe der neuen Bundesregierung sein müssen“, so der SPD-Politiker.

Weitere Informationen zum Programm „Lernort Praxis“ finden Sie unter: www.fruehe-chancen.de/lernort_praxis

Keine Kommentare

"Geld für Forschung ausgeben statt für Schiffsneubauten"

EU-Parlament stimmt über Europäischen Meeres- und Fischereifonds ab

Das Europäische Parlament hat sich am Mittwoch gegen die Wiedereinführung von Subventionen für den Neubau von Fischerbooten ausgesprochen. Diese EU-Beihilfe war 2002 abgeschafft worden, die Europäische Volkspartei drängte nun bei der Abstimmung des Europäischen Meeres- und Fischereifonds (EMFF) auf eine Wiedereinführung.



Die SPD-Fischereiexpertin **Ulrike RODUST** begrüßt das Abstimmungsergebnis: "Neubauten zu subventionieren ist grundfalsch. Wir brauchen nicht größere und schnellere Schiffe, sondern mehr Fische im Meer! Das Europäische Parlament will die knappen Mittel deshalb lieber für das effektive Management der Fischereibestände, für Wissenschaft und Forschung sowie für die Fischereikontrolle ausgeben. Davon profitieren am Ende auch die Fischer."

"Auch aus deutscher Sicht machen diese Subventionen keinen Sinn", sagt **Ulrike RODUST**, „denn der deutsche Anteil am EMFF ist sehr klein. In Deutschland würde es trotz EU-Mittel keine Neubauförderung geben, in einigen Nachbarländern durchaus. Deutsche Fischer wären im Nachteil."

Das Europäische Parlament sprach sich außerdem für ein Auslaufen der umstrittenen Abwrackprämien aus, die in der Vergangenheit häufig entgegen ihres Zwecks der Flottenverkleinerung im Fischereisektor reinvestiert worden. Fischer können allerdings weiterhin Subventionen für neue Motoren beantragen.

"Das Abstimmungsergebnis ist ein Schritt vorwärts - bei der Motorenförderung hätte ich mir allerdings mehr Mut von meinen Kollegen gewünscht", bemerkt **Ulrike RODUST**: „Neue sparsame Motoren erhöhen die Fangkapazität - gerade im völlig überfischten und unregulierten Mittelmeer ist das keine gute Idee."

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 24.10.2013, 17:55 Uhr - 9561 Clicks - Nr. 693

SPD-Tangstedt: Bericht aus dem Bauausschuss (22.10.2013)

Am Dienstag, den 22.10.2013, fand die dritte Bauausschusssitzung dieser Legislatur statt, während der es u. a. über verschiedene Anträge und Vorschläge für den Haushalt 2014 abzustimmen galt.

Gegen 22.00 Uhr wurde die Verhandlung unterbrochen. Sie wird am 05.11.2013 um 19:30 Uhr im Rathaus Tangstedt fortgesetzt.

Nach der Eröffnung der Sitzung durch den Bauausschussvorsitzenden **Dr. Klaus Paasch (CDU)** wies **Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)** auf die Verschiebung der Zentralaussschusssitzung vom 06.11.2013 auf den 12.11.2013 hin. Zusätzlich käme es am 13.11.2013 zu einer Sitzung der Gemeindevertretung. Weiter erzählte der Bürgermeister von der aktuellen Diskussion, die L 82, die auch durch Ehlersberg verläuft, in die B 75 umzuwandeln. **Criwitz** konnte weiter von der Inaugenscheinnahme der Straßen und Fußwege vom 21.10.2013 berichten, deren Ziel die Feststellung des aktuellen Bauzustands war.

Sowohl durch Bürger während der Einwohnerfragestunde als auch von Mandatsträgern wurden Probleme mit defekten Straßenlampen angesprochen. Besonders lange sei eine Lampe am Anfang des Ehlersberger Weges und in der Heidestraße (Wilstedt Siedlung)

TANGSTEDT

SPD

kaputt. **Herr Ralph, Bauamtsleiter des Amtes Itzstedt**, notierte sich die benannten Stellen. **Ralph** gab die Auskunft, dass nicht jede Lampe repariert werde, da ja im Augenblick der Austausch auf LED-Lampenköpfe läuft. Aber er werde sich die Stellen anschauen. Außerdem wird er sich Straßenflächen anschauen, an denen eine schlechte Wiederherstellung des Hausanschlusses hergestellt wurde. Bürger berichteten von den zu kurzen Ausweichstellen im neu gemachten Ehlersberger Weg und von schlechter Arbeit seitens der Auftragsfirma. Da noch keine Bauabnahme passiert sei, werden die Problemstellen benannt und von der Baufirma verbessert. Hinsichtlich des Aufbaus eines Bushäuschens an der Bushaltestelle Bützberg erfolgte der Hinweis, dass das benötigte Geld dafür bereitgestellt wurde. Der **Jugendbeirat** erkundigte sich nach finanziellen Mitteln im Zuge des Türaustauschs am Gemeindezentrum. Auch hierfür wären noch Gelder vorhanden.

Die **SPD** unterstütze erfolgreich einen Antrag zur Einrichtung einer Bocciabahn im Bürger-Natur-Park. Der Installation von optischen Fahrbahnverengungen am Beginn der Ortschaften haben die **Sozialdemokraten** ebenso zugestimmt. **Norman Hübener, SPD-Gemeindevertreter im Bauausschuss**, erweiterte mit seinem Vorschlag, auch die Dorfstraße in Tangstedt zu berücksichtigen, die Vorlage positiv. Der Antrag des Sportvereins WSV Tangstedt auf Bezuschussung von Elektroarbeiten wurde in Teilen von der Gemeindevertretung angenommen. Die **SPD** stimmte für eine Kostenbeteiligung anlässlich der Reparatur der Flutlichtanlage. Seitens der Gemeindevertretung wurde hinsichtlich des Austauschs von Lichtschaltern zu Bewegungsmeldern kritisiert, dass diese Arbeiten, die eine andere Notwendigkeit wie das Funktionieren der Flutlichtanlage haben, bereits vor der Beantragung in Auftrag gegeben wurden.

Bei der Beratung und Beschlussfassung von Vorschlägen des Bauausschusses für den Haushalt 2014 an den Finanzausschuss wurde auch über den Etat der **Gemeindefeuerwehr** diskutiert. Diese war leider nicht vertreten, weil der **Ausschussvorsitzende Dr. Paasch** es verpasst hatte, die **Gemeindefeuerführung** samt der drei **Ortswehrlführern** einzuladen. Die **SPD** stimmte für den Finanzumfang unserer Feuerwehr. Während der Sitzung stellte die BGT den Antrag, gesondert über die Baukosten für die Sanierung des Wassermühlenweges abzustimmen. Der Berücksichtigung der Sanierungskosten im Haushalt 2014 wurde von der Mehrheit der Ausschussmitglieder zugestimmt. Die **SPD** enthielt sich an dieser Stelle ihrer Stimme, da zum einen zu diesem Zeitpunkt nicht sichergestellt ist, ob eine Bezuschussung stattfindet und zum anderen die Frage noch nicht beantwortet wurde, ob nach dem Ausbau eine Sperrung des Wassermühlenweges möglich ist.

Abschließend wurde der Gesamtentwurf einstimmig beschlossen.

Nach diesem Tagesordnungspunkt wurde die Sitzung unterbrochen.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Ingrid Sichau neue Vorsitzende des Kuratoriums](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

SPD-Tangstedt: Laternelaufen

... und Petrus spielte mit!

Am heutigen Freitag, den 25.10.2013, versammelten sich schon vor 19 Uhr die ersten großen und kleinen Laterneläufer in der Heidestraße, um mit ihren Laternen oder Fackeln durch die dunkle und abendliche Wilstedt-Siedlung zu laufen. Und Petrus nahm Rücksicht und ließ die nachmittags noch regnenden Wolken verschlossen.

Unter Leitung des **SPD-Vorsitzenden Holger Criwitz** und bei Absicherung durch die **Feuerwehr Wilstedt**, herzlichen Dank den Kameraden, setzte sich der bunte und leuchtende Zug in Bewegung. Leider fiel die Musik recht schnell nach dem Start aus, doch umgehend stimmten erste Eltern eigene Laternelieder an. Nachdem der Zug dem Verlauf des Tannesweges, des Lärchenweges und der Waldstraße gefolgt war, endete dieser wieder in der Heidestraße und viele der rund 100 Teilnehmer trafen sich zu heißen Würstchen und Getränken auf dem Hof vom **Bürgermeister und SPD-Vorsitzenden Holger Criwitz**.



Criwitz zeigte sich sehr erfreut über den Verlauf der Veranstaltung: „Das Laternelaufen war wieder ein Erfolg. Alles hat trotz des Tonausfalls sehr gut geklappt. Ich danke für das Kommen der vielen Bürgerinnen und Bürger mit ihren Kindern und kann schon jetzt sagen, dass die Tangstedter SPD auch im nächsten Jahr wieder zum Laternelaufen einladen wird. Mein Dank gilt auch der **Feuerwehr Wilstedt** und **Jens Kleinschmidt** (Veranstaltungsdienst Kleinschmidt, Tangstedt).“

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter www.facebook.com/SPDTangstedt oder www.twitter.com/SPDTangstedt erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Bericht aus dem Bauausschuss \(22.10.2013\)](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

Kommentar zur Wahl

Wahlkampf machte im Barkauer Land auch vor den von uns aufgestellten Wahlplakaten nicht halt. Hier ging es allerdings mit harten Bandagen zu, so wie wir es uns vielleicht an anderer Stelle mehr gewünscht hätten. Ach und was wir bei dem Umgang mit den Plakaten nicht gerne gesehen haben.

Nach der Wahl ist vor der Wahl: Am 25. Mai 2014 ist Europawahl! Auch dafür wird es wieder einen „Wahlkampf“ geben, auch dafür werden wieder Plakate aufgestellt, und wieder dürfen wir gespannt sein, ob das Portrait des CDU-Kandidaten unseres Wahlkreises auch Wochen danach noch wieder die Dörfer ziert.

Ebenso die Aufstellung und Platzierung der Plakate sollten im Blick behalten werden: Die folgenden Bilder sprechen für sich!

Zur vergangenen Bundestagswahl wurde die Kreuzung Seestraße - Dorfstraße in Klein Barkau circa 14 Tage vor der Wahl von der SPD und den Grünen „strategisch besetzt“ (siehe Bild 1 nachgestellt: „Vorherfoto“).



Offenbar passte das den CDU-Wahlhelfern nicht! Zumindest waren SPD- und Grünen-Plakate mächtig derangiert. Hier ein Tritt in das kleinere Plakatgestell, dort ein Umschmeißen des großen Plakats – all das machte den Pfosten frei für das Kandidatenplakat der CDU. (siehe Bild 2: „Nachherfoto“)



Oder war das etwa ganz anders? Hatte irgendjemand randaliert und sozusagen anderen den Weg zu attraktiver Plakatpositionierung geebnet? Wollen wir doch hoffen, dass solche Vorkommnisse bei zukünftigen Wahlwerbungen ausbleiben. (H.J.)

Keine Kommentare

SPD-Tangstedt: Ausschusssitzungen werden verschoben

Änderung von Sitzungsterminen

Die für den 6. November und 19. November vorgesehenen Sitzungen des Zentral- sowie des Finanzausschusses wurden verschoben.

Nach Ankündigung der Ausschussvorsitzenden **Norman Hübe-
ner (SPD)** und **Michael Kannieß (SPD)** finden die nächsten Sitzungen des

Zentralausschusses am 12. November 2013 (Dienstag) sowie des

Finanzausschusses am 26. November 2013 (Dienstag) statt.

Die Tagesordnungen sind eine Woche vor Sitzungsbeginn in den Schaukästen der Gemeinde ausgehängt bzw. werden auf der [Internetseite der Gemeinde Tangstedt](#) veröffentlicht.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Laternelaufen war ein toller Erfolg!](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Bericht aus dem Bauausschuss \(22.10.2013\)](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

Norbert Maroses ist neuer Kreisvorsitzender!

Viele rote Rosen für die scheidende Anette Langner!

Die SPD im Kreis Plön hat einen neuen Vorsitzenden, die Delegierten des Kreisparteitages wählten den langjährigen Kreistagsabgeordneten, Norbert Maroses, aus Preetz mit 72 von 79 Stimmen zu ihrem neuen Vorsitzenden. In harmonischer und freundschaftlicher Atmosphäre wurden als Stellvertreter Lutz Schlünsen und Dr. Birgit Malecha-Nissen gewählt.

Mit lang anhaltenden Ovationen verabschiedeten die Mitglieder ihre langjährige Vorsitzende Anette Langner, über 8 Jahre führte sie den Kreisverband mit Engagement und Leidenschaft. Die Staatssekretärin im Sozialministerium konnte aus familiären und



beruflichen Gründen leider nicht wieder kandidieren. Sie bedauerte dies sehr und sicherte jegliche Unterstützung zu, sie fühlt sich weiterhin dem Kreisverband eng verbunden. Weiterhin wurden Schriftführerin: Monika Vogt, Schwentental und die Beisitzer Marina Cornehl, Laboe, Jonas Cornelsen, Mönkeberg Jenz Heinze, Mönkeberg, Toke Hoffmeister, Heikendorf, Christian Klinck, Preetz, Jürgen Plambeck, Wankendorf, Jelte Poppinga, Ruhwinkel, Christiane Sudau, Prasdorf, Eckhard Voss, Lütjenburg gewählt. Geehrt wurden die ausgeschiedenen Kreistagsmitglieder mit Buchgeschenken, roten Rosen und einem Rückblick über ihre Tätigkeiten, insbesondere Ingrid Rusch aus Klausdorf als Vorsitzende des Schul- und Kulturausschusses hat deutliche Spuren hinterlassen. Sie hat sich nachhaltig für die Belange der Künstler und der Schülerinnen und Schüler eingesetzt. Walter Riecken war ein kompetentes Mitglied der Kreistagsfraktion und hat auf vielen Sachgebieten die Fraktion beraten. Ein großes Dankeschön sprach Anette Langner den ausgeschiedenen Bürgermeistern Wilfried Zurstraßen, Jörn Husen, Eugen Gerdung, Karl-Otto Knust und dem ehemaligen Bürgervorsteher Hans-Jürgen Kreuzburg mit dem Buchgeschenk „Außer Dienst“ von Helmut Schmidt aus. Ihre Namen sind sehr eng mit ihrer Kommune verbunden, in langjähriger Tätigkeit haben sie ihre Gemeinden sozial und ökologisch nach vorne gebracht.

Keine Kommentare

[AfB Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 27.10.2013, 18:09 Uhr - 16395 Clicks - Nr. 698

Inklusion - Ein Gewinn für Alle! Gestalten wir den Weg!

Wir möchten den weiteren Weg zu mehr und besserer Inklusion mit Ihnen gemeinsam gehen und laden Sie daher herzlich ein, am **13. November um 19.00 Uhr im Landeshaus (Schleswig-Holstein-Saal)** mit uns über dessen Gestaltung zu diskutieren.



Inklusion ist nicht nur eine UN-Konvention oder ein von Deutschland ratifiziertes Grundrecht. Vielmehr liegen in der Umsetzung von Inklusion gerade im Bildungsbereich große Chancen für ein erfolgreicherer und nachhaltigeres Lernen aller Kinder und Jugendlichen.

Allerdings müssen dann auch alle beteiligten Menschen und Institutionen mitwirken, viele bisherige Gegebenheiten überdacht, der nötige Wille eingebracht und die benötigten Ressourcen bereitgestellt werden. Deshalb engagieren sich die Landeselternbeiräte SH und die AfB seit einiger Zeit in ihren Gremien wie auch gemeinsam für gute inklusive Bildung und Bildungsstrukturen.

Folgender Ablauf dieser öffentlichen Diskussionveranstaltung ist geplant:

- 1) Eröffnung und Begrüßung
- 2) Beispiel für gelungene Umsetzung - **Filmausschnitt "Berg Fidel"**
- 3) **Diskussion aus dem Plenum mit**
 - **Hans-Peter Schreiber, LEB Berufliche Schulen**
 - **Prof. Dr. Wara Wende, Bildungsministerin SH**

- **Martin Habersaat, SPD-Landtagsfraktion**
- **Dr. Arthur Christiansen, Bürgermeister (Schulträger)**
- **Prof. Dr. Ulrich Hase, Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung SH**

4) Zusammenfassung und Ausblick

Für eine gute Vorbereitung bitten wir um eine kurze Anmeldung unter Ulf@Daude.info

Ulf Daude

Landesvorsitzender Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) Schleswig-Holstein

Keine Kommentare

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 28.10.2013, 17:53 Uhr - 23987 Clicks - Nr. 699

Ulrike Rodust und Martin Tretbar-Endres nominiert

Beim Europa-Parteitag gab die Kreis-SPD ihren Kandidaten für die Europawahl 2014 Rückwind und beschloss eine umfassende Positionierung zur europäischen Energiepolitik. Die Hohenwestedterin Iris Ploog wurde als Beisitzerin in den Kreisvorstand gewählt.

Großen Beifall fand der Beschluss des Kreisvorstandes die Europaabgeordnete Ulrike Rodust aus Holzdorf für eine Wiederwahl zu nominieren. Ihr „Huckepack“-Kandidat soll der Rendsburger Kreistagsabgeordnete Martin Tretbar-Endres werden. „Ulrike Rodust hat in den vergangenen Jahren in Brüssel und Straßburg für ein soziales und nachhaltiges Europa gekämpft. Sie war entscheidend an der Reform der Fischereipolitik beteiligt. Martin Tretbar-Endres engagiert sich seit vielen Jahren leidenschaftlich und mit hohem Sachverstand für die Europapolitik. Er hat unter anderem konkrete Beispiele einer progressiven Energiepolitik im Ostseeraum entwickelt“, so der Bundestagsabgeordnete und Kreisvorsitzende Sönke Rix.

Zuvor hatte Ulrike Rodust in ihrer Rede mehr Anstrengungen der Europäischen Union für die ländlichen Räume gefordert. Mobilität oder auch die ärztliche Versorgung seien vielfach gefährdet. Für ein Umdenken sei aber ein Wechsel von der konservativ-wirtschaftsliberalen Mehrheit hin zu einer sozial-progressiven Mehrheit im Europäischen Parlament nötig.

Martin Tretbar-Endres hatte in seiner Rede die Flüchtlingspolitik kritisiert und mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen in Berlin auch ein Umdenken auf deutscher Seite hin zu einer humanitären Politik gefordert. „Menschen verlassen ihre Heimat doch nicht ohne Grund und lassen sich auf eine lebensgefährliche Flucht ein. Künftig muss Hilfeleistung in Not möglich und die Ursachen der Flucht bekämpft werden.“

Im Rahmen von Diskussionsrunden sprachen die 107 Delegierten über die europäische Politik für den ländlichen Raum, Wege aus der Euro-Krise und die europäische Energiepolitik. Anschließend beschloss der Kreisparteitag ein umfassendes Papier, das als Abschlussbericht einer ehrenamtlichen Arbeitsgruppe „Europäische Energiepolitik“ unter Leitung des stellvertretenden Kreisvorsitzenden Götz Borchert vorlag. „Wir wollen regionale

Stärken in einem europäischen Konzept zusammenführen, um in ganz Europa die Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit von nachhaltiger Energie gewährleisten zu können. Unser Papier sieht für Länder wie etwa Griechenland Konjunkturpakete in der Energiepolitik vor oder auch die Umwidmung von Forschungsgeldern für Atomenergie hin zu Speichertechnologien. Wenn wir Fragen der Speicherung und der Netzinfrastruktur lösen, sind wir auf dem Weg hin zu einer europaweiten Energiewende ein ganzes Stück weiter“, betonte Borchert.

Ein Antrag des Ortsvereins Hohn zur Reform des kommunalen Finanzausgleichs wurde auf den Kreisparteiausschuss am 21. November vertagt. Bis dahin soll eine Arbeitsgruppe unter

Leitung des Eckernförder Kreistagsabgeordneten Martin Klimach-Dreger Erwartungen und Vorschläge für die Reform aus Sicht des Kreises Rendsburg-Eckernförde erarbeiten.

Als neue Beisitzerin wurde die Hohenwestedter Kreistagsabgeordnete Iris Ploog in den Kreisvorstand gewählt. Sie erhielt 105 von 107 Stimmen. Sie wird sich künftig mit der Kampagnenfähigkeit der Partei beschäftigen.

Zu Beginn des Parteitags hatten Sönke Rix und der Landes- und Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner den aktuellen Stand der Koalitionsverhandlungen mit der Union dargestellt und betont, dass die Maßgabe für eine mögliche Große Koalition das Gelingen eines Politikwechsels sei. Am Ende würden die Mitglieder darüber entscheiden.

Keine Kommentare

[SPD-Büchen](#) - veröffentlicht am 29.10.2013, 11:49 Uhr - 5828 Clicks - Nr. 700

SPD Pressemeldung zur Kanalbrücke in Büchen-Dorf

SPD Parteitag: Rückendeckung für Brückensituation über den Elbe-Lübeck-Kanal in Büchen-Dorf

Sehr erfreut sind die drei Delegierten des SPD Ortsvereins Büchen, Thorsten Melsbach, Hartmut Werner und Gitta Neemann-Güntner, über die Unterstützung der Delegierten des SPD- Kreisparteitags am vergangenen Samstag in Mölln.

Mit einem Initiativantrag wurden die SPD- Landtags- und Bundestagsabgeordneten aufgefordert, sich umgehend für planerische Baumaßnahmen bzw. umfassende Sanierungsmaßnahmen der Brücke einzusetzen. Für die Bauphase sei sicher zu stellen, dass eine verträgliche Zwischenlösung gefunden wird, wie z.B. eine Ersatzbrücke. Zudem sollen Landes- und Bundesmittel für die Finanzierung akquiriert werden.

„Es kann so nicht weitergehen, so äußerten sich die drei Büchener, „Wir brauchen keine zweite „Rader Hochbrücke“ im Land. Die Auswirkungen einer kompletten Sperrung wäre nicht nur für die Menschen vor Ort, den Rettungsdienst, unser Handwerk mit weit längeren Fahrwegen oder auch die Schülerbeförderung eine Katastrophe, die gesamte Region bis nach Mölln wäre betroffen. Die einseitige Sperrung der Brücke dauert bereits 23 Jahre. Durch die Öffnung der A24 in Richtung Berlin im Dezember 2013 und die komplette Öffnung der A24 Anfang 2016 wird deutlich mehr Schwerlastverkehr erwartet. Des Weiteren wird es einen verstärkten Schwerlastverkehr durch den Kiesabbau in Büchen-Dorf geben. Die Brücke ist bereits marode und wird diese Belastung nicht aushalten. Und wenn die Baumaßnahmen bis 2015 in die Planungen aufgenommen sind, ist mit

Zuschüssen von bis zu 50 Prozent zu rechnen. Wir sind zuversichtlich, dass unser Anliegen gehört wird.

Thorsten Melsbach, Ortsvereinsvorsitzender

Hartmut Werner, Fraktionsvorsitzender

Gitta Neemann-Güntner, Kreistagsabgeordnete

Kommentar von [Olaf Rienecker](#) vom 29.10.2013, 21:12 Uhr:

RE: SPD Pressemeldung zur Kanalbrücke in Büchen-Dorf

Vielen Dank für die Info auf den Hinweis mit dem Schreibfehler, wurde natürlich schon verbessert. Tja und das mit der Kanalbrücke, da merkt man mal wie schnell die Zeit vergeht. Gruß aus Büchen

Kommentar von [Wolfgang Kampff, OV Lauenburg](#) vom 29.10.2013, 18:21 Uhr:

RE: SPD Pressemeldung zur Kanalbrücke in Büchen-Dorf

Hallo Büchen, hätte nie gedacht, dass die halbs. Sperrung der Brücke schon vor 23 Jahren vorgenommen wurde, soll heißen, eine neue Brücke muss her!! P.S. Auf Eurer Startseite nennt Ihr Euch Ortsverband, bin kein Oberlehrer-aber wir sind ein Ortsverein! Gruss Wolfgang

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 30.10.2013, 17:51 Uhr - 7394 Clicks - Nr. 701

Sparkasse Südholstein schließt Filialen – Landtagsabgeordnete fragt nach

Die Sparkasse Südholstein plant, sieben der 21 Filialen im Kreis Pinneberg zu schließen, unter anderem in Brande-Hörnerkirchen, Appen, Holm und Klein Offenseth-Sparrieshoop.

Die SPD Landtagsabgeordnete Beate Raudies hat sich in einem Brief an den Vorstand der Sparkasse Südholstein nach den Auswahlkriterien für die Aufgabe gerade dieser Standorte erkundigt.

„Außerdem möchte ich erfahren, weshalb der Kreis Pinneberg überproportional von den Schließungen betroffen ist“, sagt die Elmshorner Politikerin.

Weiterhin fragt Beate Raudies, ob Teillösungen für die Gemeinden vorgesehen sind, etwa die Aufstellung von Geldautomaten oder das Angebot verminderter Öffnungszeiten. Sie weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass das Vorhandensein der Sparkasse vor Ort, die ja in einigen Gemeinden durchaus Tradition hat, zu den wichtigen Standortfaktoren gehört.



Keine Kommentare

SPD-Tangstedt: Bericht aus dem Planungs- und Umweltausschuss (29.10.2013)

... und es wurde spät!

Am Dienstag, den 29.10.2013, traf sich der Planungs- und Umweltausschuss unter Vorsitz von **Immo Fork (BGT)** zu einer öffentlichen Sitzung im Rathaus und behandelte die Themen Flächennutzungsplan 2030 (FNP 2030) sowie den Landschaftsplan 2030. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurde gegen 22:30 Uhr die Sitzung unterbrochen. Die Tagesordnungspunkte 8 + 9 wurden vom Ausschussvorsitzenden auf die kommende Sitzung verschoben.



Zu Beginn teilte **Fork** mit, dass die **SPD-Fraktion** zwei Anträge eingereicht habe. Inhalt des ersten Antrages ist die Erweiterung des Bebauungsplans 31 (B-Plan 31; Bereich um das Rathaus) in Tangstedt bis zur Klaus-Groth-Straße. Der zweite Antrag sieht die Erstellung eines B-Plan für den Bereich zwischen Am Dorfplatz und Stillohweg in Wilstedt vor.

Im Anschluss gab der **Ausschussvorsitzende Fork** teilweise in anonymisierter Form die in der vergangenen nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse wieder. **Fork** berichtete zum einen, dass das gemeindliche Einvernehmen über ein Bauantrag aus Wiemerskamp hergestellt wurde, zum anderen, dass das gemeindliche Einvernehmen für einen Nachtrag zur Baugenehmigung bezüglich des Golfplatzes in Wilstedt versagt blieb. Schließlich dürfe die Lagerung und Behandlung von Mineralstoffen der Firma Eggers bis 2014 am jetzigen Standort weiter betrieben werden.

Während der Einwohnerfragestunde erkundigte sich ein Bürger nach dem Umfang der aktuellen Sturmschäden. **Bürgermeister Criwitz (SPD)** erklärte, dass man dabei sei, eine Bestandsaufnahme durchzuführen. Alle Feuerwehren der Gemeinde Tangstedt wären im Einsatz gewesen.

Die Neuaufstellung des Flächennutzungsplans 2030 wurde auch mit den Stimmen der **SPD** verabschiedet, bei der eine weitere Einzelfläche (Fläche 33; Tangstedt, Grundstück zwischen Straße Am Herrendamm und dem Feuerwehrgerätehaus) aufgenommen wurde. **Meike Hochsprung**, Mitarbeiterin des Bauamtes des Amtes Itzstedt, erklärte nachvollziehbar, dass aufgrund einer vor dem Abschluss des Verfahrens eingetretenen veränderten Rechtsprechung eine Neuaufstellung nötig geworden ist. Der FNP 2030 wird nun erneut öffentlich ausgelegt.

Anschließend erklärte der **Landschaftsarchitekt Liedl** aus Selent für die Anwesenden in klarer, transparenter Art und Weise, dass wegen der umfangreicheren Veränderungen des FNP 2030 auch der übergeordnete Landschaftsplan 2030 bearbeitet werden müsse. **Liedl** stellte detailliert die einzelnen Punkte samt der Veränderungen vor. Der Ausschuss stimmte dem Entwurfs- und Auslegungsbeschluss zur Änderung des Landschaftsplans 2030 zu, der nun für einen Monat öffentlich ausgelegt wird.

Der zweite Teil der Einwohnerfragestunde wurde nicht genutzt.

Ausschussvorsitzender Fork unterbrach in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit, es war mittlerweile 22:30 Uhr, die Sitzung und verschob die weiteren Tagungsordnungspunkte auf die nächste Sitzung.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Ausschusssitzungen werden verschoben](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 31.10.2013, 16:29 Uhr - 27978 Clicks - Nr. 703

Soziales Gegengewicht

SPD und CDU/CSU verhandeln über die Bildung einer Großen Koalition. Nicht, weil das unser sehnlichster Wunsch wäre, sondern weil es nicht viele andere Möglichkeiten gibt: Die Grünen verweigern sich Koalitionsgesprächen.

Rot-Rot-Grün hat die SPD im Wahlkampf ausgeschlossen und selbst wenn sie das nicht getan hätte, würde die hauchdünne Mehrheit im Bundestag eine solche Dreierkoalition nicht weit tragen. Eine Minderheitsregierung ist nicht erstrebenswert und Neuwahlen verbieten sich, solange nicht ernsthaft versucht wurde, aus dem Wahlergebnis etwas zu machen.



Der SPD-Parteikonvent hat auf seiner letzten Sitzung bekräftigt, dass die SPD nur in eine Regierung eintritt, die sich für ein sozial gerechteres und ein modernes, weltoffenes und freiheitliches Deutschland einsetzt, das sich seiner internationalen Verantwortung stellt.

Ziel von Koalitionsverhandlungen muss eine deutliche Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land sein. Grundlage dafür ist das Regierungsprogramm der SPD. Wir wissen, dass dabei Kompromisse gemacht werden müssen, aber es gibt für uns auch Punkte, die unverzichtbar sind, z.B.

- ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde (in Ost und West).
- die wirksame Bekämpfung des Missbrauchs von Leih- und Zeitarbeit und sogenannter „Werkverträge“, sowie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverträgen.
- wirkungsvolle Maßnahmen gegen Altersarmut.
- Verbesserungen bei der Pflege.
- mehr Qualität und Quantität in der frühkindlichen Bildung und Betreuung.
- die Gleichstellung von Frauen und Männern, insbesondere der Grundsatz „gleiches Geld für gleiche und gleichwertige Arbeit“.
- die gleichberechtigte Teilhabe von Zuwanderern und Verbesserungen für Flüchtlinge.
- die finanzielle Stärkung der Kommunen.
- größere Anstrengungen für eine starke Infrastruktur.
- eine Stärkung unseres Bildungssystems.
- Verbesserungen für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.
- eine nachhaltige Wachstumsstrategie mit einer nachhaltigen Finanzpolitik auf europäischer Ebene.

Soziale Kürzungen werden wir nicht akzeptieren.

Bevor es zu Schwarz-Rot kommen kann, werden die rund 470.000 SPD-Mitglieder über die Annahme des Koalitionsvertrages und damit den Eintritt in eine Koalition abstimmen. Das ist kein Selbstgänger, denn nach wie vor gibt es in der SPD große Vorbehalte gegenüber der Großen Koalition. Tatsächlich passt vieles (noch) inhaltlich nicht zusammen und es gibt berechnete Vorbehalte gegenüber einer übergroßen Regierungsmehrheit.

Ich bin sicher: Unsere Mitglieder werden eine Große Koalition nur akzeptieren, wenn die SPD in der Koalition als sozialpolitisches Gegengewicht wahrgenommen werden kann. Anderenfalls müssen CDU/CSU sich andere Partner suchen oder eine Minderheitsregierung probieren.

Erschienen als "Bericht aus Berlin" in der Eckernförder Zeitung am 30.10.2013 zum Thema: "Schwarz-Rot und die Eckpfeiler der neuen Großen Koalition"

Kommentar von [Sönke Rix](#) vom 14.11.2013, 11:55 Uhr:

RE: Soziales Gegengewicht

CDU und CSU sind Schwesterparteien und bilden im Deutschen Bundestag eine Fraktionsgemeinschaft: <http://de.wikipedia.org/wiki/Unionsparteien>. Aber ich nehme an, Sie wissen das eigentlich.

Kommentar von [G. Pinski](#) vom 11.11.2013, 23:59 Uhr:

RE: Soziales Gegengewicht

Warum bloß ist eigentlich die pappnasigste der im Parlament verbliebenen Parteien - also die CSU - bei den Verhandlungen dabei? Rechnerisch braucht man sie ja nicht. Und reine Höflichkeit kann ja auch kein ausreichender Grund sein, offensichtlichen Quatsch wie Maut & Herdprämie mitzutragen.

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 02.11.2013, 12:12 Uhr - 9453 Clicks - Nr. 704

Keine Schließung von Standorten des Jobcenters im Kreis Plön

**Kreistagsfraktionen im Plöner Kreistag
Pressemitteilung vom 30.10.2013 Keine
Schließung von Standorten des Jobcenter
im Kreis Plön** „Die Schließung von
Standorten des Jobcenters lehnen wir ab“



so die Vorsitzenden der SPD Kreistagsfraktion, Lutz Schlüsen, Bündnis90/Die Grünen, Axel Hilker und der FWG Kreis Plön, Bettina Hansen anlässlich einer Diskussion im Kreishaupatausschuss. „Nach wie vor sehen wir das Vorhalten der Standorte in Lütjenburg, Heikendorf, Preetz und Plön als wichtig und richtig an. Über diese regionalen Büros erhalten die Betroffenen vor Ort die notwendige Beratung und Unterstützung zur Eingliederung in Arbeit. Langzeitarbeitslose haben Anspruch auf eine Dienstleistung, die ihnen auch in Zukunft effizient, bürgernah und serviceorientiert zu Gute kommt.“ Die entsprechenden Mittel für die Personalkosten der Jobcenter und für Leistungen der Eingliederung werden den Jobcentern in erster Linie vom Bund zur Verfügung gestellt. Die Entwicklung der letzten Jahre hat allerdings gezeigt, dass sich das Verhältnis von Personalkosten zu Eingliederungsmitteln zu Lasten der Eingliederungsmaßnahmen entwickelt hat. Der Grund hierfür

in Lammershagen, Karl-Otto Knust, 15 Jahre Bürgermeister in Stoltenberg, und schließlich ganz links Wilfried Zurstrassen, der auf 23 Jahre (!) Bürgermeisteramt in Schönberg zurückblicken kann.

Auf der zeitgleichen Mitgliederversammlung wurden - sozusagen zwischendurch - die Delegierten des KV Plön für die Landeswahlkonferenz (01.11.2013) zur Vorbereitung der Europawahl am 25. Mai 2014 gewählt. Im Rahmen des Kreisparteitags standen dann nach üblichen, formalen Tagesordnungspunkten die Wahlen an: Kreisvorstand, Revisorinnen/Revisoren, Schiedskommission und Delegierte zu Landesparteitagen.

Eine kurze Zusammenfassung brachte die [Ostholsteiner Zeitung vom 28.10.13, deren Seite 33](#) wir als Artikel-Ausschnitt hier veröffentlichen. (H.J.)

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 04.11.2013, 11:07 Uhr - 151525 Clicks - Nr. 706

SPD-SH nominiert Ulrike Rodust zur Spitzenkandidatin für die Europawahl

Kiel Auf ihrem außerordentlichen Landesparteitag am Freitagabend, der gemeinsam mit der Landeswahlkonferenz tagte, hat die SPD die amtierende Europaabgeordnete Ulrike Rodust erneut als schleswig-holsteinische SPD-Spitzenkandidatin für die Europawahl nominiert. Rodust erreichte eine Zustimmung von 93,4 Prozent der Delegiertenstimmen.



„Ich freue mich über die Anerkennung für meine Arbeit, die aus diesem Ergebnis spricht und darauf, die schleswig-holsteinische SPD hoffentlich erneut in Brüssel und Straßburg vertreten zu dürfen“, so Rodust, die seit 2008 Mitglied des Europäischen Parlamentes ist. Die schleswig-holsteinische Abgeordnete ist Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie Koordinatorin ihrer Fraktion im Fischereiausschuss.

Als drängendstes Thema im kommenden Europawahlkampf sieht Rodust das Thema Jugendarbeitslosigkeit. „Europa muss aufstehen gegen die beschämend hohe Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent in vielen Ländern Südeuropas. Diesen Skandal dürfen wir so nicht hinnehmen, wir brauchen endlich sinnvolle Investitionen in die Arbeitsmärkte“, so Rodust. „Unsere Anstrengungen müssen auf die wirtschaftliche Erholung Europas gerichtet werden. Hier ist der Solidargedanke gefragt – nicht die unbedingten Sparsätze, mit denen sich die deutsche Bundesregierung bisher aus der gesamteuropäischen Verantwortung gestohlen hat.“

Als Ersatzkandidat für Ulrike Rodust setzte sich der Vorsitzende des SPD-Europaforums Martin Tretbar-Endres mit 52,2% der Stimmen gegen die europapolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Regina Poersch durch.

Keine Kommentare

Bürger des Kreises unterstützen bei Unterbringung von Asylbewerbern

In der Sitzung des Sozial-und Bildungsausschusses des Kreises in der vergangenen Woche stand die Entwicklung der stets ansteigenden Asylbewerber auf der Tagesordnung.

Bis zum 30.09.2013 sind 2646 Asylsuchende in Schleswig-Holstein aufgenommen worden. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2012 bedeutet das einen Anstieg um rund 84%, hieß es in einer Vorlage aus dem Innenministerium, Tendenz steigend

„ Ich habe mich bereits in der Ausschusssitzung dahingehend geäußert, dass ich diese Entwicklung für dramatisch halte“, teilte Gitta Neemann-Güntner, sozialpolitische Sprecherin der SPD- Kreistags Fraktion mit. „ Wir brauchen dringend einen Kurswechsel in der Flüchtlingspolitik, um den Menschen in ihrer persönlichen Not zu helfen. Dabei ist es unerheblich, warum diese Menschen zu uns kommen. Niemand verlässt ohne Grund sein Heimatland und riskiert dabei sein Leben. Besonders viele Familien mit Kindern sind dabei. Gerade hier gilt es, umgehend anzusetzen, damit die Sprache gelernt wird und diese Menschen in die Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt integriert werden. Denn die meisten wollen arbeiten, dürfen es nur nicht. Für Kinder ist Deutsch für den Schulbesuch unerlässlich, das Programm „Deutsch als Zweitsprache“ muss weitergeführt werden, zur Zeit sind die Klassen an den Standorten überbelegt.

„ Umso mehr freue ich mich, dass sich durch die Berichterstattung in den Lübecker Nachrichten zu diesem Thema bereits einige Institutionen gemeldet haben, um Wohnraum anzubieten. Das ist schnelle, humanitäre Hilfe, die diese Menschen im Moment brauchen. Auf einer Veranstaltung am Wochenende konnte ich außerdem vom Innenminister erfahren, dass zwei weitere Großraumprojekte in unserem Landkreis zurzeit leer stehen und als Unterbringungsmöglichkeit dienen könnten. Das kann natürlich nur eine Zwischenlösung sein, denn Einzelunterkünfte sind besser geeignet, diese Menschen in unserer Gesellschaft zu integrieren und nicht auszugrenzen. Darüber hinaus denkt das Land über einen Sonderfond nach, um notwendige Instandsetzungsarbeiten für Wohnraum zu ermöglichen.

Das sind kleine, wichtige Schritte vorort, um dem aktuellen Problem Abhilfe zu schaffen, strukturell muss allerdings sehr viel mehr im Bereich Asylpolitik und Entwicklungshilfe passieren, da erhoffe ich Unterstützung und Initiative der jeweiligen Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten.

Gitta Neemann-Güntner

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 04.11.2013, 14:46 Uhr - 13088 Clicks - Nr. 708 **Eindeutiges Vertrauensvotum für Thönnies**

Deutsch-Norwegische Freundschaftsgesellschaft e.V.

Franz Thönnies, SPD-Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Segeberg - Stormarn-Mitte, bleibt weiterhin an der Spitze der bundesweit tätigen Deutsch-Norwegischen Freundschaftsgesellschaft e. V. (DNF).

Bei der gestrigen Mitgliederversammlung in der Norwegischen Seemannskirche in Hamburg wurde der 59-jährige Abgeordnete, der auch Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages ist, einstimmig für weitere zwei Jahre zum 1. Vorsitzenden gewählt. Thönnies übt dieses Amt bereits seit 18 Jahre in der 1988 gegründeten Gesellschaft aus.



Zuvor fanden am Wochenende im Rahmen eines dreitägigen Jubiläums-Cruises mit 140 Teilnehmern die Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen der DNF an Bord der Color Line zwischen Kiel und Oslo statt. Im norwegischen Parlament Storting wurden die Jubiläumsgäste von der Vizepräsidentin Marit Nybakk, dem Vorsitzenden der Norwegisch-Deutschen Freundschaftsgruppe Sverre Myrli und dem deutschen Botschafter Dr. Axel Berg empfangen.

Thönnies: „Über den klaren Vertrauensbeweis freue ich mich sehr. Die Attraktivität der DNF ist groß, doch wir dürfen bei dem Erreichten nicht stehen bleiben. Es gilt, den Austausch zwischen Norwegen und Deutschland auf kultureller und gesellschaftlicher Ebene zu vertiefen sowie die Angebote für Mitglieder weiter zu entwickeln.“

Derzeit hat die DNF gut 1.800 Mitglieder und ist in 15 Regionalgruppen im Bundesgebiet vertreten. Jährlich finden knapp 120 Veranstaltungen mit deutsch-norwegischem Bezug statt. Weitere Informationen findet man unter www.norwegenportal.de.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 04.11.2013, 16:13 Uhr - 9877 Clicks - Nr. 709

SPD-Tangstedt: Glasfasernetzausbau Wilstedt-Siedlung

Infobus von wilhelm.tel vor Ort

Am Freitag, den 15.11.2013, sowie Freitag, den 22.11.2013, steht der Infobus des Norderstedter Kommunikationsanbieters wilhelm.tel in Höhe der Waldstraße 25 (Spielplatz) in Wilstedt-Siedlung.

In der Zeit zwischen 16:30 Uhr und 19:00 Uhr können sich Interessierte über die Leistungen informieren und ihr Interesse an einem Glasfaseranschluss bekunden.

Weitere Informationen können auch der [Internetseite vom wilhelm.tel](#) entnommen werden.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter www.facebook.com/SPDTangstedt oder www.twitter.com/SPDTangstedt erhalten!



Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Bericht aus dem Planungs- und Umweltausschuss \(29.10.2013\)](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

[Ulrike Rodust, MdEP](#) - veröffentlicht am 05.11.2013, 14:11 Uhr - 153674 Clicks - Nr. 710

Nicht länger im Trüben fischen!

Fischerei-Ausschuss des Europaparlaments verpasst Chance auf Verbot umweltschädlicher Grundsleppnetze

Der Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments hat am Montagabend die Möglichkeit verstreichen lassen, ein deutliches Signal zum Schutz der Tiefsee zu senden.



„Es ist zwar gut, dass wir einen Kompromiss zur Tiefsee-Fischereiverordnung gefunden haben, um endlich mit den überfälligen Reformen beginnen zu können. Allerdings bleiben wir immer noch hinter unserem Ziel zurück, die Tiefseearten und –Ökosysteme endlich nachhaltig zu schützen“, bedauert die Fischereiexpertin der deutschen Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, Ulrike RODUST.

Die Fischereitätigkeit der Europäischen Tiefseeflotte müsse dringend neu reguliert werden, um die Überfischung zahlreicher Tiefseebestände und die Zerstörung dieses empfindlichen Lebensraums zu beenden, erläutert Ulrike RODUST: „Der im Fischereiausschuss verabschiedete Kompromiss ist ein wichtiger erster Schritt, aber er lässt sich für die nötigen Reformen für meinen Geschmack zu viel Zeit: die meisten Tiefseearten sind noch anfälliger für Überfischung als andere Arten, da sie länger leben, langsamer wachsen, später geschlechtsreif werden und weniger Jungtiere hervorbringen. Hier drohen irreversible Schäden, wenn wir nicht schnell handeln.“

Schnellstmöglich zu verbannen seien vor allem die derzeit eingesetzten Grundsleppnetze, die enorme Auswirkungen auf die empfindlichen Ökosysteme der Tiefsee hätten, betont die SPD-Fischereiexpertin. „Die Schäden, die wir mit dieser Art der Fischerei anrichten, stehen in keinem Verhältnis zu dem erhofften Ertrag: Häufig ist Schleppnetzfisherei nicht einmal profitabel, nicht zuletzt wegen des immensen Spritverbrauchs“, erklärt Ulrike RODUST. „Wenn wir es überhaupt wagen, in diesem immer noch nicht ausreichend erforschten Lebensraum Fischerei zuzulassen, dann muss das selektiver geschehen, das Vorsorgeprinzip beachtet werden und sicherstellt werden, dass die durch Fanggeräte verursachten Schäden an den empfindlichen Ökosystemen auf das absolute Minimum reduziert werden. Alles andere wäre unverantwortliches Fischen im Trüben“, so Ulrike RODUST.

Keine Kommentare

Mehr Lehrer, mehr Unterricht, bessere Personalplanung

Zur Pressekonferenz von Bildungsministerin Wara Wende erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:



Die Küstenkoalition steht zu ihrem Wort: Wir mobilisieren alle Reserven zugunsten von Schule und Bildung! Wir haben in etlichen Fächern und in manchen Regionen des Landes einen Mangel an Nachwuchskräften und können es uns nicht leisten, dass andere Bundesländer mit uns in einen Wettkampf um materielle Angebote eintreten, den wir verlieren würden.

Darum bekommen junge ausgebildete Lehrkräfte, denen noch keine feste Beamtenstelle angeboten werden kann, die Chance, zunächst auf insgesamt 200 befristeten und unbefristeten Stellen tätig zu sein, bis sie verbeamtet werden können. Die Zensusmittel geben uns dazu den nötigen finanziellen Spielraum.

Eine wirksame Strategie gegen Unterrichtsausfall setzt ein effizientes Erfassungssystem voraus, über dessen Eckwerte es bereits von Monaten eine interfraktionelle Verständigung gab. Wir werden die Erfahrungen der an der Erprobung beteiligten Schulen auswerten.

Wenn sich das Konzept des Vertretungspools bewährt, wird er ein fester Baustein unserer Bildungspolitik werden. Größere Bausteine können wir hoffentlich nach den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene bewegen, wenn aus dem Kooperationsver- ein Kooperationsgebot wird.

Keine Kommentare

Generalverdacht ist nicht die richtige Antwort

Zur Diskussion über den Einsatz von Detektoren an Schulen, um Betrugsversuche mit elektronischen Geräten zu unterbinden, erklärt Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion:



Die Anhörung im Bildungsausschuss zu diesem Thema brachte ein sehr uneinheitliches Ergebnis. In unserer Entscheidung gegen den Einsatz von Detektoren stützten wir uns auf folgende Überlegungen:

- Wenn Chancengleichheit das entscheidende Argument der Befürworter von Detektoren ist, müsste deren Anwendung nicht nur einzelnen Schulen erlaubt, sondern an allen Schulen angeordnet werden.

- Betrugsversuche gab es immer und wird es immer geben. Die Maßnahmen, die dagegen zur Verfügung stehen, halten wir für ausreichend.
- Generell sollten Klausuren, erst recht Abschlussarbeiten, so gestellt sein, dass sie kompetenzorientiert sind und Transferleistungen statt Faktenabwurf erfordern.
- Wir wollen nicht alle Schülerinnen und Schüler unter Generalverdacht stellen.

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 07.11.2013, 14:17 Uhr - 13823 Clicks - Nr. 713

SPD-MdB Thönnies: „A20-Urteil ist Mahnung und Herausforderung zugleich!“

Anlässlich der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Rechtswidrigkeit des Planfeststellungsbeschlusses zum A20-Teilstück von Weede bis Wittenborn erklärt Franz Thönnies, SPD-Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Segeberg – Stormarn-Mitte:



„Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum Weiterbau der A20 bei Bad Segeberg ist auf der Strecke zum A7-Anschluss der Ost-West-Autobahn Mahnung und Herausforderung zugleich.

Es ist eine Mahnung an die Kieler Planer, mit mehr Sorgfalt und Vielfältigkeit zu arbeiten, als sie das in der Vergangenheit in Verantwortung der damals zuständigen CDU-Landesverkehrsminister getan haben.

Damit wird auch deutlich, dass im bisherigen Ablauf die Kritik der Naturschutzverbände und der Gemeinde Klein Gladebrügge nicht ernst genug genommen worden ist.

Eine Herausforderung ist das Urteil in mehrfacher Hinsicht. Dies gilt zum einen für die Autofahrer, die noch länger von Stauzeiten geplagt sein werden und zum anderen auch für die Bürger Bad Segebergs, die weiterhin hierunter erheblich zu leiden haben. Die Wirtschaft muss sich ebenso auf diese anhaltenden Umstände einstellen.

Den notwendigen Weiterbau der A20 gilt es nun sorgfältig und ohne weiteren Zeitverlust mit der entsprechenden Gründlichkeit zu planen und umzusetzen.

Die Sachlichkeit und Zielstrebigkeit, die Landesverkehrsminister Meyer dabei zeigt, gibt hierbei gute Hoffnung. Dabei halte ich es angesichts der nun eintretenden Verzögerung für geboten, dass das Land und die Stadt Bad Segeberg kurzfristig in einen Dialog eintreten und nochmals kreativ prüfen, wie das Stau-Aufkommen vor den Toren Bad Segebergs im Übergang von A20 zu B206 reduziert werden kann.“

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 07.11.2013, 19:03 Uhr - 56807 Clicks - Nr. 714

Energiewende zum Erfolg führen, Wertschöpfung und Beschäftigung in den Kommunen

Auf Antrag des umWeltforums hat der Landesparteitag am letzten Wochenende folgenden Beschluss zur Energiewende angenommen:

Wir fordern den SPD-Parteivorstand, die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD Verhandlungskommission auf, in den Verhandlungen mit CDU/CSU dafür zu sorgen, dass

- die als sozialdemokratisches Erfolgsprojekt für Arbeit, Wohlstand, Energiesicherheit und langfristig sichere Energiepreise eingeleitete dezentrale Energiewende in einer möglichen großen Koalition fortgesetzt wird, und dafür im Koalitionsvertrag sicherzustellen,
- dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mit seinen drei Grundprinzipien (feste auskömmliche Vergütungssätze, Einspeisevorrang und Planungssicherheit) erhalten bleibt und
- zum zentralen Instrument einer neuen Energiemarktordnung, in deren Zentrum eine dezentrale Energieversorgung auf Basis Erneuerbarer Energie steht, weiterentwickelt wird.

Keine Kommentare

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 08.11.2013, 14:38 Uhr - 6400 Clicks - Nr. 715

AfA Regionalkonferenz in Wolfsburg

Auf der AfA Regionalkonferenz am 02.11.2013 in Wolfsburg waren wir aus Schleswig-Holstein mit unseren Landesvorstandsmitgliedern: Helmut Ulbrand, Frank Hornschu und Peter Casper vertreten. Der Wirtschaftsminister von Niedersachsen hatte einen sehr guten Auftritt und die am Vorabend stattgefundenen Besichtigung der VW-Autostadt war ein echter Höhepunkt.



Auf Initiative von uns aus Schleswig-Holstein wurde eine Entschließung zur Verkehrsinfrastruktur verabschiedet.

Hier der beschlossene Text:

Gemeinsame Entschließung der AfA-Regionalkonferenz Nord vom 2. November 2013 zur Verkehrsinfrastruktur

Die Landes- und Bezirksvorstände der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen aus Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein (AfA-Regionalkonferenz Nord) setzen sich für die uneingeschränkte Funktionsfähigkeit der gesamten Verkehrsinfrastruktur ein. Die AfA-Regionalkonferenz Nord betrachtet den Status der norddeutschen Infrastruktur mit großer Sorge. Teile der Verkehrsinfrastruktur sind in einem extrem hoch problematischen Zustand, dies stellte auch die Verkehrsministerkonferenz der Länder Anfang Oktober des Jahres in Berlin fest.

Für die AfA-Regionalkonferenz Nord ist die uneingeschränkte Funktionsfähigkeit der gesamten Verkehrsinfrastruktur von hoher Bedeutung. Sie ist entscheidend für den Transport von Rohstoffen und Gütern und damit der Garant für die Wertschöpfung und Wettbewerbsfähigkeit des Landes insgesamt.

Gerade für die nördlichen Bundesländer ist die Exportorientierung von entscheidender Bedeutung. Ein Viertel des gesamten deutschen Außenhandels wird über die norddeutschen Häfen abgewickelt. So ist zum Beispiel die Automobilindustrie mit den Zulieferern in Niedersachsen auf eine funktions- und leistungsfähige Infrastruktur bis in die Küstenregionen dringend angewiesen. Die gleiche Thematik gilt für die Stahl- und Luftfahrtbranche, die effiziente und leistungsfähige Transportwege benötigen.

Die kontinuierliche Instandsetzung dieser Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren erheblich vernachlässigt. Nunmehr ist ein enormer Investitionsstau „aufgelaufen“. Experten gehen derzeit von einer jährlichen Finanzierungslücke in Höhe von mehr als 7,2 Mrd. Euro aus. Zahlreiche Brücken, Straßen, Schienen- und Wasserwege weisen eine sehr schlechte Beschaffenheit aus und mussten teilweise zur Gefahrenabwehr für den Verkehr gesperrt werden. Dies ist stets mit erheblichen wirtschaftlichen Einbußen verbunden.

Die AfA-Regionalkonferenz Nord spricht sich für eine dauerhafte und nachhaltige Lösung der Finanzierungsfragen der Verkehrsinfrastruktur aus. Dabei muss der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“ gelten.

Bis zur endgültigen politischen Entscheidung müssen allerdings Sofortmaßnahmen zur Sicherung der Verkehrsinfrastruktur ergriffen werden. Hier bieten sich Teile aus dem „Topf“ des Solidaritätszuschlages an. Denn schon heute fließen rund 4 Mrd. Euro, der insgesamt 14 Mrd. Euro, nicht allein in den Aufbau Ost. Zudem ist die uneingeschränkte Funktionsfähigkeit der gesamten Verkehrsinfrastruktur kein Problem von „Himmelsrichtungen“ sondern ein gesamtdeutsches.

Folglich setzt sich die AfA-Regionalkonferenz Nord zur Bewältigung der Sofortmaßnahmen dafür ein, dass bereits ab 2014 – mindestens bis 2019 – Teile aus dem Solidaritätszuschlag unmittelbar in Instandsetzungs- und Erhaltungsmaßnahmen der Verkehrsinfrastruktur fließen. Die künftige Bundesregierung wird von der AfA-Regionalkonferenz Nord zu einem entsprechenden Handeln aufgefordert.

Wolfsburg, den 2. Nov. 2013

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 08.11.2013, 16:43 Uhr - 14621 Clicks - Nr. 716

SPD-MdB Thönnies: Für Fracking Moratorium und Verbot giftiger Chemikalien vorgese

Hoffentlich hält Vorschlag der Koalitionsarbeitsgruppe

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen wird auch über die Gasförderung mit der umstrittenen Fracking-Methode diskutiert. Hierbei wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und chemischen Additiven unter hohem hydraulischem Druck in den Untergrund gepresst, um tief liegende Gesteinsformationen aufzubrechen und das Gas herausströmen zu lassen.



Jetzt schlägt die Koalitionsarbeitsgruppe „Umwelt“ von CDU/CSU und SPD vor, auf diese Art der Förderung zu verzichten bis ausreichende wissenschaftliche Erkenntnisse vorliegen, und alle Risiken für Gesundheit und Umwelt bewertet und ausgeschlossen werden können. Gänzlich verboten werden soll der Einsatz von giftigen Chemikalien.

„In der letzten Legislaturperiode haben CDU/CSU und FDP entsprechende Anträge der SPD-Bundestagsfraktion noch abgelehnt. Hoffentlich hält der Vorschlag der Arbeitsgruppe. Sollte er am Ende Bestand haben, wäre es eine gute Nachricht für den Kreis Segeberg“, so der SPD-Politiker Franz Thönnies.

Für große Unruhe hatte in der Region in der Vergangenheit die Ankündigung des kanadischen Unternehmens „PRD Energy GmbH“ geführt, vor Ort nach unkonventionellen Gasvorkommen zu suchen.

„Mit dieser Festlegung würde es keine Gasförderung mit der umweltgefährdenden Fracking-Methode im sogenannten ‚Erlaubnisfeld Bramstedt‘, das vom Süden bei Bad Bramstedt, an Kaltenkirchen vorbei bis in den Nordosten nach Bornhöved reicht, geben. So, wie es meine Fraktion schon lange fordert“, erläutert Thönnies.

Bildquelle: Oliver Brunner /pixelio.de

Kommentar von [Kelemen](#) vom 11.11.2013, 02:39 Uhr:

RE: SPD-MdB Thönnies: Für Fracking Moratorium und Verbot gift

"Mit dieser Festlegung würde es keine Gasförderung mit der Fracking-Methode geben ..." es wäre zu schön! Wären da nicht die internationalen Schiedsgerichte ... wie im Fall Vattenfall und Kohlekraftwerk Moorburg (siehe Sendung "Panorama" vom 15.10.2013)

[SPD Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 09.11.2013, 18:04 Uhr - 26684 Clicks - Nr. 717

Regionale Stärken im europäischen Kontext

Beauftragt durch den Kreisparteiausschuss hat ein parteiinterner Arbeitskreis sich unter Leitung von Götz Borchert zweieinhalb Jahre mit der Entwicklung einer europäischen Energiepolitik beschäftigt.

Der Genosse Borchert fasst hier das Ergebnis zusammen:

Der Europa-Kreisparteitag am 25. Oktober in Schacht-Audorf hat den Abschlussbericht des Arbeitskreises Europäische Energiepolitik beschlossen, der zuvor zweieinhalb Jahre unter meiner Leitung getagt hatte.

Im Februar 2011 diskutierten wir auf einem Kreisparteiausschuss das Thema „Ungleichheiten in der EU“. In der Folge wurde die Energiepolitik als ein Feld bestehender Ungleichheiten identifiziert. Ein AK wurde daraufhin mit der Bewertung der europäischen Energiepolitik beauftragt. Neben einer umfassenden Analyse hat unser Arbeitskreis nun auch ein Papier mit einer Idee für die künftige Entwicklung vorgelegt. Herzstück unserer politischen Idee ist es, regionale Stärken in einem europäischen Konzept einer sozialen und nachhaltigen Energiepolitik zusammenzuführen.



Einige zentrale Gedanken sollen hier kurz dargestellt werden:

- Eine sozialdemokratische Energiepolitik wird Ökologie, Ökonomie und Soziales miteinander in Einklang bringen.
- Die Energieversorgung ist zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Um allen Zugang zu sichern, muss sie durch die öffentliche Hand wahrgenommen werden.
- Konjunkturpakete sollten eine nachhaltige Energieversorgung beinhalten. Wir schlagen etwa vor, Konjunkturpakete z.B. für Griechenland mit dem Ausbau der Solarenergie zu verknüpfen.
- Zur Energiewende gehört auch Einsparung von Energie. Förderprogramme zur Wärmedämmung von Gebäuden müssen fortgesetzt und intensiviert werden.
- Der Netzausbau ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Gelingen einer konsequenten Energiewende. Beim Ausbau sind eine strategische Umweltprüfung und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Pflicht. Die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg ist sinnvoll, wenn regionale Stärken (z. B. Windkraft im Norden – Solarenergie aus dem Süden) zusammengeführt werden sollen.
- Forschungsgelder sind im Bereich der Speichertechnologien und „smart grids“ gut angelegt. Wir schlagen vor, die Gelder aus dem EURATOM-Vertrag zur Erforschung von Atomkraft künftig in die Erforschung von Speicher- und Netztechnologien zu investieren.
- Unser europäisches Konzept beinhaltet ausdrücklich eine dezentrale Versorgung in den Kommunen. Entsprechende Positionierungen haben wir auch in unserem Kreiswahlprogramm beschlossen.
- Als eine Vorbildregion zeichnet unser Papier eine Vision für den Ostseeraum nach.

Wir sind bei der Diskussion rund um das energiepolitische Zieldreieck von Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit zu dem Ergebnis gekommen, dass die europäische Ebene mehr Befugnisse braucht, wenn nationalstaatliche Egoismen künftig in den Hintergrund treten sollen. Für eine Energiepolitik mit regenerativen Energien braucht es aber auch eine linke-progressive Mehrheit im Europäischen Parlament und den nationalstaatlichen Regierungen.

Die sozialdemokratischen Parteien Europas und die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament sind auf dem richtigen Weg. Wir unterstützen ihre Forderungen etwa nach einer effizienteren Gestaltung des Europäischen Emissionshandelssystems, der europaweiten Einführung einer Kohlenstoffsteuer oder auch der Ausweitung der der EU- 20/20/20-Klimaziele auf 30/30/30-Ziele für das Jahr 2030. [Zum Papier geht es hier ..](#)

Ich danke allen, die an diesem Papier maßgeblich mitgearbeitet haben: Klaus Georg, Jörg Gneurik, Martin Klimach-Dreger, Roman Schwab, Jürgen Strack, Manfred Tank, Martin Tretbar-Endres, Gerrit van den Toren, Peter Uhl und Hans Peter Warnholz.

[Götz Borchert](#), stellvertretender Kreisvorsitzender

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 09.11.2013, 19:23 Uhr - 10042 Clicks - Nr. 718

SPD-Tangstedt: Mitgliederversammlung

Mitgliederehrungen & Wahlen

Am Freitag, den 8. November, trafen sich die Mitglieder der **Tangstedter Sozialdemokraten** anlässlich ihrer Mitgliederversammlung in der Tangstedter Mühle, in dessen Rahmen es zu Vorstandswahlen und Ehrungen langjähriger Mitglieder kam.

Gegen 19 Uhr eröffnete der **Ortsvereinsvorsitzende Holger Criwitz** die Veranstaltung, bei der ersatzweise für den verhinderten Landesvorsitzenden Ralf Stegner **Landesschatzmeister Stefan Bolln** vertreten war. **Bolln**, der selbst SPD-Ortsvereinsvorsitzender in Barmstedt ist, erklärte, dass **Stegner** wegen der laufenden Koalitionsverhandlungen gebunden sei.



Criwitz gratulierte gemeinsam mit **Bolln** zwei langjährigen **SPD-Mitgliedern** zu deren langjährigen Mitgliedschaft. So wurde **SPD-Mitglied Walter Schmedemann** für 65 Jahre Mitgliedschaft geehrt.

Ingolf Rosenberg ist seit 25 Jahre Mitglied der SPD. Beide Mitglieder hätten über Jahre die **SPD** zuverlässig unterstützt und um ihre langjährigen Mitgliedschaften nie Aufhebens gemacht. Zum Dank erhielten die Jubilare nach dem Verlesen der Urkunden Buchpräsentate, Gutscheine und rote Rosen.



Bolln gab anschliessend einen Bericht zu den aktuellen Entwicklungen auf Landes- wie Bundesebene ab. Dabei betonte **Bolln**, dass acht schleswig-holsteinische Sozialdemokraten im Parteikonvent anlässlich der Koalitionsverhandlungen vertreten seien. Weiter kündigte **Bolln** auf, dass es am 12.12. zur Mitgliederabstimmung kommen und es im Vorfeld jeweils eine Informationsveranstaltung in Pinneberg, Lübeck und Rendsburg geben

wird.

Anschließend dankte **Holger Criwitz** in einer bewegenden Rede den Mitgliedern für deren Unterstützung seiner Arbeit in den vergangenen 12 Jahren. Dabei hob er insbesondere seine **Frau Petra Criwitz** (Wilstedt-Siedlung) und **Ingrid Sichau** (Wulksfelde) hervor, die ihn während seiner Vorstandsarbeit durchgängig und zuverlässig unterstützt hätten. Rückblickend berichtete **Criwitz** nicht nur von den in den vergangenen Jahren durchgeführten Veranstaltungen, an denen vielfach sozialdemokratischen Landes- wie Bundespolitikern teilnahmen. Ebenso interessant waren seine Erinnerungen an die Zusammensetzungen der vergangenen Gemeindevertretungen und die Präsenz Tangstedter

Sozialdemokrat/innen in der SPD-Fraktion bzw. dem Präsidium des Stormarner Kreistages.

Wie im Vorfeld angekündigt trat **Criwitz** aufgrund seiner Wahl zum Bürgermeister der Gemeinde Tangstedt als Vorsitzender des Ortsvereins dann zurück. In der sich anschließenden Wahl wurde **Michael Kannieß** (Wiemerskamp), bisheriger stellv. Vorsitzender, zum neuen **Vorsitzenden des SPD-Ortsvereins Tangstedt** gewählt. **Kannieß** ist Mitglied der SPD-Fraktion und Vorsitzender des Finanzausschusses. Nach einer spannenden Kampfabstimmung setzte sich **Rainer Porsch** (Wiemerskamp) im zweiten Wahlgang bei der Wahl um den freigewordenen Posten des stellv. Vorsitzenden gegen **Johannes Kahlke** (Tangstedt) durch. Als neue Beisitzer wurden **Marie-Luise Rosenberg** (Tangstedt) und **Jörn John** (Tangstedt) gewählt.

Damit setzt sich der Vorstand der **SPD-Tangstedt** nun wieder aus neun Personen zusammen: **Vorsitzender Michael Kannieß** (Wiemerskamp), **stellv. Vorsitzender Norman Hübener** (Wiemerskamp), **stellv. Vorsitzender Rainer Porsch** (Wiemerskamp), **Schriftführerin Petra Criwitz** (Wilstedt Siedlung), **Schatzmeisterin Ingrid Sichau** (Wulfsfelde), **Beisitzer Jörn John** (Tangstedt), **Johannes Kahlke** (Tangstedt), **Marie-Luise Rosenberg** (Tangstedt), **Thorsten Runge** (Nahe).

Zum Ausklang der Veranstaltung berichtete **Christoph Haesler** in seiner Funktion als **SPD-Fraktionsvorsitzender** von den aktuellen Arbeitsthemen und **Thorsten Runge** von der Onlinepräsenz des Ortsvereins.

Somit kann der **Ortsverein der SPD-Tangstedt** zufrieden dem Jahresende entgegensehen und freut sich auf viele Besucherinnen und Besucher anlässlich des diesjährigen Weihnachtsmarkts am 1. Dezember in der Zeit zwischen 11 Uhr und 17 Uhr auf dem Rathausplatz in Tangstedt. Ganz traditionell wird die **SPD-Tangstedt** wieder mit leckerem Grünkohl vor Ort sein.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Glasfasernetzausbau Wilstedt-Siedlung](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 10.11.2013, 14:38 Uhr - 59719 Clicks - Nr. 719

Ja zu einer dynamischen, gerechten und sozialen Energiewende

Die wichtigsten deutschen Umweltverbände haben in einem Bündnis mit großen Sozialverbänden wie der AWO und anderen einen dringenden Appell an die CDU/CSU und die SPD für eine dynamische, gerechte und soziale Energiewende gerichtet

1. Ja zu einer konsequenten Energiewende

Vor dem Hintergrund einer nach wie vor überwältigenden gesellschaftlichen Unterstützung der Energiewende und dem alarmierenden jüngsten Bericht des Weltklimarats IPCC zur Entwicklung des Weltklimas appellieren die unterzeichnenden Verbände an CDU/CSU

und SPD, sich bei den laufenden Koalitionsverhandlungen für eine konstruktive Fortentwicklung der gesetzlichen Rahmenbedingungen zur Transformation unseres Energiesystems zu verständigen. In der bevorstehenden Legislaturperiode muss es gelingen, die Energiewende insgesamt zu stabilisieren und unumkehrbar zu machen.

Wir sagen, die Energiewende muss konsequent fortgesetzt werden, damit Klimaschutzziele erreicht werden und Atomkraftwerke schnell stillgelegt werden können. Die Energiewende muss ökologisch konsequent, sozial gerecht und wirtschaftlich tragfähig umgesetzt werden.

Zu den notwendigen Maßnahmen zählen unter anderem:

die Verankerung ambitionierter Klimaschutzziele und konkreter, verbindlicher Ziele für den Ausbau der Erneuerbaren Energien und Energieeinsparungen in der deutschen und europäischen Gesetzgebung.

eine Stärkung der Instrumente für den Klimaschutz wie den EU-Emissionshandel, die im Fall ihres Scheiterns durch neue nationale Instrumente ergänzt und ersetzt werden müssen.

2. Ja zum dynamischen und naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat in Deutschland zu einem wahren Boom beim Ausbau der Erneuerbaren Energien geführt. Ein Viertel unseres Stroms ist heute schon erneuerbar. Die Hälfte der Wind-, Solar- und Biomasse-Anlagen gehört den Bürgerinnen und Bürgern, nur ein Bruchteil den vier großen Energiekonzernen.

Es ist das gemeinsame Verständnis der unterzeichnenden Verbände, dass der dynamische und naturverträgliche Ausbau der Erneuerbaren Energien nicht abgebremst werden darf. Der Förderrahmen muss qualifiziert und ohne qualitative Brüche weiterentwickelt werden. Der im EEG verankerte Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien muss beibehalten werden. Strom aus erneuerbaren Quellen muss einen Anteil von 45 % am Stromverbrauch bis 2020 erreichen, um die Klimaschutzziele Deutschlands zu erfüllen.

Der Ansatz einer möglichst dezentralen Energieversorgung mit großer Akteursvielfalt (private, kommunale, gewerbliche und industrielle Akteure) muss weiter verfolgt werden. Er stellt nicht nur sicher, dass Wertschöpfung in der Region verbleibt und Millionen Bürgerinnen und Bürger direkt von der Energiewende profitieren. Er ist auch unverzichtbar für den weiteren Erhalt der hohen Akzeptanz, die den Transformationsprozess bis zum heutigen Tag kennzeichnet, und die Schaffung von guten und zukunftsfähigen Arbeitsplätzen.

Die nächste Bundesregierung muss eine Energiewende auch im Bereich Wärme auslösen und die großen Potentiale für Erneuerbare Energien und Effizienz gerade im Gebäudebestand heben.

3. Ja zur Senkung des Energieverbrauchs

Die Energiewende wird umso leichter umwelt- und sozialverträglich umsetzbar, je weniger Energie wir in Zukunft zur Sicherstellung unseres Wohlstands benötigen. Deshalb sind Energieeinsparung und Energieeffizienz zentrale Bausteine der Transformation. Hier sind wesentlich größere Anstrengungen nötig als in der Vergangenheit. Die Reduzierung des Energieverbrauchs ist ein wichtiges Element, um die Energiewende voranzubringen und Verbraucher zu entlasten.

Durch die nationale Umsetzung der europäischen Energie-Effizienz-Direktive (EED) ist eine umfassende Effizienzstrategie mit verbindlichen Einsparzielen in die Wege zu leiten. Langfristiges Ziel ist die Halbierung des Energieverbrauchs bis 2050. Dabei muss eine stetige, ausreichende und möglichst haushaltsunabhängige Finanzierung der Energiespar- und Effizienzprogramme sichergestellt werden.

Die staatliche Förderung für energetische Gebäudesanierungen muss auf 5 Mrd. Euro aufgestockt und verstetigt werden, damit langfristige Planungen möglich sind und die bislang zu niedrige Sanierungsquote gesteigert wird.

4. Ja zu einer gerechten Kostenverteilung

Die Kosten der Energiewende müssen in Zukunft wieder fair zwischen den verschiedenen Energieverbrauchern aufgeteilt werden. Auch die privaten Verbraucher müssen unter anderem von den sinkenden Börsenstrompreisen profitieren.

Aus Gründen der Verteilungsgerechtigkeit muss es das Ziel sein, das zuletzt stark angewachsene Entlastungsvolumen für energieintensive Betriebe zurückzuführen. Ungerechtfertigte Ausnahmetatbestände gilt es schnellstmöglich zu streichen. Durch Ausnahmeregelungen entlastete Unternehmen sollten nachprüfbare Energieeffizienzmaßnahmen durchführen.

Die Vorteile von energetischer Modernisierung sollen warmmietneutral den Mietern zukommen. Die Kosten energetischer Modernisierung sollten entsprechend ihren Vorteilen zu je einem Drittel durch Vermieter, Staat/KfW-Förderung und Mieter getragen werden.

5. Ja zur Unterstützung einkommensschwacher Haushalte

Der Zugang zu Energie stellt ein grundlegendes Element der Daseinsfürsorge und gesellschaftlichen Teilhabe dar. Steigende Energiepreise belasten einkommensschwache Haushalte meist überdurchschnittlich stark. Die Energiewende ist jedoch nicht die Ursache sozialer Probleme. Energiepreise sind bereits vor Beginn der Energiewende gestiegen und würden auch ohne sie weiter steigen. Vielmehr offenbaren sich jetzt die nicht ausreichende Tragfähigkeit sowie Lückenhaftigkeit der sozialen Sicherungssysteme und Energiesparangebote.

Sozialleistungen wie z. B. ALG II, Sozialhilfe, Wohngeld oder die Grundsicherung im Alter müssen die massiv gestiegenen Energiekosten in tatsächlicher Höhe berücksichtigen. Teils flankierend, teils präventiv sollten die Haushalte in die Lage versetzt werden, eigene Maßnahmen zur Energieeinsparung umzusetzen. Die arbeitsmarktpolitischen Rahmenbedingungen müssen die Existenzsicherung durch Arbeit gewährleisten. Vorteile von prekären Beschäftigungen für Arbeitgeber sind abzubauen.

Energieeffiziente Geräte müssen bei der Erstausrüstung von Haushalten im Grundsicherungsbezug in besonderem Maß gefördert und der energetische Zustand von Gebäuden bei der Festlegung von Angemessenheitsgrenzen berücksichtigt werden. Energiesparberatungen müssen weiterhin flächendeckend für alle Haushalte angeboten werden und zudem für einkommensschwache Haushalte kostenlos zugänglich sein.

Unterzeichnende Organisationen:

AWO Bundesverband
Bundverband Kraftwärmekopplung -BV KWK
Deutscher Genossenschafts-und Raiffeisenverband -DGRV
Deutsche Umwelthilfe – DUH
Deutscher Mieterbund
Deutscher Naturschutzring – DNR

Evangelische Frauen in Deutschland -EFiD
Germanwatch
Gesamtverband Dämmstoffindustrie -GDI
NaturFreunde Deutschlands
Naturschutzbund Deutschland -NABU
Zentralrat der Muslime
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland -BUND
Bundesverband Erneuerbare Energie – BEE

[Die Erklärung als PDF](#)

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 11.11.2013, 10:06 Uhr - 8615 Clicks - Nr. 720

Nachmittagsbetreuung für kreiseigene Gymnasien

Kreistagsfraktionen im Plöner Kreistag
07.11.2013 Pressemitteilung:



Nachmittagsbetreuung für kreiseigene Gymnasien Zum Thema Ganztagsschulbetreuung in den kreiseigenen Gymnasien bitten FWG Kreis Plön, SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport darum zu berichten, wie sich die Ganztagsschulbetreuung in den kreiseigenen Gymnasien gestaltet.

Mit Fragen nach den Angeboten von Arbeitsgemeinschaften, Mittagessen, Hausaufgabebetreuung, Teilnehmerzahlen, Finanzierungen, Fachpersonal und Angeboten im freizeitpädagogischen Bereich will man sich ein Bild über die aktuelle Situation machen. Vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung von Ganztagsbetreuungsangeboten für Kinder in U3 Gruppen/ Krippen, in Kindergärten, Grundschulen, Gemeinschaftsschulen und Regionalschulen im Kreis Plön ist es notwendig, auch für unsere kreiseigenen Gymnasien eine angemessene Ganztagsschulbetreuung vorzuhalten, so Bettina Hansen, Fraktionsvorsitzende der FWG Kreis Plön. Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist das Angebot einer qualifizierten Betreuung von Kindern auch ab der 5. Klasse aufwärts unerlässlich. Die Entscheidung für eine weiterführende Schule darf nicht davon abhängig gemacht werden, ob oder auch in welcher Form eine Betreuung an der Schule stattfindet. Mit dem Wechsel auf ein weiterführendes Kreisgymnasium kann die Betreuung keineswegs enden. Die Gymnasialempfehlung der Grundschule darf den Besuch hinsichtlich des evtl. fehlenden oder nicht bedarfsgerechten Betreuungsangebots zugunsten anderer Schulformen mit Ganztagsschulbetreuung dahingehend nicht negativ beeinflussen.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 11.11.2013, 14:25 Uhr - 9125 Clicks - Nr. 721

Der Dialog geht weiter

Andreas Breitner diskutiert in Glinde den kommunalen Finanzausgleich

Schleswig-Holsteins Innenminister Andreas Breitner zu Besuch in Glinde. Mit Bürgermeistern und Kommunalpolitikerinnen aus Süd-Stormarn und dem Kreis Herzogtum Lauenburg diskutierte Breitner die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs (FAG). Mit dabei war auch Martin Habersaat als örtlicher Landtagsabgeordneter.

Die Notwendigkeit einer Neuordnung des FAG wurde in der Runde nicht in Frage gestellt. Auch bekannten sich alle Teilnehmer zur Solidargemeinschaft der Kommunen in Schleswig-Holstein. Deutlich formuliert wurde allerdings den Wunsch, die Leistungsfähigkeit der Kommunen auch in Stormarn und dem Kreis Herzogtum Lauenburg zu sichern. Stormarns Städte und Gemeinden sind besonders dadurch betroffen, dass die Sonderkreisumlage, die der Kreis Stormarn von finanzkräftigen Gemeinden erhebt, bisher vergleichsweise niedrig war und die die neue Finanzausgleichsumlage sie im Vergleich zu Städten und Gemeinden in anderen Kreisen besonders hart trifft.



Martin Habersaat, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion: „Diese Finanzausgleichsumlage muss man sich noch einmal genau ansehen, eine andere Möglichkeit wäre, die Mittel für den FAG aufzustocken. Eine weitere Stellschraube könnten Neuordnungen beim zentralörtlichen System sein. Wir kommen in den verschiedenen Gesprächsrunden zum FAG langsam an den Punkt, wo konkrete Änderungswünsche am vorliegenden Gesetzentwurf auf den Tisch kommen.“

Lobend äußerte Habersaat sich über die große Dialogbereitschaft des Innenministers. „Er war zu dieser Runde in Glinde, bot aber an, alle Städte und Gemeinden, die das wünschen, noch einmal einzeln zu besuchen. Ich würde mich freuen, wenn davon Gebrauch gemacht wird.“ Geeignete Rahmen seien Sitzungen von Gemeinde- bzw. Stadtvertretung oder Einwohnerversammlungen.

Erst im Sommer 2014 werde der Landtag mit einer zweiten Lesung abschließend entscheiden. „Die Zeit bis dahin gilt es zu nutzen, für den Dialog und für Verbesserungen des Gesetzentwurfs.“

Keine Kommentare

[AfB Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 12.11.2013, 14:24 Uhr - 16813 Clicks - Nr. 722

Einigkeit im Norden: G8 am Gymnasium und G9 an der Gemeinschaftsschule

Im Rahmen ihres regelmäßigen Kooperationstreffens in Hamburg positionierten sich **die norddeutschen Landesverbände der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) aus Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein** klar zur mittelfristigen Ausrichtung ihrer Schulsysteme als **2-Wege-Modell zum Abitur**:

G8 ist der Lernweg des Gymnasiums

G9 ist der Lernweg der Gemeinschaftsschule

Wir wollen Klarheit und Verlässlichkeit schaffen!

Das grundlegende Ziel der AfB bleibt jedoch „eine Schule für Alle“, darin waren sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig. Bis sich unser Schulsystem entsprechend weiterentwickelt hat, sehen wir ein **gleichwertiges 2-Wege-Modell** als Zwischenschritt auf dem Weg zum Ziel. Außerdem nehmen wir zur Kenntnis, dass es neben dem Wunsch vieler Eltern nach längerem gemeinsamen Lernen auch Eltern mit dem Wunsch nach dem Besuch eines Gymnasiums für ihre Kinder gibt.



Allgemein **lehnen wir einen G9- oder Y-Lernweg** (wahlweise G8 und G9) **an Gymnasien ab**. Eine eigene Schulart benötigt auch Alleinstellungsmerkmale. Da das Abitur an G8-Gymnasien und G9-Gemeinschaftsschulen absolut gleichwertig ist, sehen wir diese Unterscheidung unter anderem in der Art des Unterrichtens sowie der Dauer des Lernweges zum Abitur.

„Es ist unnötig, eine neue Schulstrukturdebatte zu führen. Wir wollen uns lieber um die Gestaltung der Schulen sowie eine Verbesserung des Unterrichtes und der LehrerInnenbildung kümmern.“, so Ulf Daude, Mitglied des AfB Bundesvorstandes.

Hierzu gehört für uns besonders die kind- bzw. jugendgerechte Gestaltung des Unterrichts und der Schulen sowie deren Ausstattung. Unsere Schulen müssen nicht nur als Lernort, sondern auch als Lebensraum gestaltet werden, zu dem unsere Kinder gerne gehen und an dem sie nach ihren individuellen Bedürfnissen und Fähigkeiten gefördert werden.

Sowohl eine Umfrage der Landeseltern- und Landeschülervertretungen Schleswig-Holstein als auch eine Studie der DAK haben gezeigt, dass die **häufig genannten Probleme nicht durch einen Rückweg zum G9-Gymnasium gelöst werden können** und dass die G8-G9-Vergleichswerte bei den Belastungen der SchülerInnen nicht weit voneinander entfernt liegen. Diese Erhebungen - wie auch die Erfahrungen z.B. in Sachsen (Gewinnerland des Bildungsmonitors) mit seinem ausschließlichen G8-Angebot an Gymnasien - zeigen darüber hinaus, dass alle Gymnasien ihre Arbeit überdenken, umgestalten und G8 angemessen organisieren können und müssen. Hierzu ist eine Überarbeitung der Schulgesetze, Verordnungen, Erlasse und Lehrpläne nötig. Letztere müssen sich verabschieden von einer reinen Festlegung der Inhalte. Es ist erforderlich, dass sie hin zu einem sinnvollen, kompetenzorientierten Lernen weiterentwickelt werden.

Als wichtiges Element der Gleichwertigkeit beider Bildungswege betrachten die KonferenzteilnehmerInnen zudem den direkten Zugang zur Oberstufe (Versetzung), ohne dass nach Klasse 10 ein Schulwechsel erforderlich wird. Sollte keine eigene Oberstufe möglich sein, fordern wir die Verpflichtung der Schulen zu einer verbindlichen Kooperation mit einer benachbarten Oberstufe. Die freie Schulwahl der Eltern bleibt hiervor unberührt.

Ein weiterer wichtiger Baustein zur Entlastung und Entspannung der Lernsituation ist die flächendeckende Einführung von echten gebundenen Ganztagschulen mit einem gut organisierten Rhythmus von Lern- und Übungsphasen sowie Erholungs- und Neigungsphasen.

„Der Staat hat die Verantwortung für seine Schulen und ein gut funktionierendes Bildungssystem. Das bedeutet auch Klarheit und Verlässlichkeit gegenüber den Schülerinnen und Schülern, den Eltern sowie nicht zuletzt den Lehrerinnen

und Lehrern, bei denen die Verantwortung für die Umsetzung jeglicher Reformen im Unterricht liegt.“, so Peter Befeldt, AfB Bundesvorsitzender.

Keine Kommentare

[SPD-Umweltforum](#) - veröffentlicht am 12.11.2013, 18:20 Uhr - 58008 Clicks - Nr. 723

Die Weltklimapolitik versagt

Michael Müller ,ehemaliger **SPD** Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in die von Bundeskanzlerin Angela Merkel geführte Bundesregierung , jetzt Vorsitzender des aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen Umweltverbandes **Naturfreunde Deutschland**, hat sich vor dem Hintergrund des aktuellen Klimagipfels und den Ereignissen auf den Philippinen zu Wort gemeldet



Die Weltklimapolitik versagt zeigt Taifun Haiyan :

Die erste Schlacht gegen den Klimawandel ist bereits verloren Was ist das für eine verlorene Debatte, wenn Berichterstatter der Katastrophe in der philippinischen Hafenstadt Tacloban vor dem Klimawandel warnen. Wo waren denn die Damen und Herren, als das Thema im vergangenen Bundestagswahlkampf überhaupt keine Rolle gespielt hat? Sie thematisieren den Klimawandel nur, wenn er wieder mal in aller Härte in den ärmsten Ländern der Welt zuschlägt. Und der gegenwärtige Stand des Klimawandels ist nicht auf die Entwicklungsländer zurückzuführen. Eckart Kuhlwein, im Bundesvorstand der Naturfreunde für Umweltpolitik zuständig, beklagt: „Auch die Weltklimakonferenz in Polen zeigt wieder einmal: Die Hauptverursacher sind nicht bereit, das Notwendige zu tun.“

Warnungen von UNEP und WMO blieben folgenlos Das Umweltbüro der Vereinten Nationen (UNEP) und die Weltmeteorologie-Organisation (WMO) warnen bereits seit Mitte der 1980er-Jahre vor dem vom Menschen verursachten Klimawandel. Wie viel Zeit verloren gegangen ist, zeigt die Verschiebung der Debatte: Ging es damals noch in erster Linie um Vorsorge vor dem Klimawandel, rückte schon Mitte der 1990er-Jahre die Anpassung an den Klimawandel in den Fokus. Dabei haben beispielsweise die Philippinen so viele Inseln und Küstenkilometer, dass gar nicht alle Regionen geschützt werden können. Die dort lebenden Menschen sind den Gewalten der Natur ausgeliefert, die durch die Erwärmung der Meere und der Troposphäre entfesselt werden. Und Taifune, wie jetzt der besonders heftig wütende Haiyan, nehmen durch die Aufheizung der Meere an Heftigkeit zu.

Folgen des Klimawandels heftiger als erwartet Fest steht: Nach einer langen Phase der Stabilität steigt der Meeresspiegel, und er steigt schneller als erwartet. Das korreliert mit dem globalen Temperaturanstieg. Mit ihm nimmt – zudem mit großen regionalen Unterschieden – die Erwärmung der Ozeane zu. Durch die Erwärmung vergrößert sich zum einen das Volumen des Meerwassers. Zum anderen verursacht die verstärkt aufsteigende Feuchtigkeit eine Energiezunahme in der unteren Luftschicht, die sich in warmen Erdregionen in Orkanen, Hurrikanen und Taifunen entlädt. Überhaupt hat der Klimawandel in den Meeressystemen gravierende Folgen. Die Biologie und die Strömungen verschieben sich weitreichend, die Versauerung nimmt zu. Damit wurden Prozesse eingeleitet, deren Folgen wir heute noch gar nicht absehen können. Aber die Menschen machen weiter. Manche mögen es heiß: in Polen wie in China, in den USA wie in Deutschland. Die Unfähigkeit der Verantwortlichen, aus dem Wissen auch Konsequenzen zu ziehen und zum

notwendigen Handeln zu kommen, hat zu einer dramatischen Veränderung der Realität geführt. Der Monstertaifun Haiyan hat gezeigt, dass die erste Schlacht gegen den Klimawandel bereits verloren ist.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 13.11.2013, 06:01 Uhr - 8636 Clicks - Nr. 724

SPD-Tangstedt: Bericht aus dem Zentralausschuss (12.11.2013)

Nachdem der **Ausschussvorsitzende Norman Hübener (SPD)** am Dienstag, den 12.11.2013, die Mandatsträger und Bürger/innen zur zweiten Sitzung dieser Legislatur begrüßt hatte, gelangte man schnell zu den Tagesordnungspunkten 5 – 7, die sich mit der Belegung der Kindertagesstätten, dem Stellenplan 2014 und dem Haushalt 2014 beschäftigte.



Zu Beginn stimmten alle Ausschussmitglieder sowohl für die Tagesordnung des nichtöffentlichen Teils als auch die gesamte Tagesordnung.

Hübener (SPD) berichtete davon, dass das Ordnungsamt des Amtes Itzstedt es bis heute nicht geschafft habe, die Teilnehmer/innen des Arbeitskreises zum ÖPNV einzuladen. Entsprechend würden er und **Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)** sich jetzt hierum kümmern.

Gegen die Niederschrift vom 28.08.2013 erhob niemand einen Einwand.

Im Rahmen der Fragen der Mandatsträger wurde zum einen nach dem Termin der Arbeitsgruppe Abwasserbeseitigung gefragt, zum anderen angemerkt, dass man bisher auf die Frage an die Verwaltung nach den für die Costa Kiesa entstandenen Kosten keine Antwort bekommen habe, die Costa Kiesa aber Bestandteil des heute im Zentralausschuss zu beschließenden Haushaltsplans wäre.

Während des ersten Teils der Einwohnerfragestunde meldete sich kein Einwohner zu Wort.

Bei der aktuellen Belegungsplanung der Kindertagesstätten der Gemeinde Tangstedt verwies man auf die neue Krippengruppen zum 1.12.2013 sowie die bald beginnende neue Elementargruppe in den Räumen der Neuen Betreuten Grundschule. Insgesamt habe man aber auch vor den Erfahrungen der letzten Jahre keinen Puffer. Es handle sich nur um Restplätze. Die Frage seitens der BGT, ob die Mitarbeiter/innen der Kindertagesstätte den ausgelastet seien, konnte mit Hinweis auf die Entwicklung der letzten Jahre schnell beantwortet werde. Zudem war allen Parteien bewusst, dass man bei der Schaffung von Krippen-/Elementarplätzen agieren wollte und zudem es einen Rechtsanspruch für die Betreuung von Kinder zwischen einem und drei Jahren bestehe. Abschließend sagte der **Ausschussvorsitzende Hübener**, dass der Zentralausschuss die Vorlage der Verwaltung zu Kenntnis genommen habe.

Beim Stellenplan konzentrierten sich die Ausschussmitglieder auf die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Dabei sagte **Bürgermeister Criwitz** zu, sich unterschiedliche

Eingruppierungen Einzelner des Bauhofes anzusehen und von den Gründen zu berichten. Beim anschließenden einstimmigen Beschluss wurde diese Position auch ausgelassen.

Hinsichtlich der Beratung und Beschlussfassung über den Anteil des Zentralaussschusses am Haushalt 2014 wurde eine Anregung zur Senkung der Fortbildungskosten für Mandatsträger gegeben. **Criwitz** erklärte dazu, dass man aber in dieser Legislatur viele neue Gemeindevertreter und bürgerlichen Mitglieder habe, die gerade in den ersten zwei Jahren sich fortbilden können sollen. Anschließend werde im Haushaltsplan diese Position sinken. Der Zuschuss zum DRK solle erstmal bestehen bleiben. Man werde die kommende Entwicklung hinsichtlich der Schlichtwohnungen abwarten. Die BGT stellte den Antrag, den Zuschuss zum 125-jährigen Jubiläum der Feuerwehr Tangstedt von 7500 Euro auf 5000 Euro zu senken. Bei Enthaltung der SPD und Ablehnung durch die FDP stimmten CDU und BGT dafür. Eine Frage um die Höhe einer Position der Grundschule Tangstedt konnte unter Verweis auf die Verteilung auf verschiedene Positionen beantwortet werden. Die Kostensteigerung bei der Volkshochschule wird Gegenstand der Sitzung des VHS-Beirates sein. Dabei sprach man sich aber parteiübergreifend dafür aus, dass die VHS zu erhalten sei. Die Position VHS wurde bei dem Beschluss zum Haushaltsplan ausgespart. **Criwitz** erklärte um den Zustand des Gemeindearchivs und schlug eine Erhöhung dieser Position auf 1500 Euro vor, dem alle Vertreter zustimmten. Fragen zu den Zahlen anlässlich der Förderung der Kirchengemeinde konnten schnell beantwortet werden. Ebenso Fragen um einen deutlichen Anstieg beim Kinderladen Rade, der nach seiner temporären Schließung wieder Sachausstattung beschaffen muss. Bei den Kosten des Waldkindergartens verwies **Criwitz** darauf, dass man grundsätzlich mit „echten“ Zahlen rechnen müsse und nicht mit geschönten, die später zu vorhersehbaren Nachtragshaushalten führten. Die gemeindliche Beteiligung am Friedhof Tangstedt wurde auf die Finanzausschusssitzung vom 26.11.2013 vertagt, weil vielfach das Amt Itzstedt den Gemeindevertretern keine Unterlagen versandt hat. Am Ende stimmten alle sieben Gemeindevertreter für diesen Haushaltsplan.

Zum Thema Biokompostwerk Bützberg lagen zwei Anträge vor, die sich mit der wöchentlichen Anfuhr für Tangstedter/innen oder einer verlängerten Öffnungszeit für Tangstedter/innen beschäftigen. Der **Bürgermeister** wurde einstimmig beauftragt, mit der Leitung Gespräche aufzunehmen und diese Anliegen zu klären.

Der Wunsch der FDP um Verlängerung der Arbeitsgruppe Bürger-Natur-Park Tangstedt wurde aufgrund des Hinweises von **Altbürgermeister Dr. Taube (FDP)**, dass man diese Arbeitsgruppe im Moment nicht benötige, zurückgestellt.

Während des zweiten Teils der Einwohnerfragestunde wurde zur Costa Kiesa gefragt, wie es um die Aufstellung der Kosten stände und wer diese analysieren würde. **Bürgermeister Criwitz (SPD)** sagte hierzu, dass man viele Rechnungen schon habe, aber man u. a. auf die Arbeitsnachweise des Bauhofes warte. Später müsse sich der Zentral- bzw. Bauausschuss hierum kümmern. Ein Bürger fragte, ob man eine Übersicht über die Nitratbelastung der mit Mais belegten Felder habe. Dies wurde verneint und weiter der Hinweis gegeben, dass dies ein Fall für den Planungs- und Umweltausschuss sei. Schließlich konnte die Frage nach den Beprobungsergebnissen auch im Umfeld der Sauerlandgrube nicht beantwortet werden. **Criwitz** sagte, dass Proben gezogen würden, die Gemeinde Tangstedt aber nicht um die Ergebnisse wüsste.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Mitgliederversammlung der SPD-Tangstedt](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

SPD-Kreistagsfraktion RD-ECK hat Eckpunkte zu HH-Beratungen 2014 beschlossen

Die SPD-Kreistagsfraktion hat in ihrer dreitägigen Klausurtagung in Hohwacht ihre Eckpunkte für die Haushaltsberatungen 2014 beschlossen.



Auch wenn der Haushaltsentwurf 2014 mit einem Jahresüberschuss von 4 bis 5 Mio. Euro abschließt, so trüben sich die Aussichten für 2015 bereits wieder deutlich ein. Wir müssen deshalb zwar in 2014 investieren, um für die Zukunft besser gewappnet zu sein, der größte Anteil des Überschusses sollte aber zur Schuldentilgung verwendet werden. ...

Da es im Kreistag keinen festgefügtten schwarzgelben Block mehr gibt, erwarten wir spannendere Beratungen als in den Vorjahren. Natürlich wollen wir möglichst viele unserer politischen Schwerpunkte in die Beratungen einbringen.

Energieeffizienz und Gebäudesanierung Die SPD-Kreistagsfraktion möchte die erfolgreiche Arbeit der Energieleitstelle wieder aufnehmen und richtet diese daher als Klima- und Energieleitstelle mit einem Anfangskapital von 185.000 Euro wieder ein. Die eingesparten Energiekosten werden reinvestiert und das Anlagevermögen des Kreises erhalten. Schon unter der rot-grün-blauen Kreistagskooperation von 1998 bis 2003 waren die heute noch jährlich eingesparten Energiekosten höher als die anfänglichen Investitionen, bevor diese trotz ihres preisgekrönten Erfolges von der späteren CDU-Mehrheit eingestellt wurden.

Mobilität Einen weiteren inhaltlichen Schwerpunkt wird die SPD-Kreistagsfraktion bei den Haushaltsberatungen auf das Thema Mobilität setzen. Mit dem im September 2013 vom Kreistag verabschiedeten Regionalen Nahverkehrsplan setzt der Kreis sich die Weiterentwicklung und Verbesserungen im ÖPNV-Angebot zum Ziel. Dieses vor dem Hintergrund der finanziellen Situation des Kreises zu erreichen, ist eine große Herausforderung und bedarf sorgfältiger Analyse und Vorarbeiten. Es ist zudem für die SPD-Fraktion nicht nachvollziehbar, dass die Nettoausgaben für den ÖPNV sich jedes Jahr ungedämpft um gut 10 % bzw. 200.000 Euro ohne Qualitätsverbesserungen erhöhen. Ein zentrales Mittel dabei ist nach Auffassung der SPD-Kreistagsfraktion, die Ausschreibung von ÖPNV-Leistungen zu prüfen und ggf. vorzubereiten. Aufgrund der Komplexität und um bis Ende nächsten Jahres konkrete Ergebnisse zu erzielen, muss externer Sachverstand einbezogen werden. Dafür sollen im Haushalt 2014 einmalig bis zu 150.000 Euro zur Verfügung gestellt werden.

Schulsozialarbeit Schulsozialarbeit ist für die SPD-Kreistagsfraktion unverzichtbar für Chancengleichheit und -gerechtigkeit, deshalb muss sie auch nach dem Verbrauch der Restmittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket 2015 weitergeführt werden. Da die hierfür vorgesehene Entlastung der Grundsicherung nach dem bisherigen Gesetzentwurf der Landesregierung den Kreisen ab 2015 entzogen werden soll, fordern wir die Landesregierung auf, die dauerhafte Finanzierung der Schulsozialarbeit über den kommunalen Finanzausgleich sicherzustellen.

Umwelt- und Naturschutz Wir unterstützen die Initiative der Grünen mit der Begleitung der UNB und des Naturbeirates, durch ehrenamtliche Naturschutzbeauftragte zusätzliche Bürgerbeteiligung zu ermöglichen. Die Arbeit der Naturführer in den Naturparks und dem kreisweiten Naturschutz soll verbessert werden.

Frauenberatungsstellen weiterhin erforderlich Die Landesregierung hat die Finanzierung der Frauenberatungsstellen durch Erhöhung der FAG-Mittel abgesichert. Die SPD Kreistagsfraktion will dem jetzt bei dem Kreisanteil folgen und die kreisweite Fachberatungsstelle zum leider immer noch aktuellen Thema „Gewalt gegen Frauen“ auf Dauer angemessen unterstützen. Hierzu wird die SPD-Kreistagsfraktion einen Antrag auf zusätzliche Mittel für den Kreishaushalt 2014 stellen.

Masterplan Demografie Der demografische Wandel stellt uns alle vor große Herausforderungen. Die SPD-Kreistagsfraktion will zusammen mit den Gemeinden, Städten und kommunalen Fachverbänden einen „Masterplan Demografie“ für den Kreis Rendsburg-Eckernförde auf den Weg bringen. Dieser soll eine Bedarfsanalyse für zentrale Zukunftsthemen sowie Impulse und Planungsdaten für Maßnahmenkataloge und Lösungen zu bedeutsamen Entwicklungen liefern. Wir wollen für eine entsprechende Fachtagung 2.500 Euro zur Verfügung stellen. Soziale Integration fördern Geduldete Flüchtlinge wie z. B. aktuell Migrantinnen und Migranten aus Syrien sollen in Zukunft von Sprachkursen nicht mehr ausgeschlossen werden. Die SPD-Kreistagsfraktion wird 25.000 Euro für anerkannte Bildungsmaßnahmen (sog. A1 Kurse) kreisweit z.B. von Volkshochschulen für den Haushalt 2014 aus Budgetmitteln beantragen.

Neue Probenräume willkommen! Die SPD-Kreistagsfraktion begrüßt die Entwicklung im Nordkolleg. Das Alleinstellungsmerkmal im Rendsburger Raum und die Weiterentwicklung im musikalischen Bereich mit den neuen Probenräumen stärkt die eigene Position und stellt das Nordkolleg breiter auf. So kann die Arbeit des Jugendorchesters des Schleswig-Holstein Musikfestivals auch auf eine neue Ebene gehoben werden. Mit dem 2 Millionen-Euro-Neubau wird auch die Umstrukturierung des Nordkollegs von einer ehemaligen Heimvolkshochschule hin zur Akademie kultureller Bildung deutlich sichtbar. Guido Froese wird als Leiter der Einrichtung ein weiteres Leuchtturmprojekt nach Rendsburg holen und unseren Kreis überregional darstellen können.

Weitere Anträge - Wir befürworten den Antrag, den Zuschuss für das dänische Büchereiwesen um 3.700 Euro zu erhöhen. - Wir werden uns für eine angemessene Sachausstattung des ehrenamtlichen Kulturbeauftragten mit 15.000 Euro einsetzen. - Des Weiteren sollen mindestens zwei weitere Familienzentren mit 5.000 Euro jährlich gefördert werden. Wir werden die Erhöhung des Stundensatzes für Tagespflegepersonen von 3,10 Euro auf 3,50 Euro unterstützen. - Die ehrenamtliche Arbeit des Seniorenbeirates soll zukünftig mit 2.000 Euro gefördert werden.

Keine Kommentare

[SPD-Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde](#) - veröffentlicht am 13.11.2013, 17:23 Uhr
- 20341 Clicks - Nr. 726

Umsetzung des Regionalen Nahverkehrsplans anpacken

Umsetzung des Regionalen Nahverkehrsplans anpacken.

Die Weiterentwicklung und Verbesserung des Öffentlichen Personen-Nahverkehrs im Kreisgebiet ist ein Ziel des im September vom Kreistag verabschiedeten Regionalen Nahverkehrsplans (RNVP). Dazu gehören u.a. ein verbessertes und bedarfsgerechtes Liniennetz, die Barrierefreiheit und die Qualitätssteigerung. Diese von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW initiierte Zielsetzung zu erreichen, ist vor dem Hintergrund der Haushaltslage eine große Herausforderung und bedarf sorgfältiger Analysen und Vorbereitungen, erläuterten die verkehrspolitischen Sprecher Martin Tretbar-Endres (SPD), Raoul Steckel (Bündnis 90/Die Grünen) und Susanne Storch

(SSW) in einem gemeinsamen Antrag für den Kreishaushalt 2014. Auch die Linke (Daniela Asmussen) unterstützt den Antrag.

Ein zentrales Mittel zu Angebots- und Qualitätssteuerung im ÖPNV ist dabei die Vergabe der ÖPNV-Leistungen. Hier wollen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW ansetzen und die Ausschreibung von ÖPNV-Leistungen prüfen und ggf. vorbereiten mit dem Ziel, Effizienzsteigerungen und damit verbundene Kostenreduzierungen zu identifizieren und für Angebotsverbesserungen und Steigerung der Qualität zu nutzen. In diese Arbeiten sollen die Anbieter, die Nutzer und die Gemeinden eingebunden werden. Dazu gehört auch, im Sinne von „Best Practice“ die ÖPNV-Angebote und Organisation anderer Kreise zu analysieren und die im RNVP enthaltene Situationsbeschreibung auszuwerten.

Dieser Themenkomplex soll in Zukunft von einem Unterausschuss des Regionalen Entwicklungsausschusses und des Ausschusses für Schule, Sport, Kultur und Bildung (wegen des Themenbereichs Schülerbeförderung) vorangetrieben werden. Aufgrund der Komplexität und um bis Ende nächsten Jahres konkrete Ergebnisse zu erzielen, ist auch die Einbindung externen Sachverständigen notwendig.

Um diese Ziele zu erreichen, sollen im Haushalt 2014 bis zu 150.000 Euro zur Verfügung gestellt werden.

In einem weiteren gemeinsamen Antrag fordern SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW die notwendigen Mittel (bis zu 8.333,- €) für eine Projektskizze zu einem Masterplan Mobilität in der Kiel Region in den Haushalt 2014 einzustellen. Der Masterplan Mobilität ist ein Leitprojekt des Regionalen Entwicklungskonzeptes für die „KielRegion“ und soll die strategische Grundlage für die Weiterentwicklung des Verkehrs und der Verkehrssysteme in der Region werden. Auch diesen Antrag unterstützt die Linke.

Ansprechpartner:

Martin Tretbar-Endres (SPD), 0178/2351509

Raoul Steckel (Bündnis 90/Die Grünen)

0171/3073270 Susanne Storch (SSW) 0176/29148587

Keine Kommentare

[Sönke Rix, MdB](#) - veröffentlicht am 14.11.2013, 11:50 Uhr - 25937 Clicks - Nr. 727

Europa ist keine Insel

Die Katastrophe vor Lampedusa wirft ein Schlaglicht auf das tragische Schicksal der Flüchtlinge, die Tag für Tag bei dem Versuch nach Europa zu kommen ertrinken. Konservative Schätzungen gehen davon aus, dass seit 1990 insgesamt 8.000 Flüchtlinge ertrunken sind. Flüchtlingsorganisationen sprechen gar von bis zu 25.000 Toten.

Wir müssen das Sterben an den Außengrenzen der EU beenden. Deshalb unterstütze ich den Vorschlag der EU-Kommission, Grenzschutzeinsätze unter Koordination von Frontex menschenrechtskonform auszugestalten. Die Menschen müssen aus Seenot gerettet werden und Zugang zu Asylverfahren in der EU bekommen.

Aber auch die Fluchtursachen – Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg, Diskriminierung und Armut in den Herkunftsländern – müssen durch eine sinnvolle Entwicklungs- und eine kluge Außenpolitik bekämpft werden, um den Menschen in ihren Heimatländern Perspektiven zu eröffnen. Menschen, die dennoch fliehen müssen, wollen wir in Deutschland und der Europäischen Union Schutz gewähren.

Klar ist: Europa ist keine Insel, von der wir Armut und Verfolgung dauerhaft fernhalten können. Wir machen uns schuldig, wenn wir den vielen Menschen, die in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Europa flüchten, unsere Hilfe versagen und sie im Mittelmeer ertrinken lassen.

Die Europäische Union muss deshalb dafür sorgen, dass Flucht entkriminalisiert wird und der Schutz der Flüchtenden Priorität genießt. Dazu ist es nötig, auch realistische Möglichkeiten der legalen Einreise in die EU zu schaffen. Die EU hat die Mittel und braucht den Willen, zumindest einer angemessenen Anzahl an Flüchtlingen eine dauerhafte Perspektive zu bieten.



Bislang verhindert das Bundesinnenministerium eine gerechtere innereuropäische Verteilung des anhaltenden Flüchtlingsstroms. Wir müssen aber der gemeinsamen Verantwortung aller EU-Staaten für die Situation an unseren Südgrenzen gerecht werden. Die Mittelmeeranrainer dürfen dabei nicht allein gelassen werden.

Flüchtlinge, die in Europa und in Deutschland ankommen, müssen zudem humaner und schneller behandelt werden. Wir wollen die Situation von Asylbewerbern in Deutschland maßgeblich ändern: Unter anderem muss die sogenannte Residenzpflicht abgeschafft werden, die Asylbewerber in ihrer Bewegungsfreiheit stark einschränkt. Zudem müssen wir das Asylbewerberleistungsgesetz reformieren und den Zugang zum Arbeitsmarkt bereits nach sechs Monaten Aufenthalt in Deutschland ermöglichen.

Die wenigsten Menschen wollen ihre Heimat verlassen. Wir müssen daran mitwirken, dass sie auf der Suche nach einem menschenwürdigen, erfüllten Leben nicht darauf angewiesen sind, als Ausweg ihr Land zu verlassen. Inwieweit eine humane und zukunftsweisende Flüchtlingspolitik in einer Koalition mit CDU/CSU möglich ist, ist noch völlig offen.

Erschienen als "Bericht aus Berlin" in der Eckernförder Zeitung am 13.11.2013 zum Thema: "Lampedusa: Deutschland, die EU und die Flüchtlingsproblematik"

Keine Kommentare

[AfB Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 14.11.2013, 16:31 Uhr - 16618 Clicks - Nr. 728

Schulpsychologie als Unterstützungssystem für die Schule der Zukunft

Die **Landeskonferenz der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung** tagte in Husum zum **Thema Schulpsychologie**, da **Schleswig-Holstein** in diesem Bereich im Vergleich der Bundesländer **ein Entwicklungsland** ist. Während im Bundesdurchschnitt auf 10000 Schülerinnen und Schüler 1 Schulpsychologe kommt, was international ebenfalls unterer Standard ist und weit unter den KMK-Empfehlungen von 1973 (1:5000) und WHO (1.2500) liegt, sind es in unserem Land im Durchschnitt sogar 19000 SchülerInnen auf eine/n Schul

In einem Kreis liegt die Quote sogar zurzeit bei 1:30000! Wenn wir ernsthaft eine „**Schule der Zukunft**“ schaffen wollen, die sich individuell um die Bildung und Erziehung

unserer Kinder in einem ganztägigen Rahmen kümmert, dann müssen wir neben der **Schulsozialarbeit** endlich die **Schulpsychologie ernst nehmen und ausbauen!**

Wie dies **strukturell und organisatorisch gelingen** kann, diskutierten wir mit **Hansjürgen Kunigkeit vom Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen, Sektion Schulpsychologie**. Er hat in seiner Tätigkeit als Leiter der regionalen Schulberatung und Schulpsychologe im Rhein-Erft-Kreis (Regierungsbezirk Köln) ein funktionierendes System schulpsychologischer Beratung aufgebaut und regelmäßig evaluiert. Über die **Situation in Schleswig-Holstein und konkrete Lösungsmöglichkeiten** diskutierten wir mit dem **Landesvorsitzenden des Verbandes Schleswig-Holsteinischer Schulpsychologen Jörg Lorenzen-Lemke**.



Besonders herauszustellen ist, dass eine gute Schulpsychologie mehr ist, als eine Einzelfallbetreuung. Sie organisiert und leitet die Kommunikation innerhalb der Schule und fördert die Professionalisierung der Lehrkräfte. Sie hilft beim Konfliktmanagement und bietet Rat in Krisensituationen. Eine gute Schulpsychologie leistet damit ebenfalls einen großen Beitrag zur Lehrergesundheit und zur systemischen Schulentwicklung.

Auch die (Weiter-) Entwicklung eines guten modernen Unterrichts kann durch schulpsychologische Beratung konkret gefördert werden. Aus der Landeskonferenz der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Bildung ergaben sich folgende Forderungen an die Politik: **Die Landesregierung muss einen Masterplan „Multi-Profession macht gute Schule“ entwickeln**, bei dem Schulpsychologie einen festen Platz bekommt. Dies fördert auch die Weiterentwicklung der Umsetzung von Inklusion. Wir brauchen **professionelle SchulpsychologInnen flächendeckend** vor Ort. Dazu müssen in Schleswig-Holstein 13 bis 18 zusätzliche Stellen geschaffen werden. Zu dieser dringend erforderlichen quantitativen und qualitativen Ausweitung im Bereich der schulpsychologischen Betreuung muss im Haushalt der Rückgang an SchülerInnen genutzt werden. Nicht mehr benötigte LehrerInnenstellen werden umgewandelt zur Verstärkung des Schulteams. Es müssen neben einer Verantwortlichkeit innerhalb der Schulaufsicht insbesondere auch vielfältige **Vernetzungsstrukturen im Kreis der SchulpsychologInnen** etabliert werden. SchulpsychologInnen müssen regelmäßig in den Schulen sichtbar sein und für ihre Arbeit neben sächlicher und personeller Unterstützung auch entsprechende Räumlichkeiten bekommen. Schulpsychologen müssen in die strukturelle Arbeit der Schulen mit einbezogen werden, z.B. in Prozesse der Schulleitung, der Schulorganisation und bei Schulentwicklungstagen.

Starke kommunale Bildungslandschaften von der Kindertagesstätte bis zur Gemeinschaftsschule entstehen nur, wenn neben ErzieherInnen und LehrerInnen auch weitere Professionen, wie Schulsozialarbeit, Logopädie, Schulpsychologie etc. ihren festen Ort und ihre Vernetzung in der Bildungslandschaft bekommen. Die **Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)** in der **SPD Schleswig-Holstein** setzt sich für die **Reform der Schulstruktur, für ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungssystem in Deutschland ein. Eine Bildungsreform, die das dreigliedrige Schulsystem abschafft, die ein längeres gemeinsames Lernen aller Kinder** ermöglicht und die **Chancengleichheit für alle gesellschaftlichen Schichten** bedeutet, da die internationalen Vergleichstest immer wieder zeigen, dass in Deutschland bisher die Herkunft für die Bildungschancen entscheidend sind.

Ulf Daude

Landesvorsitzender AfB SH

Keine Kommentare

AfA trauert um Hans Wiesen

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer in der SPD Schleswig-Holstein trauert um den langjährigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden der AfA, dem SPD-Landtagsabgeordneten und ehemalige Landwirtschaftsminister Hans Wiesen, der am 14. November 2013 im Alter von 77 Jahren in Neumünster verstorben ist.



„Hans Wiesen hat in vielen Jahren für die Arbeitnehmer, der Sozialdemokratie und das Land Schleswig-Holstein außerordentliches geleistet. In verschiedenen Funktionen und Mandaten hat er zum Erfolg der Sozialdemokratie beigetragen und das Leben der Menschen in unserem Land besser gemacht. Er war mir in langen Jahren gemeinsamer politischer Arbeit auch persönlich ein guter Freund und Ratgeber.“

Hans war ein langjähriger Wegbegleiter der AfA in Schleswig-Holstein. Fast 10 Jahre war er stellv. Bundesvorsitzender der AfA und hat sich immer in Fragen die Arbeitnehmer betrafen in der Partei und der sozialdemokratisch geführten Landesregierung stark engagiert. „Er war das Sprachrohr der Arbeitnehmer und der AfA, auf ihn konnte man sich immer verlassen“, so der Landesvorsitzende Wolfgang Mädels.

Hans Wiesen war ein Politiker, der immer ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Menschen hatte – auch und gerade für diejenigen, die auf seine Hilfe besonders angewiesen waren. Er war im Wortsinn immer ein Politiker zum Anfassen, ein „Kumpel“, verlässlich und überaus beliebt bei den Menschen im Lande: ein typischer Schleswig-Holsteiner. Zu seinem bleibendem politischen Werk gehört einerseits sein Einsatz für den ländlichen Raum in Schleswig-Holstein und andererseits sein Kampf um gerechte Löhne und Arbeitnehmerschutz als Bundesvorstandsmitglied der AfA.

Unser Mitgefühl gilt der Familie und den Freunden von Hans Wiesen. Sein Tod ist ein großer Verlust für die Sozialdemokratie.“

Kommentar von [Werner Schumacher](#) vom 16.11.2013, 12:39 Uhr:

RE: AfA trauert um Hans Wiesen

Das Ableben von Hans Wiesen nehme ich mit großer Betroffenheit auf. Ich hatte seinerzeit das beruflich das Vergnügen ihn als Minister für Landwirtschaft, Forsten und Fischerei kennenzulernen und kann nur sagen, dass er aus meiner Sicht der Beste dieses Ressorts war, den Schleswig-Holstein je hatte, von seinen menschlichen Qualitäten mal ganz abgesehen. Er war es auch, der zum ersten Mal in diesem Ministerium deutliche Akzente für den Naturschutz gesetzt hatte. Als erstes verbot er dem schleswig-holsteinischen Landadel und Großbauerntum diese scheußlichen Gatterjagden und das abschießen von kurz zuvor ausgesetzter Fasane bei Treibjagden. Darüberhinaus machte er der hemmungslosen Netzfischerei vor unserer Küste ein Ende, in dem er einen Schonabstand von 200 Metern eingerichtet. Das schlug jetzt 2 Mal posetiv zu Buche: einmal verreckten jetzt nicht mehr pro Jahr weit über 10 000 hier überwintender geschützter Enten, die bei der Nahrungssuche in die Netze gerieten, die zumeist von Nebenerwerbsfischern aufgestellt waren und zum Anderen konnte sich jetzt endlich wieder ein einigermaßen guter Bestand an Meerforellen und anderen Salmoniden entwickelt werden, die, nachdem sie fast ausgerottet waren, durch Besatzmaßnahmen, vor allem in Dänemark, aber auch vom Landessportfischerverband jetzt wieder recht zahlreich die Ostsee bevölkerten. Das war natürlich auch gut für die Angler, wobei ich mich zunächst dann sehr gewundert habe, dass

Hans Wiesen, nachdem er diese Schutzzone 1994 eingeführt hatte, in der Anglerszene in keiner Weise angemessen gewürdigt wurde. Später aber wurde mir aber klar warum: der Landessportfischerverband wurde auf der Funktionärssebene komplett von CDU-Mitgliedern geführt. Die hatten, wie auch ihre anderen Anglerkollegen zwar schon lange den Wunsch nach so einer Schutzzone, aber sie konnten sich damit in ihrer Partei nicht durchsetzen, weil die ausschließlich den Vorteil bei den ca. 630 Nebenerwerbsfischereibetrieben sahen. Das die Christdemokraten 1993 im Landesparlament gegen diese Veränderung im Fischereirecht gestimmt haben, versteht sich von selbst, aber Gott sei Dank, das ware ja noch in den Zeiten einer satten SPD-Mehrheit... Jetzt aber wünsche ich mir sehr, dass der Landessportfischerverband sein Mauern gegen die Verdienste von Hans Wiesen aufgibt und ihm jedenfalls im Tode die Ehre zugesteht, die er für ihre Sache verdient hat! Werner Schumacher Öffentliches Profil ansehen Private Nachricht an Werner Schumacher schicken Mehr Beiträge von Werner Schumacher finden Werner Schumacher als Kontakt hinzufügen

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 15.11.2013, 23:53 Uhr - 8772 Clicks - Nr. 730

SPD-Tangstedt: Bericht aus der Gemeindevertretung (vom 13.11.2013)

Rekordverdächtig ...

Am Mittwoch, den 13. November 2013, fand im Tangstedter Rathaus eine öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung Tangstedt statt, die nach rekordverdächtiger Sitzungsdauer schnell endete.

Nach Begrüßung durch **Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)** und Billigung der Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 25.09.2013 erklärte der CDU-Gemeindevertreter **Eckhard Harder** die Gründe, die ihn zum Austritt aus der CDU-Fraktion veranlasst haben.



Schnell gelangte die Sitzung aufgrund fehlender Fragen seitens der Mandatsträger und EinwohnerInnen zur Beratung und Beschlussfassung über die Neuaufstellung des **Flächennutzungsplanes 2030** (FNP 2030). Ohne Diskussion wurde einstimmig die Neuaufstellung beschlossen, die aufgrund einer geänderten Rechtsprechung nötig wurde. Ebenso einhellig wurde die Neuaufstellung des **Landschaftsplanes 2030** beschlossen.

Schließlich wurden noch die Straßen **Am Herrendamm** und **Rehkamp** dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Da auch im zweiten Teil der Einwohnerfragestunde niemand um das Wort bat, endete die Sitzung bereits nach 40 Minuten.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Bericht aus dem Zentralausschuss \(12.11.2013\)](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

[SPD-Langwedel](#) - veröffentlicht am 16.11.2013, 17:33 Uhr - 7818 Clicks - Nr. 731

Mehr Geld für die Gemeinde, Dorferneuerung, Seniorenbetreuung

Was sich wie eine aktuelle Meldung anhört, ist bereits 27 Jahre alt. Die derzeit älteste, jetzt online verfügbare Lupe aus Langwedel belegt es.

Wer in der Geschichte des Dorfes stöbern will, kann das jetzt bis ins Jahr 1986 zurück. Die Lupe als Information für Langwedel hat eine lange Tradition und informiert über das Geschehen in der Gemeinde.

Wir danken allen, die sich für das Dorf engagieren und auch mit Artikeln und Bildern zum Gelingen der Lupe beitragen. Die nächste Ausgabe erscheint Anfang Dezember und wird wie gewohnt an alle Haushalte verteilt.

[Zu den Lupen](#)

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 18.11.2013, 14:10 Uhr - 8696 Clicks - Nr. 732

Landesnahverkehrsplan: Klares Votum des Kreises für den Öffentlichen Personennah

Landesnahverkehrsplan: Klares Votum des Kreises für den Öffentlichen Personennahverkehr. Das Land will den Nahverkehr in den kommenden Jahren deutlich ausbauen und konkurrenzfähiger machen.



Das bedeutet mehr Strecken, mehr Verbindungen und eine bessere Abstimmung zwischen Bahn und Bus. Der LNVP-Entwurf ist eine gute Nachricht für Fahrgäste von Bahnen und Bussen in Schleswig-Holstein. Die CDU ist mit ihrem Versuch, Verbesserungen des schienengebundenen Öffentlichen Personennahverkehrs im Kreistag Plön zu blockieren, gescheitert. In Opposition zur Stellungnahme der Kreisverwaltung zum Entwurf des 4. Landesnahverkehrsplanes konnte sie ihre Forderungen, die Reaktivierung der Strecke Kiel – Schönberg zu verhindern und die Entwidmung der Strecke Ascheberg – Neumünster zu betreiben, nicht durchsetzen. Die CDU-Forderung nach einer Verbesserung der Anbindungen von Schwentinental, Preetz und Ascheberg auf der Strecke Kiel – Lübeck hingegen sehen SPD, Grüne und FWG durch die Stellungnahme der Kreisverwaltung abgedeckt. Axel Hilker, Vorsitzender der grünen Kreistagsfraktion: „Im Mittelpunkt des LNVP steht die Frage: Was müssen wir tun, wenn wir den Marktanteil des Nahverkehrs deutlich erhöhen wollen? Die Umsetzung des LNVP wird auch für den Kreis Plön erhebliche Verbesserungen mit sich bringen. Der von der UWG zusätzlich eingebrachte Antrag, auch die anderen Bahnstrecken nicht zu entwidmen, ist sehr sinnvoll, so können auch dort perspektivisch weitere Reaktivierungen überlegt werden. Denn nach einer Endwidmung wären die Strecken für immer aufgehoben.“ Der umweltpolitische Sprecher der grünen Kreistagsfraktion, Gerd Dreßler, kritisiert die CDU: „Die Ertüchtigung der Strecke Kiel-Lübeck bringt für Preetz und Ascheberg auch einige Nachteile mit sich, die bei der bestehenden Infrastruktur durch Fahrplangestaltung nur halbwegs abgemildert werden können. Wenn der CDU wirklich an der Verbesserung der Anbindungen gelegen ist, sollte sie den Ausbau eines zweiten Gleises auf Teilabschnitten zwischen Kiel und Lübeck oder die

Realisierung der Elektrifizierung der Strecke unterstützen. Dann können sich die Regionalexpresses so begegnen oder ihre Haltezeiten so verkürzen, dass Preetz und Ascheberg ohne Einschränkungen bedient werden.“ Nach Auffassung von SPD, Grünen und FWG muss es das Ziel des Kreises sein, den motorisierten Individualverkehr von der Straße dortauf die Schiene zu bringen, wo diese Infrastruktur vorhanden ist und genutzt werden kann. Die volkswirtschaftlichen Kosten motorisierten Individualverkehrs belasten die Gesellschaft weitaus mehr als die Aufwendungen zur Deckung eines umweltfreundlichen Nahverkehrs. Das vorhandene Schienennetz im Kreis erfährt durch integrierte Busverbindungen eine sinnvolle Ergänzung. So vermag der Kreis als Träger des ÖPNV seinen Auftrag zur Daseinsvorsorge für die Mobilität der Bevölkerung auf dem Lande erfolgreich zu leisten. Lutz Schlüsen, SPD: „Die zugesagten Finanzmittel des Bundes und des Landes für die Entwicklung des ÖPNV aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungs-Gesetz können somit auch in unsere Region fließen, um den ÖPNV zu stärken und zu verbessern. Bus und Bahn können sich gut ergänzen.“ Bettina Hansen, FWG Kreis Plön: „Mit einer guten Infrastruktur des ÖPNV hat auch der Kreis Plön gute Chancen, wieder Bevölkerungszuwächse im Kieler und Plöner Umland zu erzielen, die wir nach dem Rückgang nach dem „Zensus-Zahlen“ bitter nötig haben. Das sollten wir nutzen!“ gez. Lutz Schlüsen gez. Axel Hilker gez. Bettina Hansen Kontakt Axel Hilker: 0160 / 91597265

Kommentar von [Jochen Scheel](#) vom 19.11.2013, 10:38 Uhr:

RE: Landesnahverkehrsplan: Klares Votum des Kreises für den

Wir von der SPD-Ascheberg haben am 11.11. gerade unter Federführung von LA Regina Poersch und unter Beteiligung von Staatssekretär Dr. Nägele und Herrn Wewers von der LVS mit 120 Bürgern aus Ascheberg für eine bessere Anbindung Aschebergs an die Bahn plädiert (Halbstundentakt), da fällt uns unsere eigenen Partei im Kreis in den Rücken. Wir sind empört und haben keinerlei Verständnis für den Kreistagsbeschluss zur Ablehnung des zusätzlichen Halts in Ascheberg. So werden wir abgehängt und zurück ins Auto gezwungen.

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 18.11.2013, 16:14 Uhr - 7796 Clicks - Nr. 733

Künstliche Barrieren zwischen den Hochschulen abbauen

Zu den von Wissenschaftsministerin Wende vorgeschlagenen Änderungen im Promotionsrecht erklärt der wissenschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Es ist in den letzten Jahren immer schwieriger geworden, Ausländern den Unterschied zwischen Universitäten und Fachhochschulen zu erklären, weil es diese künstliche Barriere in den meisten Ländern nicht gibt.



Heute wird an Fachhochschulen genauso Forschungsarbeit geleistet wie an Universitäten. Es ist daher überfällig, die Promotionsmöglichkeiten für Studierende der Fachhochschulen deutlich zu erweitern, wie dies die Küstenkoalition 2012 vereinbart hat.

Wir unterstützen die Ministerin darin, die Hürden zwischen den Hochschulen abzubauen, gleichzeitig aber hohe Qualitätsanforderungen an alle Promotionen zu stellen und die Qualitätssicherung im Verfahren zu verankern.

Die Auseinandersetzungen der letzten Zeit um mangelhafte Dissertationen, die zu weiten Teilen auf Plagiaten beruhen, hat gezeigt, dass alle Hochschulen vor der Herausforderung

stehen, die Qualitätssicherung im Promotionsverfahren zu verbessern. Die geplanten gemeinsamen Promotionsausschüsse aus Universitäts- und Fachhochschul-Professoren sind dazu ein geeignetes Mittel und werden Maßstäbe setzen.

Wir werden den im nächsten Jahr anstehenden Gesetzentwurf der Landesregierung zur Novellierung des Hochschulgesetzes wie immer im Dialog mit den Hochschulen begleiten.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 18.11.2013, 16:15 Uhr - 7530 Clicks - Nr. 734

Oberstufen: Kooperation von Schulen erwünscht!

Zu Medienberichten über den Schülerrückgang an Gymnasien erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

An allen Schulen gibt es wegen einer Serie geburtenstärker Jahrgänge starke Rückgänge der Schülerzahlen, was uns bei der Unterrichtsversorgung entlastet, auch wenn die gesamtgesellschaftlichen Folgen problematisch sind. Dieser Prozess macht natürlich vor den Gymnasien nicht halt.



Dort wird die Schülerzahl zwischen dem Schuljahr 2011/12 und 2021/22 von 87.000 auf 67.000 zurückgehen. Deshalb kann es heute keine uneingeschränkte Bestandsgarantie für einzelne Schulen geben, egal ob es sich dabei um Gymnasien oder andere Schularten handelt.

Die kreisbezogene Schulentwicklungsplanung gehört zu den Pflichten der Kreise. Selbstverständlich müssen diese dabei auch die Situation benachbarter Schulen auf dem Gebiet anderer Kreise im Auge behalten. Es ist aus unserer Sicht nicht erforderlich, den Kreisen diese Pflichtaufgabe zu entziehen und sie dem Land zu übertragen.

Oberstufen an Gemeinschaftsschulen sollen und dürfen nur da erfolgen, wo bestehende Angebote an allgemeinbildenden oder beruflichen Gymnasien nicht in ihrem Bestand gefährdet werden. Das bedeutet, dass es in den kommenden Jahren nur noch verhältnismäßig wenige weitere Genehmigungen geben kann. Neue Oberstufen und Kooperationen halten wir nach wie vor für richtig, weil Gemeinschaftsschulen, berufliche Schulen und Gymnasien einander auf Augenhöhe begegnen sollen.

Selbstverständlich ist eine Zusammenarbeit, die auch über die Grenzen der Schularten hinausreicht, die Voraussetzung dafür, das gymnasiale Angebot einschließlich Oberstufen in der Fläche zu erhalten und auszubauen. Die große Mehrzahl der Gemeinschaftsschulen wird also keine eigene Oberstufe haben, sondern mit den Gymnasien und den beruflichen Gymnasien kooperieren müssen. Wir wollen Schulen, die miteinander kooperieren. Wir wollen aber auch ein gewisses Maß an Konkurrenz. Schülerinnen und Schüler sollen sich für eine Schule entscheiden, weil diese ein gut profiliertes und passendes Angebot bietet – nicht, weil es keine Alternative gibt.

Keine Kommentare

„Europäische Agrarpolitik: Nach der Reform ist vor der Reform“

SPD-Europaabgeordnete üben Kritik an EU-Agrarreform

Straßburg: Nun ist es offiziell: die Europäische Union verpasst die Chance, ihre Agrarpolitik grundlegend zu reformieren. Nachdem sich die Verhandlungsführer des Europäischen Parlaments und des Ministerrats bereits im September auf die letzten Details der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) geeinigt hatten, hat am Mittwoch auch die Mehrheit der Europaabgeordneten der Reform zugestimmt.



In vielen Punkten bleibt der Kompromiss allerdings hinter den ursprünglichen Absichten zurück, die Agrarpolitik grundlegend umwelt- und klimafreundlicher auszurichten, bedauert die SPD-Agrarexpertin Ulrike Rodust. So habe der Ministerrat beispielsweise den fortschrittlichen Vorschlag der EU-Kommission ausgehöhlt, Direktzahlungen künftig klar an ökologischen Kriterien auszurichten. Rodust: „Zahlreiche Ausnahmen erlauben es leider, ohne viel Phantasie und Geschick die ökologischen Anforderungen auszuhebeln.“

„Die Agrarreform sollte außerdem die Finanzmittel zwischen den Mitgliedstaaten aber auch unter den Landwirten fairer verteilen. Um das zu erreichen, hätten wir aber etwa die Direktzahlungen für Großbetriebe, wie vom EU-Parlament gefordert, wirklich deckeln müssen“, so Rodust. Die jetzt beschlossenen Kürzungen von fünf Prozent für Direktzahlungen, die über 150.000 Euro liegen, bleiben weit hinter diesem Anspruch zurück.

„Es ist zudem schwierig, dass die Mitgliedstaaten derart viel Spielraum für nationale Alleingänge bei der Umsetzung erhalten“, betont Rodust: „Die daraus zweifellos entstehenden Probleme werden uns spätestens bei der nächsten Reform des Mehrjährigen Finanzrahmens einholen, die mit Sicherheit kommt.“

Daher bleibt die Europäische Agrarpolitik in den Augen der SPD-Agrarpolitikerin weiter reformbedürftig. „Mittelfristig werden wir aus der Finanzierung der ersten Säule aussteigen und die Landwirtschaftspolitik konsequent nach dem Prinzip 'öffentliches Geld für öffentliche Güter' umbauen müssen. Die EU-Kommission hatte zwar hierzu einen guten ersten Vorschlag gemacht. Jetzt müssen wir aber leider feststellen, dass es für eine echte Reform bedauerlicherweise wohl noch zu früh war“, so Rodust.

Keine Kommentare

AfA-Bundesvorsitzender in Kiel

Einen ganzen Tag verbrachte der Bayer Klaus Barthel in Kiel um sich über die AfA Arbeit vor Ort zu informieren und zu berichten über den Parteitag, die Koalitionsverhandlungen und die Schwerpunkte der AfA Arbeit in 2014 und 2015.

Mit einem Betriebsbesuch bei HDW begann der Besuchstag von Klaus Barthel bei der AfA in Schleswig-Holstein. Gemeinsam mit dem Landesvorsitzenden Wolfgang Mädler und den Landesvorstandsmitgliedern Helmut Ulbrand und Frank Hornschu schaute man sich den modernen U-Bootsbau an und es wurde ein ausführliches Gespräch mit dem Betriebsrat geführt. Es schloss sich ein Gespräch mit den Gewerkschaften im Kieler Gewerkschaftshaus an und nach dem Pressegespräch mit den Kieler Nachrichten wurde in aller Ausführlichkeit mit dem AfA Landesvorstand und den Kreisvorsitzenden diskutiert.



In Bezug auf den Mitgliederentscheid zum möglichen Koalitionsvertrag wurde einstimmig entschieden, dass die AfA Schleswig-Holstein mit einer abgestimmten Meinung in die regionalen Konferenzen hineingehen will.

Es war ein interessanter Tag für unseren Bundesvorsitzenden aber auch für uns, denn die Anwesenheit von unserem Bundesvorsitzenden war auch gleichzeitig eine Anerkennung unserer geleisteten Arbeit.

Keine Kommentare

[Serpil Midyatli, MdL](#) - veröffentlicht am 21.11.2013, 16:47 Uhr - 10847 Clicks - Nr. 737

Allen Flüchtlingen zumindest eine Chance geben

Rede zu TOP 24 "Zukunft der Flüchtlingspolitik in Schleswig-Holstein" in der Landtagssitzung vom 21.11.2013:

Initiativen der Koalitionspartner seit Beginn der Regierungsbildung:

- Rücknahme der Kürzungen der Migrationssozialberatungsstellen,
- Verbesserung der Haftbedingungen in der Abschiebehaftanstalt; langfristiges Ziel bleibt, die Anstalt zu schließen,
- Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes,
- Ausbildungsförderung für Flüchtlinge erleichtern

Ich finde, unsere Bilanz kann sich sehen lassen.

Vielen Dank, Innenminister Breitner, für den Bericht, aber ganz herzlich möchte ich mich auch bei der FDP-Fraktion bedanken, die uns heute hier mit ihrem Antrag die Gelegenheit gibt, über Initiativen einer humanitären und zukunftsorientierten Flüchtlingspolitik der SPD, der Grünen und des SSW nach 2 ½ Jahren schwarz-gelben Stillstands zu berichten und eine erste Bilanz zu ziehen.

Vieles ist angeschoben, es gibt sicherlich noch in einigen Punkten Umsetzungsbedarf. Aber wie schon oft sei auch von hier aus gesagt: Der Bund muss mitspielen. Allerdings vermisse ich hier dann doch einige Initiativen der FDP. Ich hätte einige Vorschläge, wie

wir uns hier gemeinsam weiterhin für eine humanitäre Flüchtlingspolitik einsetzen könnten:

Abschaffung der Dublin II EU Verordnung, die es den Flüchtlingen so gut wie unmöglich macht, ein Asylverfahren in dem von ihnen gewünschten Land zu beantragen.

Oder: Vorschläge zur Armutswanderung aus den Balkanstaaten – wie können und wie müssen wir helfen, welche Möglichkeiten gibt es hier, nicht nur auf die EU Ebene zu zeigen.

Uns, die mit waren in Rumänien und Makedonien, werden die Bilder immer in Erinnerung bleiben, soviel Armut mitten in Europa... Dieses sind nur zwei von vielen Vorschlägen...

Sie können sich darauf verlassen, dass die Koalitionspartner den Weg einer humanitären Flüchtlingspolitik weitergehen werden. Dies wird sich auch in unseren Haushaltsanträgen, die wir im Dezember stellen werden, zeigen. Auch auf ihre konstruktiven Anträge bin ich gespannt.

Zuletzt richtet sich mein Dank an die Grünen und den SSW. Denn dieses Ergebnis ist zurückzuführen auf eine sehr, sehr gute Zusammenarbeit. Die Diskussionen, die wir führen, gehen nicht um das „ob“, sondern ausschließlich um das „wie“ wir es erreichen. Wie wir den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern können, wie wir die Barrieren zu Bildung abbauen können.

Integration bedeutet für mich in erster Linie Teilhabe. Und unsere Aufgabe ist es hier, die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um allen Menschen zumindest eine Chance zu geben.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 21.11.2013, 20:44 Uhr - 9271 Clicks - Nr. 738

SPD-Tangstedt: Bericht aus dem Planungs- und Umweltausschuss (20.11.2013)

Planungs- und Umweltausschuss beschließt Aufstellung und Erstellung von Teil-/Bebauungsplänen

Am vergangenen Mittwoch, den 20.11.2013, trafen sich die Mitglieder des Planungs- und Umweltausschusses der Gemeindevertretung Tangstedt, um drei für die Weiterentwicklung der Gemeinde Tangstedt wichtige Beschlüsse zu fassen.

Nach der Begrüßung durch den Ausschussvorsitzenden **Immo Fork (BGT)** wendete man sich schnell dem Tagesordnungspunkt 3 zu, da es weder Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden noch bekanntzugebende Beschlüsse gab. Ebenso lag die Niederschrift vom 29.10.2013 noch nicht vor.

Während des Tagesordnungspunktes 3 – Bericht und Fragen der Mandatsträger – wurde moniert, dass Sitzungsunterlagen nicht einheitlich zugeschickt werden würden. Diesem Hinweis schloss sich **Raymund Haesler, SPD-Fraktionsmitglied**, an und berichtete von seinem Unverständnis darüber, dass zudem betroffene Ausschussmitglieder ohne



benötigte Unterlagen sich nicht vorbereiten könnten. **Haesler** forderte die Verwaltung auf, diesen Zustand zu verbessern.

Hinsichtlich der Aufstellungsbeschlüsse zur **Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 15** – Ortsteil Wilstedt für das Gebiet südlich Kringleweg, westlich Dorfring, nördlich und südlich Harksheider Straße (K 81), westlich Glashütter Weg und straßenbegleitend Achtern Diek sowie zur **Neuerstellung des Bebauungsplanes Nr. 15 a** – Ortsteil Wilstedt, für das Gebiet südlich Kringleweg, nördlich Harksheider Straße (K 81), östlich Am Wöhn und westlich Am Heidberg 14 – 27 erläuterte der Planer Herr Zilinski die für diese Entscheidung wichtigen Informationen. Nach kurzer Diskussion wurden beide Beschlüsse einstimmig verabschiedet.

Die von der **SPD-Fraktion beantragte Aufstellung eines Bebauungsplanes** für Wilstedt wurde während der Sitzung bis zum südlichen Ortseingang/Gewerbegebiet Bäckersbarg erweitert und anschließend einstimmig angenommen.

Während der sich abschließenden Einwohnerfragestunde wurde seitens der anwesenden Einwohner nichts vorgetragen.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Bericht aus der Gemeindevertretung \(vom 13.11.2013\)](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 21.11.2013, 20:54 Uhr - 15092 Clicks - Nr. 739

Dr. Ulf Kämpfer - ein OB für Kiel

Zum Abschluss der Arbeit der Findungskommission von SPD, Bündnis90/Die Grünen und SSW zur Kandidaten/innenfindung für die kommende Wahl eines/einer Oberbürgermeisters/in erklären die Vorsitzenden der Parteien Jürgen Weber (SPD), Oliver Pohl (B90/Grüne) und Antje Danker (SSW):

Nach intensiven Beratungen in vertrauensvoller Atmosphäre schlagen wir unseren Parteien vor, Dr. Ulf Kämpfer als Kandidaten zur Wahl eines Oberbürgermeisters zu nominieren.

Wir sind überzeugt davon, dass Ulf Kämpfer für uns wichtige Eigenschaften und Befähigungen für das Amt mitbringt:

- die Bereitschaft, mit allen Fraktionen der Ratsversammlung kollegial zusammenzuarbeiten
- ein deutliches Signal zu setzen, die Sacharbeit im Rathaus in den Mittelpunkt zu stellen
- Verwaltungserfahrung und kommunikative Kompetenz sowie politische und berufliche Erfahrungen in wichtigen Themenbereichen wie der Sozial- und Umweltpolitik

Ulf Kämpfer hat für uns überzeugend dargestellt, dass er für einen kooperativen Arbeitsstil steht und sich den großen Herausforderungen, vor denen unsere Stadt steht, mit Tatkraft und Ideen in Zusammenwirken von Verwaltung, Selbstverwaltung, Vereinen und Verbänden, Unternehmen und Gewerkschaften, Bürgerinnen und Bürgern stellt.

Es ist das erste Mal, dass eine Findungskommission von drei Parteien, einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des OB vorschlägt. Damit zeigt die Kooperation und Ratsmehrheit ihre Handlungsfähigkeit und unterstreicht ihre gute Zusammenarbeit.

Ulf Kämpfer steht als politische Persönlichkeit auch für die Politik, die unsere Parteien in ihrem Kooperationsvertrag vereinbart haben. Darüber hinaus ist er eine fest in unserer Stadt verwurzelte Persönlichkeit, die ein klares Signal für eine politische Kultur darstellt, die über den Tellerrand des kommunalpolitischen Tagesgeschäfts hinausblickt. Dabei steht er dafür, Aufgaben parteiübergreifend zu Lösungen zu bringen.

Er ist ein Kandidat für die Zukunft unserer Stadt.

Kommentar von [Rolf Selzer](#) vom 22.11.2013, 23:03 Uhr:

RE: Dr. Ulf Kämpfer - ein OB für Kiel

Kämpfer - Nomen est Omen? Klingt gut! Jedenfalls ein wichtiger Vorschlag ! Seit den Reinfällen Kelling und Gaschke muss man skeptisch sein. Aber Kämpfer könnte die Chance haben an die Tradition des gestalterischen OBs Günter Bantzer anzuknüpfen. Kann er diese Lücke schließen? Er könnte meine Stimme bekommen.

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 22.11.2013, 15:11 Uhr - 5925 Clicks - Nr. 740

Klaus Barthel fordert volle Arbeitnehmerrechte in kirchliche Einrichtungen

In Leipzig hat der Bundesparteitag der SPD in der letzten Woche einen historischen Beschluss gefasst, in dem er sich für den Ausbau der Rechte der Beschäftigten der Kirchen stark macht. Der Beschluss geht auf einen Antrag der AfA zurück, der unter anderen Anträgen auch von der AfA SL-FL an die AfA Bundeskonferenz in Bad Godesberg im Jahr 2012 weitergeleitet wurde und angenommen wurde.



Allgemein geltende Arbeitnehmerrechte müssen auch in Einrichtungen der Kirchen, Religionsgemeinschaften und kirchlichen Gruppen gelten, heißt es dort. Das gelte insbesondere für das Streikrecht und für die Mitbestimmung nach dem Betriebsverfassungsgesetz.

Damit bekennt sich die SPD zum ersten Mal klar zur Einhaltung der Arbeitnehmerrechte bei kirchlichen Arbeitgebern. Zudem ist damit auch etwas gegen den Kostendruck in der gesamten Branche getan, der nicht nur zu Lasten der Beschäftigten geht, sondern auch derjenigen, die die Dienstleistungen in Anspruch nehmen (müssen), sei es die Kinderbetreuung, Krankenversorgung oder Pflege.

Die SPD geht jetzt mit einer klaren Haltung in die öffentliche und verfassungsrechtliche Debatte der nächsten Monate und Jahre. Die Zeit ist reif, die überholten Sonderregelungen für Beschäftigte in kircheneigenen Einrichtungen abzuschaffen.

Der Beschluss der SPD bedeutet im Ergebnis die klare und uneingeschränkte Forderung nach rechtlicher Gleichstellung von rund 1,3 Millionen Beschäftigten, denen bisher elementare Arbeitnehmerrechte verwehrt bleiben. Auch wären sie endlich vor Diskriminierung geschützt.

Auf einer Arbeitstagung der Gewerkschaft ver.di und führende Repräsentanten der Mitarbeitervertretungen (MAV) in diakonischen Betrieben am 13. und 15. November 2013 in Kassel wurden Protestaktionen und Arbeitsk Kampfmaßnahmen angekündigt.

Die AfA Schleswig-Flensburg wird diese Aktionen aktiv begleiten und nachdrücklich die längst fälligen und berechtigten Forderungen aktiv unterstützen.

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 22.11.2013, 15:43 Uhr - 4344 Clicks - Nr. 741

Mitgliederzuwachs im Ortsverein Steinfeld-Ulsnis

Die gestrige Mitgliederversammlung des Ortsvereins Steinfeld-Ulsnis sprach sich einstimmig dafür aus, alle Mitglieder aus den Ortsvereinen Ekenis und Boren organisatorisch zum 1. Januar 2014 zu übernehmen.

In der letzten Woche hatten die Mitgliederversammlungen Ekenis und Boren einstimmig beschlossen, die Zuordnung ihrer Mitglieder zum Ortsverein Steinfeld-Ulsnis (südlicher Teil des Amtes Süderbrarup) mit Ablauf des Jahres 2013 beim Kreisverband Schleswig-Flensburg zu beantragen. Dieser Schritt war notwendig geworden, da die Gemeinden Boren, Ekenis und Kiesby Anfang 2013 fusioniert haben. Es wird aber im Ortsverein Steinfeld-Ulsnis einen Stützpunkt Boren mit einem Stützpunktleiter geben.

Auf der Mitgliederversammlung in Steinfeld wurden unter anderen aktuellen Themen der Ausgang der Bundestagswahl, die Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen kritisch beleuchtet. Viele Teilnehmer äußerten sich unzufrieden damit, dass das zweitschlechteste Abschneiden der SPD bei einer Bundestagswahl seit Kriegsende, innerhalb der SPD nicht richtig aufbereitet wird. Ein „Weiter so“ könnte fatale Folgen haben für kommenden Landtags- und Kommunalwahlen.

Positiv bewerteten die Mitglieder das bevorstehende Mitgliedervotum nach Abschluss der Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU. Jedes Mitglied erhält bis spätestens 6. Dezember seine persönlichen Abstimmungsunterlagen.

Keine Kommentare

[SPD-Spielwiese](#) - veröffentlicht am 23.11.2013, 11:23 Uhr - 1388 Clicks - Nr. 742

Weihnachtsmarkt in Honolulu

Weihnachten im Pazifik Seit diesem Jahr gibt es auf der Trauminsel Honolulu einen Weihnachtsmarkt, allerdings gibt es dort keine Weihnachtsbäume, wie wir das gewohnt sind. Auf der Südseeinsel werden Palmen mit "Weihnachtsgänsen" geschmückt.

Kommentar von [Martina](#) vom 29.03.2014, 13:04 Uhr:

RE: Weihnachtsmarkt in Honolulu

Schnee ist mir lieber.

Kommentar von [Gustav Gans](#) vom 23.11.2013, 11:44 Uhr:

RE: Weihnachtsmarkt in Honolulu

Wann geht die nächste Fähre? Ich will dabei sein!

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 23.11.2013, 18:11 Uhr - 7871 Clicks - Nr. 743

Der lange Weg zur Inklusion

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildungsfragen der SPD-Schleswig-Holstein (AfB) und der Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion hatten eingeladen, und viele Interessierte kamen. Vor dem Landeshaus demonstrierte die GEW für eine ausreichende Ausstattung der Schulen, anschließend diskutierten im Schleswig-Holstein-Saal etwa 200 Interessierte mit dem Podium, bestehend aus Bildungsministerin Wara Wende, Schleswigs neuem Bürgermeister Arthur Christiansen,



Ulrich Hase (Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung), Hans-Peter Schreiber (Landeselternbeirat Berufliche Schulen) über notwendige Schritte auf dem Weg zur Inklusion.

„Unsere Vorgängerregierung war der Auffassung, Inklusion sei kostenneutral zu haben. Das glauben wir nicht“, bekannte Martin Habersaat, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. Er stellte einen Antrag der Koalitionsfraktionen vor, nachdem die Landesregierung gebeten wird, im ersten Halbjahr 2014 über den Stand der Inklusion, mögliche nächste Schritte und dafür erforderliche Ressourcen zu berichten ([Drucksache 18/1246](#)). Hintergrund: Das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das von Deutschland als einem der ersten Staaten bereits am 30.03.2007 unterzeichnet wurde, verpflichtet in Artikel 24 die unterzeichnenden Staaten auf ein „integratives Bildungssystem auf allen Ebenen und lebenslanges Lernen“. Die damalige Landesregierung hatte in ihrem Bericht zur Umsetzung der Inklusion vom 16.06.2011 ([Drucksache 17/1568](#)) unter Berufung auf externe Gutachten angenommen, „dass sich die inklusive Beschulung im Rahmen der vorhandenen Ressourcen verwirklichen lässt“.

Die Meinung, dass dem nicht so ist, vertraten auch zahlreiche an der Diskussion beteiligten Eltern und Lehrkräfte. Um die Akzeptanz der Inklusion nicht zu gefährden und allen Schülerinnen und Schülern gerecht zu werden, müsse es aber eine entsprechende Ausstattung der Schulen geben. Ulf Daude, AfB-Vorsitzender in Schleswig-Holstein, hatte zur Einstimmung einen Ausschnitt des Films „Bergfidel“ gezeigt. Hier wird eine Grundschule in Münster porträtiert, an der bereits vieles richtig gemacht wird, wenn auch nicht alles, wie Ulrich Hase feststellte. Fazit: Es bleibt ein langer Weg.

[Fotos von der Veranstaltung](#)

Keine Kommentare

Neuer SPD-Stammtisch in Schönberg

Heißer Draht nach Berlin

Zum ersten Stammtisch der SPD-Schönberg in dem Bistro „Deel“ durfte der Schönberger SPD Ortsvereinsvorstzender Peter Domeier die frisch gebackene Bundestagsabgeordnete Dr. Birgit Malecha-Nissen begrüßen.

Sie berichtete über die bisherigen Ergebnisse aus den 12 verschiedenen Arbeitsgruppen zu den Koalitionsverhandlungen in Berlin und bewertete sie gut, da sie überwiegend die Handschrift der SPD tragen. Die nächste Woche wird die Entscheidung bringen, ob es zu einer großen Koalition mit der CDU/CSU kommen wird. Die Schönberger SPD ist schon in den Startlöchern für das Mitgliedervotum, am 6.12. wird darüber abgestimmt, am 15.12. wird das Ergebnis bekannt gegeben, bei mind. 20 % Beteiligung wird das Votum umgesetzt. Fraktionsvorsitzende Antje Klein wünscht sich eine enge Kooperation mit der Bundestagsabgeordneten. Beide verabredeten einen heißen Draht von Schönberg nach Berlin, um ständig im Austausch miteinander zu stehen, wenn es darum geht, z.B. mit neuen Fördermöglichkeiten für kommunale Projekte Konzepte zu verwirklichen, wie der Wohnungsbau.



Keine Kommentare

SPD-NET-SH-Webmasterschulung im Kreis Schleswig-Flensburg

Mit großem Interesse von Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften wurde die Webmasterschulung am Sonnabend, den 23. November 2013, auf Einladung des Kreisverbandes Schleswig-Flensburg in der Volkshochschule in Schleswig angenommen.

Rudolf Riep, einer der ehrenamtlichen Hauptadministratoren von der Kooperative des SPD-NET-SH als Trainer der Schulung, führte in professionaler Weise die wissbegierigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Schritt für Schritt in das vielseitige Angebot zur Erstellung von Webseiten ein. SPD-NET-SH ist eine Kooperation der SPD-Kreisverbände in Schleswig-Holstein mit dem Ziel, die Internet-Nutzung in der SPD zu fördern und zu erleichtern. Vorrangig geschieht dies mit Hilfe eines selbst entwickelten Content-Management-Systems, das es erlaubt auf einfache Art und Weise auch komplexe Internet-Auftritte zu gestalten. Überrascht und erfreut waren alle Anwesenden, dass der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel, trotz anderer Terminverpflichtungen auch für einige Zeit an der Schulung teilgenommen hat.

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg bedankt sich bei allen Teilnehmerinnen und

Teilnehmern für ihr Interesse an der Schulung und wünscht diesen viel Erfolg bei ihrer Arbeit vor Ort. Ein besonderes Dankeschön gilt Rudolf Riep, der aus Horst nach Schleswig angereist war, für seine wertvollen Tipps mit dem Umgang zum Erstellen Websites. Eine weitere Schulung in Schleswig ist vom Kreisverband Schleswig-Flensburg für das Jahr 2014 in Planung.

Kommentar von [Hans-Christian Koch](#) vom 27.11.2013, 19:13 Uhr:

RE: SPD-NET-SH-Webmasterschulung im Kreis Schleswig-Flensburg

im Namen aller Teilnehmer bedanke ich mich beim Kreisverband für das Angebot dieser Schulung und ganz besonders bei Anne Marxen, die für uns einen kleinen Imbiss sowie Kaffee "satt" zubereitet hatte.

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 24.11.2013, 12:56 Uhr - 9005 Clicks - Nr. 746

SPD Wentorf ehrt langjährige Mitglieder

Raclette und Anekdoten in der Alten Schule

Wer rechtzeitig mit den Weihnachtsfeiern anfängt, hat im Dezember weniger Stress. So dachte es sich auch die SPD-Wentorf und lud zum Raclette-Essen in die Alte Schule. Der Ortsvereinsvorsitzende Wolfgang Warmer und die Fraktionsvorsitzende Andrea Hollweg berichteten Aktuelles aus der Gemeinde, der Landtagsabgeordnete Martin Habersaat sprach über Entwicklungen in Kiel und Berlin.



Dann wurde der Blick in die Vergangenheit gerichtet: Für ihre langjährige Mitgliedschaft in der SPD wurden Adolf Singelmann und Klaus Derndinger (beide 50 Jahre), Berrit Rieke-Braunschweig (40 Jahre) und Jobst Zilles (15 Jahre) geehrt.

Martin Habersaat brachte anlässlich der Ehrungen einige Daten aus den Eintrittsjahren in Erinnerung. 1998 war dies beispielsweise der Bundestagswahlkampf, nach dem Gerhard Schröder den „Dauerkanzler“ Helmut Kohl ablöste. Und 1963 war das Jahr, in dem Kennedy erst in Berlin redete und im November in Dallas erschossen wurde. Martin Luther King hielt seine berühmte „I Have a Dream“ - Rede und Willy Brandt wurde SPD-Vorsitzender als Nachfolger von Erich Ollenhauer. Adolf Singelmann berichtete: „Ollenhauer war immer etwas dröge, mit Willy Brandt konnten wir Jungen viel mehr anfangen.“

Ein paar Anekdoten aus bewegten Jahren mit der SPD hatten alle Jubilare parat. Für gute Laune sorgte Klaus Derndinger, der mit Blick auf heutige Debatten feststellte: „Kurz nach meinem Eintritt in die SPD kam es 1966 zur ersten Großen Koalition. Die endete 1969 damit, dass erstmals die SPD den Regierungschef stellte und Willy Brandt Kanzler wurde.“ In Kürze können alle SPD-Mitglieder über eine Neuauflage der Großen Koalition abstimmen.

Foto: Martin Habersaat, Jobst Zilles, Klaus Derndinger, Adolf Singelmann, Berrit Rieke-Braunschweig, Andrea Hollweg, Wolfgang Warmer.

Keine Kommentare

Willy Brandt - Vom Arbeitersohn zum internationalen Staatsmann

30.11.2013, 11 Uhr,

KulturForum in der Stadtgalerie,

Andreas-Gayk-Straße 31

Der Arbeitskreis Geschichte der Kieler SPD lädt ein zu einer Matinee für den ehemaligen Bundeskanzler, der am 18. Dezember 100 Jahre alt geworden wäre. Der Eintritt ist frei. Moderiert wird das Programm von Gamze Özdemir und Eckehard Raupach. Das Duo Yazz 4 You begleitet die Matinee musikalisch.

Nach einem kurzen filmischen Überblick über Brandts wechselvolles Leben kommen zwei Zeitzeugen zu Wort:

Norbert Gansel, der Brandt als Bundestagsabgeordneter kennenlernte, und Dr. Fritz Fischer, der mit ihm als Geschäftsführer des Nord-Süd-Ausschusses eng zusammengearbeitet hat. Siegfried Jacobs liest Auszüge aus der wohl letzten großen Rede Brandts zu Europa, vom Mai 1992. Dazu werden Fotos von dessen Besuchen in Kiel gezeigt. Er war oft und gern Gast auf der Kieler Woche oder zu anderen Anlässen, nicht nur zum Wahlkampf.

Willy Brandts Namen kennen noch heute, 40 Jahre nach seinem Rücktritt, die meisten Deutschen. Über drei Jahrzehnte hat er deutsche und internationale Politik mitgestaltet - zunächst als Regierender Bürgermeister von Berlin, dann an der Spitze der SPD, als Außenminister, als Bundeskanzler und schließlich als Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission der Weltbank. Die Ostpolitik, die er als Kanzler durchsetzte, war der erste Schritt zur Beseitigung des Eisernen Vorhangs und hat Europa verändert. Der Bericht der Nord-Süd-Kommission gilt bis heute als Meilenstein der Entwicklungspolitik. Dass die praktische Umsetzung weitgehend unterblieb, lag nicht in Brandts Verantwortung. Er selbst sah ihn als Beitrag zum Weltfrieden. Wenige Jahre vor seinem Tod mit 79 Jahren erlebte Brandt den Fall der Berliner Mauer und prägte den Satz: "Es wächst zusammen, was zusammengehört."



Keine Kommentare

„Lebensmittelbetrug konsequent bekämpfen“

Europaabgeordnete fordert Ausbau der Rückverfolgbarkeitssysteme

Brüssel: „Lebensmittelbetrüger haben in Europa immer noch ein zu leichtes Spiel“ – das befürchtet die SPD-Agrarexpertin Ulrike Rodust und verweist auf die stete Regelmäßigkeit, mit der europäische Verbraucher von neuen Lebensmittelkandalen verunsichert werden.



In einer von Rodust verfassten Stellungnahme zu einem Bericht des Umweltausschusses, die der Agrarausschuss am Montagnachmittag verabschiedet hat, fordert die SPD-Abgeordnete deshalb die konsequentere Verfolgung von entsprechenden Betrügern.

Das Problem des Lebensmittelbetrugs hat in den letzten Jahren zunehmend an Aufmerksamkeit gewonnen. Immer wieder erschüttern Skandale das Vertrauen der Verbraucher in die Lebensmittelkette. Die Liste ist lang und reicht von der betrügerischen Kennzeichnung von gewöhnlichen Lebensmitteln als Bio-Produkte bis hin zu dem Pferdefleischskandal Anfang dieses Jahres. „Dass da das Verbrauchervertrauen gering ist, auch wenn Lebensmittel insgesamt heute bei uns sicherer denn je sind, kann ich gut verstehen“, so die SPD-Agrarexpertin.

Rodust bemängelt, dass die Europäische Union keine klare, rechtsgültige Definition von Lebensmittelbetrug benennt, da sich der EU-Rechtsrahmen bislang im Wesentlichen auf Lebensmittelsicherheit konzentriert. „Natürlich ist es vor allem wichtig, dass wir den europäischen Verbrauchern sichere Lebensmittel garantieren können. Nichtsdestotrotz finde ich, dass wir es ihnen ebenso schuldig sind zu gewährleisten, dass auch nur das auf ihren Tellern landet, was sie dort auch haben wollen“, betont Rodust.

Auch deshalb fordert sie den konsequenten Ausbau der bisherigen Rückverfolgbarkeitssysteme: „Erst wenn die gesamte Lebens- und Futtermittel-Kette über alle Produktions-, Verarbeitungs- und Vertriebsstufen hinweg europaweit für Kontrolleure lückenlos nachvollziehbar und transparent ist, werden wir mangelhafte Produkte wirksam identifizieren können“, so Rodust abschließend.

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 25.11.2013, 19:28 Uhr - 5016 Clicks - Nr. 749

Ratsherrnkolumne in "Der Suchsdorfer"

11 mal im Jahr erscheint für Suchsdorf und Klausbrook die unabhängige Stadtteilzeitung "Der Suchsdorfer", seit über 30 Jahren. Stets vertreten ist mit einer Kolumne im "Politischen Forum" auch SPD-Ratsherr Thomas Wehner. Pünktlich zum Erscheinen des Heftes Anfang des Monats veröffentlichen wir den Beitrag auch hier.



Reinhard Warnecke ist neuer Vorsitzender des Ortsbeirats Suchsdorf

Liebe Suchsdorferinnen,

liebe Suchsdorfer,

zum neuen Vorsitzenden des Suchsdorfer Ortsbeirates ist Reinhard Warnecke (SPD) gewählt worden. Reinhard Warnecke erhielt die fünf Stimmen von SPD und Grünen. Die CDU mochte sich diesmal dem Brauch der letzten Wahlperioden, dass die Partei, die bei der Kommunalwahl die meisten Stimmen bekommen hat, den Vorsitzenden stellt, nicht anschließen und stellte einen eigenen Kandidaten auf. Reinhard Warnecke, Anemone Helbig, Paul Stamp und Helge Riis setzen trotzdem auf gute Zusammenarbeit im Ortsbeirat. Daher wurde Herr Lembke mit den Stimmen zum Stellvertreter von Reinhard Warnecke gewählt.

Dass die Zusammenarbeit auch ganz gut funktionieren kann, wurde in der Novembersitzung deutlich: Der Ortsbeirat beschloss einstimmig einen Antrag von SPD und Grünen, mit dem die Bürgerbeteiligung für den Rungholtplatz eingefordert wird. Im September hatte die Ratsversammlung ein Konzept für die Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen. Danach sollen geeignete Projekte auf eine Vorhabenliste gestellt werden. Hierzu können von allen Kielerinnen und Kielern, aber natürlich auch von Ortsbeiräten sowie von der Verwaltung Vorschläge gemacht werden. Nach der Beschlussfassung durch den Rat geht es dann los. Der Suchsdorfer Ortsbeirat will, dass die Umgestaltungsideen für den Rungholtplatz auf die Vorhabenliste kommen. Sollte das bis Februar 2014 nicht klappen, sollte davon unabhängig eine Bürgerbeteiligung durchgeführt werden, z.B. in einem Workshop.

STADTTEILBÜCHEREI VOR DEM UMZUG

Die Stadtteilbücherei Suchsdorf wird in absehbarer Zeit in den Amrumring in den ehemaligen Supermarkt ziehen. Damit erhält die Bücherei einen barrierefreien Zugang und einen Platz mitten im Wohngebiet. Der Medienbestand kann so gut wie komplett erhalten bleiben. Die Bücherei wird mit neuem Mobiliar ausgestattet. Auch die Verwaltungsstelle wird in den neuen Räumen untergebracht. Möglich sind dort auch Veranstaltungen, wenn die beweglichen Stellwände beiseitegeschoben werden. Für die SPD bietet der Umzug viele Vorteile. Hinzu kommt: die Nähe zur Grundschule ermöglicht die Fortführung der Zusammenarbeit mit der Schule. Die betreute Grundschule kann endlich auf die Räume zugreifen, die sie benötigt. Insgesamt also eine gute Sache. Die SPD baut darauf, dass noch anstehende Detailfragen im Einvernehmen von Verwaltung und Bücherei gelöst werden.

BAUPLÄNE FÜR ALTES LABOR

Auch mit den Plänen für eine Bebauung des Grundstücks an der Eckernförder Straße, wo sich noch das Gebäude des ehemaligen Nahrungsmitteluntersuchungsamtes befindet, geht es voran. Ein Investor möchte dort Wohnungen errichten, auch für Seniorinnen und Senioren. Die Mehrheit aus SPD, Grünen und SSW im Rat hatte im Januar durchgesetzt, dass dort auch Gemeinschaftsräume entstehen sollen, die von allen Suchsdorferinnen und Suchsdorfer genutzt werden können. So wird es kommen: etwa 100 qm sind für diese Nutzung vorgesehen, eine Küche wird ebenfalls dabei sein.

BUNDESTAGSWAHL

Aus der Bundestagswahl ist in Kiel und auch in Suchsdorf die SPD als Siegerin hervorgegangen. Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis erreichte Dr. Hans-Peter Bartels in Suchsdorf 2.036 Erststimmen und liegt damit klar vor dem CDU-Kandidaten (1.791 Stimmen). Auch bei den Zweitstimmen liegt die SPD in Suchsdorf vorn (1.690, CDU: 1.646). Die Grünen erreichten 324 Erststimmen und 536 Zweitstimmen, die Linken 190 Erststimmen und 252 Zweitstimmen. Weitere Ergebnisse: FDP 87/216, Piraten 75/77, AfD 109/166, NPD 21/20. Die Briefwahlergebnisse konnten in diese Rechnung allerdings nicht mit einfließen, weil der Briefwahlkreis 5 nicht deckungsgleich mit Gesamtsuchsdorf ist. Wir bedanken uns bei allen Wählerinnen und Wählern und werden uns weiterhin anstrengen, das Vertrauen zu rechtfertigen.

WÜNSCHE

Ein turbulentes Jahr geht zu Ende. Für die Suchsdorfer SPD war es ein sehr erfolgreiches: Kommunalwahl gewonnen, erstmals seit 23 Jahren wieder ein direkt gewählter Ratsherr, rot-grüne Mehrheit im Ortsbeirat, bei der Bundestagswahl ebenfalls in Suchsdorf vorn. Natürlich trüben die Vorgänge um den Rücktritt von Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke das Bild. Keine Frage, Vertrauen muss erneut erworben werden. SPD, Grüne und SSW haben sich gemeinsam neu aufgestellt und einen politik- sowie

verwaltungserfahrenen Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters vorgeschlagen: Ulf Kämpfer.

Wir, Andreas Arend, Ratsherr Thomas Wehner und die Ortsbeiratsmitglieder Reinhard Warnecke, Paul Stamp, Anemone Helbig und Helge Riis danken allen Vereinen, Verbänden und Institutionen in Suchsdorf für die gute Zusammenarbeit in diesem Jahr.

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage sowie ein gesundes und friedliches neues Jahr.

Ihr SPD-Ortsverein Suchsdorf

Andreas Arend, Vorsitzender, Möllenholt 38,

Thomas Wehner, Ratsherr, Wolliner Weg 11, Telefon: 311836,

E-Mail: thomas.wehner@spd-suchsdorf.de

Internet: www.spd-suchsdorf.de, www.spd-fraktion-kiel

Keine Kommentare

[AfB Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 26.11.2013, 23:45 Uhr - 19183 Clicks - Nr. 750

Übergänge statt Umwege

Experten fordern Bündnis gegen Jugendarbeitslosigkeit

Auf Einladung der **SPD-Landtagsabgeordneten Simone Lange** und der **Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)** fand am vergangenen Montag, den 18.11.2013, eine Expertendiskussion zum Thema **Übergang Schule - Beruf** statt, auf der die in Schleswig-Holstein erprobten Instrumente gegen Jugendarbeitslosigkeit und ihre Wirksamkeit unter die Lupe genommen wurden.



"In Schleswig-Holstein ist der Übergang von der Schule in den Beruf gleich der Teilspernung einer Brücke. Die Jugendlichen mit besonderen Belastungen müssen oft große Umwege nehmen", stellte die einladende **SPD-Landtagsabgeordnete** und **SPD-Vorsitzende Flensburgs Simone Lange** fest.

Uwe Gaul aus der **Hamburger Schulbehörde** sowie **Manfred Marwede** von der **Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD** machten deutlich, wie groß der Handlungsdruck ist. 842 Jugendliche waren in Flensburg im September 2013 arbeitslos, 12.000 Jugendliche in ganz Schleswig-Holstein haben nicht einmal eine abgeschlossene Berufsausbildung. Von den ca. 110.000 arbeitslos gemeldeten Erwachsenen in Schleswig-Holstein hatten in Februar 2012 ca. 49.000 keine abgeschlossene Berufsausbildung.

"Daraus kann man doch nur die Forderung ableiten", so der **Landesvorsitzende der AfB, Ulf Daude**, "dass alle jungen Menschen in eine Berufsausbildung überführt werden müssen, um ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen."

Manfred Marwede forderte, den jetzigen Zugang für die berufsschulpflichtigen Jugendlichen nach dem Bewerbungsprinzip zu Gunsten eines Zugangs zu den Bildungsangeboten abzulösen, der sich an der Individualität des jungen Menschen orientiert. Für Jugendliche ohne Berufsausbildung sollen, je nach individueller Ausgangslage, möglichst passgenau anrechenbare, berufsqualifizierende, berufsvorbereitende und auch produktionsorientierte (Arbeiten und Lernen) Bildungsangebote vorgehalten werden. "Zum Auftrag der Berufsschule soll der Übergang in eine Berufsausbildung gehören", so **Manfred Marwede** weiter.

In Hamburg hat die Reform der Beruflichen Bildung 2011 genau diesen Gedanken umgesetzt. „Jeder Jugendliche, erhält in Hamburg eine Berufsausbildung, entweder in einem Betrieb oder in einer staatlich finanzierten außerbetrieblichen Bildungsstätte“, so **Uwe Gaul**. Ohnehin hat Hamburg sich schon vor Jahren im Rahmen einer umfassenden Schulreform der Herausforderungen des **Übergangs Schule – Beruf** gestellt. Mit der Botschaft „**Niemand zurücklassen**“ wurde ein datengestütztes und ein didaktisch-methodisches Konzept für die Berufsorientierung an den allgemein- und berufsbildenden Schulen im Rahmen eines groß angelegten Dialoges erarbeitet.

Das neueste Konzept beinhaltet Jugendberufsagenturen, in der Mitarbeiter aus unterschiedlichsten öffentlichen Einrichtungen in einem Haus zusammenarbeiten. So gibt es für Jugendliche und Eltern zukünftig nur noch eine Anlaufstelle für Unterstützungsleistung der Schul- und Berufsberatung, des Jobcenter sowie der Kinder- und Jugendhilfe pro Stadtteil. „Dieses Angebot hat sich schon jetzt bewährt“, so **Uwe Gaul** und empfiehlt eine solche rechtskreisübergreifende Zusammenarbeit auch in Flensburg.

Thomas Dau-Eckert macht deutlich, dass die **Stadt Flensburg** in den Startlöchern steht.

Dr. Sven Mohr, Schulleiter und Geschäftsführer des Regionalen Berufsbildungszentrums Eckener-Schule in Flensburg, wies auf die Notwendigkeit hin, dass mehr Bildungszeit für die Benachteiligten zur Verfügung zu stellen ist. Jugendliche, die noch nicht „ausbildungsreif“ sind, benötigen eine umfassende Persönlichkeitsentwicklung, damit sie auch berechtigt eine Berufsausbildung aufnehmen können.

Gabi Schwohn, Vorsitzende des DGB-Stadtverbandes Flensburg, forderte für Flensburg und Schleswig-Holstein einen umfassenden Dialog für die Schnittstelle Übergang Schule Berufsausbildung.

Auch **Ines Neumann, Leiterin des Jugendaufbauwerks Flensburg**, stellte klar: Das JAW steht für eine außerbetriebliche Ausbildung als Partner bereit, damit jeder Jugendliche eine Ausbildung erhält.

Simone Lange, MdL

Keine Kommentare

Transatlantische Partnerschaft für die sozial-ökologische Transformation

Das SPD-Umweltforum beobachtet mit großer Sorge, dass die Europäische Union in Verhandlungen mit den USA ein Freihandelsabkommen anstrebt, das so genannte nichttarifäre Handelshemmnisse abbauen soll. Diese wurde vom Landesparteitag am 1. November geteilt und hat seine Berücksichtigung im Leipziger Europa-Programm gefunden.



Bedroht sind u. a. Sozialstandards, Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz, im Naturschutz und Regelungen zum Schutz eigenständiger Kulturgüter. Es besteht die große Gefahr, dass in diesem Prozess die Standards gesenkt werden, um den Handel zwischen beiden Regionen zu erleichtern und für internationale Konzerne zusätzliche Gewinnmöglichkeiten zu schaffen. Das ist jedoch das Gegenteil einer nachhaltigen Entwicklung, auf die sich Deutschland und die Europäische Union verpflichtet haben. Die Natur-Freunde fordern deshalb Deutschland und die EU auf, auf eine transatlantische Partnerschaft für eine sozial-ökologische Transformation hinzuarbeiten.

Nutznieser des zurzeit verhandelten TTIP-Abkommens dürften BMW und Monsanto, Deutsche Bank und JP Chase Morgan, BASF und Google, Bertelsmann und Exxon-Mobil sein. Es ist unwahrscheinlich, dass ein deregulierter transatlantischer Markt den Menschen in Europa, den USA oder in der übrigen Welt zugutekommt. Das kann viel mehr bedeuten, dass Gentechnik-Lebensmittel und Hormonfleisch aus den USA ungekennzeichnet auf unseren Tellern landen, dass Meinungsfreiheit und Datenschutz auf der Strecke bleiben, dass Arbeitnehmerrechte ausgehebelt werden, und dass bei der Gewinnung von Ressourcen Klima-, Natur- und Umweltschutz (z.B. durch Fracking) unberücksichtigt bleiben.

Kernprinzipien des Klima- und des Natur- und Umweltschutzes, so wie sie 1992 in Rio aufgestellt wurden, sind das Vorsorge- und das Verursacherprinzip: Wenn von Produkten oder Technologien Risiken ausgehen können, dann müssen diese Risiken vorausschauend vermieden werden. Im TTIP aber sollen auf Druck von US-Exportinteressen bereits bestehende wie geplante Regeln, die diesen Prinzipien folgen, zum Handelshemmnis erklärt werden. Ein besonderer Dorn im Auge der US-Lobbygruppen sind v.a. die in ihren Augen zu langsame Zulassung und die Kennzeichnung von Gentechnik-Lebensmitteln in Europa und die europäischen Nachhaltigkeitsstandards von Biokraftstoffen. Aber auch die Weiterentwicklung der EU-Chemikalienrichtlinie REACH und der EURO-Norm für Auto-Emissionswerte wie auch die EU-Strategie zur Begrenzung der von Kunststoffen ausgehenden Umweltgefahren laufen den US-Exportinteressen zuwider. Auch für neue Technologien muss das Vorsorgeprinzip gelten, etwa für die gefährliche Gewinnung von Gas mit Fracking.

Wir brauchen eine klima- und ressourcenschonendere und gerechtere Wirtschaftsweise auf beiden Seiten des Atlantiks. Die niedrigsten Standards dürfen nicht zur Richtschnur werden. Verbote sind dafür genauso erforderlich wie Steuern und Zölle für besonders schädliche Verfahren. Das wird mit der TTIP-Freihandelslogik nicht vereinbar sein. Das wird auch am bisherigen Verhandlungsmandat deutlich, auf das sich die 27 EU-Staaten geeinigt haben. Und es soll schnell gehen: Schon in fünfzehn Monaten, im Oktober 2014, soll das Abkommen stehen. Die Verhandlungen werden geheim geführt. Offiziellen Zugang zu den Zwischenberichten haben nur Vertretungen der interessierten Industrie, aus den USA z.B. die Agrarchemie wie Monsanto.

Der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind die sogenannten Schiedsgerichte. Solche gibt es in allen Freihandelsabkommen. Vor einem Schiedsgericht kann der Investor

gegen einen Staat wegen Benachteiligungen aller Art klagen; der umgekehrte Weg, Staat gegen Investor, ist nicht möglich. Der Investor kann schon klagen, wenn der "volle Schutz" der Investition etwa durch neue Umweltgesetze nicht mehr garantiert ist. Die Verhandlungen vor den geplanten Schiedsgerichten sind geheim, wie die Bundesregierung im Sommer 2013 bestätigte.

Freihandels- und Investorenschutz-Rezepte aus dem 20. Jahrhundert sind keine Lösung für die aktuellen ökologischen und sozialen Herausforderungen. Wir erwarten vom Europäischen Parlament, dass es die Geheimverhandlungen öffentlich macht und sich einmischt, um eine solche Fortsetzung der „Globalisierung“ zu verhindern. Wir wollen nicht Regulierungen zugunsten einiger Weltkonzerne abbauen, sondern eine nachhaltige Zukunft gestalten. Wir wollen eine transatlantische Partnerschaft für die sozial-ökologische Transformation, die wir im 21. Jahrhundert so dringend brauchen.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 28.11.2013, 17:23 Uhr - 7874 Clicks - Nr. 752

Zahlreiche Impulse zur Verabschiedung des Schulgesetzes

Zur heutigen mündlichen Anhörung des Bildungsausschusses zur Schulgesetznovelle erklären die Bildungspolitiker/innen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und SSW, Martin Habersaat, Ines Strehlau und Jette Waldinger-Thiering:

Besonders wichtige Anregungen betrafen u.a. die von der CDU/FDP-Koalition abgeschaffte externe Evaluation der Schulen (EVIT), die untrennbar zum Gedanken der selbständigen Schule gehört.

Eine intensivere Kooperation von Schulen aller Schularten muss umgesetzt werden.



Martin Habersaat:

„Es gab Lob, Kritik und konstruktive Anregungen. Damit ziehen wir uns über den Jahreswechsel zurück und werden weiter an dem Bildungsgesetz arbeiten, das so intensiv vorbereitet wurde wie nie zuvor. Selbstverständlich wird es seitens der Koalition Änderungsanträge zum Entwurf der Landesregierung geben.“

Ines Strehlau:

„Es wurde deutlich, dass Kooperationen zwischen beruflichen Schulen, RBZs und Gymnasien mit Gemeinschaftsschulen ein richtiger Weg sind, um eine verlässliche Perspektive für Oberstufen für alle Schülerinnen und Schüler zu schaffen.“

Jette Waldinger-Thiering:

„Viele wichtige Anregungen wurden heute konstruktiv vorgebracht. Die Übergangsempfehlung zur weiterführenden Schule muss noch überarbeitet werden, damit sie von Lehrerinnen und Lehrern sowie von den Eltern zum Wohl des Kindes umgesetzt werden kann. Inklusion wurde von vielen Seiten beleuchtet – der Nachteilsausgleich ist hier von großer Bedeutung.“

Keine Kommentare

Mitgliederversammlung der SPD Schleswig-Flensburg

Auf einer Mitgliederversammlung der SPD Schleswig-Flensburg am 26. November 2013 in Schleswig mit MdB Sönke Rix wurden die bisherigen bekannt gewordenen Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen lebhaft diskutiert. Der bisher bekannt gewordene Koalitionsvertrag war an diesem Abend noch nicht maßgeblich, da über den Koalitionsvertrag noch verhandelt wurde.

Beleuchtet wurden die „Big Points“ u. a. zum flächendeckenden Mindestlohn, Rente, Zeit- und Leiharbeit, Elterngeld, Wirtschaft, Bildung und Pflege.

Kritisch und zum Teil kontrovers beleuchtet wurden in verschiedenen Diskussionsbeiträgen die Art des Zustandekommens der Aufnahme zu Koalitionsverhandlungen mit der CDU/CSU und ein Für und Wider einer Großen Koalition.

Sönke Rix betonte, dass die SPD sich insbesondere für die Schwachen in der Gesellschaft einsetze. Bei Nichtzustimmung des Koalitionsvertrages würde der Parteivorstand beschädigt.

Letztendlich haben die Mitglieder das Wort. Der Kreisvorsitzende Ralf Wrobel rief alle dazu auf, für die Teilnahme am Mitgliedervotum zu werben.

Auf dem Foto: Ralf Wrobel und Sönke Rix



Keine Kommentare

SPD-Tangstedt: Veranstaltung zum Koalitionsvertrag

Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Koalitionsvertrag

Kürzlich wurde der [Koalitionsvertrag](#) zwischen **SPD**, CDU und CSU vorgestellt. Auf 185 Seiten sind die Themen und Ziele der großen Koalition abgebildet. Die **SPD-Mitglieder** haben bei dem anstehenden [Mitgliedervotum](#) das letzte Wort.

Deshalb lädt der **SPD-Ortsverein Tangstedt** alle **SPD-Mitglieder** zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung ein. Kommen Sie am 05.12.2013 um 20 Uhr in die Tangstedter Mühle und machen Sie sich selbst von den Inhalten des Koalitionsvertrages ein Bild, um mit einer gefestigten Meinung in das Mitgliedervotum zu gehen.

Schon jetzt stehen Informationsmaterialien hier zur Verfügung:

- [Koalitionsvertrag](#)

TANGSTEDT

SPD

- [Mitgliedervotum](#)

Wir freuen uns auf Ihr zahlreiches Erscheinen!

Nachtrag vom 06.12.2013: Die Veranstaltung wurde vor dem Hintergrund des Sturmes in den Nachmittagsstunden den 05.12.2013 abgesagt. Wir bitten um Ihr Verständnis.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der SPD-Tangstedt: [Bericht aus dem Planungs- und Umweltausschuss \(20.11.2013\)](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

[SPD-Segeberg](#) - veröffentlicht am 29.11.2013, 08:52 Uhr - 28388 Clicks - Nr. 755

Gute Noten für den Koalitionsvertrag

Sozialdemokraten im Kreis Segeberg nahmen das Abkommen unter die Lupe.

Auch unter den Sozialdemokraten im Kreis Segeberg wird der Koalitionsvertrag intensiv diskutiert. Am 28. November, einen Tag nachdem die Grundlage des geplanten Regierungsbündnisses veröffentlicht wurde, trafen sich in Sievershütten 40 SPD-Mitglieder aus dem ganzen Kreis. Auf der parteiöffentlichen Sitzung stellte der Bundestagsabgeordnete Franz Thönnies (Foto: rechts) das Vertragswerk vor.

Die Vorsitzende des Kreisparteiausschusses, Diane Brüggemann, freute sich über die lebhafte Diskussion: „Die Argumente für eine große Koalition haben überzeugt.“ Auch Kritiker mussten einräumen, dass viele Forderungen der SPD durchgesetzt werden konnten. „Die vielen Themen und Positionen gegeneinander abzuwägen und zu einer Ja-Nein-Entscheidung zu kommen ist nicht einfach“, gab Diane Brüggemann zu bedenken. „Umso wichtiger ist es, die Fragen unter Gleichgesinnten offen zu diskutieren.“

Bundestagsabgeordneter Franz Thönnies war eigens aus Berlin angereist. Er stellte in einem Vortrag die Forderungen der Sozialdemokraten den Ergebnissen der Verhandlungen gegenüber. „Die sozialdemokratische Handschrift ist im Koalitionsvertrag gut zu erkennen“, so sein Fazit. Der gesetzliche Mindestlohn sei eine wichtige Verbesserung für viele Menschen. Wer 45 Jahre beitragspflichtig gearbeitet habe, solle künftig schon mit 63 in Rente gehen können. In den Ballungsräumen werde die Mietpreisbremse die Kosten der Haushalte begrenzen.

„Die Verhandlungskommission hat gute Arbeit geleistet“, lobte der Abgeordnete. Daher empfehle er den Mitgliedern, für die Koalition zu stimmen. Alle SPD-Mitglieder werden



Anfang Dezember in einer Art Briefwahl entscheiden, ob es tatsächlich zu einer Koalition kommen wird.

In der Aussprache wurde deutlich, dass der Vertragstext viele Bedenken in der Mitgliedschaft ausräumen konnte. Kritisch wurde vor allem die Frage der Finanzierbarkeit einzelner Positionen gesehen. Es brauche eine starke Fraktion und starke Minister, um aus den Vorhaben konkrete Politik zu machen. „Die SPD hat jetzt vier Jahre Zeit, sich zu zeigen“, formulierte ein Teilnehmer.

„Mit dem Mitgliederentscheid schafft die SPD eine neue Qualität der politischen Willensbildung“, stellte SPD-Kreisvorsitzender Stefan Weber (Foto: links) fest. Er forderte alle Mitglieder seiner Partei auf, an der Abstimmung teilzunehmen: „Diese Chance bietet keine andere Partei. Nicht nur deshalb lohnt es sich, SPD-Mitglied zu sein.“ In vielen Ortsvereinen werden in den kommenden Tagen weitere Treffen stattfinden, um den Koalitionsvertrag zu diskutieren. Der SPD-Landesverband organisiert Regionalkonferenzen, unter anderem in Pinneberg am 3. Dezember und in Lübeck am 6. Dezember. Der Kreisvorsitzende forderte die Mitglieder seiner Partei auf, auch dort die Möglichkeit zum Meinungsaustausch zu nutzen. Der Koalitionsvertrag sei ein Kompromiss, „aber das Glas ist halb voll, nicht halb leer.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnies](#) - veröffentlicht am 29.11.2013, 13:26 Uhr - 14517 Clicks - Nr. 756

SPD-MdB Thönnies zum Koalitionsvertrag:

Sozialdemokratische Handschrift verbessert gerade mit Mindestlohn Lebenssituation der Menschen in der Region Segeberg

„Mit Blick auf das SPD-Regierungsprogramm und unsere auf dem Parteikonvent beschlossenen Kernforderungen kann sich das Ergebnis der Verhandlungen sehen lassen.“



Dieser Koalitionsvertrag trägt eine eindeutig sozialdemokratische Handschrift, was angesichts unseres Wahlergebnisses so nicht zu erwarten war und deshalb werbe ich auch für eine Annahme beim Mitgliedervotum“, erläutert Franz Thönnies seine Position.

Da eine große Koalition keine „Liebesheirat“, sondern ein befristetes Zweckbündnis ist und hier Kompromisse gemacht werden mussten, gibt es aus Sicht des SPD-Politikers durchaus auch kritische Punkte, wie zum Beispiel die Beibehaltung des Betreuungsgeldes und des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in Bildungsfragen. Unterm Strich überwiegen aber aus seiner Sicht die Vorteile deutlich. Insbesondere in den Bereichen Arbeit, Rente und Mieterschutz habe die SPD ihre Kernforderungen durchgesetzt.

„Beim jetzigen Missbrauch von Werkverträgen und bei den Auswüchsen in der Leiharbeitsbranche konnten konkrete gesetzliche Verbesserungen vereinbart werden. Und mit der von den Gewerkschaften unterstützten Einigung beim Mindestlohn in Höhe von 8,50 € zum 1.1.2015 haben wir eine Regelung gefunden, die das Leben der Menschen auch bei uns vor Ort verbessert. Dies gilt gerade für den Kreis Segeberg, in dem aktuell noch ca. 25.800 Menschen weniger für ihre Arbeit pro Stunde erhalten. Dieser unhaltbare Zustand wird endlich beseitigt und auch zu einer Steigerung sowie zur Stabilisierung der Kaufkraft in der Region führen“, so Thönnies.

Des Weiteren weist er darauf hin, dass die Mindestlohn-Entscheidung auch für eine höhere Rente sorgen wird. Sie trägt zusammen mit den Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und dem abschlagsfreien Rentenzugang ab 63 Jahren (bei 45 Beitragsjahren) zu einer gerechteren Rentenpolitik bei. Und die Verabredungen zu einer Mietpreisbremse schützen gerade die Mieter in der vom engen Wohnungsmarkt geprägten Metropolregion Hamburg vor überzogenen Mietforderungen der Anbieterseite.

„Jetzt werden wir den Vertrag innerhalb der SPD-Ortsvereine und auf drei Regionalkonferenzen in Schleswig-Holstein ausgiebig diskutieren. Wenn der Blick auf die Inhalte als Ganzes und die Verbesserungen für die Menschen gelegt wird, vertraue ich auf die verantwortliche Entscheidung der SPD-Mitglieder und rechne damit, dass sich eine gute Mehrheit für dieses Zweckbündnis aussprechen wird“, ergänzt Franz Thönnies mit Blick auf die nächsten zwei Wochen.

Keine Kommentare

[SPD-Tangstedt](#) - veröffentlicht am 01.12.2013, 08:25 Uhr - 8869 Clicks - Nr. 757

SPD-Tangstedt: Bericht aus dem Finanzausschuss (26.11.2013)

Finanzausschuss stimmt Gesamthaushalt zu

Am vergangenen Dienstag, den 26.11.2013, kamen die Mitglieder des Finanzausschusses unter Vorsitz von **Michael Kannieß (SPD)** zu ihrer letzten Sitzung des Jahres zusammen.

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden berichtete **Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)** davon, dass ab dem 1.1.2014 die FDP-Fraktion von **Herrn Dr. Taube** geführt werden würde. Stellvertreter sei dann **Peter Larsson**.

Anschließend wurde aus dem Kreis der **Mandatsträger** die verschmutzten Leitpfosten in der Harksheider Straße sowie das wiederholt schlechte Zusenden von Sitzungsunterlagen moniert.

Während der **Einwohnerfragestunde** wies ein Anwohner aus der Schulstraße auf die Parksituation in der Schulstraße/Ecke Dorfstraße hin. Es sei durch die parkenden PKW nicht nur für die Feuerwehr schwierig, diesen Bereich zu durchfahren. Ebenso würden die im Kreuzungsbereich abgestellten PKW für den landwirtschaftlichen Verkehr ein Hindernis sein. Bürgermeister Criwitz fügte diesem hinzu, dass auch seitens des HVV bereits Beschwerden verlegen würden.

Die von der Amtsverwaltung zur Verfügung gestellte **Übersicht über die Krippengebühren** in der Gemeinde Tangstedt im Vergleich zu anderen Kommunen wurde vom Finanzausschuss zur Kenntnis genommen und zur weiteren Bearbeitung an den Zentralausschuss überwiesen.

Anschließend wurde über die **Haushaltssatzung** und den **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2014 beraten und wichtige Beschlüsse gefällt.

Hinsichtlich des Antrags des **Wilstedter Sportverein Tangstedt e. V. (WSV Tangstedt)** über die Erhöhung der Jugendförderung von 11 Euro auf 15 Euro pro Person



stieß dieser auf Ablehnung, die CDU wollte nur einer Erhöhung um einen Euro zustimmen. Der von der SPD eingebrachte Antrag über eine Erhöhung auf 14 Euro pro Mitglied wurde dann mehrheitlich angenommen. Weiter hatte der WSV eine Erhöhung der Unterstützung bei der Pflege des Sportplatzes von 10.000 Euro auf 15.000 Euro erbeten. Die Mehrheit des Ausschusses entschied, die Förderung auf 11.000 Euro zu erhöhen. Die SPD machte einen weitergehenden Vorschlag und warb für 12.000 Euro, erhielt aber von den anderen Parteien keine Unterstützung.

Der Haushalt der **Volkshochschule Tangstedt** wurde eingehend diskutiert und anschließend wie vorgelegt verabschiedet.

Die Beteiligung der Gemeinde Tangstedt an der **Reinigung der Wege des Friedhofes** der Kirchengemeinde Tangstedt in Höhe von 2.200 Euro wurde mehrheitlich abgelehnt. Die Sozialdemokraten hatten dafür gestimmt.

Schließlich wurde nach geringen Änderungen der **Gesamthaushalt** für das Haushaltsjahr 2014 einstimmig angenommen.

Während des zweiten Teils der **Einwohnerfragestunde** nutzte kein Anwohner sein Recht, Fragen, Anregungen oder Ähnliches an den Ausschuss oder den Bürgermeister zu richten.

Am 11. Dezember findet im Rathaus die **letzte Sitzung der Gemeindevertretung Tangstedt** statt. Die Tagesordnung finden Sie auf der Seite der [Gemeinde Tangstedt](#).

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der **SPD-Tangstedt**: [Veranstaltung zum Koalitionsvertrag](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

[SPD Bad Bramstedt](#) - veröffentlicht am 02.12.2013, 02:48 Uhr - 7148 Clicks - Nr. 758

SPD: Bad Bramstedt muss sich gegen Fracking wehren

Bad Bramstedt. Die Bad Bramstedter SPD ist entsetzt über die jüngsten Nachrichten, dass die PRD-Energy für die Suche nach Kohlenwasserstoffen unter Bad Bramstedts Boden wohl doch die umstrittene Fracking Methode einsetzen will. So kam es auf der jüngsten Anhörung zu dem Thema in Bad Segeberg heraus.



Jan-Uwe Schadendorf: „Nun passiert das, was wir schon im Frühjahr befürchtet haben und versuchten, noch etwas zu retten. Doch die Bad Bramstedter Bundestagsabgeordneten von CDU und FDP, Koschorrek und Koppelin, haben lieber das Lied der Ölkonzerne gespielt.“

Nun bleibt, so die SPD, nur der schwierige Weg über die Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger gegen die Aktivitäten der Konzerne. Schadendorf: „Wir müssen der PRD-Energy das Leben schwer machen und sie zum Abrücken von der Frackingmethode

bringen. Deshalb tritt die SPD dafür ein, dass die Stadtverordneten in der Dezembersitzung eine Resolution verabschieden, wie es das Amt Bad Bramstedt-Land kürzlich schon hat.“

Das unter Bad Bramstedt liegende ein Untersuchungsfeld, soll in den nächsten Jahren erforscht werden, ob sich Erdöl oder Erdgas fördern lassen. Die Methode des umstrittenen Fracking ist dabei nicht ausgeschlossen, da PRD-Energy sich das sogar ausdrücklich offen hält. Und da die zugrunde liegenden Gesetze aus Kaisers Zeiten stammen, kann und muss sogar die Genehmigungsbehörde, das Bergamt in Celle, schalten und walten wie in jenen Jahren der absoluten Obrigkeit als Umweltthemen keine Rolle spielten.

Die Bad Bramstedter SPD steht hinter den Bestrebungen der Landesregierung in Kiel, Fracking in Schleswig-Holstein mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterbinden. Und auch in die Koalitionsverhandlungen in Berlin steckt man Hoffnungen, doch werden deren Regelungen nur für neue Anträge gelten ... PRD-Energy könnte da durchschlüpfen.

Schadendorf: „Fracking kann unser Trinkwasser gefährden. Das gilt es mit aller Macht zu verhindern.“

Die Bundestagsabgeordneten aller Parteien seien gefordert, sich hierzu endlich eindeutig zu positionieren und auch so zu handeln. Es darf nicht wieder geschehen, wie im Mai diesen Jahres als ein Gesetzentwurf zum Thema Fracking in Berlin auf den Tisch, der zwar weiterhin große Gefahren für unsere Umwelt in sich barg, aber zumindest Umweltprüfungen vorschreiben wollte.

Dessen Schicksal war schnell besiegelt: Ab in die Schublade. Umweltminister Altmaier gab zur Begründung Schwierigkeiten mit dem Koalitionspartner FDP an. Die Liberalen seien nicht zu einem Moratorium bereit gewesen, mit dem Fracking für einen bestimmten Zeitraum verboten worden wäre.

Keine Kommentare

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 02.12.2013, 13:11 Uhr - 5795 Clicks - Nr. 759

AfA Landesvorstand empfiehlt Annahme des Koalitionsvertrages

Der AfA Landesvorstand hat in Abstimmung mit den 13 Kreisvorsitzenden den Koalitionsvertrag bewertet und einstimmig entschieden den SPD Mitgliedern in Schleswig-Holstein die Annahme des Koalitionsvertrages zu empfehlen.

AfA-Landesvorsitzender Wolfgang Mädler: **„In der notwendigen Abwägung des „Für und Wieder“ des Kompromisses fällt das Ergebnis aus Sicht der AfA positiv aus, da die Verbesserungen für die Arbeitnehmer in unserem Land unübersehbar sind.**

Die Stellungnahme der AfA im Wortlaut:

Die AfA begrüßt ausdrücklich dass eine Mitgliederbefragung zum Koalitionsvertrag stattfindet und ruft alle Mitglieder auf, sich aktiv daran zu beteiligen. Wir sind stolz in einer „Mitmacherpartei“ zu sein.

Die AfA hat sich im Wahlkampf insbesondere für die Themen: Gute Arbeit – sichere Renten – Gesundheit und ein soziales Europa – eingesetzt. Deshalb wird der Koalitionsvertrag auch auf diese Punkte besonders abgeklopft und bewertet.

Dabei gilt für die AfA der Grundsatz:

„Es muss etwas für die Arbeitnehmer in den 4 Jahren Regierungszeit herauskommen, nicht der Ausblick auf irgendwann sondern jetzt!“



Position:

Wir stellen fest, dass im Koalitionsvertrag in den Themen:

- **Mindestlohn verwirklichen**
- **Werkverträge und Leiharbeit neu regeln**
- **Tarifverträge stärken**
- **Renteneintritt und Erwerbsminderungsrenten verbessern**
- **Mehr Geld für Kitas und Pflege**
- **Aufstockung der Städtebauförderung**
- **Maritime Industrie stärken und den Nord-Ostseekanal sichern**
- **Doppelte Staatsbürgerschaft für insbesondere unsere türkischen MitbürgerInnen verbessern**

deutliche Verbesserungen gegenüber der Politik der früheren Bundesregierung erreicht worden sind. Die „sozialdemokratische Handschrift“ ist im Koalitionsvertrag zu erkennen.

Hierzu gehören auch die Themen wie Frauenquote in Aufsichtsräten und Vorständen, die Festlegung der Managergehälter durch die Hauptversammlung, die Verbesserung des Informationsrechtes des Bundestages bei Rüstungsexporten, die Regelungsabsichten bei einer Mietpreisbremse und den Maklergebühren, die Abkehr von der Kopfpauschale bei den Krankenkassenbeiträgen und die Absicht den Landesbasiswert bei Krankenhäusern zu vereinheitlichen. Auch die Absicht die Rechte der Opposition zu stärken ist positiv zu bewerten.

Was nicht zu übersehen ist, sind die fehlenden Gerechtigkeitsthemen wie:

- Die gesetzlichen Kranken- und die Pflegeversicherung zur Bürgerversicherung auszubauen und die Beibehaltung der ungleichen Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Krankenversicherung.
- Dass die Rente mit `67 nicht ausreichend korrigiert und die flexiblen Übergänge in der Rente nicht weiter konkretisiert wurden.
- Das Befristungsrecht bestehen bleibt und damit Kettenbefristungen weiterhin möglich sind. Außerdem in der Arbeitsmarktpolitik keine neuen Akzente bei uns und gegen die Arbeitslosigkeit in Europa gesetzt wurden.
- Die betriebliche und Unternehmensmitbestimmung nicht erweitert wird.
- Das im Bildungsbereich das Kooperationsverbot nicht aufgehoben wurde,
- und besser „Verdienende“ und „Vermögende“ nicht stärker zur Sicherung unseres Sozialstaats herangezogen werden. **Es gibt keine Wende in der Reichtumsverteilung in unserem Land.**

Wir als ArbeitnehmerInnen in der SPD werden deshalb weiter für diese richtigen Ziele kämpfen und für Mehrheiten bei den Menschen streiten.

Ergebnis:

In der notwendigen Abwägung des „Für und Wieder“ des Kompromisses fällt das Ergebnis aus Sicht der AfA positiv aus, da die Verbesserungen für die Arbeitnehmer in unserem Land unübersehbar sind. Es ist nicht zu erwarten, dass in einer anderen politischen Konstellation oder durch eine Neuwahl ein besseres Ergebnis zu erreichen ist. Die kritische, aber in der Abwägung des Ergebnisses gleiche Bewertung, durch den DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bestärkt uns in unserer Meinung.

Gegen Neuwahlen spricht das von der SPD erzielte inhaltliche Ergebnis im Koalitionsvertrag.

Wir empfehlen daher den Mitgliedern in der Schleswig-Holsteinischen SPD, in der Abstimmung das Ergebnis anzunehmen.

Keine Kommentare

[Nina Scheer, MdB](#) - veröffentlicht am 02.12.2013, 16:35 Uhr - 10302 Clicks - Nr. 760

MdB Nina Scheer stimmt Koalitionsvertrag zu

Als Mitglied der Arbeitsgruppe Energie im Rahmen der Koalitionsverhandlungen hatte die SPD Bundestagsabgeordnete Nina Scheer aus Geesthacht, Schleswig-Holstein, die Verhandlungen zum Bereich „Energie“ mitgestaltet. Ihre Zustimmung zum Koalitionsvertrag begründet sie wie folgt:

Mit den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD sei in den vergangenen Wochen sowohl an den Verhandlungstischen als auch öffentlich intensiv über drängende politische Aufgaben diskutiert worden, was während des Wahlkampfes nicht immer gelungen sei. Allein diese Entwicklung sei eine - wenn auch ergebnisoffene - Bestätigung für den eingeschlagenen Weg, ist Nina Scheer überzeugt.



Nur mit einer Regierungsbeteiligung der SPD seien die nun ausgehandelten Fortschritte zu erzielen, nicht hingegen aus der Opposition heraus. Dies gelte neben der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro ab 2015 auch für die Eindämmung von Leih- und Zeitarbeit, die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren unter Anrechnung von Arbeitslosigkeit, eine Verbesserung der Renten für Erwerbsgeminderte, einen konkreten Fahrplan für die Angleichung der Renten in Ost und West und eine Mindestrente von 850 Euro für langjährig Versicherte.

Ferner gelte dies für mehr Gleichberechtigung von Frauen durch ein Entgeltgleichheitsgesetz, mehr Geld für Kitas, Schulen und Hochschulen, aber auch für die Kommunen im Rahmen der Entlastung der Eingliederungshilfe und Verkehrsinfrastruktur, bessere Pflege, eine Mietpreisbremse, die doppelte Staatsbürgerschaft für junge nicht EU-Bürger, die strikte Regulierung der Finanzmärkte, die Durchsetzung der Besteuerung der Finanzmarktspekulationen, eine stärkere Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und auch den Ausschluss von Rüstungsexporten in Spannungsgebiete sowie an Diktaturen.

„Selbstredend enthält der Koalitionsvertrag angesichts des für die SPD bundesweit sehr ernüchternden Wahlergebnisses von 25,7 Prozent auch Einigungspunkte, die ich für falsch halte. Gemessen daran, dass die CDU/CSU bei der Wahl nur knapp die absolute Mehrheit verfehlte, konnte sich die SPD allerdings in überproportional vielen Forderungen durchsetzen. Sollte es auf Grundlage des Koalitionsvertrages zu einer Regierungsbildung kommen, bedeutet dies eine Verbesserung für viele Menschen, die über die vergangenen Jahre zunehmend in Not geraten sind. Für mich ist dies der ausschlaggebende Punkt, dem Koalitionsvertrag zuzustimmen. Der Sache nach heißt dies allerdings auch, weiter Überzeugungsarbeit zu leisten, um bei der nächsten Wahl noch mehr Menschen für sozialdemokratische Inhalte zu gewinnen, Fehlentwicklungen zu korrigieren und nicht verfolgte Aufgaben anzugehen“, erläutert Nina Scheer.

Gesetzlicher Mindestlohn

„Der geeinigte flächendeckende gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro ab 2015 erreicht allein in den Kreisen Herzogtum Lauenburg und Stormarn zusammengekommen über 39.000 Beschäftigte. Hierfür hat die SPD gekämpft und sich mit einer zentralen Forderung, die sie mit den DGB-Gewerkschaften teilt, in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt – entgegen zuletzt immer lauter werdender Proteste von Arbeitgeberverbände-seite“, so Scheer. Der gesetzliche Mindestlohn bedeute für die Region einen jährlichen Kaufkraftzuwachs von ca. 63 Mio. Euro.

Energiewende

„Bei der Energiewende konnten wir uns in einem maßgeblichen Punkt nicht durchsetzen. Der Ausbaukorridor für Strom aus Erneuerbaren Energien von 40 bis 45 Prozent bis zum Jahr 2025 wirkt als Bremse, was mit einem Bekenntnis zur Energiewende schwer vereinbar ist. Für den Fall einer Regierungsbildung auf Grundlage des Koalitionsvertrages gilt es die genannten Widersprüche zugunsten der im Titel erklärten Vorgabe: ‚Die Energiewende zum Erfolg führen‘ aufzulösen“, erläutert Nina Scheer.

Restriktionen im Ausbau Erneuerbarer Energien seien sowohl aus Klimaschutzpolitischen Gründen als auch mit Blick auf zukünftige und längerfristige Bezahlbarkeit von Energie ein Rückschlag. Zudem hingen viele Arbeitsplätze und auch ein begonnener und fortzusetzender Strukturwandel am Ausbau Erneuerbarer Energien: „Die bisherigen Erfolge der Energiewende, für die Deutschland weltweit Anerkennung genießt, sind durch Dezentralität geprägt – aufgrund eines Ausbaus Erneuerbarer Energien durch Bürgerinnen und Bürger, Genossenschaften, Kommunen und Stadtwerke“, so Scheer und fügt an: „Eine Schwächung des Ausbaus in der Fläche bzw. an Land im Windenergiebereich zugunsten der Förderung des Ausbaus auf hoher See verlagert die Akteursebene: Von den Menschen vor Ort zur Großindustrie. Dies geht zulasten von Technologie- und Akteursvielfalt, auf die ein kosteneffizienter Energiemix der Zukunft aber angewiesen ist.“

Es sei allerdings gelungen, die bisherigen Erfolgsfaktoren der Energiewende in Gestalt der Einspeisevergütung sowie dem Einspeisevorrang für Erneuerbare Energien zu erhalten. Darüber hinaus betont Scheer: „Das von der Union favorisierte Ausschreibungsmodell hätte Investitionsunsicherheiten und massive Kostensteigerungen provoziert. Es ist ein Erfolg der SPD, dass sich das Ausschreibungsmodell in einem Pilotvorhaben bewährt haben muss bevor es zur Förderung Erneuerbarer Energien herangezogen wird“.

Für Steuerungsmechanismen, die zu einer gerechteren Verteilung der Kosten führen, biete der Koalitionsvertrag nur ansatzweise Lösungen, die es nun zu entwickeln gelte.

Fracking

„Die Ablehnung des Einsatzes umwelttoxischer Substanzen im Zusammenhang mit der Fracking-Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller

Erdgaslagerstätten ist ein wichtiger und überfälliger Schritt“, erklärt Nina Scheer und begrüßt ferner, dass mit dem Koalitionsvertrag über Anträge auf Genehmigungen zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten erst entschieden werden kann, wenn die nötige Datengrundlage zur Bewertung vorhanden ist und nachteilige Veränderungen der Wasserbeschaffenheit ausgeschlossen werden können. Auch die Entsorgung des Flowbacks aus Frack-Vorgängen in Form von Versenkbohrungen werde richtigerweise als nicht verantwortlich bezeichnet. Der Koalitionsvertrag erkläre den absoluten Vorrang von Trinkwasser und Gesundheit. Auch wenn ein umfassendes Verbot nicht formuliert wurde, sei nun mit den betreffenden Aussagen die Grundlage für ein faktisches Moratorium gegeben, das die erforderliche Rechtssicherheit für den Ausschluss von Fracking biete.

Atomenergie

„Ich begrüße, dass der Koalitionsvertrag den Ausstieg aus der Kernenergie bis spätestens 2022 erklärt und sich Deutschland auch auf Europäischer Ebene für den Ausstieg aus der Atomenergienutzung einsetzen wird. Dass die Einigung nicht die SPD-Forderung nach dem Ausschluss von Hermes-Bürgschaften für AKW-Neubauten im Ausland umfasst, ist allerdings sachlich nicht vermittelbar. Der Atomunfall von Fukushima unterstreicht die weltweit wirkende Gefährdung von Atomenergienutzung. Dies zeigt, dass ein Ausstieg nicht nach geografischen Geltungsbereichen differenziert werden kann ohne dabei zugleich die sachliche Begründung des Atomausstiegsbeschlusses zu relativieren. Insofern steht für die CDU/CSU noch ein klarstellendes, glaubhaftes und widerspruchsfreies Bekenntnis zum konsequenten Ausstieg aus der Atomenergienutzung aus“.

Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung

Hinsichtlich der im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Infrastrukturvorhaben bemängelt Nina Scheer, dass entgegen anfänglich gewonnener Einigungen nun keine grundlegende Überprüfung der Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung vorgesehen ist. „Ich halte es für unerlässlich, die in diesem Jahr intensiv auf ihre Mängel hin diskutierte Reform zu überprüfen. Anders ist die Sicherung regionaler Kompetenzen kaum durchführbar“, so Scheer. Die Reform hatte im Sommer zu Streiks der Beschäftigten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung geführt. Im Zuge der begonnenen Reform könnte auch das Wasser- und Schifffahrtsamt Lauenburg geschlossen werden. „Die Reform muss so verlaufen, dass eine kritische Überprüfung von nicht sachgerechten und die Beschäftigten beeinträchtigenden Maßnahmen erfolgt. Die Reformschritte müssen bedarfsgerecht und sozialkonform ausfallen“, erläutert Scheer.

Keine Kommentare

[SPD-Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 02.12.2013, 22:43 Uhr - 18400 Clicks - Nr. 761

KV Intern erschienen

Die Kreisinformation KV-Intern, das Info-Blatt der SPD Kreistagsfraktion und des SPD Kreisvorstandes Schleswig-Flensburg, ist gerade erschienen und wir möchten es auch [hier](#) vorstellen.

Das Informationsblatt erscheint einmal im Quartal und berichtet über aktuelle Themen aus dem Kreis Schleswig-Flensburg und aktuelle politische Themen.

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 03.12.2013, 18:37 Uhr - 7699 Clicks - Nr. 762

Dialog zum Schulgesetz ohne Bevormundung und „Manipulation“

Zur Kritik des Philologenverbandes am Entwurf für ein neues Schulgesetz erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Wer bei der Anhörung des Bildungsausschusses zur Schulgesetznovelle nur Kritik wahrgenommen hat, war entweder nicht die ganze Zeit dabei oder wollte nur selektiv wahrnehmen. Denn es gab auch viel politische Unterstützung für die Stoßrichtung des Entwurfs.



Die Kritik der meisten Beteiligten hat sich nicht so sehr am Wortlaut der geplanten Gesetzesnovelle festgemacht, als vielmehr daran, dass es die von der rot-grün-blauen Landesregierung von vornherein eingeräumte Deckungslücke von ca. 1.500 Stellen gibt und dass das große Projekt der Inklusion – anders als von CDU und FDP seinerzeit behauptet – nicht ohne zusätzliche Personalressourcen verwirklicht werden kann.

Es hat noch kein Schulgesetz gegeben, das in einem solchen aufwändigen öffentlichen Beteiligungsprozess vorbereitet wurde. Dieser Dialog war nicht „manipuliert“. Es ist das gute Recht des Philologenverbandes, seine strukturkonservativen Ansichten öffentlich bei jeder Gelegenheit vorzutragen. Aber ein dezidiertes Standpunkt gibt ihm nicht das Recht, seine Meinung über den Sachverstand der anderen Teilnehmer zu stellen.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 03.12.2013, 18:39 Uhr - 7771 Clicks - Nr. 763

Der Kurs stimmt, das Tempo noch nicht

Zu den heute vorgestellten Ergebnissen von PISA 2012 erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

PISA 2012 stellt fest, dass Deutschland die einzige unter den führenden Industrienationen ist, in der sich seit 2003 sowohl die Leistungsergebnisse in Mathematik als auch die Chancengerechtigkeit in der Bildung verbessert haben.



Mit jährlichen Verbesserungen zwischen 1,4 und 1,8 Punkten ist nicht zu übersehen, dass die Reformbemühungen der deutschen Bundesländer in den letzten Jahren Früchte getragen haben. Die schwächeren Schüler sind insgesamt besser geworden.

So erfreulich diese Ergebnisse sind, so ist das Tempo doch zu langsam. Es ist daher umso bedauerlicher, dass bei den Verhandlungen über die Bildung einer Bundesregierung die Unionsparteien nicht der Aufhebung des Kooperationsverbots im Schulbereich zugestimmt haben, die von der SPD im Einklang mit allen Fraktionen des Landtags gefordert wurde.

Allein durch Vergleichsstudien wird ein Bildungssystem natürlich nicht besser. Es ist aber ein großer Schritt nach vorn, dass seit der ersten PISA-Untersuchung ein wissenschaftlicher Blick auf die Schule gerichtet wurde. Die Bildungspolitik muss aus diesen Ergebnissen Schlussfolgerungen ziehen. Schleswig-Holstein wird jedenfalls in seinen Bemühungen nicht nachlassen, die große Schwachstelle des deutschen Bildungssystems, seine große soziale Ungerechtigkeit, zu beseitigen.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 04.12.2013, 19:19 Uhr - 9202 Clicks - Nr. 764

Energiewende gemeinsam gestalten

Ministerpräsident Albig würdigt länderübergreifende Zusammenarbeit der Metropolregion Hamburg

LÜBECK. Die Energiewende ist für Torsten Albig ein gesamtgesellschaftliches Projekt, das den Gestaltungswillen der Politik und die enge Zusammenarbeit der Länder erfordert. "Die Menschen müssen hinter der Energiewende stehen. Sie müssen davon überzeugt sein, dass sie funktioniert und sie nicht übermäßig belastet", sagte der Ministerpräsident auf der Regionalkonferenz der Metropolregion Hamburg.



Bürgerbeteiligung spiele eine wichtige Rolle. Entscheidend sei aber vor allem, die Energiewende so zu gestalten, dass die Strompreise für die Verbraucher niedrig gehalten werden. Dazu könne kostengünstige Onshore-Windenergie beitragen.

Der schleswig-holsteinische Regierungschef unterstrich, dass die Erneuerbaren Energien dezentraler strukturiert seien und die Energiewende immer über Landesgrenzen hinaus gedacht werden müsse. "Wie bringen all die kleinen Erzeuger an der schleswig-holsteinischen Westküste die Energie zu den vielen Kunden im Ballungsraum Hamburg? Hierfür braucht die Energiewende den Gestaltungswillen der Politik", sagte Albig.

Hamburg und Schleswig-Holstein lebten diese Zusammenarbeit bereits lange Zeit erfolgreich vor. Auch die Metropolregion Hamburg binde Teile von Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in ihre Planungen mit ein. "Hier in der Metropolregion Hamburg sind wir bereits gut für die Zukunft aufgestellt. Aber damit tragen wir auch

eine große Verantwortung. Wenn wir die Energiewende mit deutschem Know-How zum Exportschlager machen wollen, müssen wir zeigen, dass sie vor Ort funktioniert und erfolgreich ist", sagte Albig.

Keine Kommentare

[SPD-Büchen](#) - veröffentlicht am 05.12.2013, 09:13 Uhr - 5180 Clicks - Nr. 765

Aus für Alkohol- und Drogenberatung

- CDU und FDP treffen Knebelbeschluss im Sozial- und Bildungsausschuss

Die Zukunft der Alkohol- und Drogenberatung im Kreis Herzogtum Lauenburg ist besiegelt. Nachdem sich der Fachausschuss und die Fraktionen intensiv mit diesem Thema in den letzten Wochen auseinander gesetzt haben, stand gestern die Beschlussfassung zum Aufhebungsvertrag zwischen Kreis und ADB an.

„Ich bin entsetzt über die Haltung und Beschlussfassung der CDU/ FDP“, so äußerte sich Gitta Neemann-Güntner, sozialpolitische Sprecherin der SPD- Kreistags Fraktion. So wurde gegen die Stimmen der SPD und Bündnis 90 / Die Grünen beschlossen, den Vertrag bis zum 30.06.2015 weiterzuführen, unter der Bedingung, dass bis zum morgigen Kreistag am 5. Dezember die Unterschriften der Gesellschafter unter dem Vertrag stehen. Wenn nicht, verkürzt sich die Vertragslaufzeit um ein halbes Jahr und dann ist Ende nächsten Jahres Schluss.

„Das nenne ich unter Druck setzen und ist weit entfernt von einem fairen Umgang miteinander. Immerhin hat die ADB in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten im Kreis eine sehr gute Arbeit geleistet. Hier ein solches Szenario aufzubauen lässt vermuten, dass es der CDU/ FDP nicht um gute Suchtberatung geht, sondern dass der Sparkurs zu Lasten der Suchtkranken durchgezogen wird.“

Wolfgang Jurksch, SPD- Fraktionsmitglied, hatte wiederholt darauf hingewiesen, dem Anliegen der ADB zu folgen, eine geordnete Abwicklung vornehmen zu wollen. Allerdings sei da ein Zeitraum von zwei Jahren angesetzt, um erstens, die Suchtberatung im geeigneten Umfang im kommenden Jahr durchzuführen und zweitens, um die Kündigungsfristen der teilweise langjährig beschäftigten 20 Mitarbeiter einzuhalten. Durch diesen Druck laufen wir nun als Kreis Gefahr, unserer Pflichtaufgabe nicht ausreichend nachzukommen und das ist besonders bedauerlich für die Betroffenen, so Jurksch abschließend.

Auch Kirsten Niemann, SPD- Kreistagsabgeordnete, zeigte kein Verständnis für die Verkürzung der Laufzeit des Vertrages und wies darauf hin, dass die Verwaltung bereits in der letzten Sitzung sich dahingehend geäußert hatte, wie schwierig es sei, eine europaweite Ausschreibung innerhalb eines Jahres vorzubereiten, gerade vor dem Hintergrund, dass es keine vergleichbaren Leistungsstandards für Ausschreibungen im Suchtbereich gäbe. „Hier wird völlig unnütz Druck auf die Beschäftigten der Kreisverwaltung ausgeübt und wir fragen uns, warum der Landrat diese Vorgehensweise unterstützt. Auf der anderen Seite beklagt der Landrat den hohen Krankenstand und die starke Belastung der Mitarbeiter in der Kreisverwaltung und erwartet, dass der Kreistag sogar weitere Haushaltsmittel für Personal zur Verfügung stellt – das ist ein Widerspruch in sich.“

„Für uns als SPD ist diese Entscheidung nicht akzeptabel, weil sie sich gegen die Menschen richtet“, so Neemann-Güntner abschließend. Hier stehen nicht nur 20 Arbeitsplätze auf dem Spiel, sondern das Beratungsangebot von vielen Betroffenen wird durch den

Personalabbau nicht mehr zu halten sein. Es liegt auf der Hand, dass sich die Mitarbeiter der ADB kurzfristig einen neuen Arbeitsplatz suchen werden, das ist nur verständlich. Der Delegationsvertrag hätte nicht gekündigt werden müssen, das war eine Fehlentscheidung der Verantwortlichen im Ausschuss.“

Mit freundlichem Gruß
Gitta Neemann-Güntner

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 05.12.2013, 13:25 Uhr - 14953 Clicks - Nr. 766

Koalitionsvertrag verbessert Situation in der Pflege für Bürger und Beschäftigte

SPD-MdB Thönnnes: Pflege wird auf Zukunft ausgerichtet:

Im April 2013 informierte sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Franz Thönnnes beim Kreisverband Segeberg des Deutschen Roten Kreuzes über die Ausbildungsbedingungen und fehlende Fachkräfte im Pflegebereich vor Ort. Im Anschluss an den Besuch absolvierte er vor dem Sommer einen Praxistag in einer Senioreneinrichtung in Kaltenkirchen, um die konkreten Probleme in der Pflege zu erfahren. Nun kann er für den Verband Positives vermelden.



Im Vertrag einer möglichen schwarz-roten Koalition im Bund, wurde eine Reform der Pflegeversicherung vereinbart, mit der die Leistungen verbessert werden sollen. Es soll ein neuer Pflegebegriff eingeführt werden, durch den die Betreuungsleistungen weiter ausgebaut werden können. Diese kommen so mehr Pflegebedürftigen zu Gute, insbesondere Menschen mit Demenzerkrankungen. Auch soll der Personalschlüssel von Betreuten pro Betreuungskraft von 25 auf 20 Personen angepasst werden.

Zudem wurde eine Reform der Ausbildung bei Pflegeberufen vereinbart. So soll es durch ein Pflegeberufegesetz eine Grundausbildung für Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege mit anschließender Spezialisierung geben. Im Mittelpunkt der Anstrengungen einer neuen Bundesregierung steht dabei die Stärkung der dualen Ausbildung und deren Kostenfreiheit. Damit könnte auch ein Anliegen des DRK erfolgreich umgesetzt werden. Die Tatsache, dass es schon heute über 7.200 Pflegebedürftige im Kreis Segeberg gibt und diese Zahl bis 2025 um über 50% steigen wird, macht mehr als deutlich, dass zahlreiche weitere Fachkräfte für eine qualitativ hochwertige Pflege benötigt werden.

„Der Kreis Segeberg wird durch die geplanten Reformen als Gesundheitsregion gestärkt. Besonders im Pflegebereich brauchen wir in Zukunft gut ausgebildetes und motiviertes Personal, um hier die Herausforderungen der demografischen Entwicklung meistern zu können. Deshalb ist es gut, wenn nun Schluss damit gemacht wird, dass junge Menschen teilweise selbst Geld für die Lehre mitbringen müssen. Die Neugestaltung der Ausbildung ist ein echter Erfolg und hilft die Pflegebranche auf die Zukunft auszurichten“, so Thönnnes zu den Reformplänen.

Keine Kommentare

Bundestagswahl 2013 in Lutterbek

Das Ergebnis der Bundestagswahl am 22. September gibt der SPD in Lutterbek Hoffnung

Zum ersten Mal lag die Wahlbeteiligung in Lutterbek deutlich unter dem Durchschnitt: Mit 217 Wählenden von 286 Wahlberechtigten betrug die Wahlbeteiligung in Lutterbek exakt 75,87% deutlich unter dem Durchschnitt der Probstei von 78,18%! Die Gründe dafür sind nicht zu ermitteln. Hoffentlich entwickelt sich daraus kein Trend.

Die Ergebnisse für die Parteien im Einzelnen:

CDU:	71	33,00%
SPD:	81	37,33%
FDP:	4	1,84%
Grüne:	25	11,52%
LINKE:	15	6,92%
Piraten:	1	0,46%
Rentner:	2	2,30%
NPD:	6	2,76%
Alternative f. Deutschland:	4	1,84%
FW-SH:	2	0,92%
Tierschutz:	1	0,46%

Eine deutliche fortschrittliche rot-grüne Mehrheit mit den LINKEN ist deutlich erkennbar. Das Ergebnis erstaunt darüber hinaus, dass im Frühjahr bei der Kommunalwahl die Wählergemeinschaft fast 58% verbuchen konnte, nun aber bei unter 1% landete. Dafür landete die CDU wieder auf einem gewohnten Niveau. Also ist die Wählergemeinschaft wohl doch eine verkappte CDU? Für uns als SPD sind wir mit dem erreichten Ergebnis zufrieden, denn der Tiefpunkt ist durchschritten und es gibt noch Luft nach oben.

Das bundesweite Ergebnis stellt uns natürlich überhaupt nicht zufrieden. Die schwierigen Koalitionsverhandlungen machen eben deutlich, dass die Unterschiede zur CDU doch größer sind als oft unterstellt. Nun, es ist wie es ist. Wir werden es aus der Ferne beobachten können und die nächsten Wahlen wieder nutzen, um unsere Position als SPD wieder stärker in den Vordergrund zu stellen.

Keine Kommentare

AfA beglückwünscht den neuen Landesvorstand der AfB zur Wahl

AfA Landesvorsitzender Wolfgang Mädler richtet Grußworte an die Landeskongress der Arbeitsgemeinschaft für Bildung und gratuliert dem wiedergewählten Landesvorsitzenden Ulf Daude

Auf der Landeskongress der Arbeitsgemeinschaft für Bildung im "kiek in" in Neumünster am Sonnabend, 08.12.2013 richtete die AfA zwei besondere Erwartungen an die Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der weiteren Zusammenarbeit.

1. Mit der Bildungsoffensive der SPD in den 60/70 iger Jahren war von den Gewerkschaften die Hoffnung und Erwartung verbunden, dass im Schulunterricht -Gewerkschaften und die Arbeitswelt, Betriebsräte und Tarifverträge- zum Grundinhalt schulischer Bildung wird. Heute müssen wir feststellen, dass immer noch zu viele Schüler in die Betriebe kommen, für die das alles "böhmische Dörfer" sind. Also hier liegt wirklich eine Aufgabe vor uns.
2. Wir möchten mit der AfB daran arbeiten dass der 2. Bildungsweg, die duale Berufsausbildung, die Berufsschulen und die Durchlässigkeit des Bildungssystems gestärkt wird. Und zwar inhaltlich wie auch finanziell.

Keine Kommentare

Vom Sorgenkind zum Vorreiter in der Fischereipolitik

Europäisches Parlament verabschiedet Verordnung über nachhaltige Fischereipolitik

Die Überfischung europäischer Gewässer soll bald schon der Vergangenheit angehören.



Das Europaparlament hat am Dienstag mit breiter Mehrheit einer grundlegenden Reform der Europäischen Fischereipolitik zugestimmt und mit seiner Entscheidung unterstrichen, dass das Fischereimanagement zu einer echten Erholung der Fischbestände führen muss. Zuvor hatte sich die SPD-Europaabgeordnete und Berichterstatterin Ulrike RODUST mit der irischen Ratspräsidentschaft bereits auf einen Kompromisstext einigen können.

„Ich bin sehr stolz, dass wir den Willen, die Fischereipolitik zum Guten zu wenden, gegen allen Widerstand durchgehalten haben“, so die SPD-Europaabgeordnete und Berichterstatterin Ulrike RODUST. Die Reform sieht unter anderem eine zügige Beendigung der Überfischung bis 2015 vor.

Der Rückwurf von Beifang, also Fische, die wegen Größe oder Art eigentlich nicht gefangen werden sollten, wird schrittweise zwischen 2015 und 2019 verboten. Auf Drängen der nationalen Regierungen können allerdings Ausnahmen in Höhe von höchstens fünf Prozent der Fänge erlassen werden.

„Eine Neuausrichtung der Gemeinsamen Fischereipolitik war überfällig“, betont Ulrike RODUST.

Dass sich Europa jetzt vom Sorgenkind zum Vorreiter in der Fischerpolitik mausere, führt die Sozialdemokratin nicht zuletzt darauf zurück, dass das Europäische Parlament erstmals gleichberechtigter Partner innerhalb des Reformprozesses war. „Endlich wiegen wissenschaftliche Kriterien in der Fischereipolitik schwerer als die Summe der nationalen Einzelinteressen“, so Ulrike RODUST.

Das Parlament setzte außerdem durch, dass bei Verstößen Subventionen gestrichen werden können und dass die Mitgliedstaaten Fangquoten zukünftig nach transparenten ökologischen, sozialen und ökonomischen Kriterien vergeben müssen. Außerdem soll die Europäische Union in Zukunft nicht mehr zur Überfischung in Entwicklungsländern beitragen, um lokale Kleinfischer nicht ihrer Lebensgrundlage zu berauben. Die neue Verordnung kann damit zum 1. Januar 2014 in Kraft treten.

Keine Kommentare

[SPD Kreis Plön](#) - veröffentlicht am 10.12.2013, 18:56 Uhr - 9195 Clicks - Nr. 770

Erfolgsmodell "Dezentrale Umweltberatungsstellen" soll verlängert und ausgedehnt werden

Kreistagsfraktionen im Plöner Kreistag

10.12.2013

SPD/Bündnis90/Die Grünen und FWG Kreis Plön: Erfolgsmodell "Dezentrale



Umweltberatungsstellen" soll verlängert und ausgedehnt werden

Mit der Entscheidung, die Natur-, Umwelt- und Abfallberatung mit den Partnern des

BUND, des NABU und der Gemeinde Schönberg einzugehen, haben wir ein

Erfolgsmodell mit der dezentralen Organisation vor vielen Jahren gestartet.

Dieses dezentrale Modell wollen wir fortführen und sogar noch ein wenig ausdehnen, so die Fraktionsvorsitzenden der SPD-Kreistagsfraktion Lutz Schlüsen, Bündnis90/Die Grünen Axel Hilker und Bettina Hansen von der FWG Kreis Plön.

Mit der vertraglichen Verlängerung um weitere fünf Jahre, mit den bisherigen Partnern, nach dem Ausscheiden des Knik e.V., und der angestrebten Ausdehnung im Bereich des Kieler Ostufers soll das Beratungsangebot nicht nur inhaltlich, sondern auch geografisch erweitert und der gestiegenen Nachfrage angepasst werden. Die mittelfristige Bindung soll für Planungssicherheit aller Beteiligten sorgen und die Zufriedenheit mit der bisher so erfolgreichen Zusammenarbeit im Sinne der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Plön würdigen.

Die Erweiterung des Angebots und der Qualitätserhalt der bisherigen hervorragenden Arbeit durch unsere Partner, ist unsere Erhöhung des Leistungsentgelts an die Vertragspartner um 10.000 € wert. Dieses wird aus dem

Gebührenhaushalt der Abfallwirtschaft finanziert. Die Abfallgebühren werden auch 2014 weiterhin konstant und im Landesvergleich auf sehr niedrigem Niveau bleiben, so Schlüsen, Hilker und Hansen weiter.

Wir sind sicher, dass die kompetente und engagierte Bildungsarbeit der Berater auch zukünftig hohe Akzeptanz bei Bürgern, Schülern und Kindern im Kindergarten genießt. Der Kreis Plön wird damit auch zukünftig seinen Beitrag zum richtigen Umgang mit Natur, Umwelt und Abfall leisten.

Der Ausschuss für Bauen, Umwelt und Abfallwirtschaft hat sich mehrheitlich am 19. 11. 2013 diesem Vorschlag angeschlossen, der dem Kreistag zur Beschlussfassung am 19. 12. 2013 vorliegt.

Keine Kommentare

[SPD Steinfeld-Ulsnis](#) - veröffentlicht am 10.12.2013, 20:28 Uhr - 4561 Clicks - Nr. 771

Ortsverein Steinfeld-Ulsnis wünscht eine besinnliche Zeit

Rechtzeitig vor Weihnachten hat der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis allen Mitgliedern einen vorweihnachtlichen Brief überreicht, den wir hier auch veröffentlichen möchten. Wir wünschen aber auch allen Leserinnen und Lesern eine schöne und stressfreie Vorweihnachtszeit, eine

besinnliche Weihnacht und alles Gute für das Jahr 2014.

Der Ortsverein Steinfeld-Ulsnis bedankt sich bei allen für das ergebnisreiche Jahr 2013 und für die Unterstützung bei der Kommunal- und Bundestagswahl.

Hier der Brief an die Mitglieder:

http://www.spd-net-sh.de/si/steinfeld-ulsnis/images/user_pages/HomepageWeihnachten2013.pdf

Keine Kommentare

[Beate Raudies, MdL](#) - veröffentlicht am 10.12.2013, 22:58 Uhr - 8380 Clicks - Nr. 772

Neue länderübergreifende Kooperation sichert Arbeit der Frauenhäuser

Darauf haben Frauenhaus-Mitarbeiterinnen beider Länder lange gewartet: Schleswig-Holsteins Sozialministerin Kristin Alheit und Hamburgs Sozialsenator Detlef Scheele haben sich auf eine engere Zusammenarbeit der Frauenhäuser verständigt.

Konkret geht es um eine Ausgleichsregelung bei der Finanzierung der Einrichtungen.

Dazu die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies: „Da es so ist, dass mehr Frauen aus Hamburg Schutz in Frauenhäusern in Schleswig Holstein suchen als umgekehrt, wurde vereinbart, dass sich Hamburg



jährlich an den Kosten in Schleswig-Holstein beteiligt. Es geht um eine Summe in Höhe von 130.000 Euro.“ Das Sorge für eine breitere finanzielle Basis, denn in Hamburg gebe es aktuell fünf, in Schleswig-Holstein 16 Schutzeinrichtungen - drei davon liegen im Kreis Pinneberg.

Außerdem, so Raudies weiter, werde es eine Koordinierungsstelle, angesiedelt in Hamburg, geben, die in Not geratene Frauen bei der Suche nach Frauenhausplätzen unterstützen werde. Hierbei beteilige sich Schleswig-Holstein mit 30.000 Euro im Jahr.

Bereits Anfang 2014 soll diese Vereinbarung sowohl dem Hamburger Senat als auch dem Schleswig-Holsteiner Kabinett vorgelegt werden. Beate Raudies: „Dank dieser Vereinbarung kann Frauen künftig schneller und unbürokratischer über Ländergrenzen hinweg geholfen werden.“

Keine Kommentare

[Franz Thönnnes](#) - veröffentlicht am 11.12.2013, 12:14 Uhr - 13756 Clicks - Nr. 773

1.300 Bürger aus der Region in 2013 bei Thönnnes in Berlin

Trotz der sitzungswochenarmen Wahlkampfzeit im zurückliegenden Jahr 2013 kamen auf Einladung des SPD-Bundestagsabgeordneten Franz Thönnnes Besucher in vierstelliger Zahl in die Hauptstadt. „Es freut mich sehr, dass das Interesse an einem Besuch im Deutschen Bundestag bei den Bürgerinnen und Bürgern aus den Kreisen Segeberg und Stormarn sowie der Stadt Neumünster auch in diesem Jahr wiederum so groß war“, so Thönnnes.



Den größten Anteil stellten die vielen Teilnehmer aus Klassen aller Schulformen. Sie besuchten das Reichstagsgebäude, nahmen an einer Infoveranstaltung oder Plenarsitzung im Deutschen Bundestag teil und trafen mit dem SPD-Politiker oder einem Mitarbeiter aus seinem Büro zusammen. „Sofern es der Terminkalender zuließ, habe ich die Chance genutzt, um die Gruppen zu treffen und mit ihnen zu diskutieren, denn mir liegt sehr viel daran mit jungen Menschen über die Demokratie zu sprechen“, erläutert der SPD-Politiker.

Wieder stattgefunden haben dieses Jahr auch die sehr beliebten und vom Bundespresseamt organisierten Dreitagesfahrten. Jeweils 50 politisch Interessierte aus dem Wahlkreis erlebten auf diesen Reisen in die Hauptstadt einen Mix aus Politik und Kultur. Auch die von Thönnnes wegen der regen Nachfrage zusätzlich angebotenen Berlin-Fahrten, die auf Selbstzahlerbasis in Kooperation mit dem Unternehmen „Dienstwerker“ durchgeführt werden, fanden Zuspruch.

Im zurückliegenden Jahr besuchten im Rahmen von Konferenzen der SPD-Bundestagsfraktion bzw. des Deutschen Bundestages außerdem Gewerkschafter, Betriebs-, Personal- und Werkstatträte sowie Jugendliche aus dem Wahlkreis das Parlament. So zum Beispiel beim „Girls Day“, dem „Planspiel Zukunftsdialog“ oder dem Programm „Jugend und Parlament“.

„Mein politisches Motto lautet ‚da sein – zuhören – handeln‘. Der intensive Kontakt mit so vielen Menschen aus meinem Wahlkreis ist hierbei ein wichtiges Element. Und die aufgewandte Zeit ist eine gute Investition in unsere Demokratie“, so der SPD-Bundestagsabgeordnete weiter.

Die Nachfrage hält an. Für das Jahr 2014 haben sich bereits jetzt 999 Besucher für eine Fahrt zum Deutschen Bundestag nach Berlin angemeldet. Weitere Interessenten können sich gerne direkt an das Berliner Büro von Franz Thönnnes, unter 030-227-71328 oder franz.thoennes.ma02@bundestag.de wenden.

Bild: Franz Thönnnes im Gespräch mit einer Gruppe des Berufsbildungszentrums Norderstedt

Keine Kommentare

[AfA Schleswig-Flensburg](#) - veröffentlicht am 11.12.2013, 12:55 Uhr - 5761 Clicks - Nr. 774

Ministerpräsident Torsten Albig ehrt Ralf Wrobel

Der AfA Kreisverband Schleswig-Flensburg gratuliert den Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel, der am 9. Dezember 2013 mit der Ehrennadel des Landes Schleswig-Holstein für sein Engagement im Ehrenamt vom Ministerpräsidenten Torsten Albig ausgezeichnet wurde.



Ralf Wrobel war jahrelang AfA Kreisvorsitzender SL-FL und stellvertretender Vorsitzender im AfA Landesverband in SH, wo er sich immer für die Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt hat.

Die Auszeichnung durch den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein hat Ralf Wrobel für seinen unermüdlichen Einsatz in sozialer, gewerkschaftlicher, personalrätlicher und parteipolitischer Hinsicht mehr als verdient! Die AfA im Kreis SL-FL bedankt sich bei der Ehefrau Gudrun Wrobel, die ihn immer bei allen Aktivitäten unterstützt. Ohne sie wäre ihm diese Auszeichnung sicher nicht zuteil geworden!

Ralf Wrobel hat sich seit mehr als drei Jahrzehnten für die sozialen Belange der Menschen und deren Wohlergehen eingesetzt, heißt es in der Laudatio.

Hier der Wortlaut der Laudatio:

„Ralf Wrobel (Brebels) zeigt seit mehr als drei Jahrzehnten einen Einsatz, der von der Sorge um seine Mitmenschen und deren Wohlergehen getragen wird. Er ist als Streckenwart im Unterhaltungsdienst im Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein tätig und hat sich bereits als Jugend- und Ausbildungsvertreter Verdienste erworben. Heute setzt er sich in der Prüfungskommission seines Berufsstandes sowie als Personalvertreter ein und entfaltet parteipolitische Aktivitäten. Seit 2001 engagiert er sich auf Orts-, Bezirks- und Landes- und Bundesebene in der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Ralf Wrobel ist in der Gemeinde Brebel kommunalpolitisch tätig und seit 2013 stellvertretender Bürgermeister. Er engagiert sich im Haupt- und Werksausschuss des Kreistages Schleswig-Flensburg und auch als ehrenamtlicher Richter.“

Keine Kommentare

SPD-Tangstedt: Bericht aus der Gemeindevertretung (11.12.2013)

CDU und BGT blockieren Haushalt 2014

Am heutigen Mittwoch, den 11.12.2013, kam die Gemeindevertretung der Gemeinde Tangstedt zu ihrer vierten Sitzung zusammen. Dabei erlebten die anwesenden Bürgerinnen und Bürger nicht nur, wie die Gemeindevertretung die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens gegen den **CDU-Gemeindevertreter Jürgen Lamp** beschloss, sondern auch, dass **CDU** und **BGT** den Haushalt 2014 blockieren.



Nach der Begrüßung durch **Bürgermeister Holger Criwitz (SPD)** stellte **Eckard Harder (CDU, fraktionslos)** den Antrag, den Tagesordnungspunkt 8 (Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens) auch auf den Fraktionsvorsitzenden auszudehnen, der ja im Impressum der betreffenden Internetseite stehend für die Veröffentlichung verantwortlich sei. Der Antrag wurde mit einer Ja-Stimme und elf Enthaltungen durch 3 Nein-Stimmen aus der CDU-Fraktion abgelehnt.

TOP 1: Anschließend berichtete **Bürgermeister Criwitz (SPD)** davon, dass alle beantragten Mittel für den Austausch der Straßenlaternenköpfe genutzt werden würden und im Ergebnis dann ca. 450 Straßenlaternen in der Gemeinde Tangstedt mit der energiesparenden LED-Technik ausgestattet seien. Weiter erklärte **Criwitz**, dass das Klärwerk Tangstedt eine unbefristete Betriebsgenehmigung erhalten habe, die zuvor immer nur mit zehnjähriger Dauer ausgestellt wurde. Schließlich erwähnte **Criwitz** zwei Anträgen der FDP, die an den Planungs- und Umweltausschuss weitergeleitet würden.

TOP 2: Nach einer kleinen Änderung wurde die Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung vom 13.11.2013 akzeptiert.

TOP 3: **Bürgermeister Criwitz (SPD)** konnte beim diesem Tagungsordnungspunkt keine in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse bekanntgeben, da keine getroffen wurden. Dieses Vorgehen zur Steigerung der Transparenz der Gremienarbeit zugunsten der Bürgerinnen und Bürger hatte das **SPD-Fraktionsmitglied Johannes Kahlke** kürzlich vorgeschlagen.

TOP 4: Während des Tagesordnungspunktes „Bericht und Fragen der Mandatsträger an die Verwaltung“ erklärte der **CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Paasch**, dass die in der Anlage zum Protokoll der letzten Gemeindevertretung genannte Formulierung „Mobbing“ nicht der Wahrheit entspreche. Weiter wurde nach einer Rückmeldung zum Wulksfelder Weg gefragt. **Bürgermeister Criwitz (SPD)** verwies auf die kommende gemeinsame Ausschusssitzung vom Bau- und Planungs- und Umweltausschuss am 14.01.2014, auf der er dann mit einer Antwort rechne, zudem würden die Ergebnisse der Verkehrszählung vorgestellt werden. Die Verwaltung wurde auf zwei Schlaglöcher im Bereich Glashütter Weg/Harksheider Straße hingewiesen und aufgefordert, vor dem Hintergrund des kommenden Winters etwas gegen das „Anwachsen“ der Bankette in der Harksheider Straße zu tun. Sonst könnte zunehmend stehendes Wasser nicht abfließen und bei Frost den Verkehr gefährden. Hierzu gehörte auch der Hinweis, dass die Leitpfosten wiederholt verschmutzt seien und gereinigt werden müssten.

Der **CDU-Gemeindevertreter Jürgen Lamp** erklärte sein Befangen für den Tagesordnungspunkt 8 und führte weiter aus, dass er die eingetretene Entwicklung bedauere und die Ursache woanders sehe. Die gegen ihn gerichteten Vorwürfe seien haltlos, so **Lamp**,

eine Begründung folge später. **Harder (CDU, fraktionslos)** stellte klar, dass aus seiner Sicht ein Gemeindevertreter über ihn aus einer nichtöffentlichen Sitzung geschrieben habe. Zum Ende dieses Tagesordnungspunktes wurde nach dem Stand um die Aufstellung von Wartehäuschen und Fahrradständern an den Haltestellen Bützberg/B 432 gefragt. **Bürgermeister Criwitz** berichtete davon, dass diese bestellt sind und möglicherweise vor dem Jahreswechsel aufgestellt werden. Weiter wurde sich nach einem aktuellen Emissionsbericht des Asphaltwerkes erkundigt.

TOP 5: In der Bürgerfragestunde danke ein Anwohner für den Vorschlag und die Umsetzung, dass in nichtöffentlicher Sitzung gemachte Beschlüsse zukünftig bekanntgemacht werden. Weiter wurde auf die mangelhafte Fahrbahntwässerung im Bereich Harksheider Straße/Heidestraße hingewiesen.

TOP 6: Hinsichtlich des Waldkindergartens der **Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH)** im Tangstedter Forst erklärte der **Zentralausschussvorsitzende Norman Hübener (SPD)**, dass es zu einer sehr guten Zusammenarbeit zwischen der Gemeinde Tangstedt und der **JUH** gekommen sei, der Waldkindergarten gut angenommen werde und man die Regeln der Zusammenarbeit ändern möchte. Danach müsste dann zukünftig die Gemeindevertretung nicht mehr jedes Jahr dem Wirtschaftsplanentwurf zustimmen. Es genüge, wenn die Mittel für den Waldkindergarten im Haushaltsplan der Gemeinde ausgewiesen seien. Zustimmung bedürfe es nur, wenn es Änderungen am Stellenplan gebe. Diesen Änderungen stimmte die Gemeindevertretung zu.

TOP 7: Einleitend stellte **Michael Kannieß (SPD)** als **Vorsitzender des Finanzausschusses** im Überblick die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2014 vor. Dabei führte **Kannieß** aus, dass die Gemeinde Tangstedt in 2014 ca. 10,5 Mio. Einnahmen und 10,9 Mio. Euro Ausgaben haben werde. Größte Anteile der Ausgaben beständen aus Transferleistungen wie Kreis- und Amtsumlage, Personalkosten, Sach- und Dienstleistungen sowie Abschreibungen. **Kannieß (SPD)** stellte heraus, dass der Fehlbetrag von rund 380.000 Euro langfristig von einer Gemeinde nicht hinzunehmen sei, aber bei einem zweiten Blick die Gemeinde in die richtige Richtung steure. Gründe hierfür seien eine deutliche Verbesserung der Einnahmensituation in 2013, nach der alle laufenden Ausgaben direkt hieraus gedeckt wurden und ein Überschuss in 2013 von ca. 300.000 Euro verbucht werden könnte. Folglich müsste die Gemeinde in 2014 keine Kassenkredite („Dispositions kredite“) oder andere neue Schulden aufnehmen und stehe besser als andere Gemeinden im Amt dar. Weiter würden in 2014, so **Kannieß**, 1,4 Mio. Euro investiert werden. Hiervon gingen u. a. 42% in den Straßen- und Wegebau und 29% in energetische Maßnahmen in den Kindertagesstätten und der Schule. Positive Effekte seien zudem die erwarteten Energieeinsparungen und Zuschüsse Dritter. **Kannieß (SPD)** gab den Hinweis, dass sowohl die Gesamtverschuldung der Gemeinde als auch ihr Schuldendienst sinken wird und dankte schließlich **Herrn Plöger** und der gesamten Kämmerei des Amtes für die geleistete Arbeit.

Lothar Metz, Fraktionsvorsitzender der BGT, erklärte anschließend, dass die BGT-Fraktion aufgrund des hohen Defizits gegenüber dem 2013 der Haushaltssatzung bzw. dem Haushaltsplan nicht zustimmen werde. **Metz** monierte, dass es keine Gesamtübersicht während der Arbeitsphase gegeben habe und der BGT erst im Finanzausschuss das Defizit deutlich geworden wäre. Für 2015 wünsche er sich ein geändertes Verfahren, was aber bereits im Finanzausschuss besprochen war, und unterstrich, dass die BGT keiner Erhöhung von Abgaben oder Steuern zustimmen werde. **Dr. Paasch (CDU)** erklärte, dass das Ergebnis zu optimieren sei, die Zusammenarbeit aber gut gewesen sei, schließlich die CDU aber auch nicht dem Ergebnis der Beratung zustimmen werde. **Dr. Taube, Fraktionsvorsitzender der FDP**, erklärte, dass das Defizit aufgrund notwendiger Investitionen nicht zu verhindern sei und daher man zustimmen solle. **Dr. Taube (FDP)** fügte hinzu, dass es ungünstig wäre, wenn für die Gemeinde Tangstedt kein Haushaltsplan existiere. Zudem würde auch die Kommunalaufsicht sich mit den Ergebnissen beschäftigen. **Hübener (SPD)** erklärte für die **SPD-Fraktion**, dass man der Vorlage zustimmen werde, da sonst z. B. Zuschüsse für die Gemeinde in Höhe von mindestens 30.000 Euro –

40.000 Euro für die Sanierung der Innenbeleuchtung der Kindertagesstätten und der Schule inklusive Turnhalle verloren gingen. **Frau Zülow (BGT)** erklärte, dass es unter dem Strich zu einem Abbau liquider Mittel der Gemeinde komme und man die Abschreibungen „verfrühstückten“ würde. Der Haushaltsplan 2014 und die Haushaltssatzung 2014 wurde mit 9 Nein-Stimmen (CDU, BGT) und 7 Ja-Stimmen (SPD, FDP) abgelehnt.

TOP 8: Hinsichtlich der Beratung und Beschlussfassung über die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens gegen den **Gemeindevertreter Jürgen Lamp (CDU)** verlas **Bürgermeister Criwitz (SPD)** in Abwesenheit der befangenen **Gemeindevertreter Lamp (CDU)** und **Harder (CDU, fraktionslos)** die Beschlussvorlage und erklärte kurz die Tragweite durch die Gemeindevertretung zu bestätigenden Ordnungswidrigkeit und verneinte einen möglichen Straftatbestand. **Dr. Taube (FDP)** sah den Tatbestand der Ordnungswidrigkeit erfüllt und hielt die Publikationen von **Lamp (CDU)** in den Medien nicht für gut. Man habe den Eindruck erhalten können, dass nicht der Austritt **Eckhard Harders** aus der CDU-Fraktion bekanntgemacht werden sollte, sondern man ihn in Misskredit bringen wollte. Die FDP-Fraktion werde aber mit Blick auf die zukünftige Zusammenarbeit diesem Vorhaben nicht zustimmen. **Dr. Paasch (CDU)** erklärte seine Ablehnung gegenüber einem Ordnungswidrigkeitenverfahren, da in seinen Augen dann die Gefahr eines Strafverfahrens zunehme. Weiter verlas **Dr. Paasch** Auszüge aus der Gemeindeordnung (GO) und gab zu bedenken, dass das Bauvorhaben offenkundig gewesen sei. Nach der betreffenden Sitzung habe **Harder (CDU, fraktionslos)** erklärt, dass er wegen des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktionsmitglieder im Planungs- und Umweltausschuss die Fraktion verlassen werde. Zudem würde dem Artikel von **Lamp (CDU)** kein Abstimmungsergebnis entnehmbar sein. **Dr. Paasch** endete mit der Anmerkung, dass **Lamp** nicht vorsätzlich gehandelt habe und die Vorlage nicht den Tatsachen entspreche. Mit fünf Ja-Stimmen (Teile der BGT und SPD) und 2 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen stimmte die Gemeindevertretung für die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitenverfahrens.

TOP 9/10/11: Anschließend erläuterte der **Vorsitzende des Planungs- und Umweltausschusses Immo Fork (BGT)** kurz die Aufstellungsbeschlüsse für die Teilaufhebung des Bebauungsplanes Nr. 15 – Ortsteil Wilstedt sowie für den Bebauungsplan 15A – Ortsteil Wilstedt und den Bebauungsplan Nr. 32 – Ortsteil Wilstedt „Mühlenumgebung“. Alle drei Beschlussvorlagen wurden einzeln abgestimmt und einstimmig von der Gemeindevertretung angenommen.

TOP 12: Aufgrund der Wiederwahl von **Kristian Frank** zum **stellvertretenden Wehrführer der Feuerwehr Wilstedt** wurde diese dann einstimmig von der Gemeindevertretung bestätigt. **Bürgermeister Criwitz (SPD)** vereidigte **Frank**, der daraufhin seinen Eid als Ehrenbeamter ablegte. Herzlichen Glückwunsch!

TOP 13: Im zweiten Teil der Bürgerfragestunde fragte **Johannes Kahlke (SPD)** den Bürgermeister, wie hoch die Zuschüsse seien, die die Gemeinde nun aufgrund der Ablehnung durch CDU und BGT verlieren würden. Weiter interessierte ihn, in welchem Umfang die Gemeinde anstehende Aufträge nicht vergeben könne, wie umfangreich die ausbleibenden Personaleinstellungen seien und wie groß der Umfang unvorhersehbarer Positionen im Haushaltsplan sei. **Bürgermeister Criwitz** erklärte, dass die Tagungspunkte 14. bis 17. nun von der Tagesordnung genommen würden, da die Gemeinde keine Verträge mehr abschließen könne. Hinsichtlich des Austauschs der Beleuchtung in den Kindertagesstätten und der Schule würden der Gemeinde Zuschüsse verloren gehen. Zudem könne im kommenden Jahr in den Kindertagesstätten keine Sprachförderung mehr stattfinden. **Amtsleiter Lietsch** fügte hinzu, dass die Gemeinde Tangstedt jetzt nur noch pflichtgemäße Aufgaben bezahlen dürfe, alle freiwilligen Leistungen gestrichen seien und keine Aufträge mehr vergeben dürfte. Der im Publikum sitzende **langjährige, ehemalige Fraktionsvorsitzende der SPD, Raymund Haesler** fragte die Fraktionsvorsitzenden von CDU und BGT, **Dr. Paasch** und **Lothar Metz**, ob sie sich dieser Tragweite bewusst gewesen seien. **Dr. Paasch (CDU)** antwortete kurz und knapp „ja“. **Lothar Metz (BGT)** erklärte, dass es nur zu einer Verzögerung von einem Monat kommen würde.

Michael Kannieß (SPD), Finanzausschussvorsitzender, machte seinem Unverständnis Luft darüber, dass seit September 2013 Teilnehmer aus allen Fraktionen im Bau-, Zentral- oder Finanzausschuss an der Erstellung beteiligt waren und dabei bereits allen Ausgaben in den Ausschüssen mehrheitlich zugestimmt haben. **Frau Zülow (BGT)** brachte ein, dass niemandem der Gesamthaushalt bekannt gewesen sein. **Metz (BGT)** fügte hinzu, dass man sich Gesprächen nicht verschließen würde. **Kannieß (SPD)** gab zu Bedenken, dass es der Quadratur des Kreises gleiche, wenn man annimmt, dass am Anfang der Haushaltsberatungen im September bereits ein klares Bild über die voraussichtlichen Einnahmen bestehe. Dennoch gab es in diesem Jahr eine relativ gute Schätzung, die am Ende sogar noch höher ausgefallen ist und an der man sich sehr wohl bei den Ausgaben hat orientieren können.

Angeregt von **Peter Larsson (FDP)** kam es zu einer Sitzungsunterbrechung, während der alle Gemeindevertreter und die anwesenden Bürgerinnen und Bürger über die von CDU und BGT ausgelösten Blockade diskutierten. Nach zehn Minuten eröffnete **Bürgermeister Criwitz (SPD)** die Sitzung wieder und gab bekannt, dass es nun am 17.12.2013 um 19:30 Uhr eine dringliche Sitzung der Gemeindevertretung geben werde, auf der erneut über die Haushaltssatzung 2014 und den Haushaltsplan 2014 mit dem Ziel eines Beschlusses beraten wird. Anschließend wird man sich dann auch den Beschlussvorlagen der vorbereiteten Auftragsvergaben zuwenden, damit für die Gemeinde Tangstedt keine Nachteile entstünden.

Neueste Informationen der **SPD-Tangstedt** automatisch unter **www.facebook.com/SPDTangstedt** oder **www.twitter.com/SPDTangstedt** erhalten!

Letzter Artikel der **SPD-Tangstedt**: [Bericht aus dem Finanzausschuss](#)

SPD-Tangstedt Öffentlichkeitsarbeit, Johannes Kahlke

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.12.2013, 18:43 Uhr - 7731 Clicks - Nr. 776

Hochschulentwicklung im Dialog

Zur heutigen im Bildungsausschuss über die Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschulen für die Jahre 2014 bis 2018 erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Die im Dialog mit allen Hochschulen formulierten Ziel- und Leistungsvereinbarungen und der den einzelnen Vereinbarungen zugrunde liegende Hochschulvertrag fallen in eine Zeit besonderer Herausforderungen an den Hochschulen.



Steigende Studierendenzahlen durch den doppelten Abiturjahrgang, die Weiterentwicklung der lehrerbildenden Studiengänge und die anstehenden Neuregelungen in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern machen die Trennung von historisch gewachsenen Unwuchten und die Ausrichtung auf Ziele wie die Sicherung und Verbesserung der Qualität der Lehre und die Gleichstellung notwendig; dazu benötigen die Hochschulen ein Höchstmaß an Planungssicherheit.

Das dreiprozentige Profilbudget sowie das Struktur- und Exzellenzbudget motivieren die Hochschulen, die vereinbarten Ziele auch tatsächlich umzusetzen. Sie müssen für den Rest der Legislaturperiode keine Kürzungen befürchten und haben zugleich die Gewissheit, dass das Land sie von Tarifsteigerungen entlastet.

Die SPD dankt den Hochschulen dafür, dass sie gemeinsam mit dem Wissenschaftsministerium darüber einen Konsens zugunsten der Studierenden ausgehandelt haben.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 12.12.2013, 18:46 Uhr - 7699 Clicks - Nr. 777

Die Schulträger ernst nehmen!

Landtagsrede zu TOP 18: Landesweiter Schulentwicklungsplan (Drucksache 18/1349)

„Der Westen“ schrieb am 12. März 2013: „Das Tolle an ‚SimCity‘: Es bedarf keiner großen Einarbeitung, um ein kleines ansehnliches Städtchen in eine Landschaft nach Wahl zu zimmern. Die meisten Bedienelemente erklären sich von selbst. Möchte man jedoch nachhaltig Erfolg haben, wird's kompliziert.“ Sogar da.

Dabei wäre es doch so toll: Die Bevölkerung gleichmäßig auf Planquadrate verteilt, Schulbauten als normierte Klötzchen. Nur wenn es so wäre, erklärten sich Antrag und Fristenvorstellungen der Piraten. Vielleicht noch ergänzt um die Vorstellung der CDU, die sich neben Indianern auch Häuptlinge wünscht, um die Vorgabe, an Gymnasien Plätze für 30 Prozent der GrundschülerInnen vorzuhalten.

Aber so einfach ist es nicht. Wir haben sehr unterschiedliche demographische Entwicklungen in den verschiedenen Teilen unseres Landes. Wir haben Schulträger mit eigenen Vorstellungen, die nicht landesseitig zu steuern sind. Und wir haben die Erkenntnis, dass Planwirtschaft selbst in der Theorie nur in hierarchisch aufgebauten Gesellschaften funktioniert, in der Praxis nicht einmal da.

Paragraph 51 des Schulgesetzes weist den Kreisen die Aufgabe der Schulentwicklungsplanung zu; in Abstimmung mit den Schulträgern und kreisübergreifend. In der aktuellen Debatte um die Novelle des Schulgesetzes gab es keine Impulse, dies zu ändern. Was sollte man auch ändern? Die Kreise entmachten? Das Recht auf freie Schulwahl abschaffen? Deterministisches Chaos verbieten? Eher nicht.

Aber, adventlich versöhnlich, es gibt Möglichkeiten: Wir können die Anregungen des Landkreistages über die Datenverarbeitung zur Schulentwicklungsplanung prüfen. Wir können die regionalen Schulentwicklungspläne bei landespolitischen Entscheidungen berücksichtigen. Wir können Ressortdenken im Denken überwinden. Wir können den Dialog moderieren, wie zuletzt erfolgreich bei Runden Tischen in Rendsburg, Neumünster oder Flensburg. Und wir können diese Diskussion konstruktiv im Bildungsausschuss fortsetzen, dann aber bitte über die Ebene wohlfeiler Oberstufen hinaus.

Vor allem aber müssen wir die Schulträger ernst nehmen.

Keine Kommentare



KV Schleswig-Flensburg gratuliert Ralf Wrobel

Der Kreisverband Schleswig-Flensburg gratuliert den Kreisvorsitzenden Ralf Wrobel, der am 9. Dezember 2013 mit der Ehrennadel des Landes Schleswig-Holstein für sein Engagement im Ehrenamt vom Ministerpräsidenten Torsten Albig ausgezeichnet wurde.

Diese Anerkennung hat Ralf Wrobel für seinen unermüdlichen Einsatz in sozialer, gewerkschaftlicher, personalrätlicher und parteipolitischer Hinsicht mehr als verdient! Der Kreisverband Schleswig-Flensburg bedankt sich bei der Ehefrau Gudrun Wrobel, die ihn immer bei allen Aktivitäten unterstützt. Ohne sie wäre ihm diese Auszeichnung sicher nicht zuteil geworden!



Ralf Wrobel hat sich seit mehr als drei Jahrzehnten für die sozialen Belange der Menschen und deren Wohlergehen eingesetzt, heißt es in der Laudatio.

Hier der Wortlaut der Laudatio:

„Ralf Wrobel (Brebel) zeigt seit mehr als drei Jahrzehnten einen Einsatz, der von der Sorge um seine Mitmenschen und deren Wohlergehen getragen wird. Er ist als Streckenwart im Unterhaltungsdienst im Landesbetrieb für Straßenbau und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein tätig und hat sich bereits als Jugend- und Ausbildungsvertreter Verdienste erworben. Heute setzt er sich in der Prüfungskommission seines Berufsstandes sowie als Personalvertreter ein und entfaltet parteipolitische Aktivitäten. Seit 2001 engagiert er sich auf Orts-, Bezirks- und Landes- und Bundesebene in der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di. Ralf Wrobel ist in der Gemeinde Brebel kommunalpolitisch tätig und seit 2013 stellvertretender Bürgermeister. Er engagiert sich im Haupt- und Werksausschuss des Kreistages Schleswig-Flensburg und auch als ehrenamtlicher Richter.“

Bild: Land SH

Kommentar von [Sonja Thomsen](#) vom 17.12.2013, 11:05 Uhr:

RE: KV Schleswig-Flensburg gratuliert Ralf Wrobel

Herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg für die nächsten drei Jahrzehnte!!!

AfB SH: Großes Vertrauen in wiedergewählte Mitglieder des Landesvorstandes!

Bildungspolitik in SH in guten Händen und auf gutem Kurs!

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) Schleswig-Holstein setzt sich durchgehend für mehr Bildungsgerechtigkeit und den Abbau von unnötigen Bildungsbarrieren und -hürden

ein. Es ist sehr erfreulich, dass die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion gestützt auf unsere Arbeit das Thema Bildung in Wort und Tat wieder mit der Priorität Nr.1 versehen haben.

Dies zeigt sich auch dadurch, dass wir auf unserer Landeskonferenz den **Ministerpräsidenten Torsten Albig**, den **Landes- und Fraktionsvorsitzenden Ralf Stegner** sowie den **Staatssekretär Dirk Loßack** mit engagierten Beiträgen begrüßen konnten.

„Wir freuen uns sehr, dass Bildung und Bildungsgerechtigkeit in der SPD wieder einen so hohen Stellenwert haben. Dies ist ein wichtiger Beitrag zur Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit in unserem Land!“, so Ulf Daude, Landesvorsitzender der AfB SH.

Bei den turnusgemäßen Wahlen zum Landesvorstand der Arbeitsgemeinschaft für Bildung Schleswig-Holstein wurden Ulf Daude als Landesvorsitzender und Sabine Devich-Henningsen als stellvertretende Landesvorsitzende einstimmig bestätigt.

Neu als StellvertreterIn wurden Dr. Ursula Dolinga und Thomas Waskow ebenfalls einstimmig gewählt. Als BeisitzerInnen wurden Benjamin Raschke, Johannes Kahlke, Manfred Marwede und Thomas Bultjer gewählt. Sie erreichten ebenfalls sehr erfreuliche Wahlergebnisse.

„Dieser AfB Landesvorstand bildet wieder alle Themenbereiche des Bildungssystems von der frühkindlichen Bildung über allgemeinbildende und berufsbildende Schule sowie Hochschule, Elternarbeit und Schulentwicklungsplanung durch kompetente und erfahrene Personen ab.“, so Ulf Daude.

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) traf sich zur Landeskonferenz in Neumünster. Schwerpunktthema war dabei "Gute Bildung in der Kommune". Schleswig Holstein steht vor großen Herausforderungen insbesondere durch den Demografischen Wandel. Von dem Rückgang der Schülerzahlen ist speziell der ländliche Raum betroffen. Die Teilnehmer diskutierten nach Impulsreferaten von **Torsten Albig** und **Ralf Stegner** über die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen. Dabei standen die Herausforderungen von drohenden Schulschließungen, die Umsetzung der Inklusion, Chancengleichheit und die berufliche Bildung im Fokus.

Staatssekretär Dirk Loßack informierte über das neue Schulgesetz und die Weiterentwicklung der Bildungspolitik im Dialog mit den Beteiligten. Als positives Beispiel für eine gut gelungene Schule stellte sich die **Anne-Frank-Schule aus Bargteheide** vor, die in diesem Jahr den Preis als beste Schule Deutschlands gewann.

Neben der konstruktiv kritischen Begleitung der aktuellen Bildungsthemen - wie dem neuen Schulgesetz, der Neugestaltung der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern, der sozialen Hochschule und dem neuen Hochschulgesetz - hat sich die AfB Schleswig-Holstein auch eigene Themenschwerpunkte gesetzt. Hierzu gehören die gute Umsetzung von Inklusion, die Gestaltung der frühkindlichen Bildung, das Übergangsmanagement Schule - Beruf, die Schaffung von zukunftsfähigen Bildungslandschaften, die Förderung von gelingenden Kooperationen von Bildungseinrichtungen.

Weiterhin werden wir aktiv den Kontakt und die Kooperation mit anderen Akteuren in der Bildungspolitik suchen und zu Diskussionen und Veranstaltungen öffentlich einladen: Gemeinsam wollen wir gute Bildung für unser Land gestalten!

Fotos von der AfB Landeskonferenz befinden sich hier: <http://www.flickr.com/photos/ulf-daude/sets/72157638447279936/>

Keine Kommentare

Grünes Licht für Hein Schönberg ?

Grünes Licht für Hein Schönberg ?

Chancen und Risiken für die Region

Mittwoch, dem 22. Jan. 2014 um 19.00 Uhr im Hotel/Restaurant am Rathaus in Schönberg



Die Reaktivierung von „Hein Schönberg“ verleiht der Region sicher neben einigen Herausforderungen viele Chancen. Eine Zuzugbindung ist für zukünftige Ansiedlungen im Wohn- oder Gewerbebereich oder für den Tourismus eine optimale Voraussetzung und ein attraktiver Standortfaktor.

Der ländliche Raum wird sich zukünftig im Rahmen des demografischen Wandels entlang an Infrastrukturmaßnahmen entwickeln. Neben Schulen, ärztlicher Versorgung und schnellem Internet ist auch der ÖPNV ein sehr wichtiger Faktor. Darüber möchten wir mit Ihnen und den Bürgerinnen und Bürger diskutieren.

Teilnehmer werden sein:

Stephanie Ladwig, Landrätin Kreis Plön
Wolf Mönkemeyer, Amtsvorsteher Amt Probstei
Dirk Osbahr, Bürgermeister Schönberg
Bernhard Wewers, Geschäftsführer LVS
Friedrich Scheffer, Geschäftsführer VKP
Lutz Schlüsen, SPD-Kreistagsfraktion Plön
Wilfried Zurstraßen, Moderation

Keine Kommentare

Planungssicherheit und Nachhaltigkeit

Zur Vereinbarung zwischen der Landesregierung und der CAU über die Sanierung der Universitätsgebäude erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Es ist ganz überwiegend nicht die Schuld sozialdemokratisch geführter Landesregierungen, dass unsere Hochschulen an den Bausünden der 60er und 70er Jahre kranken, die weder architektonisch noch energetisch auf das Prinzip der Nachhaltigkeit ausgerichtet waren.



Der Investitionsstau ist riesig und nicht erst dadurch entstanden, dass der Sturm „Christian“ ein schlampig errichtetes Dach in Flensburg heruntergeweht hat. Es ist gut, dass dieser Sanierungsstau jetzt in großen Schritten behoben werden kann. Die größte Hochschule des Landes braucht hier Planungssicherheit, die anderen Hochschulen allerdings auch. Hier sind weitere Maßnahmen angekündigt.

Jetzt geht es darum, die Gebäudesubstanz nachhaltig neu zu gestalten. Nachhaltig im Sinne von Lehre und Forschung, nachhaltig aber auch im Sinne der Nutzung von Energie und Ressourcen. Keine gute Sache ist es, diese Nachhaltigkeit als Nebensache kaputt zu reden.

Keine Kommentare

[SPD-Silberstedt](#) - veröffentlicht am 14.12.2013, 21:27 Uhr - 4219 Clicks - Nr. 782

Die Irrwege deutscher Bildungspolitik - von Birger Heidtmann

Und kein Ende in Sicht!?

Der demografische Wandel schreitet vor allem im ländlichen Raum immer schneller voran.

Für die Bildungsvorsorge hat diese Entwicklung ganz erhebliche und weit reichende Konsequenzen. Neben den allgemeinen Tendenzen einer alternden Bevölkerung und

der gleichzeitig deutlich niedriger werdenden Geburtenzahlen, ist gerade im ländlichen Raum eine stete Abwanderung der jüngeren Bevölkerung zu beobachten.

Der demografische Wandel schreitet vor allem im ländlichen Raum immer schneller voran. Gerade für junge Menschen fehlt es vor Ort nur allzu häufig an attraktiven Zukunftsperspektiven. In vielen Gemeinden Schleswig-Holsteins sind Arbeitsplätze und Bildungsstätten mittlerweile rar geworden. Die Konsequenz ist eine immer schneller fortschreitende Abwanderung in die städtischen Regionen. Gleichzeitig schreitet die Überalterung der Landbevölkerung aber immer schneller voran, so dass es zumindest mittelfristig zu massiven Problemen, sowohl auf dem Sektor der familiären Unterstützungsleistungen, als auch auf dem Gebiet der öffentlichen Daseinsvorsorge führen wird.

Das Ziel einer effektiven Bildungs- und Sozialpolitik muss es daher sein, die Attraktivität ländlicher Regionen konsequent zu steigern. Einher geht damit auch der Versuch den Erhalt eines ausgewogenen Generationenverhältnisses adäquat zu forcieren bzw. zu erhalten. Der stete Ausbau der örtlichen Infrastruktur und das Schaffen von bezahlbarem Wohnraum, kann aber nur ein Schritt in die richtige Richtung sein. Silberstedt hat hier bereits rechtzeitig damit begonnen auf diese negative Entwicklung einzuwirken. Neben der Schaffung einer hochmodernen Altenwohnanlage, ist nun auch der nächste Bauabschnitt des noch zu erschließenden Neubaugebiets durch den Gemeinderat beschlossen worden.

Bei einer genaueren Betrachtung fällt der Blick des geeigneten Beobachters aber fast zwangsläufig auch auf die derzeitigen Entwicklungen auf dem Gebiet der Bildungspolitik. Nicht nur im nördlichsten Bundesland ist es auf dem Feld der allgemeinen Grundschulen zu einer ganz erheblichen Ausdünnung des Bildungsangebotes gekommen. Die Politik agiert zunehmend hilfloser, indem sie auf die stetig sinkenden Schülerzahlen mit einer flächendeckenden Zentralisierung von Bildungsangeboten reagiert. Die dabei am häufigsten verwendete Argumentation unserer politischen Würdenträger, verweist die betroffenen Bürger vor Ort, dann auch auf die notwendige gebotene wirtschaftliche Tragfähigkeit von Bildungsangeboten. Gebetsmühlenartig müssen fehlende Haushaltsmittel und ein daraus resultierendes stark reduziertes Planstellenvolumen, als konsequent genutztes Totschlagargument herhalten, um weitere Streichung von Lehrerstellen oder gleich ganze

Schulschließungen, rechtfertigen zu können.

Diese rigoros betriebene Anpassung und Optimierung des ländlichen Schulnetzes an die immer knapper bemessenen Finanzmittel, birgt jedoch nicht nur für Eltern und Schüler zu meist nachteilige Konsequenzen. Ein derartiger bildungspolitischer Kahlschlag wird langfristig auch zu geringeren Bildungschancen von Kindern aus den ländlichen Regionen führen. Zusätzlich werden daraus auch ganz erhebliche Auswirkungen auf die sozialräumliche Entwicklung der betroffenen Gemeinden resultieren, indem diese ganz besonders für jüngere Familien zunehmend unattraktiver werden. Bildungsangebote sind und bleiben in den Augen junger Familien vor Ort ein ganz maßgeblicher Standortfaktor. Die Politik ist hier also aufgefordert, neue und innovative Konzepte zu entwickeln, die den besonderen Herausforderungen der ländlichen Regionen, deutlicher Rechnung tragen, als es bisher der Fall war. Gerade auf dem Lande dienen die kleineren Schulen nicht nur als notwendige Bildungsstätte, sondern häufig auch als ein sozialintegraler Fixpunkt innerhalb des allgemeinen Gemeindelebens.

Schüler, Eltern und Lehrer gestalten nicht selten zusammen große Sommerfeste und Sportveranstaltungen oder gemeinsame Theaterabende. Vielerorts sind Eltern eine planerische Größe bei der Erstellung eines Stundenplanes. So werden bereits heute einige Schul-AGs durch helfende Mütter organisiert und ehrenamtlich betreut. Dieses hohe Engagement verdient unseren Respekt. Eine Grundschule, wie die in Treia hat sich diese Prinzipien der gemeinsamen Arbeit als einen festen und integralen Bestandteil ihres Selbstverständnisses auf die Fahnen geschrieben. Der Verlust einer so wichtigen Institution wie der einer kleinen Grundschule, würde nicht nur für Dörfer wie Treia oder Jübek einen irreparablen Verlust gelebter Sozialkultur darstellen.

Kleinere Klassenstärken ermöglichen die individuelle Förderung sowohl von leistungsstarken als auch von leistungsschwächeren Schülern. Darüber hinaus stärken sie den sozialen Zusammenhalt des Klassenverbundes. Auch der jährlichen Pisa-Studie kann man entnehmen, dass sich gerade auf dem Grundschulsektor übergroße Klassen als eher kontraproduktiv auswirken. Zentral vorgegebene Mindestklassenstärken lassen sich nicht ohne weiteres auf das aktuelle und perspektivische Schüleraufkommen im ländlichen Raum übersetzen. Es erscheint durchaus möglich, dass ein derartiges Verfahren in Städten und Großgemeinden im Sinne einer effizienten Schulorganisation angemessen ist, auf dem Land bedeutet diese Vorgehensweise den Verlust eines sozialen Haltepunktes. Im eher dünn besiedelten Raum führt eine Zentralisierung der Schulen langfristig dagegen zu einer für die Familien nicht zumutbaren Ausdünnung des vorhandenen Grundschulnetzes. Nicht nur die Wege werden länger! Die dadurch resultierende strukturelle Benachteiligung der ländlichen Gemeinden, stellt ohne Frage auch einen Faktor dar, der das Ziel gleicher Bildungschancen für alle Kinder zumindest deutlich minimiert.

Für die Politik sollten, die weiterhin rückläufigen Schülerzahlen als eine Herausforderung verstanden werden, um für Regionen mit hoher Abwanderung und einer starken Verringerung der Bevölkerungsdichte, neue und innovative Schulkonzepte zu entwickeln. Die bisherige Schulnetzplanung basiert auf einem langfristig angelegten Planungsinstrument, das im Wesentlichen auf dem prognostizierten Geburtenaufkommen beruht. Weniger Kinder am Ort mindern also in letzter Konsequenz, die Chance auf ein gesichertes Bildungswesen vor Ort. Die o.g. bisherige angewandte Methode, die zu erwartenden Schülerzahlen einer Grundschule weiterhin als die wichtigste Grundlage der daraus resultierenden Planstellenzuweisungen der jeweiligen Lehrkräfte zu nutzen, entspricht schon jetzt häufig genug nicht mehr den örtlichen Realitäten. Nahezu überall leisten die immer weniger werdenden Lehrkräfte um ein Vielfaches mehr, als sie eigentlich müssten. Eine gute Schulbildung darf sich nicht maßgeblich an den bilanziellen Elementen der marktwirtschaftlichen Gewinnmaximierung orientieren, sondern in erster Linie an den Erfordernissen einer funktionierenden Gesellschaft.

Sollte der vielzitierte demographische Wandel auch weiterhin als maßgeblicher finanzieller Basiswert für die Festlegung der Rahmenbedingungen zukünftige Schulpolitik

herhalten müssen, wird in nicht allzu ferner Zukunft das bedrohliche Bild polytechnischer Großschulzentren auch auf dem Land Gestalt annehmen. Die derzeitige Bildungspolitik, die sich ausschließlich an Schülerzahlen orientiert und weitere Aspekte wie hohe Qualität der Bildung, sicheren und bezahlbaren Schülertransport, die kindgerechte Beschulung oder regionale Interessen am Standort der Schule, zu wenig berücksichtigt, hat ihren eigentlichen Sinn verfehlt und handelt bewusst fahrlässig.

Nichts desto trotz, wird auch die Gesellschaft als Ganzes lernen müssen, sich zukünftig mehr als es bisher der Fall war, an dem Erhalt unseres hohen Bildungsanspruches zu beteiligen.

Es müssen zukünftig also neue Lösungsansätze geprüft und weiter entwickelt werden. Eine sinnvolle Alternative wäre ganz sicher, der Weg in die allgemeine Selbstverwaltung. Die Schulen vor Ort dürften, weitestgehend unabhängig von Schülerzahlen oder Planstellenzuweisungen, über die Verwendung ihrer finanziellen und personellen Ressourcen sowie über ihre Methoden und Unterrichtsplanung selbst entscheiden. Die zentralistische Fremdbestimmung eines Ministeriums, ist und wird den örtlichen Begebenheiten zu keiner Zeit ausreichend gerecht werden. Individuelle Rahmenbedingungen sollten zukünftig auch individuellere Lösungsmöglichkeiten für die Schulen vor Ort ermöglichen.

Keine Kommentare

[SPD-Kiel](#) - veröffentlicht am 15.12.2013, 19:28 Uhr - 13954 Clicks - Nr. 783

Ein Kämpfer für Kiel

Mit großer Übereinstimmung wurde der engagierte Verwaltungsjurist, Ulf Kämpfer, auf den Mitgliederversammlungen der Parteien (SPD, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und SSW) zum gemeinsamen Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt gewählt.

In einer leidenschaftlichen Bewerbungsrede überzeugte er die Mitglieder von seinen Zukunftsvisionen für Kiel.

Mit außerordentlichem Sachverstand wies er auf die Problemzonen Kiels hin und zeichnete sein Bild von der Landeshauptstadt mit bezahlbarem Wohnraum, einer funktionierenden Wirtschaft, eine Stadt für Kinder und für Klimaschutz. Eine Bildungs- und Kulturhauptstadt aus „der keiner leichten Herzens wegziehen mag, da Kiel alles hat was man für ein Gutes Leben braucht“!



In einer Bestandsaufnahme machte er deutlich, dass es ihm wichtig sei mit den Bürgerinnen und Bürgern, der Ratsversammlung und der Landesregierung partnerschaftlich ins Gespräch zu kommen, um sich gemeinsam für Kiel einzusetzen.

In dem Bericht des Kreisvorsitzenden, Jürgen Weber, hatte dieser es in seinem Vorwort auf den Punkt gebracht: „Heute ist ein notwendig gewordener Termin, der die Weichen für die Kommunalpolitik in Kiel in den nächsten Jahren stellen soll!“

Dabei benannte er auch die kontroverse Diskussion um den Steuerfall, der zu dem Rücktritt von unserer Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke führte, "was sich vor wenigen Wochen noch niemand vorstellen konnte und vorstellen wollte... Man mag diese Vorgänge unterschiedlich bewerten und wir wollen nicht so tun, als ob es diese unterschiedlichen Bewertungen nicht gäbe!"

In seiner Ansprache stellte er die Notwendigkeit für den gegenseitigen Respekt und die Anerkennung für die Arbeit im Ehren- und Hauptamt heraus. In besonderem Maße hob er dabei das Engagement und die Leistungen von Susanne Gaschke für Kiel hervor, was mit großem Beifall begleitet wurde.

Der gemeinsame Kandidatenvorschlag der Findungskommission aus SSW/Bündnis 90 Die Grünen und SPD wurde aber auch von wenigen Stimmen kritisch bewertet. Diese forderten eine Abstimmung in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung aller Parteien der Kooperation.

Mit Ulf Kämpfer haben wir einen großartigen, verbindlichen und verbindenden Politiker und Verwaltungschef für Kiel gewonnen. Neben Torsten Albig und Friedrich Traulsen mit der Ratsfraktion, Jürgen Weber mit dem Kreisvorstand haben sich alle Parteien der rot-grün-blauen Kooperation einstimmig für ihn ausgesprochen.

Wir wünschen unserem Kandidaten einen erfolgreichen und spannenden Wahlkampf, der auch Spaß machen darf!

Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 17.12.2013, 22:14 Uhr - 4525 Clicks - Nr. 784

Ortsverein Suchsdorf wählt neuen Vorstand

Auf der letzten Jahreshauptversammlung wählte der SPD-Ortsverein Suchsdorf einen neuen Vorstand. Dabei rückten zahlreiche junge Mitglieder in die Führung des Ortsvereins auf. Der Vorstand präsentiert sich nun aus einer attraktiven Mischung aus erfahrenen und neuen Kräften.



Gleichzeitig gab es einen Einschnitt in der Geschichte des Ortsvereins: Dr. Hans-Ulrich Wottge kandidierte nach 26 Jahren Vorstandsarbeit nicht wieder. Auch Helge Riis, Karin Plagemann und Erwin Witzel schieden aus dem Vorstand aus.

Als Ortsvereinsvorsitzender wurde Andreas Arend, der vor zwei Jahren Hans-Ulrich Wottge nachfolgte, einstimmig im Amt bestätigt. Ebenfalls einstimmig wiedergewählt wurden Ratsherr Thomas Wehner und das Ortsbeiratsmitglied Anemone Helbig als stellvertretende Vorsitzende. Im Amt als Kassiererin wurde Gabriele Warnecke bestätigt. Zum neuen Schriftführer wurde Torsten Kutscher gewählt.

Als Beisitzer wiedergewählt wurden der neue Ortsbeiratsvorsitzende Reinhard Warnecke und Dr. Andreas Wasielewski. Als neue Beisitzer verstärken den Vorstand nun das Ortsbeiratsmitglied Paul Stamp, Christoph Beck, Alexandra Breuer und Alexander Stork.

Andreas Arend kommentierte die Vorstandswahlen so: „Wir haben einen starken neuen Vorstand gewählt. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit.“ Als die wichtigste Aufgabe sieht Andreas Arend die Unterstützung des OB-Kandidaten der Kooperation von SPD, Grünen und dem SSW Ulf Kämpfer im kommenden Wahlkampf an. In Suchsdorf gibt es

dafür ein gutes Fundament, weil die SPD in den letzten Jahren erfolgreich für den Erhalt der Stadtteilbücherei gekämpft, bei der neuen Wohnbebauung an der Eckernförder Straße auch Gemeinschaftsräume für die Bürgerinnen und Bürger erreicht hat und Suchsdorf ein hohes Niveau bei der Kinderbetreuung aufweist.

Zu Beginn der Jahreshauptversammlung hatte sich Ulf Kämpfer den Mitgliedern vorgestellt und Fragen beantwortet. Die Jahreshauptversammlung verabschiedete ihn mit großem Beifall.

Keine Kommentare

[Martin Habersaat, MdL](#) - veröffentlicht am 18.12.2013, 12:49 Uhr - 7457 Clicks - Nr. 785

Ein jeder kehre vor seiner Tür!

Zu den öffentlichen Äußerungen des finanzpolitischen Sprechers der FDP-Fraktion zur Lage des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein erklärt der hochschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Dass die finanzielle Lage des UKSH mehr als angespannt ist, hat soviel Neuigkeitswert wie das Datum von Neujahr.

Es ist aber eine merkwürdige Sicht der Dinge, dafür ausschließlich das politische Handeln der jetzigen Ministerin Wara Wende und des früheren Staatssekretärs Ralf Stegner verantwortlich zu machen. Herr Garg und Herr Klug als Mitglieder der Landesregierung und Herr de Jager als zuständiger Minister in der Zeit 2009 bis 2012 haben nun wirklich nichts zu einer Sanierung beigetragen.



Wir setzen darauf, dass die heute ins Amt gewählte neue Bundesregierung ihre Verpflichtungen aus dem Koalitionsvertrag zügig einlöst, die chronische Benachteiligung Schleswig-Holsteins bei den Basisfallwerten zu beenden. Auch die spezifische Situation von Universitätskliniken muss berücksichtigt werden. Bei allen Lösungsstrategien muss bedacht werden, dass das Personal bereits einen gewaltigen Beitrag zur Sanierung des Unternehmens geleistet hat. Nicht die Einkommen der Pflegekräfte, sondern Wildwüchse in den Chefetagen haben zu diesem Defizit mit beigetragen.

Die bauliche Sanierung des UKSH muss oberste Priorität haben. Das ist die Voraussetzung dafür, dass das UKSH seinen wichtigsten Auftrag, die gesundheitliche Maximalversorgung der Bevölkerung, wahrnehmen kann.

Keine Kommentare

Gut gemacht!

Martin Habersaat, hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, erklärt zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen und zum Hochschulvertrag:



Den Hochschulen des Landes gebührt anlässlich der Ratifizierung der Ziel- und Leistungsvereinbarungen ebenso Dank wie der zuständigen Ministerin Wara Wende und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ministeriums. Die Vereinbarungen wurden im Dialog erarbeitet und markieren in mancherlei Hinsicht einen Schritt in die richtige Richtung.

Historisch gewachsene Unwuchten in der Hochschulfinanzierung konnten begradigt werden, auf steigende Studierendenzahlen wird reagiert und die lehrerbildenden Studiengänge werden neu ausgerichtet.

Zu den vereinbarten Zielen gehört eine Verbesserung der Lehre ebenso wie Fortschritte bei der Gleichstellung. Verbindlichkeit erhalten diese Ziele durch das dreiprozentige Profilbudget, damit können diese Ziel- und Leistungsvereinbarungen stärker in die Hochschulen hineinwirken als ihre Vorgänger. Der Hochschulvertrag verschafft den Hochschulen die nötige Planungssicherheit und die Zusage des Landes, auch künftig die Tarifsteigerungen für die Hochschulen zu übernehmen, ist nicht nichts.

Die große Koalition in Berlin hat sich vorgenommen, die Dynamik der Exzellenzinitiative, des Hochschulpaktes und des Pakts für Forschung und Innovation zu erhalten, und einen Hochschulpakt III angekündigt. Der Hochschulvertrag sichert unseren Hochschulen zu, sich an allen Bund-Länder-Initiativen beteiligen zu können. Fazit: Gut gemacht!

Mehr Informationen:

http://www.schleswig-holstein.de/MBW/DE/Service/Presse/PI/2013/Dezember_2013/III_Zielvereinbarungen.html

Keine Kommentare

Neuwahl des AfA Kreisvorstandes in Dithmarschen

Nach vielen Jahren aktive AfA-Arbeit in Dithmarschen verabschiedet sich der bisherige Vorsitzende Karsten Wessels. Zum neuen Vorsitzenden wurde am 18.12.2013 Peter Harbart einstimmig gewählt

Ein Urgestein der AfA übergibt den Vorsitz in neue Hände. Karsten Wessels langjähriger Vorsitzender der AfA in Dithmarschen will sich ganz seiner neuen Funktion als Bürgermeister und Vorsitzender der AWO widmen und übergab die Verantwortung der AfA an ein eingespieltes Team um den neuen Vorsitzenden Peter Harbart aus Hemmingstedt. Stellvertreter ist wie in der Vergangenheit Stefan Rehder und Beisitzer Heinz Bittrich.



Auf dem Bild von Links: Wolfgang Mädler, AfA Landesvorsitzender, Heinz Bittrich, Peter Harbart und Stefan Rehder

Keine Kommentare

[AfA-Schleswig-Holstein](#) - veröffentlicht am 19.12.2013, 15:07 Uhr - 6235 Clicks - Nr. 788

Danke für die Aktivitäten in 2013

Der AfA Landesvorstand bedankt sich bei allen "AfA-Aktivisten für 2013

Liebe Kollegin, lieber Kollege, liebe Genossin, lieber Genosse,

wenn wir auf die letzten 12 Monate zurückblicken, gab es viele Termine, viele Aktivitäten für Arbeitnehmer, eine verlorene Bundestagswahl und einen Koalitionsvertrag der uns in den entscheidenden Arbeitnehmerthemen wie Mindestlohn, Leiharbeit und Werkverträge aber auch bei der Rente und der Gesundheitspolitik richtig weiterbringt. Danke an alle die da mitgeholfen haben.



Wir wünschen euch erholsame Feiertage, einen gesunden Rutsch ins neue Jahr und auf ein neues Jahr der Beteiligung und Gestaltung für ein besseres Leben mit guter Arbeit, in Gesundheit und vorallem Frieden.

Im Namen des AfA Landesvorstandes

Wolfgang Mädler

Keine Kommentare

Abgucken erlaubt!

Bildungspolitiker aus Schleswig-Holstein und Hamburg bei der Anne-Frank-Schule in Bargteheide

„Bewegung und der Blick über den Zaun“ - das sind für Schulleiterin Angelika Knies zwei wesentliche Gründe für die positive Entwicklung der Anne-Frank-Schule in den vergangenen Jahren.

Die Gemeinschaftsschule in Bargteheide hat den Deutschen Schulpreis 2013 gewonnen, unter anderem, weil hier die Übernahme von Verantwortung für sich selbst und andere gefördert wird, Stärken der Kinder gestärkt werden, die individuelle Förderung aller Schülerinnen und Schüler - vom Förderkind mit Lernbehinderung bis zum Hochbegabten - hier gut funktioniert und Lernerfolge durch stetige Rückmeldungen sichtbar gemacht werden.



Grund genug für jeden Bildungspolitiker, sich einmal vor Ort zu informieren. Seit Beginn dieses Jahres treffen sich die Bildungsarbeitskreise der SPD-Bürgerschaftsfraktion Hamburg und der SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein etwa einmal im Quartal, um gemeinsam

Schulen beiderseits der Landesgrenze zu besuchen, gute Konzepte kennenzulernen und sich über aktuelle Entwicklungen auszutauschen. Nun verbrachte man einen Vormittag in Bargteheide. „Auch in der Bildungspolitik hilft ein Blick über den Zaun. Gemeinsam können künftige Herausforderungen identifiziert und Ideen für die Zukunft entwickelt werden“, sagen Lars Holster (Hamburg) und Martin Habersaat (Schleswig-Holstein), die beiden Arbeitskreisvorsitzenden.

Foto rund um die Schulpreisvitrine:

Andrea Rugbarth, Kai Vogel, Schulleiterin Angelika Knies, Martin Habersaat, Beate Raudies, Lars Holster, Gerhard Lein

Keine Kommentare

Energiewende: Ja - Fracking: Nein

Vor dem Hintergrund einiger Presseberichte, in denen es heißt, das für Schleswig-Holstein zuständige Bergbauamt in Clausthal-Zellerfeld habe einer Firma die Genehmigung erteilt, in der Region Elmshorn erste Erkundungen zur Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen anzustellen, um auf diese Weise mögliche Fracking-Standorte auszuloten, stellt die SPD-Landtagsabgeordnete Beate Raudies klar:

„Wir lehnen Fracking generell ab. Bereits im Frühjahr hat die Landesregierung eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, um über eine Änderung des Bundesberggesetzes das Fracking zu verbieten. Darüber wird derzeit im Umweltausschuss des Bundesrates diskutiert.“

Außerdem haben CDU und SPD im Koalitionsvertrag vereinbart, dass diese Art der Gasförderung in Deutschland vorerst nicht genehmigt werden soll, denn zunächst müssten die Risiken der Technik geprüft werden, so die Elmshorner Abgeordnete.

Fracking ist ein Verfahren, bei dem Öl und Gas durch Druck und Einsatz von Chemikalien aus dem Gestein gepresst werden.



Keine Kommentare

[SPD-Suchsdorf](#) - veröffentlicht am 23.12.2013, 21:11 Uhr - 4599 Clicks - Nr. 791

Weihnachtsgrüße der SPD Suchsdorf


Liebe Suchsdorferinnen, liebe Suchsdorfer,

Weihnachten und das neue Jahr stehen vor der Tür! Wir wünschen Ihnen entspannte und besinnliche Festtage sowie ein gesundes und erfolgreiches 2014.

Im neuen Jahre werden wir Sozialdemokraten uns wieder um das kümmern, was uns für Suchsdorf wichtig ist: Für eine gute Bildung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen sind wir weiter vorangekommen. Bald wird es neue Wohnungen mit einem Treffpunkt für Jung und Alt in der Eckernförder Straße geben. Die Stadtteilbücherei erhält neue barrierefreie Räume, und die Betreute Grundschule wird mehr Platz bekommen. Haben Sie eigene Wünsche und Vorstellungen? Dann bringen Sie Ihre Ideen gerne bei uns ein.

Mit freundlichen Grüßen Ihre

Thomas Wehner, Ratsherr Andreas Arend, Ortsvereinsvorsitzender

 Der SPD Ortsverein Suchsdorf
wünscht Ihnen



*ein frohes Fest und einen
guten Rutsch ins neue Jahr!*

Keine Kommentare

[SPD-Barmstedt](#) - veröffentlicht am 24.12.2013, 23:38 Uhr - 7151 Clicks - Nr. 792

Frohe Weihnachten!

Die SPD Barmstedt wünscht allen Bürgerinnen und Bürgern ein ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest.

150 Jahre SPD und 100 Jahre Willy Brandt. Ein geschichtsrreiches Geburtstagsjahr für alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht vorüber. Für die SPD war es trotz des schlechten Abschneidens bei der Bundestagswahl ein gutes und versöhnliches Ende. Der Mitgliederentscheid hat gezeigt, dass Mehr Demokratie wagen aktuell ist.



Die negativen Reaktionen, insbesondere von selbsternannten Verfassungsfachleuten und in den Sozialen Netzwerken haben gezeigt, dass wir noch viel zu tun haben, um direkte Demokratie weiter auszubauen. Die Mitgliederpartei SPD hat dafür die Vorreiterrolle übernommen. In Barmstedt hat uns das Ergebnis des Bürgerentscheids gezeigt, dass er berechtigt und notwendig war. Nun hat die Verwaltung die Aufgabe sachorientiert, transparent und bürgernah einen Weg zu erarbeiten, damit die ehrenamtlichen StadtvertreterInnen eine Entscheidung für die Zukunft am See fallen können. Der Weg zum Bürgerentscheid hat aber auch gezeigt,

dass direkte Demokratie mit vielen Emotionen verbunden ist. Persönliche Diffamierungen und Ehrverletzungen sind dabei nicht zu entschuldigen und gehören genauso geächtet wie Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Niemand hat das Recht dazu, mag er sich auch fachlich und politisch im Recht oder in der Mehrheit wähnen. Ohne die negativen Emotionen wird direkte Demokratie viel Spaß machen. Gerade in Barmstedt, wo viele private Protestinitiativen gestartet wurden und sicherlich auch weiterhin werden. Nun können Sie in praktische Politik umgesetzt werden.

Wir als SPD Barmstedt freuen uns, dass wir Anfang des Jahres 2013 nach langer Beratung den Mut hatten, eine parteilose, fachlich ausgebildete Bürgermeisterkandidatin zu nominieren. Der Wahlkampf parallel zum Kommunalwahlkampf war anstrengend, aber am Ende von Erfolg gekrönt. Herzlichen Glückwunsch an die Stadt Barmstedt zur ersten weiblichen Bürgermeisterin in der Geschichte und an Heike Döpke als neue Bürgermeisterin. Über die Zustimmung zu unserem Weg gefreut. 8,5% Zuwachs bei den Kommunalwahlen. Vielen Dank! In der Folge haben wir uns in der Fraktion mit Hans Christian Hansen als Fraktionsvorsitzender neu aufgestellt. Insgesamt gehören 10 Mitglieder der Fraktion an. Der Ortsverein wird seit Juli von Stefan Bolln geführt und ist um 10% gewachsen. Es gab im Jahr 2013 keinen Austritt. Erfreulich: Im Vorstand sind 2 Männer und 3 Frauen. In Barmstedt eine einzigartige Quote.

Die SPD ist also für das kommende Jahr gerüstet!

Da ist auch nötig, denn die Soziale Spaltung in Deutschland ist weiter vorangeschritten. Auch in Barmstedt leben viele Bürgerinnen und Bürger in Armut und sind oft ganz alleine. Unsere Aufgabe ist es, die Situationen dieser Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Machen Sie mit! Unsere vorläufige Terminplanung 2014 finden Sie auf unserer Website www.spd-barmstedt.de

Keine Kommentare

[SPD-Schuby](#) - veröffentlicht am 26.12.2013, 13:09 Uhr - 3728 Clicks - Nr. 793

Neue Ortsvereinszeitung der SPD-Schuby

Wir wünschen allen Genossen noch fröhliche Weihnachten und ein erfolgreiches neues Jahr.

[Unsere neue Dütt un Datt \(Nr. 112\) ist nun auch auf der Homepage zu finden.](#)

Diesmal widmen wir uns speziell dem Thema Bürgerwindpark.

Keine Kommentare